



**Beteiligungsbericht für das Geschäftsjahr 2017
gemäß § 99 Abs. 2 Gemeindeordnung für den
Freistaat Sachsen (SächsGemO)**

Vorwort

Auf der Grundlage von § 99 der Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen (SächsGemO) hat der Landkreis Leipzig dem Kreistag einen Bericht über seine Beteiligungen und deren wirtschaftliche Entwicklung vorzulegen und diesen öffentlich auszulegen. Mit Vorlage des aktuellen Berichtes für das Jahr 2017 kommen wir dieser Verpflichtung gerne nach.

§ 99 Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen (SächsGemO) legt dazu fest:

„(1) Die Gemeinde schafft die Voraussetzungen, um die Unternehmen, an denen sie unmittelbar oder mittelbar beteiligt ist, zu steuern und zu überwachen sowie die auf ihre Veranlassung in diesen Unternehmen tätigen Aufsichtsratsmitglieder bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben zu unterstützen.

(2) Dem Gemeinderat ist jeweils bis zum 31. Dezember des dem Berichtsjahr folgenden Jahres ein Bericht über die Eigenbetriebe und die Unternehmen in einer Rechtsform des privaten Rechts vorzulegen, an denen die Gemeinde unmittelbar oder mittelbar beteiligt ist. In dem Bericht müssen mindestens enthalten sein:

1. eine Beteiligungsübersicht unter Angabe der Rechtsform, des Unternehmensgegenstandes, des Unternehmenszweckes und des Stamm- oder Grundkapitals sowie des prozentualen Anteils der Gemeinde an diesem,
2. die Finanzbeziehungen zwischen der Gemeinde und den Unternehmen, insbesondere unter Angabe der Summe aller Gewinnabführungen an den Gemeindehaushalt, der Summe aller Verlustabdeckungen und sonstigen Zuschüsse aus dem Gemeindehaushalt, der Summe aller gewährten sonstigen Vergünstigungen sowie der Summe aller von der Gemeinde übernommenen Bürgschaften und sonstigen Gewährleistungen,
3. ein Lagebericht, der den Geschäftsverlauf und Lage aller Unternehmen so darstellt, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Gesamtbild vermittelt wird; der Lagebericht soll insbesondere auf Unternehmensvorgänge von besonderer Bedeutung, die während des letzten Geschäftsjahres eingetreten sind, und auf die voraussichtliche Entwicklung der Unternehmen im kommenden Geschäftsjahr eingehen.

Dem Bericht sind als Anlage die Satz 2 entsprechenden Angaben für die Zweckverbände, deren Mitglied die Gemeinde ist, sowie deren Beteiligungsberichte beizufügen.

(3) Darüber hinaus soll der Bericht für jedes Unternehmen in einer Rechtsform des privaten Rechts, an dem die Gemeinde unmittelbar oder mittelbar mit mindestens 25 Prozent beteiligt ist, insbesondere folgendes ausweisen:

1. die Organe des Unternehmens, die Zusammensetzung der Organe unter namentlicher Nennung von Geschäftsführung, Vorstands- oder Aufsichtsratsmitgliedern, die Anzahl der Mitarbeiter sowie den Namen des bestellten Abschlussprüfers und soweit möglich, die Namen und Beteiligungsanteile der anderen Anteilseigner,
2. die wichtigsten Bilanz- und Leistungskennzahlen für das Berichtsjahr und die beiden dem Berichtsjahr vorangegangenen Jahre; für das Berichtsjahr sind die Planwerte den aktuellen Ist-Werten gegenüberzustellen; die Kennzahlen sollen eine Beurteilung der Vermögenssituation, der Kapitalstruktur, der Liquidität, der Rentabilität und des Geschäftserfolgs des Unternehmens zulassen,

3. wesentliche Sachverhalte aus dem Lagebericht der Geschäftsführung zum Berichtsjahr und dem darauffolgenden Geschäftsjahr einschließlich einer Bewertung der Kennzahlen.
- (4) Der Beteiligungsbericht ist der Rechtsaufsichtsbehörde zuzuleiten. Die Angaben des Beteiligungsberichts nach Absatz 2 sind von der Gemeinde zur Einsichtnahme verfügbar zu halten. Dies ist ortsüblich bekannt zu geben.“

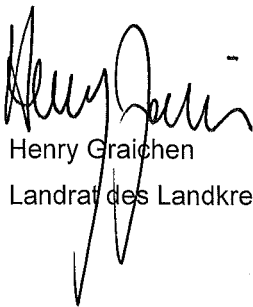
Der Landkreis Leipzig verfügt im Jahr 2017 insgesamt über zwei Eigenbetriebe, acht unmittelbare und elf mittelbare Beteiligungen an Gesellschaften und Zweckverbänden sowie über neun Beteiligungen an Zweckverbänden.

Der für das Geschäftsjahr 2017 erstellte Beteiligungsbericht enthält die gesetzlich geforderten Angaben und soll einen Beitrag zu größerer Transparenz der Verwaltung hinsichtlich der Aufgabenerfüllung durch ausgegliederte, organisatorisch und finanzwirtschaftlich verselbständigte Organisationseinheiten leisten.

Im Sinne einer optimalen Aufgabenerfüllung steht nicht die Frage nach der Rechtsform, sondern vielmehr die Frage nach den effektivsten Instrumentarien zur Zielerreichung im Vordergrund. Dabei sind Gesichtspunkte der Wirtschaftlichkeit ebenso zu berücksichtigen wie politische und gesellschaftsrechtliche Rahmenbedingungen.

Der Beteiligungsbericht soll Anregung sein für eine weitere strategische Entwicklung sämtlicher kommunaler Beteiligungen. Für den vorliegenden Beteiligungsbericht bilden die geprüften Jahresabschlüsse bzw. Jahresrechnungen der Beteiligungen für das Geschäftsjahr 2017 die Grundlage.

Borna, im Oktober 2018



Henry Graichen
Landrat des Landkreises Leipzig

Beteiligungsbericht des Landkreises Leipzig für das Geschäftsjahr 2017

erstellt durch: Landratsamt Landkreis Leipzig,
Beteiligungsmanagement

Redaktionsschluss: 24.10.2018

INHALTSVERZEICHNIS

	Vorwort	I
	Inhaltsverzeichnis	III
	Abkürzungsverzeichnis	V
Teil I		
	1. Lagebericht über den Geschäftsverlauf und die Lage aller Unternehmen	1
	2. Übersicht über die Beteiligungen und Finanzbeziehungen des Landkreises	9
Teil II		
Einzeldarstellung der Eigenbetriebe		
	1. Weiterbildungsakademie des Landkreises Leipzig	12
	2. Musikschulen des Landkreises Leipzig	13
Einzeldarstellung der Unternehmen in Privatrechtsform		
a)	Unternehmen in der Privatrechtsform ab einer unmittelbaren oder mittelbaren Beteiligung in Höhe von 25 %	17
	1. Regionalbus Leipzig GmbH	18
	2. Muldentalkliniken GmbH, Gemeinnützige Gesellschaft	26
	Altenheimgesellschaft Muldental gGmbH	32
	Servicegesellschaft Muldental mbH	36
	3. WILL – Wirtschaftsförderung Landkreis Leipzig GmbH i. L.	39
	4. KELL Kommunalentsorgung Landkreis Leipzig GmbH	41
b)	Unternehmen in der Privatrechtsform einer unmittelbaren oder mittelbaren Beteiligung in Höhe von unter 25 %	45
	5. Aufbauwerk Region Leipzig GmbH	46
	6. Invest Region Leipzig GmbH	51
	7. THÜSAC Personennahverkehrsgesellschaft mbH	60
	8. Kommunale Datennetze GmbH (KDN)	65
	9. Lecos GmbH	66
	10. ProVitako Marketing- und Dienstleistungsgesellschaft der Kommunalen IT-Dienstleister e.G.	67

11. Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH (MDV)	68
12. Flughafen Altenburg-Nobitz GmbH	75
13. Westsächsische Entsorgungs- und Verwertungsgesellschaft mbH (WEV)	80

Einzeldarstellung der Zweckverbände sowie deren Beteiligungsberichte

1. Rettungszweckverband der Versorgungsbereiche Landkreis Leipzig und Region Döbeln (LK Mittelsachsen)	81
2. Zweckverband Abfallwirtschaft Westsachsen	82
Beteiligungsbericht für die Westsächsische Entsorgungs- und Verwertungsgesellschaft mbH	92
3. Zweckverband für Tierkörperbeseitigung Sachsen	119
4. Zweckverband für den Nahverkehrsraum Leipzig	130
Beteiligungsbericht für die Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH	137
5. Kulturraum Leipziger Raum	147
6. Regionaler Planungsverband Westsachsen	149
7. Kommunalen Sozialverband Sachsen	161
8. Sparkassenzweckverband für die Stadt- und Kreissparkasse Leipzig	205
9. Kommunale Informationsverarbeitung Sachsen KISA	207

Anlagen:

Anlage 1: Kennzahldefinition	252
------------------------------	-----

Abkürzungen

AbfAbIV	Abfallablagerungsverordnung
AGSGBGesetz	zur Umsetzung des Gesetzes zur Einordnung des Sozialhilferechts in das Sozialgesetzbuch
AO	Abgabenordnung
AWK	Abfallwirtschaftskonzept
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BilMoG	Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz
BKZ	Betriebskostenzuschuss
BM	Bürgermeister
BPfIV	Bundespflegeverordnung
BSHG	Bundessozialhilfegesetz
DB AG	Deutsche Bahn Aktiengesellschaft
DMP	Disease-Management-Programm
DRG	Diagnosis Related Groups
DRK	Deutsches Rotes Kreuz
EW	Einwohner
EVU	Eisenbahnverkehrsunternehmen
GF	Geschäftsführer
gGmbH	gemeinnützige Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GmbHG	Gesetz betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung
GuV	Gewinn- und Verlustrechnung
GVFG	Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz
HGB	Handelsgesetzbuch
HH	Haushalt
HK	Handwerkskammer
HRB	Handelsregister B
IRL	Invest Region Leipzig GmbH
i. V. m.	in Verbindung mit
IHK	Industrie- und Handelskammer
KH	Krankenhaus
KHBV	Krankenhaus-Buchführungsverordnung
KHG	Krankenhausgesetz
KrW/AbfG	Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz
KSV	Kommunaler Sozialverband Sachsen
LDL	Landesdirektion Leipzig
LeitStVO	Leitstellenverordnung
LK	Landkreis
LR	Landrat

LRA	Landratsamt
LWV	Landeswohlfahrtsverband Sachsen
MBA	mechanisch-biologische Abfallbehandlungsanlage
MDV	Mitteldeutscher Verkehrsverbund
MTL	Muldentalkreis
NEF	Notarzteinsatzfahrzeug
NL	Niederlassung
OBM	Oberbürgermeister
ÖPNV	Öffentlicher Personennahverkehr
ÖPNVFinAusG	Gesetz zur Finanzierung des Ausbildungsverkehrs im Öffentlichen Personennahverkehr
ÖPNVFinVO	Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Wirtschaft und Arbeit zur Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs
ÖRKSF-G	Gesetzes über die öffentlich-rechtlichen Kreditinstitute im Freistaat Sachsen und die Sachsen-Finanzgruppe vom 13. Dezember 2002
ÖSPNV	straßengebundener öffentlicher Personennahverkehr
PBefG	Personenbeförderungsgesetz
PVM	Personenverkehrsgesellschaft Muldental mbH
RL	Regionalbus Leipzig GmbH
RPA	Rechnungsprüfungsamt
RTW	Rettungstransportwagen
RZV	Rettungszweckverband
SächsABG	Sächsisches Abfallwirtschafts- und Bodenschutzgesetz
SächsBRKG	Gesetz zur Neuordnung des Brandschutzes, des Rettungsdienstes und des Katastrophenschutzes im Freistaat Sachsen
SächsEigBVO	Sächsische Eigenbetriebsverordnung
SächsGemO	Sächsische Gemeindeordnung
SächsGVBl	Sächsisches Gesetz- und Verordnungsblatt
SächsKrGebNG	Sächsisches Gesetz zur Neugliederung des Gebietes der Landkreise des Freistaates Sachsen
SächsKomHVO	Sächsische Kommunalhaushaltsverordnung
SächsKomZG	Sächsisches Gesetz über kommunale Zusammenarbeit
SächsKRG	Sächsisches Kulturraumgesetz
SächsLKrO	Sächsische Landkreisordnung
SächsLPIG	Sächsisches Landesplanungsgesetz
SächsLWVG	Gesetz über den Landeswohlfahrtsverband Sachsen
SächsLRettDPVO	Sächsische Landesrettungsdienstplanverordnung
SächsVwNG	Gesetz zur Neuordnung der Sächsischen Verwaltung
SchwBG	Schwerbehindertengesetz
SGB	Sozialgesetzbuch
SMI	Sächsisches Ministerium des Inneren

SMS	Sächsisches Ministerium für Soziales, Gesundheit, Jugend und Familie
SMWA	Sächsisches Ministerium für Wirtschaft und Arbeit
SPNV	Schienenpersonennahverkehr
TBA	Tierkörperbeseitigungsanlage
VbÄ	Vollbeschäftigtenäquivalent
THÜSAC	THÜSAC Personennahverkehrsgesellschaft mbH Altenburg
TVöD	Tarifvertrag öffentlicher Dienst
VHS	Volkshochschule
Vj./Vorj.	Vorjahr
VmHH	Vermögenshaushalt
VwHH	Verwaltungshaushalt
WEV	Westsächsische Entsorgungs- und Verwertungsgesellschaft mbH
WRL	WRL-Wirtschaftsförderung Region Leipzig GmbH
ZAW	Zweckverband Abfallwirtschaft Westsachsen
ZVNL	Zweckverband für den Nahverkehrsraum Leipzig

1. Lagebericht

über den Geschäftsverlauf und die Lage aller Unternehmen, Eigenbetriebe und Zweckverbände des Jahres 2017 sowie die voraussichtliche Entwicklung im Geschäftsjahr 2018.

Der Landkreis erfüllt seine vielfältigen Aufgaben nicht nur in der Kernverwaltung. Dort, wo es sinnvoll ist, werden öffentliche Aufgaben auf Eigenbetriebe und Unternehmen in privater Rechtsform übertragen. 2016 hatte der Landkreis Leipzig 2 Eigenbetriebe und war an insgesamt 8 Gesellschaften unmittelbar beteiligt. An 3 Gesellschaften und 3 Zweckverbänden hält der Landkreis Leipzig elf mittelbare Beteiligungen. Darüber hinaus ist der Landkreis in 9 Zweckverbänden vertreten.

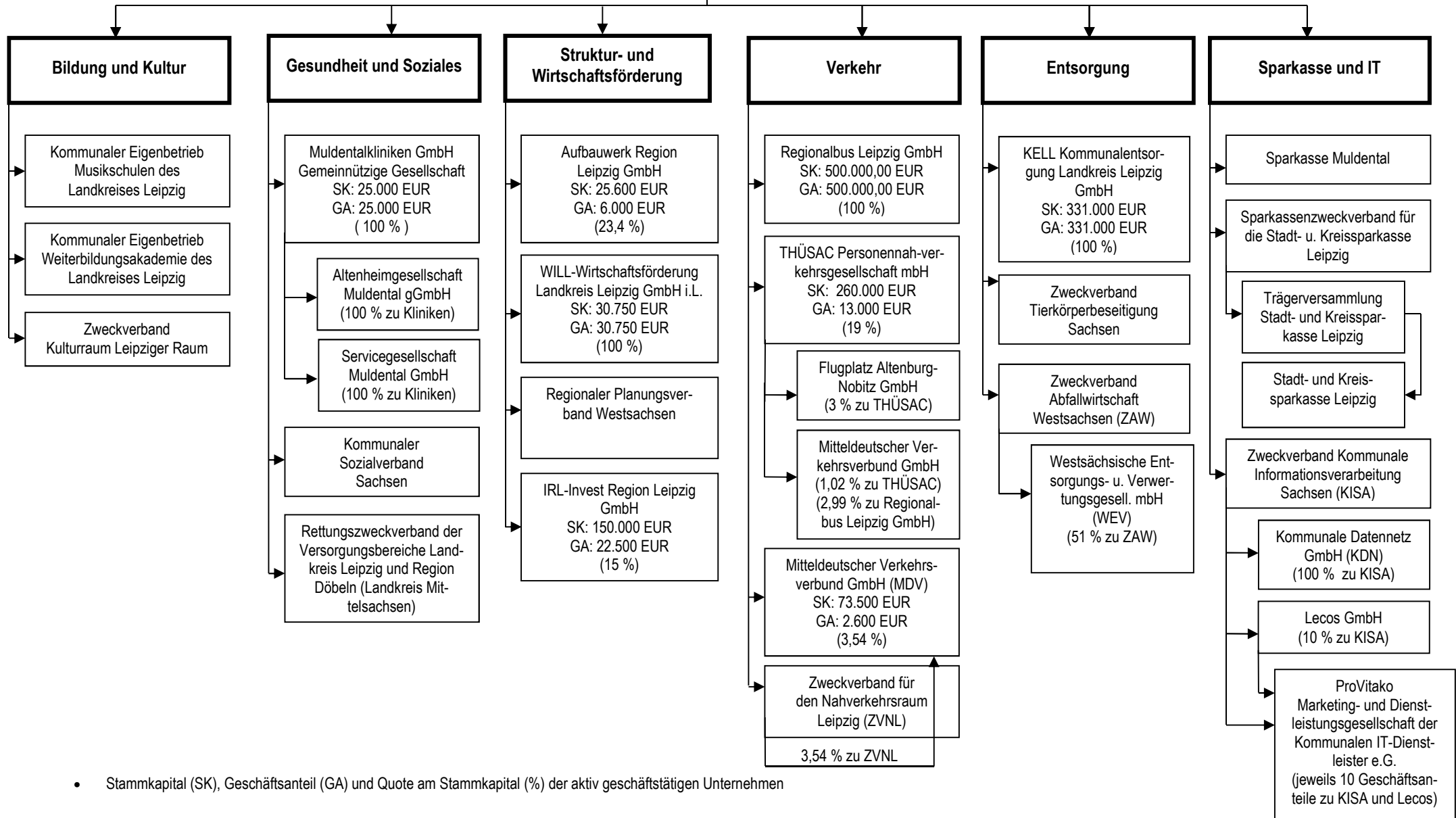
Die Sparkasse Muldentale mit Sitz in Grimma ist eine Sparkasse in der Rechtsform einer Anstalt des öffentlichen Rechts im Freistaat Sachsen. Ihr Geschäftsgebiet erstreckt sich auf den östlichen Teil des Landkreises Leipzig (ehemaliger Muldentalkreis). Träger ist der Landkreis Leipzig. Zum Berichtsstichtag 31.12.2017 unterhielt die Sparkasse 13 Geschäftsstellen und 3 Selbstbedienungsstellen.

Rechtsgrundlagen der Sparkasse sind neben dem Gesetz über das Kreditwesen vom 9. September 1998 (rechtsbereinigt mit Stand vom 17. Juli 2017) das Gesetz über die öffentlich-rechtlichen Kreditinstitute im Freistaat Sachsen und die Sachsen-Finanzgruppe vom 13. Dezember 2002 (rechtsbereinigt mit Stand vom 1. April 2014) und die Verordnung des sächsischen Staatsministeriums der Finanzen über die Geschäfte und die Verwaltung der Sparkassen vom 11. Januar 2002 (rechtsbereinigt mit Stand vom 9. September 2003).

Die Organe der Sparkasse sind der Verwaltungsrat und der Vorstand.

Eine Gesamtübersicht über die Beteiligungen des Landkreises Leipzig sehen Sie in der folgenden Übersicht:

Landkreis Leipzig – Organigramm Beteiligungen (Stand: Dezember 2017)



- Stammkapital (SK), Geschäftsanteil (GA) und Quote am Stammkapital (%) der aktiv geschäftstätigen Unternehmen

Bildung und Kultur

Der **Kommunale Eigenbetrieb Weiterbildungsakademie des Landkreises Leipzig (WALL)** hat seine Geschäftstätigkeit gemäß Beschluss des Kreistages 2011/071 zum 01.01.2012 aufgenommen. Der Festsetzungsbeschluss des Wirtschaftsplanes 2017 erfolgte am 07.12.2016 vom Kreistag. Die Gesetzmäßigkeit des Beschlusses wurde von der Landesdirektion Sachsen mit Bescheid vom 08.02.2017 bestätigt.

Für den Kommunalen Eigenbetrieb WALL lag der Jahresabschluss zum 31.12.2017 bei Redaktionsschluss noch nicht vor.

Der **Kommunale Eigenbetrieb Musikschulen des Landkreises Leipzig** nahm seine Geschäftstätigkeit gemäß Beschluss des Kreistages 2011/071 zum 01.01.2012 auf.

Der Festsetzungsbeschluss des Wirtschaftsplanes 2017 erfolgte am 07.12.2016 vom Kreistag. Die Gesetzmäßigkeit des Beschlusses wurde von der Landesdirektion Sachsen mit Bescheid vom 08.02.2017 bestätigt.

Der Kommunale Eigenbetrieb Musikschulen legt mit dem Jahresabschluss 2017 ein ausgeglichenes Ergebnis vor. Insgesamt wurde an den Eigenbetrieb Musikschulen durch den Landkreis Leipzig ein Zuschuss in Höhe von 1.378.525,00 EUR gewährt. Die Verbindlichkeiten gegenüber dem Landkreis betragen 21.991,815 EUR für nicht verbrauchte Zuschüsse.

Der **Zweckverband Kulturraum Leipziger Raum** entstand aus dem Kulturraumgesetz vom 20.01.1994 und ist ein Pflichtzweckverband. Die Ausgaben werden aus Zuweisungen des Freistaates Sachsen und den Umlagen der Verbandsmitglieder finanziert. Für den Zweckverband Kulturraum Leipziger Raum lagen die Jahresabschlüsse zum 31.12.2014, zum 31.12.2015, zum 31.12.2016 und zum 31.12.2017 bei Redaktionsschluss noch nicht vor. Der Jahresabschluss 2013 wurde am 27.08.2018 vom Konvent des Kulturraumes Leipziger Raum durch Beschluss festgestellt.

Gesundheit und Soziales

Die **Muldentalkliniken GmbH, Gemeinnützige Gesellschaft** betreiben die Betriebsstätten als Einrichtungen der Regelversorgung entsprechend Krankenhausplan mit 355 Planbetten.

Die Gesellschaft schloss das Jahr 2017 mit einem Jahresfehlbetrag von 590 TEUR (Vj. Jahresüberschuss von 134 TEUR) ab. Der Jahresabschluss 2017 wurde im Aufsichtsrat der Gesellschaft am 30.05.2018 beraten und von der Gesellschafterversammlung festgestellt.

Im Geschäftsjahr 2017 wurde bei Umsätzen in Höhe von 56.752 TEUR (2016: 56.756 TEUR) ein Jahresergebnis von -590 TEUR (2016: 134 TEUR) erwirtschaftet. Die Stagnation der Umsätze ist auf die rückläufigen Leistungen im stationären Bereich zurückzuführen. Der gegenüber dem Vorjahr gestiegene Landesbasisfallwert sowie Ausgleichsbeträge aus Vorjahren konnten den Leistungsrückgang gerade noch ausgleichen. Der Rückgang der Leistungsmenge ist insbesondere darauf zurückzuführen, dass zwei Chefarztpositionen im Jahresverlauf vakant waren. Dies wirkte sich insbesondere in der Inneren Medizin Wurzten und in der Chirurgie massiv auf Fallzahlen und Fallschwere aus. Probleme bei der Besetzung von Hebammenstellen konnten nur durch den teuren Einsatz von Fremdpersonal aufgefangen werden. Aufgrund von Streitigkeiten mit den Krankenkassen zu in den Vorjahren abgerechneten Aufwandspauschalen wurden die sonstigen Erlöse vorsorglich um 240 TEUR gekürzt. Die Personalaufwendungen sind gegenüber dem Jahr 2016 um 2.778 (7,4 %) TEUR gestiegen. Die Erhöhung resultiert aus den Tarifabschlüssen TV-Ärzte und TVöD sowie aus einer Ausweitung der Anzahl der Vollkräfte.

Das Jahr 2018 wird durch zwei wesentliche Entwicklungen negativ bestimmt. Zum einen wird die geplante Leistungssteigerung voraussichtlich nicht erreicht, zum anderen müssen durch die Abarbeitung der MDK-Rückstände Forderungsabschreibungen i. H. v. ca. 2 Mio. Euro vorgenommen werden. Dieser Einmaleffekt der Forderungsabschreibung belastet das Ergebnis negativ.

Der **Kommunale Sozialverband Sachsen (KSV)** ist seit 1993 der überörtliche Sozialhilfeträger und überörtliche Betreuungsbehörde. Weitere Aufgaben wurden mit dem SächsVwNG ab 01.08.2008 übertragen.

Zur Erfüllung seiner Aufgaben erhebt der KSV eine Umlage für nicht gedeckten Bedarf. Der Landkreis Leipzig zahlte 2017 eine Sozialumlage in Höhe von 23.833.326,36 EUR (Vorjahr 23.833.326,36 EUR). Der Jahresabschluss 2017 wurde in der Verbandsversammlung am 10.12.2018 beschlossen.

Die ordentlichen Erträge liegen bei 590,9 Mio. EUR (Vorjahr 563,5 Mio. EUR), die ordentlichen Aufwendungen bei 599,3 Mio. EUR (Vorjahr 571,9 Mio. EUR). Der Ergebnishaushalt schließt mit einem Fehlbetrag i. H. v. 8,4 Mio. EUR (Vorjahr Fehlbetrag 8,4 Mio. EUR) ab.

Der **Rettungszweckverband der Versorgungsbereiche Landkreis Leipzig und Region Döbeln** ist Träger des Rettungsdienstes im Zweckverbandsgebiet. Der Rettungszweckverband erhebt zur Deckung seines Finanzbedarfes eine Umlage in Höhe von 710.362,00 EUR (Vorjahr: 623.707,00 EUR). Das Jahr 2017 schließt mit einem Jahresüberschuss von 379.151,71 EUR (Vorjahr 368.133,33 EUR) ab.

Struktur- und Wirtschaftsförderung

Mit Kreistagsbeschluss Nr.2011/065 vom 06.07.2011 wurde die Liquidation der **WILL Wirtschaftsförderung Landkreis Leipzig GmbH i. L.** beginnend am 01.08.2011 beschlossen.

Mit Gesellschafterbeschluss vom 18.06.2018 wurde der Jahresabschluss zum 31.12.2017 festgestellt. Die WILL- Wirtschaftsförderung Landkreis Leipzig GmbH i. L. erwirtschaftete im Jahr 2017 einen Jahresüberschuss in Höhe von 149 TEUR (Vorjahr: Fehlbetrag in Höhe von 12 TEUR). Die Löschung der Gesellschaft wird gemäß Beschluss des Gesellschafters vom 02.10.2018 noch im Oktober 2018 beantragt.

Die **Aufbauwerk Region Leipzig GmbH** ist Dienstleister für Dritte, vorrangig für öffentliche Institutionen. Sie arbeitet als Berater, Entwickler, Manager und Controller bei Projekten, die zumeist aus Mitteln der Europäischen Union finanziert werden. Auf diese Weise werden zusätzlich finanzielle Mittel für die regionalen Akteure in den Bereichen Wirtschaftsförderung, Regionalentwicklung, Arbeitsmarktpolitik, Umwelt und Naturschutz sowie der politischen und kulturellen Zusammenarbeit akquiriert.

Die Gesellschaft hat die schwierige Übergangszeit zur neuen Förderperiode in den letzten zwei Jahren erfolgreich bewältigt. Die wirtschaftliche Situation der Gesellschaft hat sich gegenüber dem Vorjahr deutlich stabilisiert. Im Jahresverlauf wurden vier weitere Projekte erfolgreich bewilligt, so dass die Gesellschaft nunmehr über sieben Projekte verfügt.

Im weiteren Geschäftsverlauf wird sich das neu bewilligte Projekt ECO-CICLE (Thema: Förderung des Fahrradtourismus im ländlichen Raum) positiv auf das Geschäftsvolumen auswirken. Das Projekt startet im Juni 2018 mit einem Gesamtbudget von 195.645 Euro und einer Laufzeit von vier Jahren.

Fünf Projekte im Programm Central Europe befinden sich in der Evaluierung, deren Förderentscheidung im Herbst 2018 erwartet wird.

Die Gesellschaft schließt das Geschäftsjahr 2017 mit einem Jahresüberschuss in Höhe von 4.770,64 Euro ab (Vorjahr: Jahresfehlbetrag -13.953,92 Euro). Projektentwicklungskosten aus dem Jahr 2016 für zwei Central Europe Projekte wurden im Frühjahr 2017 in Höhe von 24.000 Euro zusätzlich bewilligt und haben sich positiv auf das Jahresergebnis ausgewirkt. Die Gesamtleistung in Höhe von 243.575,84 Euro stieg gegenüber dem Vorjahr (+187.365,88 Euro) um 30 %. Zusätzliche Erträge konnten auch im Jahr 2017 durch die Untervermietung der Büroräume generiert werden. Korrespondierend dazu erhöhte sich der Betriebsaufwand gegenüber dem Vorjahr um 35.992,48 Euro auf 236.519,74 Euro. Die Aufwendungen für Personal stiegen nur leicht um 21.958,69 Euro, die mit Zuwachs von geringfügigen Beschäftigten zurückzuführen sind. Für das Jahr 2018 sind weitere Neueinstellungen von Projektsachbearbeiter geplant.

Die **Invest Region Leipzig GmbH** fördert alle Maßnahmen, die der Stärkung der Wirtschaftskraft, der Verbesserung der wirtschaftsnahen Infrastruktur und der Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen in der durch die Gesellschafter repräsentierten Region dienen.

Die Gesellschaft schließt das Jahr 2017 mit einem Jahresüberschuss von 994,19 EUR ab. Zum 31. Dezember 2017 verfügte die Gesellschaft über liquide Mittel in Höhe von 648 TEUR (31.12.2016: 586 TEUR). Bis zum Bilanzstichtag wurden die über die Gesellschafter abgerufenen Mittel in Höhe von 1.418 TEUR (netto) eingebracht. Der Zuschuss des Landkreises Leipzig betrug im Berichtsjahr 253 TEUR. Mit Blick auf die Vermögens- und Ertragslage erwartet die IRL für das Geschäftsjahr 2018 eine konstante Ergebnis- sowie eine konstante Liquiditätsentwicklung.

Dem **Regionalen Planungsverband Leipzig-Westsachsen** obliegt die Regionalplanung für die Planungsregion Westsachsen, die mit dem Landesdirektionsbereich Leipzig deckungsgleich ist. Die regionalen Planungsverbände sind Körperschaften des öffentlichen Rechts und haben die Aufgabe, für das Gebiet ihrer Planungsregion den Regionalplan aufzustellen und fortzuschreiben sowie auf seine Umsetzung hinzuwirken. Regionalpläne enthalten Grundsätze und Ziele für die räumliche Ordnung und Entwicklung der jeweiligen Planungsregion, insbesondere in den Bereichen der Ökologie, der Wirtschaft, der Siedlung und der Infrastruktur. In den Regionalplan ist zugleich der Landesrahmenplan einbezogen. In den Braunkohlegebieten der Planungsregion Westsachsen sind darüber hinaus für jeden

Braunkohletagebau Braunkohlenpläne bzw. für stillgelegte oder stillzulegende Tagebaue Sanierungsrahmenpläne aufzustellen. Der Regionale Planungsverband spielt für die Region aus planerischen Gesichtspunkten eine wesentliche Rolle. Die finanzielle Belastung für den Landkreis betrug 2017 10.300,00 EUR.

Für den Regionalen Planungsverband Leipzig-West Sachsen liegt der festgestellte Jahresabschluss zum 31.12.2016 und 31.12.2017 bei Redaktionsschluss noch nicht vor.

Verkehr

Die **Regionalbus Leipzig GmbH** kann auf ein sehr erfolgreiches Geschäftsjahr 2017 zurückblicken. Die beauftragten Verkehrsleistungen im gesamten Bediengebiet wurden zuverlässig erbracht und konnten wiederum erweitert werden.

Grundlage für die Erbringung der Verkehrsleistungen bildet seit dem 1. Januar 2014 der „Öffentliche Dienstleistungsauftrag über die Erbringung von Personenverkehrsdiensten“ (ÖDA), gemäß Beschluss Nr. 2013/081 des Kreistages des Landkreises Leipzig vom 9. Oktober 2013.

Teile der Verkehrsleistung im Bediengebiet Muldental werden nach wie vor von vertraglich gebundenen Nachauftragnehmern der Gesellschaft erbracht.

Gegenstand des Unternehmens ist gemäß § 2 des Gesellschaftsvertrages vom 28. April 1993 in der Fassung vom 16. Juli 2015 die Errichtung und der Betrieb von Personenverkehren, insbesondere der Linienverkehr mit seinen Sonderformen, alle Leistungsarten des Gelegenheitsverkehrs und der Personenfernverkehr sowie die Vornahmen aller damit zusammenhängenden Geschäfte und sonstigen Tätigkeiten, die dem Unternehmenszweck unmittelbar oder mittelbar zu dienen geeignet sind.

Die Inbetriebnahme der zweiten Stufe des Modellvorhabens „Muldental in Fahrt“ am 07. August 2017 ging einher mit der Einführung des Integralen Taktfahrplans sowie der Schaffung von 66 neuen Haltestellen. Im Zuge der Einführung wurden insgesamt 24 Buslinien optimiert bzw. neu gestaltet, so dass die Gesellschaft im Projektgebiet nunmehr zwölf PlusBus-Linien und sechs TaktBus-Linien mit einem qualitativ aufgewerteten ÖPNV-Angebot betreibt.

Die Verträge zu den eigenwirtschaftlichen Verkehrsleistungen zur ÖPNV-Anbindung des Freizeitparks BELANTIS und des Pösa Parks wurden verlängert bzw. fortgesetzt und der Leistungsumfang leicht gesteigert.

Die Verkehrsbedienung durch Kraftomnibusse im gesamten ÖPNV-Linienvverkehr bildet mit ca. 97 % des Leistungsvolumens der gefahrenen Kilometer den Schwerpunkt der Geschäftstätigkeit der Gesellschaft.

Die übrigen Geschäftsfelder Gelegenheits- und Vertragsverkehr nahmen mit 3 % einen vergleichsweise geringen Anteil am Leistungsumfang der gefahrenen Kilometer der Gesellschaft ein. Diese erreichten die im Wirtschaftsplan für das Geschäftsjahr gesteckten Erwartungen nur zum Teil, da sie aus Kapazitätsgründen eingeschränkt werden mussten.

Das Geschäftsjahr schließt mit einem Jahresüberschuss in Höhe von 1.072 TEUR (2016: Jahresüberschuss 922 TEUR). Es wurden Umsatzerlöse in Höhe von insgesamt 18.800 TEUR (2016: 17.197 TEUR) erzielt.

Im Geschäftsjahr 2017 wurden Investitionen in Höhe von insgesamt 3.271 TEUR getätigt. Die Businvestitionen setzen sich aus Ersatz- und Erweiterungsinvestitionen (insgesamt 8 Busse, 2.280 TEUR) zusammen.

Für das Jahr 2018 wird mit Einnahmen im ÖPNV-Linienvverkehr von 6.961 TEUR (2017: 6.736 TEUR) geplant. Das Jahresergebnis 2018 soll planmäßig 699 TEUR betragen. Dabei stehen den höheren Einnahmen aus dem ÖPNV-Linienvverkehr sowie Betriebskostenzuschüssen steigende Kosten für notwendiges Personal, geringfügig steigende Materialkosten sowie leicht höhere Abschreibungen gegenüber. Entscheidend für die Jahresergebnisse ab dem Jahr 2019 ist die Entwicklung des Betriebskostenzuschusses.

Der **THÜSAC Personennahverkehrsgesellschaft mbH** obliegt die öffentliche Verkehrsbedienung durch Kraftomnibusse im Linienverkehr (ÖPNV), freigestellten Schüler- sowie Gelegenheitsverkehr. Den Linienverkehr erbringt die Gesellschaft im MDV-Gebiet in den Städten Altenburg, Borna und Schmöln (Stadtverkehr) sowie in den Landkreisen Altenburger Land (Freistaat Thüringen) und dem Landkreis Leipzig (Freistaat Sachsen). Die Gesellschaft erbringt neben den Leistungen des ÖPNV weitere Leistungen zur Fahrzeuginstandsetzung auf der Grundlage eines Servicevertrags mit der MAN.

Die Genehmigungen für die Einrichtung und den Betrieb eines Linienverkehrs nach § 42 PBefG wurden für das Bediengebiet Sachsen durch die Landesdirektion Leipzig für den Stadtverkehr Borna für zwei Linien und den Überlandlinienverkehr für 13 Linien zeitgleich mit der Laufzeit des ÖDA vom 1. Januar 2014 bis 31.12.2023 verlängert.

Das bilanzielle Gesamtvermögen hat sich zum 31. Dezember 2017 um 4,1 % auf 21,4 Mio. EUR erhöht. Die Umsatzerlöse betragen 13.694 TEUR (Vorjahr: 12.909 TEUR). Im Kerngeschäft des Unternehmens – dem ÖPNV – konnten wiederum höhere Fahrgeldeinnahmen (+TEUR 64) verbucht werden. Diese sind insbesondere auf Fahrgastzuwächse, die Wirkung des S-Bahnnetzes und der PlusBus Angebote sowie der Tarifierung zum 1. August 2016 und 1. August 2017 zurückzuführen. Die Umsätze aus dem Schülerverkehr und aus dem Mietwagenverkehr sind leicht rückläufig (-TEUR 21).

Im Geschäftsjahr 2017 wurden 2.196 TEUR (Vj. 2.076 TEUR) in erforderliche Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände investiert. Die für die Zukunftssicherung der THÜSAC und für die weitere Attraktivität der Angebote notwendigen Investitionen, insbesondere in sieben Busse (1.686 TEUR) wurden mit 1.124 TEUR aus Fördermitteln finanziert.

Die Eigenkapitalquote hat sich um 6,9 % auf 46,2 % (Vorjahr: 39,3 %) der Bilanzsumme erhöht. Für das Geschäftsjahr 2018 rechnet die THÜSAC mit einem positiven Jahresergebnis von 190 TEUR.

Der Jahresabschluss 2017 der **Mitteldeutschen Verkehrsverbund GmbH (MDV)** weist gemäß gesellschaftsrechtlicher Regelung ein ausgeglichenes Ergebnis aus. Die von den Gesellschaftern gezahlten (2.477 TEUR) und aus den Vorjahren nach 2017 übertragenen Zuschüsse (414 TEUR) mussten nur in Höhe von 2.511,40 TEUR in Anspruch genommen werden, um ein ausgeglichenes Ergebnis zu erzielen. Der nicht verbrauchte Zuschussbetrag von 379 TEUR ist zum 31. Dezember 2017 in den Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern ausgewiesen. Ein Teilbetrag von 296 TEUR ist mit dem Beschluss der Gesellschafter zum Wirtschaftsplan 2018 auf die Jahre 2018 und 2019 übertragen worden. Ein Beschluss der Gesellschafter über die Verwendung der weiteren nicht verbrauchten Betriebskostenzuschüsse von 83 TEUR steht noch aus.

Die Aufgaben der Verbundgesellschaft in den Jahren 2018 und 2019 werden wesentlich durch die im Strategieprozess „MDV 2025“ definierten Schwerpunkte bestimmt sein. Für das Jahr 2019 ist insbesondere die vorerst als Teilintegration des SPNV geplante Verbunderweiterung im Raum Sachsen-Anhalt geplant.

Die Risiken der künftigen Entwicklung werden durch die Geschäftsführung als gering eingestuft, da die Finanzierung wesentlich von der vollständigen und termingerechten Bereitstellung von beantragten Fördermitteln und gemäß Gesellschaftsvertrag von den Gesellschaftern zu leistenden Abschlagszahlungen bestimmt ist. Darüber hinaus wird seit 2009 ein flexibler projektbezogener Finanzierungsbaustein angewendet, der aus realisierten Mehrerlösen bei den Tarifeinnahmen gespeist wird.

Im Bereich des schienengebundenen Personennahverkehrs ergeben sich für den Landkreis keine unmittelbaren finanziellen Verpflichtungen, da der **Zweckverband für den Nahverkehrsraum Leipzig (ZVNL)** zur Finanzierung der Ausgaben die entsprechenden Mittel durch den Freistaat Sachsen erhält.

Entsorgung

Die Umsätze der **KELL Kommunalentsorgung Landkreis Leipzig GmbH** stiegen im Berichtsjahr um 19 % auf 10,1 Mio. EUR. Der Jahresüberschuss beträgt 559 TEUR. Laufende Ersatzinvestitionen von Behältern und Fahrzeugen wurden im Umfang von 396 TEUR getätigt. Die Investitionsmaßnahmen im Geschäftsjahr 2017 erfolgten im Rahmen der Eigenfinanzierung. Durch die ausschließliche Finanzierung mit Eigenmitteln und die planmäßige Tilgung der bestehenden Kredite hat sich das Finanzergebnis gegenüber dem Vorjahr positiv entwickelt. Durch das Geschäftsmodell der KELL sind bei den Erträgen zukünftig keine größeren Ausschläge nach oben oder unten zu erwarten. Durch die LSP-Kalkulation kann man von stabilen Ertragserwartungen ausgehen. Allerdings sind dadurch auch Ertragszuwächse unwahrscheinlich.

Der **Zweckverband Tierkörperbeseitigung Sachsen** schließt das Jahr 2017 mit einem ausgeglichenen Ergebnis ab. Die Gesamterträge geplant mit 7.375.500 EUR (Vorjahr 7.073.200 EUR) wurden mit 7.165.100 EUR (Vorjahr: 6.787.646,83 EUR) erfüllt und liegen mit 210.400 EUR unter dem Plan (Vorjahr 285.500 EUR unter Plan). Die Umsatzerlöse liegen mit 117 TEUR unter dem Planansatz (Vorjahr 198 TEUR über Plan). Die abschließend ermittelte Höhe der Verbandsumlage beträgt insgesamt 1.219.932,45 EUR (Vorjahr: 1.246.926,91 EUR). Die Vorauszahlungen der Verbandsmitglieder betragen 1.206.540,48 EUR (Vorjahr: 1.311.332 EUR), so dass nach Feststellung der Jahresrechnung Nachzahlungen vorzunehmen sind. Für den Landkreis Leipzig beträgt die Nachzahlung 1.602,27 EUR (Vorjahr: Rückzahlung 2.599,97 EUR) bei einem zunächst gezahlten Umlagebeitrag in Höhe von 87.892,00 EUR.

Für den **Zweckverband Abfallwirtschaft Westsachsen (ZAW)** erfolgte der Feststellungsbeschluss für den Jahresabschluss zum 31.12.2017 in der am 27.09.2017 stattgefundenen Verbandsversammlung.

Der Jahresabschluss wurde von der Henschke und Partner mbB geprüft und hat zu keinen Einwendungen geführt. Dem Jahresabschluss und dem Lagebericht wurde der uneingeschränkte Bestätigungsvermerk erteilt.

Durch den Jahresgewinn 2017 in Höhe von 808 TEUR (Vorjahr: Jahresverlust 462 TEUR) vermehrt sich das Eigenkapital zum 31.12.2017 auf 5.209.142,17 EUR (Vorjahr: 4.401.294,89 EUR).

Sparkassen

Die Sparkasse Muldental mit Sitz in Grimma ist eine Sparkasse mit kommunalem Träger im Freistaat Sachsen. Träger ist der Landkreis Leipzig. Die Sparkasse ist Mitglied im Ostdeutschen Sparkassenverband (OSV). Insgesamt hat sich der Jahresüberschuss in Höhe von 1.349 TEUR (Vorjahr: 1.346 TEUR) um 3 TEUR gegenüber dem Vorjahr erhöht. In der Anhörung zur Verwendung des Jahresüberschusses wurde beschlossen, dem Kreistag eine Ausschüttung an den Landkreis Leipzig aus dem Jahresüberschuss in Höhe von 200.000 EUR vorzuschlagen. Der Kreistag hat in seiner Sitzung am 12.09.2018 die Ausschüttung über 200.000 EUR beschlossen. Um diesen Teilbetrag verringert sich somit die Zuführung des Bilanzgewinns zur Sicherheitsrücklage. Im folgenden Beteiligungsbericht wird kein weiterer Bezug zur Sparkasse Muldental genommen. Es besteht kein Beteiligungsverhältnis und somit ist nach SächsGemO kein Beteiligungsbericht zu erstellen.

Zum Ablauf des 31. Dezember 2012 sind der **Sparkassenzweckverband für die Stadt- und Kreissparkasse Leipzig** und der Landkreis Nordsachsen aus der Sachsen-Finanzgruppe ausgeschieden. Seitdem ist die Trägerschaft an der Stadt- und Kreissparkasse Leipzig wieder in kommunaler Hand. Träger der Sparkasse sind der Sparkassenzweckverband für die Stadt- und Kreissparkasse Leipzig (mit rd. 85,85 %) und der Landkreis Nordsachsen (mit rd. 14,15 %). Das Verhältnis der übernommenen Trägerschaft entspricht den vormaligen Beteiligungen der übernehmenden Träger an der SFG, bezogen auf die Stadt- und Kreissparkasse Leipzig, zum Ausscheidenszeitpunkt. Auf mittlere Sicht sollte, d. h. nach erfolgter Rückführung sämtlicher Verbindlichkeiten im Zusammenhang mit dem SFG-Austritt durch die Träger, die Stadt Leipzig, der Landkreis Leipzig und der Landkreis Nordsachsen direkte Träger der Sparkasse werden.

Hierzu ist zunächst auszuführen, dass zwischenzeitlich die Verbindlichkeiten des Sparkassenzweckverbandes vollständig beglichen sind. Nach Erhalt der anteiligen Ausschüttung aus dem Bilanzgewinn 2017 der Sparkasse Leipzig an die Träger hat der Zweckverband im Mai 2018 die verbliebene Restschuld seines seinerzeit bei der Sparkasse aufgenommenen Darlehens getilgt.

Des Weiteren sind alle nötigen Befassungen bzw. Beschlussfassungen der Gremien erfolgt. Darüber hinaus liegen alle Genehmigungen / Zustimmungen der zuständigen Genehmigungsbehörden (Sparkassenaufsichtsbehörde (Sächsisches Staatsministerium der Finanzen), Kommunalaufsicht (Landesdirektion Sachsen), Bundeskartellamt, Bundebank und BaFin (Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht)) vor.

Nach den Genehmigungen erfolgten die Bekanntmachung der Auflösung des Sparkassenzweckverbandes im Sächsischen Amtsblatt sowie die Veröffentlichungen der neu gefassten Sparkassensatzungen. Der Sparkassenzweckverband für die Stadt- und Kreissparkasse Leipzig ist mit Ablauf des 31.08.2018 aufgelöst. Seit dem 01.09.2018 erfolgt die Ausübung der Trägerbefugnisse gleichermaßen durch den Landkreis Leipzig, die Stadt Leipzig und den Landkreis Nordsachsen. Flankiert wird die neue Trägerstruktur durch die ebenfalls seit dem 01.09.2018 abgeschlossene Geschäftsgebietsabgrenzung mit der Sparkasse Muldental. Somit ist jetzt auch die formale Zuordnung der Filiale Borsdorf und des SB-Standortes in Panitzsch zur Sparkasse Leipzig einvernehmlich geklärt.

Im folgenden Beteiligungsbericht wird kein weiterer Bezug zur Stadt- und Kreissparkasse Leipzig genommen. Es besteht kein Beteiligungsverhältnis und somit ist nach SächsGemO kein Beteiligungsbericht zu erstellen.

Informationstechnologie (IT)

Für den **Zweckverband Kommunale Informationsverarbeitung Sachsen (KISA)** wurde der Jahresabschluss zum 31.12.2017 in der Verbandsversammlung am 25.04.2018 festgestellt.

Das Geschäftsjahr 2017 war geprägt von der Weiterführung der Stabilisierung der im Jahr 2015 vorgenommenen strukturellen Änderungen, der konsequenten Umsetzung des Haushaltstrukturkonzeptes sowie in der weiteren Optimierung der internen Prozesse und der Servicekultur gegenüber den Kunden. Parallel dazu wurde begonnen, neue Wachstumsfelder zu definieren und deren Einführung vorzubereiten.

Im Vergleich zum Vorjahr erhöhte sich der laufende Umsatz um 889 T€. Der Mehrumsatz ist hauptsächlich begründet in den einmaligen Erträgen durch Wahlen und Technikverkäufen. In geringem

Umfang konnten höhere Umsätze für Beratungsleistungen im Zusammenhang mit der Entwicklung und Einführung von Schnittstellen zwischen dem Dokumentenmanagement-system und den betreffenden Fachanwendungen erzielt werden.

Im Wirtschaftsplan 2017 wurde ein Umsatz von 16.650 T€ geplant, das Ziel wurde nicht komplett erreicht. Hauptursache dafür sind fehlende Beratungsleistungen in der Organisationsberatung, obwohl die Planung bereits sehr vorsichtig erfolgte. Im Laufe des Jahres 2017 wurden daraufhin weitere personelle Umstrukturierungen geprüft, welche Anfang des Jahres 2018 umgesetzt wurden.

Zusammenfassung

Die sich aus den Jahresabschlüssen und Jahresrechnungen der Unternehmen und Zweckverbände ergebenden Risiken wurden ausreichend dargestellt.

Borna, den 25.10.2018

Übersicht über die Finanzbeziehungen des Landkreises Leipzig									
Name des Eigenbetriebs, Zweckverbands, Unternehmens	Stammeinlage/ Haftungskapital			Verlustabdeckungen und sonstige Zuschüsse aus dem Kreishaushalt		Gewinnabführung an den Landkreis		Bürgschaften/ sonstige Gewährleistungen des Landkreises	Sonstige gewährte Vergütungen
	Gesamt in €	Anteil absolut in €	Anteil in %	2016 in €	2017 in €	2016 in €	2017 in €	2017 in €	2017 in €
Kultur und Bildung									
Kommunaler Eigenbetrieb Weiterbildungsakademie des Landkreises Leipzig	0,00	0,00	0,00	832.000,00	896.000,00	0,00	0,00	0,00	
Kommunaler Eigenbetrieb Musikschulen des Landkreises Leipzig	0,00	0,00	0,00	1.053.973,10	1.378.525,00	0,00	0,00	0,00	
Kulturraum Leipziger Raum	0,00	0,00	0,00	1.930.254,00	1.920.282,90	0,00	0,00	0,00	
Gesundheit/Soziales									
Muldentalkliniken GmbH, Gemeinnützige Gesellschaft	25.000,00	25.000,00	100,00	0,00	0,00	75.000,00	0,00	0,00	
Altenheimgesellschaft MuldentalgmbH	25.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
Servicegesellschaft MuldentalmBH	25.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
Rettungszweckverband der Versorgungsbereiche Landkreis Leipzig und Region Döbeln (LK Mittelsachsen)	0,00	0,00	0,00	499.344,02	569.206,65	0,00	0,00	0,00	
Kommunaler Sozialverband Sachsen	0,00	0,00	0,00	23.833.326,36	25.248.213,45	0,00	0,00	0,00	
Wirtschaftsförderung/Tourismus									
WILL Wirtschaftsförderung Landkreis Leipzig GmbH i.L.	30.750,00	30.750,00	100,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
Aufbauwerk Region Leipzig GmbH	25.600,00	6.000,00	23,44	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
Invest Region Leipzig GmbH	150.000,00	22.500,00	15,00	249.028,67	253.442,69	0,00	0,00	0,00	
Regionaler Planungsverband Leipzig-West Sachsen	0,00	0,00	0,00	10.300,00	10.300,00	0,00	0,00	0,00	

Verkehr									
<i>Regionalbus Leipzig GmbH</i>	500.000,00	500.000,00	100,00	9.212.369,03	10.486.685,00	0,00	0,00	0,00	
<i>THÜSAC Personennahverkehrsgesellschaft mbH</i>	260.000,00	13.000,00	19,00	2.654.982,71	2.948.800,00	0,00	0,00	0,00	
<i>Mitteldeutsche Verkehrsverbund GmbH (MDV)</i>	73.500,00	2.600,00	3,54	87.678,72	87.678,72	0,00	0,00	0,00	
<i>Flugplatz Altenburg-Nobitz GmbH</i>	51.129,19	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
<i>Zweckverband für den Nahverkehrsraum Leipzig</i>	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
Ver- und Entsorgung									
<i>KELL Kommunalentsorgung Landkreis Leipzig GmbH</i>	331.000,00	331.000,00	100,00	0,00	0,00	10.482,45	8.854,65	2.586.150,00	
<i>Westsächsische Entsorgungs- und Verwertungsgesellschaft mbH</i>	1.000.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
<i>Zweckverband Abfallwirtschaft Westsachsen</i>	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
<i>Zweckverband für Tierkörperbeseitigung Sachsen</i>	0,00	0,00	0,00	90.367,75	89.494,27	0,00	0,00	0,00	
Sonstiges									
<i>Kommunale Datennetze GmbH (KDN)</i>	60.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
<i>Lecos GmbH</i>	200.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
<i>ProVitako Marketing- und Dienstleistungsgesellschaft der Kommunalen IT-Dienstleister e.G.</i>	130.500,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
<i>Sparkassenzweckverband für die Stadt- und Kreissparkasse Leipzig</i>	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
<i>Zweckverband Kommunale Informationsverarbeitung Sachsen (KISA)</i>	0,00	0,00	0,00	51.820,33	0,00	0,00	0,00	0,00	
Gesamt	2.887.479,19	924.850,00		40.531.068,79	43.888.628,68	85.482,45	8.854,65	2.586.150,00	

Teil II

Einzeldarstellung der Eigenbetriebe

- 1. Weiterbildungsakademie des Landkreises Leipzig**
- 2. Musikschulen des Landkreises Leipzig**

Kommunaler Eigenbetrieb Weiterbildungsakademie des Landkreises Leipzig

Beteiligungsübersicht

Lüptitzer Straße 2
04808 Wurzen

Tel. 03425 90470
Fax 03425 904718
Email thomas.friedrich@vhs-muldental.de

Gründungsdatum 01.01.2012
Rechtsform Eigenbetrieb
Gründung durch Beschluss am 06.07.2011

Unternehmensgegenstand / Unternehmenszweck

Der Kommunale Eigenbetrieb Weiterbildungsakademie setzt sich aus den Betriebsteilen Volkshochschule Leipziger Land, Volkshochschule Muldental, Berufliches Qualifikationszentrum und dem Schullandheim Bennowitz zusammen. Das Mehrgenerationenhaus Markranstädt wird als Projekt der VHS LL geführt.

Die Volkshochschule bietet allen Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit, ihre Bildung zu vertiefen und zu erweitern. Sie soll durch die Weiterbildungsangebote dabei helfen, die allgemeinen und beruflichen Qualifikationen zu erweitern sowie wirtschaftliche, soziale und politische Verhältnisse beurteilen und interessenorientiert mit gestalten zu können.

Das Schullandheim unterbreitet ein Ergänzungsangebot zur schulischen Bildung der Grund- und Mittelschulen sowie Gymnasien. Im Besonderen leistet es einen Beitrag zur Umweltbildung, zum Naturschutz sowie zur sozialen Bildung und Kommunikation der Schüler.

Finanzbeziehungen

Leistungen des Unternehmens an den Landkreis	in €
----------------------------------------------	------

Leistungen des Landkreises an das Unternehmen	in €
Verlustabdeckung	896.000,00

Bürgschaften	in €
Unternehmen an den Landkreis	
Landkreis an das Unternehmen	

Darlehen	in €
Unternehmen an den Landkreis	
Landkreis an das Unternehmen	

Für den Kommunalen Eigenbetrieb Weiterbildungsakademie des Landkreises Leipzig lag der Jahresabschluss zum 31.12.2017 bei Redaktionsschluss noch nicht vor.

Kommunaler Eigenbetrieb Musikschulen des Landkreises Leipzig

Beteiligungsübersicht

An der Wyhra 1A
04552 Borna

Tel. 03433 269721
Fax 03433 269720
Email kanders@musikschule-leipzigerland.de

Gründungsdatum 01.01.2012
Rechtsform Eigenbetrieb
Gründung durch Beschluss am 06.07.2011

Unternehmensgegenstand / Unternehmenszweck

Der kommunale Eigenbetrieb Musikschulen setzt sich aus den beiden Betriebsteilen Musik- und Kunstschule "Ottmar Gerster" und der Musikschule Muldental "Theodor Uhlig" zusammen. Die Musikschulen bieten Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen eine Ausbildung in den Bereichen der bildenden und angewandten Kunst, der Musik und des Tanzes.

Finanzbeziehungen

Leistungen des Unternehmens an den Landkreis	in €
Leistungen des Landkreises an das Unternehmen	in €
Verlustabdeckung	1.378.525,00
Bürgschaften	in €
Unternehmen an den Landkreis	
Landkreis an das Unternehmen	
Darlehen	in €
Unternehmen an den Landkreis	
Landkreis an das Unternehmen	

Lagebericht 2017

Wesentliche Sachverhalte aus dem Lagebericht zum Berichtsjahr und dem darauffolgenden Geschäftsjahr einschließlich Risiken der künftigen Entwicklung

1. Allgemeines

Der Kommunale Eigenbetrieb Musikschulen hat zum 01.01.2012 seine Arbeit aufgenommen. Er besteht aus der Musikschule Muldental „Theodor Uhlig“ und der Musik- und Kunstschule „Ottmar Gerster“. Beide waren zuvor in Trägerschaft des Landkreises in andere Eigenbetriebsstrukturen eingebunden.

Das Jahresergebnis des Eigenbetriebes beträgt 0,00 EUR. Ein Vorschlag zur Gewinnverwendung bzw. zur Verlustdeckung ist daher nicht notwendig.

Die inhaltliche Arbeit der beiden Betriebsteile wird wie folgt erläutert:

Musik- und Kunstschule „Ottmar Gerster“

Die Musik- und Kunstschule „Ottmar Gerster“ unterbreitet im Landkreis Leipzig ein dezentrales Angebot an ca. 20 Unterrichtsorten. Dieser Unterricht wurde im Wirtschaftsjahr 2017 von durchschnittlich ca. 2.100 Schülerinnen und Schülern pro Woche ganzjährig in Anspruch genommen (insgesamt ca. 2.851 Teilnehmer). Hinzu kamen Schülerinnen und Schüler in Projekten, u.a. dem Pilotprojekt des Freistaates Sachsen „Jedem Kind ein Instrument“, das in Kooperation mit sieben Grundschulen im Landkreis durchgeführt wird. Hier wurden noch einmal ca. 350 Schülerinnen und Schüler eingebunden. Insgesamt nahmen ca. 3.300 Teilnehmer im Jahr 2017 Angebote in Anspruch.

Als wichtige kulturelle Einrichtung der Region haben Solisten und Ensemble der Schule im Wirtschaftsjahr 2017 253 Veranstaltungen durchgeführt, die von ca. 34.000 Zuhörern und Zuschauern besucht

wurden. Dies ist zugleich Spiegelbild des hohen Ansehens der Musikschule und der Verknüpfung mit zahlreichen Institutionen, Kommunen, Vereinen und Verbänden.

Musikschule Muldental „Theodor Uhlig“

Die Musikschule Muldental „Theodor Uhlig“ unterbreitet im Landkreis Leipzig ein dezentrales Angebot an ca. 15 Unterrichtsorten. Dieser Unterricht wurde im Wirtschaftsjahr 2017 von durchschnittlich ca. 1.100 Schülerinnen und Schülern ganzjährig in Anspruch genommen (insgesamt ca. 1.262 Teilnehmer). Hinzu kamen Schülerinnen und Schüler in Projekten, u.a. dem Pilotprojekt des Freistaates Sachsen „Jedem Kind ein Instrument“, das in Kooperation mit sechs Grundschulen durchgeführt wird. Hier wurden noch einmal ca. 310 Schülerinnen und Schüler eingebunden. Insgesamt nahmen ca. 1.600 Teilnehmer im Jahr 2017 Angebote in Anspruch.

Als wichtige kulturelle Einrichtung der Region haben Solisten und Ensemble der Schule im Wirtschaftsjahr 2017 126 Veranstaltungen durchgeführt, die von ca. 17.700 Zuhörern und Zuschauern besucht wurden.

Weiterführende Aussagen finden sich unten.

2. Geschäftsverlauf und Lage des Eigenbetriebes

Die Nachfrage nach Musikschulangeboten ist konstant. Mit Gründung des Kommunalen Eigenbetriebes Musikschulen wurde zugleich eine angepasste Gebührensatzung durch den Kreistag des Landkreises Leipzig verabschiedet, die der Preis- und Lohnentwicklung auf dem Musikschulmarkt Rechnung trug, im Wirtschaftsjahr 2015 wurde die Gebührensatzung überarbeitet und den steigenden Personal- und Honorarkosten angepasst.

Die Gesamtkosten der beiden Musikschulen in den früheren Eigenbetrieben betrugen ca. 2,6 Mio. EUR. Der Aufwuchs auf ca. 3,46 Mio. EUR resultiert insbesondere aus höheren Abschreibungen, gestiegenen Personalkosten (Honorare, Löhne und Gehälter) und erhöhten Betriebsausgaben für das Gebäude in Markkleeberg.

Der Kommunale Eigenbetrieb Musikschulen legt mit dem Jahresabschluss 2017 ein ausgeglichenes Ergebnis vor.

Die Verbindlichkeiten gegenüber dem Landkreis betragen 70.928,39 EUR, davon 21.991,15 EUR für nicht verbrauchte Zuschüsse.

Im Vergleich mit dem Wirtschaftsplan (Erfolgsplan) 2017 lässt sich folgendes feststellen:

	<i>Plan 2017</i>	<i>Ist 2017</i>	<i>Erläuterungen (Abweichung mehr als 5%)</i>
	<i>T EUR</i>	<i>T EUR</i>	
1. Umsatzerlöse	1.227,0	1.323,7	Durch die Neufassung von § 277 Abs. 1 HGB durch das BilRUG ändert sich die Zuordnung von einzelnen Positionen zwischen Umsatzerlösen und sonstigen betrieblichen Erträgen. Diese Änderung beträgt im Wirtschaftsjahr 2017 ca. 105 TEUR.
2. Sonstige betriebliche Erträge	2.154,5	2.133,3	
Erträge GESAMT	3.381,5	3.457,0	
5. Materialaufwand	643,0	610,9	Senkung durch Umwandlung in Personalkosten.
6. Personalaufwand	2.222,6	2.267,2	Erhöhung durch Umwandlung von Honoraren sowie Rückstellung Leistungsorientierte Bezüge

7. Abschreibungen	170,0	180,2
8. Sonstige	345,9	398,7
Aufwendungen GESAMT	3.381,5	3.457,0
Überschuss (+) / Fehlbetrag (-)	0,00	0,00

Der Eigenbetrieb erhielt im Wirtschaftsjahr 2017 Fördermittel des Freistaates Sachsen in Höhe von 323.714,00 EUR sowie Fördermittel des Kulturraumes Leipzig in Höhe von 228.525,00 EUR. Gegenüber dem Wirtschaftsjahr 2016 haben sich die Fördermittel des Kulturraumes halbiert; das hieraus resultierende Defizit wurde durch eine Erhöhung der Zuschüsse des Landkreises ausgeglichen.

3. Prognose

- Eine Änderung der Auslastung der beiden Musikschulen ist derzeit nicht erkennbar.
- Änderungen im Wirtschaftsplan 2018 resultieren aus der Erhöhung der Personalkosten (insbesondere durch tarifliche Vereinbarungen). Die vorliegenden Tarifabschlüsse fallen höher als geplant aus. Insofern ist davon auszugehen, dass 2018 der Verbrauch der Landkreiszuschüsse vollständig erfolgen und sich das Jahresergebnis um ca. 40 TEUR verschlechtern wird.
- Eine Änderung der Umsatzerlöse ist derzeit nicht erkennbar, wenngleich durch lange Krankheitsphasen von Musikschullehrer*innen bereits mehr als 10 TEUR zurückerstattet wurden.
- Entsprechend Wirtschaftsplan 2018 § 3 sind keine Kreditaufnahmen vorgesehen; entsprechend Wirtschaftsplan 2018 § 4 wird der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen auf 800.000 EUR festgesetzt. Diese stehen im gleichen Zusammenhang wie die Kassenkredite (Wirtschaftsplan § 5) in Höhe von 500.000 EUR, der die Durchführung der Baumaßnahme 04552 Borna, Deutzener Straße 24 sichert.
- Eine Änderung der Fördermittelsituation durch den Freistaat Sachsen ist derzeit nicht erkennbar; für das Wirtschaftsjahr 2018 liegt ein entsprechender Zuwendungsbescheid vor.

4. Chancen und Risiken

In den Beratungen der Betriebsleitung wurde das Risikomanagement für den Eigenbetrieb Musikschulen fortgeschrieben. In diesem Zusammenhang sei auf folgende Sachverhalte hingewiesen:

- Die wirtschaftliche Lage des Kommunalen Eigenbetriebes Musikschulen wird wesentlich durch die Zuwendungen des Landkreises Leipzig (Verlustausgleich) bestimmt. Für das Wirtschaftsjahr 2018 liegt ein bestätigter Wirtschaftsplan vor, so dass die Aufgaben auch weiterhin wahrgenommen werden können. Nach Einschätzung des Direktors des Eigenbetriebes sind in der Zuschussgewährung keine EU-beihilferechtlichen Vorgaben verletzt.
- Der Kulturraum Leipziger Raum fördert im Wirtschaftsjahr 2018 den Eigenbetrieb nicht mehr. Entsprechend der Beschlüsse des Kreistages des Landkreises Leipzig wird der Ausfall in Höhe von ca. 467 TEUR durch die Erhöhung des Zuschusses des Landkreises Leipzig kompensiert.
- Aktuelle Urteile der Sozial- und Arbeitsgerichte hinsichtlich der Beurteilung von Honorarverträgen an Musikschulen stellen ein latentes Risiko dar. Zur Minimierung des Risikos wird eine weitere Umwandlung von Honorarstunden in Festanstellungsverhältnisse angestrebt. Hierzu wurden im Wirtschaftsplan 2018 zwei weitere Stellen für Musikpädagogen aufgenommen.
- Die Gewinnung von qualifizierten Fachkräften als Musikschullehrkräfte für eine Flächenauslastung im Landkreis Leipzig muss im Honorarbereich als problematisch eingeschätzt werden. Die künftige Verfügbarkeit wird außerhalb eines Festanstellungsverhältnisses kaum noch gegeben sein.
- Veränderungen in der Auslastung der Einrichtung sind nicht erkennbar.

Weitere Risiken sind derzeit nicht erkennbar.

Kern des Risikomanagements des Kommunalen Eigenbetriebes ist ein Risikofrüherkennungssystem. Dies beinhaltet

- Risikoidentifikation,
- Risikobewertung,

- Risikobewältigung einschließlich Risikokommunikation,
- Risikoüberwachung einschließlich Risikofortschreibung und
- Dokumentation.

Gegenüber dem Landratsamt Leipzig, Finanzverwaltung, wird regelmäßig ein Bericht zur Bewertung der Risiken erstellt.

Im Rahmen der Neuordnung der Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) wurden umfangreiche Maßnahmen (Neufassung Anmeldeformular, Arbeitsverzeichnis Datenschutz u.ä.) durchgeführt, um die entsprechenden Risiken einer Datenschutzverletzung zu minimieren. Die Mitarbeiter wurden entsprechend geschult.

5. Finanzbeziehungen zum Landkreis

Die Finanzbeziehungen zum Landkreis spiegeln sich im laufenden Wirtschaftsjahr insbesondere in zwei Positionen wider:

- a) Zuschuss des Trägers auf Grundlage des Wirtschaftsplanes bzw. des Haushaltplanes des Landkreises und
- b) Leistungsverrechnung für in Anspruch genommene Leistungen (insbesondere Leistungen des Haupt- und Personalamtes für Versicherungen, Arbeitssicherheit, Personalverwaltung u.ä.).

Dies sind Zuschüsse im Sinne des § 27, Abs. 3 SächsEigBVO.

Eine Gewinnabführung an den Landkreis erfolgt nicht. Kredite wurden nicht getätigt.

Borna, den 26.04.2018

Einzeldarstellung der Unternehmen in Privatrechtsform

Unternehmen in der Privatrechtsform ab einer unmittelbaren oder mittelbaren Beteiligung in Höhe von 25 %

- 1. Regionalbus Leipzig GmbH**
- 2. Kliniken des Muldentalkreises gGmbH
 Altenheimgesellschaft Muldental gGmbH
 Servicegesellschaft Muldental mbH**
- 3. WILL – Wirtschaftsförderung Landkreis Leipzig GmbH i. L.**
- 4. KELL Kommunalentsorgung Landkreis Leipzig GmbH**

Regionalbus Leipzig GmbH

Beteiligungsübersicht

Leipziger Straße 79
04828 Deuben

Tel. 03425/8989101
Fax 03425/898913
Email info@regionalbusleipzig.de
Internet <http://www.regionalbusleipzig.de>

Gründungsdatum 13.05.1992

Rechtsform GmbH

Gründung durch Beschluss am 20.02.1992

Letzte Änderung am 16.07.2015

Handelsregistereintrag am 01.09.2015 unter HRB 7969

Gesellschafter / Stammkapital

Stammkapital		500.000,00 €
Gesellschafter	Anteil	Anteil
Landkreis Leipzig	100,0000 %	500.000,00 €

Unternehmensgegenstand / Unternehmenszweck

Gegenstand des Unternehmens ist die Errichtung und der Betrieb von Personenverkehren, insbesondere der Linienverkehr mit seinen Sonderformen, alle Leistungsarten des Gelegenheitsverkehrs und der Personenfernverkehr sowie die Vornahme aller damit zusammenhängenden Geschäfte und sonstigen Tätigkeiten, die dem Unternehmenszweck unmittelbar oder mittelbar zu dienen geeignet sind.

Die Gesellschaft darf allein oder zusammen mit anderen Unternehmen im Sinne von § 96a Abs. 1 Halbsatz 1 SächsGemO Tochtergesellschaften oder Mehrheitsbeteiligungen nur gründen, übernehmen und unterhalten, wenn deren Gesellschaftsverträge oder Satzungen den Nrn. 1, 2 und 4 bis 13 des § 96a Abs. 1 SächsGemO entsprechende Regelungen enthalten.

Die Gesellschaft ist allgemein berechtigt, alles zu tun, was ihrem Geschäftszweck nützt oder nützen kann und durch das Gesetz gestattet ist.

Die Gesellschaft kann Interessengemeinschaften beitreten und Kooperationsabkommen mit anderen Unternehmen abschließen.

Finanzbeziehungen

Leistungen des Unternehmens an den Landkreis	in €
----------------------------------------------	------

Leistungen des Landkreises an das Unternehmen	in €
Verlustabdeckung	10.486.685,00

Bürgschaften	in €
Unternehmen an den Landkreis	
Landkreis an das Unternehmen	

Darlehen	in €
Unternehmen an den Landkreis	
Landkreis an das Unternehmen	

Unterbeteiligungen

	Anteil	Anteil in €
Mitteldeutsche Verkehrsverbund GmbH (MDV)	2,9900 %	2.200,00

Wesentliche Sachverhalte aus dem Lagebericht zum Berichtsjahr und dem darauffolgenden Geschäftsjahr einschließlich Risiken der künftigen Entwicklung

I. Grundlagen der Geschäftstätigkeit

Die Regionalbus Leipzig GmbH (im Folgenden auch Regionalbus Leipzig oder Gesellschaft genannt) kann auf ein sehr erfolgreiches Geschäftsjahr 2017 zurückblicken. Die beauftragten Verkehrsleistungen im gesamten Bediengebiet wurden zuverlässig erbracht und konnten nochmals erweitert werden.

Grundlage für die Erbringung der Verkehrsleistungen bildet seit dem 1. Januar 2014 der „Öffentliche Dienstleistungsauftrag über die Erbringung von Personenverkehrsdiensten“ (ÖDA), gemäß Beschluss Nr. 2013/081 des Kreistages des Landkreises Leipzig vom 9. Oktober 2013.

Teile der Verkehrsleistung im Bediengebiet Muldental werden nach wie vor von vertraglich gebundenen Nachauftragnehmern der Gesellschaft erbracht.

Gegenstand des Unternehmens ist gemäß § 2 des Gesellschaftsvertrages vom 28. April 1993 in der Fassung vom 16. Juli 2015 die Errichtung und der Betrieb von Personenverkehren, insbesondere der Linienverkehr mit seinen Sonderformen, alle Leistungsarten des Gelegenheitsverkehrs und der Personenfernverkehr sowie die Vornahme aller damit zusammenhängenden Geschäfte und sonstigen Tätigkeiten, die dem Unternehmenszweck unmittelbar oder mittelbar zu dienen geeignet sind.

Die Inbetriebnahme der zweiten Stufe des Modellvorhabens „Muldental in Fahrt“ am 7. August 2017 ging einher mit der Einführung des Integralen Taktfahrplans sowie der Schaffung von 66 neuen Haltestellen. Im Zuge der Einführung wurden insgesamt 24 Buslinien optimiert bzw. neu gestaltet, so dass die Gesellschaft im Projektgebiet nunmehr zwölf PlusBus-Linien und sechs TaktBus-Linien mit einem qualitativ aufgewerteten ÖPNV-Angebot betreibt.

Die Verträge zu den eigenwirtschaftlichen Verkehrsleistungen zur ÖPNV-Anbindung des Freizeitparks BELANTIS und des Pözna Parks wurden verlängert bzw. fortgesetzt und der Leistungsumfang leicht gesteigert.

Die Verkehrsbedienung durch Kraftomnibusse im gesamten ÖPNV-Linienverkehr bildet mit ca. 97 % des Leistungsvolumens der gefahrenen Kilometer den Schwerpunkt der Geschäftstätigkeit der Gesellschaft.

Die übrigen Geschäftsfelder Gelegenheits- und Vertragsverkehr nahmen mit 3 % einen vergleichsweise geringen Anteil am Leistungsumfang der gefahrenen Kilometer der Gesellschaft ein. Diese erreichten die im Wirtschaftsplan für das Geschäftsjahr gesteckten Erwartungen nur zum Teil, da sie aus Kapazitätsgründen eingeschränkt werden mussten.

Zwischen der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft ver.di und dem Landesverband des Sächsischen Verkehrsgewerbes (LSV) e. V. wurde am 28. Juni 2017 ein neuer Tarifvertrag zur Jahressonderzahlung mit einer Laufzeit vom 1. Juli 2017 bis zum 31. März 2020 abgeschlossen. Außerdem erfolgte zwischen den Tarifpartnern am 20. Dezember 2017 der Abschluss eines Vergütungstarifvertrages mit einer Laufzeit vom 1. Januar 2018 bis zum 31. Dezember 2019.

Für die geplante Erweiterung der betrieblichen Anlagen im Betriebsteil Deuben erfolgte im Geschäftsjahr 2017 der Erwerb eines angrenzenden Grundstücks im Gewerbegebiet Deuben sowie die Auftragsvergabe zunächst für Planungsleistungen, Tiefbauarbeiten und Elektroinstallation.

Im Betriebsteil Grimma wurden die angemieteten Parkplatzflächen für Busse und Kraftfahrzeuge sowie die Aufenthalts- und Sozialräume erweitert, um dem gewachsenen Bestand an Omnibussen und Mitarbeitern Rechnung zu tragen. Gleichzeitig wurde der Mietvertrag für das Objekt bis zum 31. Dezember 2027 verlängert.

II. Wirtschaftsbericht

Vermögenslage

Im Geschäftsjahr 2017 verminderte sich der Bestand des Anlagevermögens zum Vorjahr um TEUR 186. Dieser Saldo setzt sich zusammen aus TEUR 3.271 Zugänge, TEUR 19 Abgänge und TEUR 3.438 Abschreibungen. Die Zugänge bestehen im Wesentlichen aus Investitionen für Omnibusse, der Erweiterung des RBL-Systems sowie für das erworbene Grundstück und die bauliche Erweiterung des Betriebsteils Deuben. Bei den Investitionen 2017 wurde die geplante Summe zum Stichtag 31. Dezember 2017 jedoch um insgesamt TEUR 1.761 unterschritten. Das betrifft im Wesentlichen den Erweiterungsbau Deuben (TEUR -871), die Erweiterung des RBL-Systems (TEUR 59) und die Busanschaffung (TEUR -733). Der Erweiterungsbau Deuben und die Erweiterung des RBL-Systems werden in 2018 weitergeführt. Bei der Busanschaffung wurden drei Busse aus der Planung 2017 bereits im Dezember 2016 angeschafft.

Durch die für die Investitionen vereinnahmten Zuschüsse erhöhte sich der Bestand an Sonderposten für Investitionszuschüsse. Das Eigenkapital erhöhte sich um den Jahresüberschuss. Insgesamt wächst die Bilanzsumme gegenüber dem Vorjahr um TEUR 1.038.

Nachfolgend wird die Vermögenslage nach Liquiditätsgesichtspunkten gegliedert dargestellt. Posten mit Fälligkeit bis zu einem Jahr werden als kurzfristig, alle übrigen Posten als mittel- und langfristig eingestuft.

Der Sonderposten für Investitionszuschüsse wird zu zwei Dritteln dem Eigenkapital zugerechnet (künftige gewinnerhöhende Wirkung bei der Auflösung). Der verbleibende Betrag spiegelt die potenzielle Ertragsteuerbelastung wider, die im Fremdkapital ausgewiesen wird.

Vermögensstruktur

	31.12.2017		31.12.2016		+/-
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR
immaterielle Vermögensgegenstände	76	0,3	78	0,3	-2
Sachanlagen	18.413	75,7	18.597	79,9	-184
Finanzanlagen	7	0,0	7	0,0	0
langfristig gebundenes Vermögen	18.496	76,0	18.682	80,2	-186
Vorräte	206	0,9	204	0,9	2
Lieferforderungen	786	3,2	530	2,3	256
Forderungen gegen MDV GmbH	243	1,0	231	1,0	12
sonstige Vermögensgegenstände, RAP	278	1,2	624	2,7	-346
flüssige Mittel	4.316	17,7	3.016	12,9	1.300
kurzfristiges Vermögen	5.829	24,0	4.605	19,8	1.224
insgesamt	24.325	100,0	23.287	100,0	1.038

Kapitalstruktur

	31.12.2017		31.12.2016		+/-
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR
bilanzielles Eigenkapital	8.641	35,5	7.569	32,5	1.072
2/3 Sonderposten Investitionszuschüsse = Eigenkapitalähnliche Mittel	6.623	27,2	6.009	25,8	614
betriebswirtschaftliches Eigenkapital	15.264	62,7	13.578	58,3	1.686
Fremdkapital					
1/3 Sonderposten Investitionszuschüsse	3.312	13,6	3.004	12,9	308
Bankverbindlichkeiten (> 1 Jahr)	2.624	10,8	3.045	13,1	-421
langfristige Rückstellungen	25	0,1	0	0,0	25
mittel- / langfristiges Fremdkapital	5.961	24,5	6.049	26,0	-88
kurzfristige Rückstellungen	478	2,0	460	2,0	18
Bankverbindlichkeiten (< 1 Jahr)	1.325	5,5	1.315	5,6	10
Lieferverbindlichkeiten	491	2,0	468	2,0	23
Verbindlichkeiten gegenüber MDV GmbH	6	0,0	200	0,9	-194
sonstige Verbindlichkeiten	800	3,3	1.217	5,2	-417
kurzfristiges Fremdkapital	3.100	12,8	3.660	15,7	-560
insgesamt	24.325	100,0	23.287	100,0	1.038

Investitionen

Im Geschäftsjahr 2017 wurden folgende Investitionen getätigt:

	TEUR
Omnibusse	2.280
sonstige Ausstattung	237
Grundstücke und Gebäude	298
Rechnergestütztes Betriebsleitsystem (RBL)	219
Software	39
Anlagen im Bau	198
insgesamt	3.271

Die Businvestitionen setzen sich aus Ersatz- und Erweiterungsinvestitionen (insgesamt 8 Busse, TEUR 2.280) zusammen.

Die sonstige Ausstattung umfasst Ausrüstungsgegenstände für Werkstätten und Büros der einzelnen Betriebsteile, unter anderem einen Transporter VW Crafter, jeweils einen Bremsenprüfstand in den Betriebsteilen Deuben und Colditz, eine Radgreiferanlage in Deuben, Einzahlautomaten für Fahrgeldeinnahmen, Infoterminals für Fahrpersonale und IT-Technik.

Die Position Grundstücke und Gebäude beinhaltet den Erwerb des angrenzenden Grundstückes im Rahmen der geplanten Erweiterung des Betriebshofs Deuben.

Das bereits im Geschäftsjahr 2016 aktivierte Grundprojekt „Aufbau eines rechnergestützten Betriebsleitsystems (RBL)“ wurde erweitert und ein Rückkanal für die geplante Übertragung von Echtzeitdaten in die Fahrzeuge sowie eine fahrgastwirksame WLAN-Funktion geschaffen.

Die Softwareinvestitionen erfolgten hauptsächlich im kaufmännischen Bereich sowie in den Werkstätten der Gesellschaft.

Die Anlagen im Bau umfassen Rechnungen für Bauantrag, Gutachten und Vermessung hinsichtlich der geplanten Baumaßnahmen im Betriebsteil Deuben sowie für Arbeiten im Zusammenhang mit der Übertragung von Echtzeitdaten.

Finanzlage

Die nachstehende Kapitalflussrechnung zeigt die Mittelherkunft und -verwendung in den drei Bereichen „laufende Geschäftstätigkeit“, „Investitionstätigkeit“ und „Finanzierungstätigkeit“. Positive Beträge stellen Mittelzuflüsse, negative Beträge Mittelabflüsse dar.

	2017 TEUR	2016 TEUR
Ergebnis	1.072	922
Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	3.438	2.927
Erträge aus der Auflösung von Sonderposten für Investitionszuschüsse	-1.722	-1.190
Zunahme der sonstigen Rückstellungen	44	197
Verlust/Gewinn aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	19	-16
Abnahme der Vorräte, der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- und Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	76	51
Abnahme der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- und Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	-589	-314
Zinsaufwendungen	67	55
Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit	2.405	2.633

Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens	0	16
Auszahlungen für Investitionen in das Anlagevermögen	-3.271	-4.687
Erhaltene Zuschüsse für Investitionen ins Anlagevermögen	2.644	2.243
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	-627	-2.428
Einzahlungen aus der Aufnahme von Finanzkrediten (Bankverbindlichkeiten)	1.000	0
Auszahlungen aus der Tilgung von Bankverbindlichkeiten	-1.411	-1.335
gezahlte Zinsen	-67	-55
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	-478	-1.390
Veränderung des Finanzmittelfonds	1.300	-1.185
Finanzmittelfonds am Periodenbeginn	3.016	4.201
Finanzmittelfonds am Periodenende	4.316	3.016
Zusammensetzung des Finanzmittelbestandes:	4.316	3.016
flüssige Mittel	4.316	3.016

Die Liquidität der Gesellschaft war auf der Basis eines detaillierten Liquiditätsplans in Verbindung mit den erhaltenen Betriebskostenzuschüssen (BKZ) sowie zeitnaher Leistungsabrechnung und einem aktuellen Mahnwesen jederzeit gesichert.

Verbindlichkeiten wurden innerhalb vereinbarter Fristen beglichen.

Ertragslage

Das Geschäftsjahr 2017 schließt im Ist um TEUR 149 besser ab als im Wirtschaftsplan 2017 veranschlagt. Damit werden die Erwartungen des Wirtschaftsplanes übertroffen.

Zur Analyse der Ertragslage werden im Folgenden die Positionen der Gewinn- und Verlustrechnung abweichend vom handelsrechtlichen Schema nach betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten gegliedert dargestellt.

	2017		2016		Veränderung	
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
bereinigte Umsatzerlöse	18.800	100,0	17.197	100,0	1.603	9,3
Materialaufwand						
a) Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	-2.990	-15,9	-2.500	-14,5	-490	19,6
b) bezogene Leistungen	-2.075	-11,0	-2.017	-11,7	-58	2,9
	-5.065	-26,9	-4.517	-26,3	-548	12,1
Personalaufwand	-9.408	-50,0	-8.482	-49,3	-926	10,9
übrige Aufwendungen	-1.764	-9,4	-1.689	-9,8	-75	4,4
Betriebsaufwand gesamt	-16.237	-86,3	-14.688	-85,4	-1.549	10,5
sonstige betriebliche Erträge	1.926	10,2	1.385	8,1	541	39,1
Ergebnis vor Abschreibungen und Zinsen	4.489	23,9	3.894	22,6	595	15,3
Abschreibungen	-3.438	-18,3	-2.927	-17,0	-511	17,4
operatives Ergebnis	1.051	5,6	967	5,6	84	8,7
neutrales Ergebnis	86	0,4	10	0,1	76	>100
Zinsergebnis	-65	-0,3	-55	-0,3	-10	18,2
Jahresüberschuss	1.072	5,7	922	5,4	150	16,3

Die Erhöhung der bereinigten Umsatzerlöse (TEUR 1.603) in 2017 lässt sich im Wesentlichen wie folgt erklären:

	TEUR
Betriebskostenzuschüsse	1.235
ÖPNV-Linienverkehr	316
Vertragsverkehr	20
Gelegenheitsverkehr	-52
Schienenersatzverkehr	-10
sonstiges	94
insgesamt	1.603

Die Betriebskostenzuschüsse wurden planmäßig an das gestiegene Leistungsvolumen angepasst und entsprechend vom Landkreis Leipzig gezahlt.

Beim vertraglichen Schüler- und Berufsverkehr war im Jahr 2017 eine leichte Leistungssteigerung zu verzeichnen.

Die ausgeführten Aufträge im Gelegenheits- bzw. Schienenersatzverkehr wurden reduziert. Dies ist begründet durch die starke Inanspruchnahme der personellen und technischen Kapazitäten aufgrund der Leistungsausweitung im ÖPNV.

Im sonstigen Bereich resultieren die Mehreinnahmen aus Werbung und Dieserverkauf.

Die Personalaufwendungen sind aufgrund von Tarifsteigerungen und erhöhtem Mitarbeiterbestand gestiegen. Der Krankenstand bewegte sich auch im Jahr 2017 auf hohem Niveau, so dass die Rückstellungen für Urlaub und Überstunden nochmals deutlich erhöht werden mussten.

Mit einer Höhe von TEUR 86 (2016: TEUR 10) kommt dem neutralen Ergebnis auch in diesem Geschäftsjahr keine entscheidende Bedeutung zu. Ausschlaggebend für die Erhöhung gegenüber dem Vorjahr ist die Zahlung der LeoBus GmbH im Zusammenhang mit der vorzeitigen Kündigung des Vertrages zur Nutzung von Ressourcen am Betriebshof Zwenkau in Höhe von TEUR 130.

Das neutrale Ergebnis setzt sich wie folgt zusammen:

	2017 TEUR	2016 TEUR
Erträge		
periodenfremde Erträge	3	19
Auflösung von Wertberichtigungen	2	7
Erträge aus Anlagenverkäufen	0	16
Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	15	0
Erträge unregelmäßig	130	0
zusammen	150	42
Aufwendungen		
periodenfremde Aufwendungen	-43	-19
Zuführung von Wertberichtigungen	0	-4
Forderungsverluste	-2	-9
Verlust aus Anlagenabgängen	-19	0
zusammen	-64	-32
insgesamt	86	10

II. Prognose-, Chancen- und Risikobericht

Die Leistungserbringung durch die Regionalbus Leipzig GmbH erfolgt auf der Basis des vom Landkreis Leipzig bis zum 31. Dezember 2023 erteilten ÖDA. Hierdurch wird u. a. vertraglich geregelt, dass die Gesellschaft für die zu erbringenden Verkehrsleistungen entsprechende Zuschüsse erhält, ohne die der öffentliche Personennahverkehr nicht kostendeckend betrieben werden könnte. Diese Zuschüsse sind von entscheidender Bedeutung für die finanzielle Ausstattung und die Ertragssituation der Gesellschaft. Zur frühzeitigen Erkennung von Risiken hat die Gesellschaft ein Risikomanagementsystem eingerichtet, um gegebenenfalls entsprechende Maßnahmen zur Gegensteuerung einleiten zu können.

Im Rahmen der Planung des Verkehrsangebotes sind regionale und demografische Entwicklungen zu berücksichtigen, die Einfluss auf die Nachfrage nach öffentlichen Personenverkehrsleistungen haben. Auch nach der Umsetzung der zweiten Stufe des Modellvorhabens „Muldental in Fahrt“ im August 2017 sowie der touristischen Linien im März 2018 wirkt die Regionalbus Leipzig GmbH in Projekten mit, die diesen Entwicklungen Rechnung tragen und die Schaffung bedarfsgerechter Angebote zum Ziel haben, so z. B. bei der Erarbeitung des ÖPNV-Konzeptes für das südliche Leipziger Neuseenland. Bestehende Fahrgäste sollen so an Regionalbus Leipzig gebunden und Potenziale zur Gewinnung neuer Fahrgastgruppen erschlossen werden. Mit dem erfolgreichen Ausbau der ÖPNV-Angebote soll der Landkreis Leipzig als Wohn- und Wirtschaftsstandort noch attraktiver werden.

In engem Zusammenhang mit der Weiterentwicklung des Verkehrsangebotes stehen die Bestrebungen zur Qualitätssteigerung der erbrachten ÖPNV-Leistungen. Hierzu gehört die Bereitstellung von fahrtbezogenen Anschlussinformationen in Echtzeit sowie kostenfreier WLAN-Zugang für die Fahrgäste in sämtlichen Omnibussen der Regionalbus Leipzig GmbH. Durch diese Angebote steigt der von den Fahrgästen wahrgenommene Komfort während der Fahrt mit dem ÖPNV deutlich. Das seit Dezember 2017 im Aufbau befindliche Qualitätsmanagementsystem soll mit einer strukturierten Erfassung der Qualität verschiedener betrieblicher Leistungsparameter und der Ableitung gezielter Maßnahmen zur weiteren Erhöhung der Dienstleistungsqualität beitragen.

Die im Auftrag der Gesellschaft tätigen Nachauftragnehmer wurden im Zuge der Umsetzung des Modellvorhabens „Muldental in Fahrt“ zum Teil mit zusätzlichen Betriebsleistungen im Linienverkehr beauftragt. In diesem Zusammenhang ist die Absicherung eines gleichwertigen Qualitätsniveaus bei der Umsetzung der verkehrlichen und technischen Vorhaben von erheblicher Bedeutung.

Das Vertragsverhältnis mit einem Nachauftragnehmer wurde zum 6. August 2017 außerordentlich gekündigt. In diesem Zusammenhang ist derzeit noch eine Rechtsstreitigkeit anhängig. Aufgrund der aktuellen Sachlage hält die Gesellschaft das Kostenrisiko für überschaubar.

Vor dem Hintergrund der Ausweitung der Geschäftstätigkeit der Gesellschaft wurde im Jahr 2017 mit Baumaßnahmen zur Erweiterung des Betriebsteils Deuben begonnen. Hier wird derzeit eine zweiteilige Fahrzeugabstellhalle errichtet. Im Anschluss daran sollen das Verwaltungsgebäude durch einen Anbau erweitert sowie eine Karosseriewerkstatt eingerichtet werden. Es ist vorgesehen, die Baumaßnahmen bis zum Ende des Jahres 2019 abzuschließen. Nach der Zusammenführung der Verwaltungsfunktionen am Standort Deuben soll im Jahr 2020 das Sozialgebäude im Betriebsteil Zwenkau umgebaut und dem gestiegenen Personalbestand angepasst werden.

Aufgrund des mit den Bauvorhaben verbundenen hohen Investitionsvolumens, werden die bestehenden Förderprogramme entsprechend genutzt.

Im Jahr 2018 wird die Regionalbus Leipzig GmbH erstmals Omnibusse mit zusätzlichem Elektromotor (Hybridmodul) anschaffen. Vor dem Hintergrund der Diskussion um die Zukunftsfähigkeit des Dieselantriebs ist die Entwicklung alternativer Antriebstechnologien genau zu beobachten und für künftige Beschaffungsentscheidungen zu berücksichtigen.

Zur Deckung des Bedarfs an Arbeitskräften im Zusammenhang mit der Umsetzung der Verkehrsprojekte sowie wegen der altersbedingten Abgänge hat die Gesellschaft vor dem Hintergrund der angespannten Fachkräftesituation ein Programm zur Personalgewinnung aufgelegt. Aufgrund des Personalzuwachses sowie der Fortschreibung der für Regionalbus Leipzig geltenden Tarifverträge ist auch künftig mit steigenden Personalaufwendungen zu rechnen. In diesem Zusammenhang kommt der kontinuierlichen Sicherung der Finanzierung des ÖPNV eine besondere Bedeutung zu. Neben der Fortschreibung des Betriebskostenzuschusses sind in diesem Kontext auch die Möglichkeiten zur Steigerung der Erlöse im Linienverkehr auszuschöpfen. Hierbei wird auch künftig eine intensivere Vermarktung der angebotenen Verkehrsleistungen mit dem Ziel der Gewinnung zusätzlicher Fahrgäste einen Arbeitsschwerpunkt bilden. An dieser Stelle sei auf das Einnahmerisiko aus der seit dem Jahr 2017 laufenden turnusmäßigen Neuerhebung des Schülerkorrekturwertes verwiesen. Darüber hinaus wird die Regionalbus Leipzig GmbH weiterhin in dem vom Landkreis Leipzig und dem MDV initiierten Projekt „Betriebliches Mobilitätsmanagement“ mitwirken, um ihre Leistungen im Firmenkundenbereich besser zu platzieren. Gleichzeitig besteht auch in den kommenden Jahren die Aufgabe, zur Gewährleistung einer effizienten Leistungserbringung Synergien und Einsparungspotenziale zu nutzen. In diesem Zusammenhang kommt auch der Neugestaltung unternehmensinterner Prozesse mit dem Ziel einer Ablösung personalintensiver Arbeitsgänge durch technische bzw. IT-basierte Lösungen eine entsprechende Bedeutung zu.

Für das Jahr 2018 wird mit Einnahmen im ÖPNV-Linienverkehr von TEUR 6.961 (2017: TEUR 6.736) geplant. Das Jahresergebnis 2018 soll planmäßig TEUR 699 betragen. Dabei stehen den höheren Einnahmen aus dem ÖPNV-Linienverkehr sowie Betriebskostenzuschüssen steigende Kosten für notwendiges Personal, geringfügig steigende Materialkosten sowie leicht höhere Abschreibungen gegenüber. Entscheidend für die Jahresergebnisse ab dem Jahr 2019 ist die Entwicklung des Betriebskostenzuschusses.

III. Zusätzliche Angaben gemäß § 99 Abs. 3 der Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen (SächsGemO)

Die nachfolgenden Angaben erfolgen nur, soweit sie sich nicht schon aus dem Jahresabschluss und den vorangegangenen Ausführungen im Lagebericht ergeben.

Alleiniger Gesellschafter der Gesellschaft ist der Landkreis Leipzig.

Zum Abschlussprüfer für den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2017 und den Lagebericht für das Geschäftsjahr 2017 wurde die Baker Tilly GmbH & Co. KG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Leipzig bestellt.

Muldentalkliniken GmbH, Gemeinnützige Gesellschaft

Beteiligungsübersicht

Kutusowstraße 70
04808 Wurzen

Tel. 03425/932102
Fax 03425/932399
Email kh.wurzen@krankenhaus-muldental.de
Internet <http://www.kh-wurzen.de>

Gründungsdatum 19.12.2003

Rechtsform GmbH

Gründung durch Beschluss am 25.09.2003

Letzte Änderung am 16.08.2012

Handelsregistereintrag am 31.03.2004 unter HRB 20554

Gesellschafter / Stammkapital

Stammkapital		25.000,00 €
Gesellschafter	Anteil	Anteil
Landkreis Leipzig	100,0000 %	25.000,00 €

Unternehmensgegenstand / Unternehmenszweck

- (1) Ziel des Unternehmens ist die optimale Krankenhausversorgung der Bevölkerung.
- (2) Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb von Krankenhäusern im Landkreis Leipzig einschließlich Nebeneinrichtungen und Nebenbetrieben.
- (3) Die Gesellschaft darf im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften und der Bestimmungen des Gesellschaftsvertrages alle Geschäfte und sonstigen Maßnahmen vornehmen, die dieser Zweckbestimmung dienen.
- (4) Die Gesellschaft ist berechtigt, Betriebe oder Einrichtungen zu gründen, zu übernehmen und an sich an solchen zu beteiligen, wenn es dem Zweck des Unternehmens dient.

Finanzbeziehungen

Leistungen des Unternehmens an den Landkreis	in €
Gewinnabführung	

Leistungen des Landkreises an das Unternehmen	in €
-----------------------------------------------	------

Bürgschaften	in €
Unternehmen an den Landkreis	
Landkreis an das Unternehmen	

Darlehen	in €
Unternehmen an den Landkreis	
Landkreis an das Unternehmen	

Unterbeteiligungen

	Anteil	Anteil in €
Altenheimgesellschaft Muldental gGmbH	100,0000 %	25.000,00
Servicegesellschaft Muldental mbH	100,0000 %	25.000,00

Wesentliche Sachverhalte aus dem Lagebericht zum Berichtsjahr und dem darauffolgenden Geschäftsjahr einschließlich Risiken der künftigen Entwicklung

I. Allgemeines

Die Muldentalkliniken GmbH, Gemeinnützige Gesellschaft, Wurzen, betreiben die Betriebsstätten in Grimma und Wurzen laut Krankenhausplan als Einrichtungen der Regelversorgung, um die bedarfsgerechte medizinische Versorgung der Bevölkerung im Einzugsgebiet, d. h., die stationäre und ambulante Betreuung von Patienten, sicherzustellen.

Sie sind im Krankenhausplan des Freistaates Sachsen mit insgesamt 355 Planbetten aufgenommen.

Eine Aufteilung auf die Fachabteilungen wurde wie folgt vorgenommen:

	Betten
Chirurgie (davon 10 Betten ITS)	108
Innere Medizin (davon 4 Betten ITS)	187
Gynäkologie und Geburtshilfe	28
Pädiatrie	20
Urologie	10
Hals-, Nasen- und Ohrenabteilung	1
Augenheilkunde	1
Gesamt	355

Die zum Konzern gehörende Altenheimgesellschaft Muldental gGmbH, Brandis, mit drei Altenpflegeheimen und einer Gesamtkapazität von 140 Pflegeplätzen und einem ambulanten Pflegedienst bietet stationäre und ambulante Altenpflege in hoher Qualität an. Die Altenheimgesellschaft betreibt medizinische Versorgungszentren an den Standorten Colditz, Brandis, Grimma und Wurzen zur ambulanten medizinischen Betreuung von Patienten im Einzugsgebiet.

Die Tochtergesellschaft Servicegesellschaft Muldental mbH, Wurzen, erbringt Dienstleistungen, insbesondere in den Bereichen Catering und Unterhaltsreinigung sowie Rezeption, Sicherheit und Archiv sowie Sterilisation von medizinischen Instrumenten und Verbrauchsmaterial, vorrangig für die Muldentalkliniken GmbH, Gemeinnützige Gesellschaft, Wurzen.

II. Darstellung des Geschäftsverlaufs

1. Grundlagen der Betriebsführung

Die Grundlage der Betriebsführung bildete der Wirtschaftsplan in seinen Teilen

- Erfolgsplan, - Vermögensplan, - Stellenübersicht.

Der Wirtschaftsplan wird um einen Liquiditätsplan ergänzt.

Mit den Kostenträgern wurden für das Jahr 2017 im Rahmen der Pflegesatzverhandlungen Leistungen nach Art und Menge sowie ein dazugehöriges Budget vereinbart.

Dabei wurden die allgemeinen Krankenhausleistungen durch Fallpauschalen (DRG) gemäß Krankenhausentgeltgesetz (KHEntgG) vergütet. Für die Abrechnung der Leistungen im stationären Bereich erfolgte die Ermittlung eines Erlösbudgets. Folgende Bewertungsrelationen lagen dem Budget zu Grunde:

Summe der effektiven Bewertungsrelationen inklusive Jahresüberlieger: 15.215,09

Das Gesamtbudget für die Muldentalkliniken GmbH betrug TEUR 51.632.

Die Budgetplanungen für das Jahr 2017 waren, wie im Vorjahr, durch die nicht detailliert absehbaren Auswirkungen von strukturellen Veränderungen im Bereich Innere Medizin, Geburtshilfe und Chirurgie erschwert. Die Budgetverhandlung mit den Krankenkassen für das Jahr 2017 hat im Mai stattgefunden.

Tatsächlich konnten die vereinbarten Leistungen nicht erreicht werden. Das Budget wurde um 1,1% untererfüllt.

Die bereits in den vergangenen Jahren begonnenen umfangreichen Reklamationen seitens der Krankenkassen zu abgerechneten Fällen bis hin zur Prüfung durch den MDK haben sich weiterhin verschärft. Die Regularien im Bereich der Abwicklung der Prüfungen bieten den Kostenträgern erweiterte

Möglichkeiten zur Einbehaltung von Forderungen. Diese führten teilweise zu rückwirkenden Korrekturen der bereits gelegten Rechnungen und haben in erheblichem Maße zum hohen Bestand an Forderungen geführt.

Die Gesellschaft schloss das Jahr 2017 mit einem Jahresfehlbetrag von EUR 590.285,17 (Vorjahr: Jahresüberschuss in Höhe von EUR 133.998,12) ab. Aufgrund der bisher erläuterten Sachverhalte liegt das erzielte Jahresergebnis 2017 TEUR 367 unter der im Lagebericht 2016 aufgestellten Prognose zum Jahresergebnis 2017.

2. Leistungsdaten

Die Leistungen der Gesellschaft entwickelten sich im stationären Bereich im Jahr 2017 nicht zufriedenstellend. Das mit den Kassen verhandelte Erlösbudget wurde deutlich verfehlt. Die gewünschten Mehrleistungen konnten mit den Kostenträgern im Rahmen der Budgetverhandlungen nicht vereinbart werden.

Jahr	Planbetten im Jahresdurchschnitt	DRG-Fallzahl inkl. Überlieger	Ø Verweildauer
2017	355	18.431	5,30
2016	355	18.881	5,50
2015	355	18.127	5,77
2014	355	18.420	5,70
2013	365	18.059	5,72
2012	365	18.172	5,81
2011	375	17.891	6,04
2010	375	17.542	6,17
2009	375	17.120	6,27
2008	375	16.629	6,76
2007	375	16.086	6,88
2006	415	15.600	7,11
2005	435	15.447	7,17
2004	459	15.516	7,64
2003	459	15.772	8,58

3. Ertragslage

Im Geschäftsjahr 2017 wurde bei Umsätzen in Höhe von TEUR 56.752 (2016: TEUR 56.756) ein Jahresergebnis von TEUR -590 (2016: TEUR 134) erwirtschaftet.

Die Stagnation der Umsätze ist auf die rückläufigen Leistungen im stationären Bereich zurückzuführen. Der gegenüber dem Vorjahr gestiegene Landesbasisfallwert sowie Ausgleichsbeträge aus Vorjahren konnten den Leistungsrückgang gerade noch ausgleichen.

Der Rückgang der Leistungsmenge ist insbesondere darauf zurückzuführen, dass zwei Chefarztpositionen im Jahresverlauf vakant waren. Dies wirkte sich insbesondere in der Inneren Medizin

Wurden und in der Chirurgie massiv auf Fallzahl und Fallschwere aus.

Probleme bei der Besetzung von Hebammenstellen konnten nur durch den teuren Einsatz von Fremdpersonal aufgefangen werden.

Aufgrund von Streitigkeiten mit den Krankenkassen zu in den Vorjahren abgerechneten Aufwandspauschalen wurden die sonstigen Erlöse vorsorglich um TEUR 240 gekürzt.

Bei den sonstigen betrieblichen Erlösen wurden im Jahr 2017 in Höhe von TEUR 1.185 Rückstellungen aufgelöst, welche in den Bereichen Brandschutz und Instandhaltung nicht mehr benötigt werden.

Die Ausgleichsbeträge für das Geschäftsjahr 2017 betragen aufgrund der Mindererlöse TEUR 78 (Mehrerlösausgleich 2016: TEUR -1.146).

Die nachstehende Übersicht zeigt die Entwicklung der Beschäftigten der Krankenhäuser und die dazugehörigen Personalkosten im Vergleich des Jahres 2017 zu 2016:

	2017	2016
Vollkräfte	577	555
Personalkosten in TEUR	40.229	37.451
Personalaufwandsquote (Personalaufwand % Umsatzerlöse)	71,3%	66,7%

Die Personalaufwendungen sind gegenüber dem Jahr 2016 um TEUR 2.778 (7,4 %) gestiegen. Die Erhöhung resultiert aus den Tarifabschlüssen TV-Ärzte und TVöD sowie aus einer Ausweitung der Anzahl der Vollkräfte. Hierbei ist zu beachten, dass diverse in den Vorjahren als Honorarkräfte eingesetzte Mitarbeiter im Jahr 2017 angestellt wurden. Die entsprechenden Personen gingen damit erstmals in die Anzahl der Vollkräfte ein. Deren Vergütungen wurden in Vorjahren unter den bezogenen Leistungen ausgewiesen.

Für die betriebliche Altersversorgung wurden Beiträge von insgesamt 5,2 % abgeführt. Dabei änderte sich der Anteil Arbeitgeber/Arbeitnehmer im Vergleich zum Jahr 2017 nicht.

Die Personalaufwandsquote hat sich auf vergleichbarer Basis gegenüber dem Vorjahr erhöht. Dies resultiert insbesondere daraus, dass die Umsatzerlöse nicht im notwendigen Umfang gesteigert werden konnten. Die Personalaufwandsquote ist sowohl im Vergleich mit anderen Krankenhäusern, als auch im Vergleich mit den Vorjahren unbefriedigend.

Die Materialaufwendungen sind im Berichtsjahr um TEUR 514 gesunken. Diese Senkung resultiert aus den rückläufigen Behandlungszahlen bzw. der rückläufigen Behandlungsschwere sowie dem Wegfall von Aufwendungen für Honorarkräfte (siehe oben). Dies wird durch den Rückgang der Materialaufwandsquote illustriert:

	2017	2016
Materialaufwandsquote (Materialaufwand % Umsatzerlöse)	22,6%	23,6%

Innerhalb der sonstigen betrieblichen Aufwendungen ist im Berichtsjahr ein Rückgang um TEUR 132 zu verzeichnen. Steigende Aufwendungen für Personalbeschaffung konnten durch rückläufigen Instandhaltungsaufwand kompensiert werden.

Das Finanzergebnis hat sich im Vergleich zum Vorjahr aufgrund rückläufiger Zinserträge um TEUR 21 verschlechtert.

4. Vermögenslage

Das in der Gesellschaft gebundene Vermögen von TEUR 62.811 (Vorjahr: TEUR 67.586) lag um TEUR 4.775 unter dem des Jahres 2016. Das Vermögen betrifft Sachanlagen, Finanzanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände mit 82,4 %, liquide Mittel mit 1,8 %. Die Finanzierung erfolgt mit 19,1 % durch Eigenkapital, mit 68,1 % durch langfristiges Fremdkapital und mit 12,6 % mit kurzfristigen Fremdmitteln.

Das Anlagevermögen hat sich im Vergleich zu 2016 durch Abschreibungen um TEUR 3.612 verringert und ist im Anlagenspiegel dargestellt. Bei den Zugängen handelt es sich im Wesentlichen um Ersatzinvestitionen im klinischen Bereich, Lizenzen und EDV-Hardware. Das Bauprojekt „Errichtung Palliativstation und Umbau phys. Therapie“ wurde bereits im Jahr 2016 abgeschlossen. Die Beteiligung an der Tochtergesellschaft Altenheimgesellschaft Muldental gGmbH, Brandis, wurde durch einen Zuschuss in Höhe von TEUR 200 gestärkt.

Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen nahmen im Vergleich zum Jahr 2016 um TEUR 282 ab. Diese Veränderung resultiert im Wesentlichen aus den rückläufigen Umsätzen vor dem Bilanzstichtag.

Gegenüber der Tochtergesellschaft, der Altenheimgesellschaft Muldental gGmbH, Brandis, bestehen ausschließlich Forderungen mit einer Restlaufzeit von bis zu einem Jahr. Die Tochtergesellschaft kann auf eine Kontokorrentvereinbarung mit den Muldentalkliniken GmbH, Gemeinnützige Gesellschaft, Wurzen, zurückgreifen, um Liquiditätsschwankungen auszugleichen.

Die Sonstigen Vermögensgegenstände erhöhten sich insbesondere aufgrund gewährter Fördermittelansprüche um TEUR 193.

Die Veränderung des Eigenkapitals resultiert aus dem Jahresfehlbetrag des Jahres 2017 sowie einer Abführung an den Träger aus dem Jahresergebnis 2016. Dies führte zu einer Verringerung des bilanziellen Eigenkapitals um TEUR 665.

Die Rückstellungen verringerten sich gegenüber 2016 um TEUR 966. Die Gründe für den Abbau liegen in der Auflösung nicht mehr benötigter Rückstellungen für Brandschutz und Instandhaltung.

Gleichzeitig wurde die Vorsorge für drohende Umsatzkürzungen der Krankenkassen deutlich erhöht. Die Verbindlichkeiten sanken gegenüber dem Vorjahr um ca. Mio. EUR 1,4. Dies resultiert vor allem aus dem Abbau von Verbindlichkeiten aus dem Krankenhausfinanzierungsrecht, insbesondere Ausgleichsverpflichtungen gegenüber den Krankenkassen.

Der Abbau der Verbindlichkeiten sowie der Aufbau von Forderungen und sonstigen Vermögensgegenständen und das negative Jahresergebnis 2017 führten zu einem deutlichen Rückgang der liquiden Mittel.

5. Gesamtaussage

Wir beurteilen den Geschäftsverlauf und die Lage der Gesellschaft als nicht zufriedenstellend. Das Jahr 2017 war geprägt durch eine Vielzahl von Herausforderungen, die zu rückläufigen stationären Leistungen und einem deutlichen Abfluss von Liquidität führten. Gegenmaßnahmen zeigten nicht sofort Wirkung bzw. konnten erst nach dem Bilanzstichtag umgesetzt werden.

III. Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

Unmittelbar bestandsgefährdende Risiken sind für die Muldentalkliniken GmbH, Gemeinnützige Gesellschaft, Wurzen, derzeit nicht abzuleiten. Allerdings entstünde bei fortgesetzten Verlusten in den Kliniken und bei der Tochtergesellschaft Finanzierungsbedarf, welcher derzeit nicht durch ausreichende Kreditlinien abgedeckt ist.

Infolge der Verabschiedung des Krankenhausstrukturgesetzes wird sich zukünftig die Vergütung der Krankenhäuser verstärkt an Qualitätsmerkmalen orientieren. Die Möglichkeiten zur Ausweitung der stationären Leistungen werden durch die gesetzliche Neuregelung des Fixkostendegressionszuschlags eingeschränkt.

Risiken für die Kliniken ergeben sich weiterhin durch strukturelle Veränderungen im Gesundheitswesen:

- Ein Teil der bisher stationären Leistungen kann nur noch ambulant erbracht werden, woraus tendenziell ein Absinken der stationären Fallzahl resultiert. Durch Verbesserung des stationären Leistungsangebots bzw. durch strukturelle Anpassungen ist dieser Entwicklung entgegenzuwirken.
- Festlegung von Mindestmengen bei bestimmten Eingriffen. Bei Unterschreitung dürfen diese Leistungen nicht mehr angeboten werden.
- Die zunehmende Bildung von Zentren für bestimmte Erkrankungen führt zur Lenkung von Patienten in andere Krankenhäuser, wenn am eigenen Krankenhaus die Bedingungen für ein solches Zentrum nicht geschaffen werden können.

Durch die erweiterte Teilnahmemöglichkeit an der ambulanten Versorgung, wie z.B. das Betreiben von Medizinischen Versorgungszentren, die Einbindung von Krankenhäusern in die ambulante Notfallversorgung und die Schaffung medizinischer Zentren am eigenen Krankenhaus, ergeben sich gleichzeitig neue Chancen für die Profilierung.

Ein besonderes Risiko stellt nach wie vor der Mangel an ärztlichen Fachkräften dar. Es ist schwierig, freie Facharztstellen zeitnah zu besetzen.

Die bereits in den Berichten vergangener Jahre genannten erschwerenden Faktoren zur zusätzlichen Altersversorgung und Steigerung im Sachkostenbereich wirken weiter fort.

Ein wesentliches Risiko sieht die Geschäftsführung in den hohen Tarifsteigerungen für Ärzte (Marburger Bund) und für die übrigen Beschäftigten (Verdi) durch beträchtliche Personalkostenerhöhungen, die durch die Krankenkassen wegen gesetzlicher Vorgaben nicht vollständig ausgeglichen werden.

Der Tarifabschluss für Ärzte (Laufzeit ab September 2016 bis Dezember 2018) brachte eine Erhöhung der Entgelte um 2,0 % ab September 2017. Zum Mai 2018 steigen die Entgelte um weitere 0,7%.

Im Jahr 2016 fanden Tarifverhandlungen bei den übrigen Beschäftigten (TVöD) statt. Ab dem 1. Februar 2017 war ein Anstieg der Tarife um 2,35 % vereinbart. Dieser Tarifvertrag läuft bis 28. Februar 2018.

Die Geschäftsführung erwartet für die nächsten Jahre wieder positive Ergebnisse für die Muldentalkliniken GmbH, Gemeinnützige Gesellschaft, Wurzen, und deren Tochtergesellschaften.

IV. Prognosebericht

Wir erwarten für das Jahr 2018 einen gegenüber dem Jahr 2017 deutlich verbesserten Geschäftsgang. Die zu erwartenden Kostensteigerungen durch Tarifabschlüsse sollen durch zu erwartende Steigerungen des Landesbasisfallwerts kompensiert werden.

Die in 2017 bestehenden Probleme bei der Personalbesetzung, insbesondere bei den Chefarzten Innere Medizin, Wurzen, und Chirurgie, Grimma, wurden durch Neubesetzung zum 1. Januar 2018 gelöst.

Der Mangel an Hebammen für die Standorte Grimma und Wurzen wird durch Umsetzung eines bereits abgestimmten Konzepts zur Umstellung der Geburtshilfe, Grimma, auf ein Beleghebammensystem weitgehend behoben.

Die deutlich zu hohen Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sollen durch eine personelle Verstärkung des Medizincontrollings zügig auf ein niedriges Niveau zurückgeführt werden.

Derzeit wird eine weitere Baumaßnahme am Standort Wurzen (Anbau Nord) geplant. Es liegt bisher kein Förderbescheid für diese Maßnahme vor, weshalb die konkrete Umsetzung noch nicht abzusehen ist. Für die geplante Maßnahme „Umsetzung Labor“ in Wurzen liegt ein Fördermittelbescheid vor. Die Ausführung der Maßnahme erfolgt im Jahresverlauf 2018.

Am Standort Grimma wird im Jahr 2018 im laufenden Betrieb eine geförderte Maßnahme zur Ertüchtigung des Brandschutzes im Klinikgebäude durchgeführt. Die Bauplanung wurde so vorgenommen, dass die Belastungen für Patienten und Personal auf ein Mindestmaß begrenzt werden. Die Maßnahme wurde zum Anlass genommen, die bauliche und organisatorische Weiterentwicklung des Standorts Grimma in die Wege zu leiten. Dabei soll die Verzahnung mit den ambulanten Versorgungsstrukturen erhöht werden.

Gemäß unserem Wirtschaftsplan gehen wir für 2018 von einem Jahresüberschuss in Höhe von TEUR 218 bei leicht steigenden Umsätzen aus.

Mit der Umsetzung der vorbezeichneten Maßnahmen werden wir auch zukünftig in der Lage sein, unseren Zahlungsverpflichtungen fristgerecht nachzukommen.

Wurzen, 6. April 2018

Altenheimgesellschaft Muldental gGmbH

Beteiligungsübersicht

Bergstraße 2a
04821 Brandis

Tel. 034292 /41730
Fax 034292 / 417 59
Email info@altenpflegeheim-brandis.de

Gründungsdatum 01.10.2006

Rechtsform GmbH

Gründung durch Beschluss am 04.05.2006

Handelsregistereintrag am 17.08.2006 unter HRB 22621

Gesellschafter / Stammkapital

Stammkapital		25.000,00 €
Gesellschafter	Anteil	Anteil
Muldentalkliniken GmbH, Gemeinnützige Gesellschaft	100,0000 %	25.000,00 €

Unternehmensgegenstand / Unternehmenszweck

Die Tätigkeit der Gesellschaft ist gemäß SGB V, SGB IX, SGB XI und BSHG darauf gerichtet, die Allgemeinheit

- (1) Auf dem Gebiet der Altenhilfe, insbesondere durch den Betrieb von Senioren- und Altenpflegeheimen inkl. der dazu erforderlichen Nebeneinrichtungen und -betriebe sowie durch ambulante Pflegedienste als Einrichtung der Wohlfahrtspflege und
- (2) Auf dem Gebiet des Gesundheitswesens, insbesondere durch den Betrieb von Medizinischen Versorgungszentren (§95, SGB V) als Einrichtung der Wohlfahrtspflege i. S. d. § 66 AO zu fördern.

Die Gesellschaft ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die dem Gegenstand des Unternehmens unmittelbar dienen, insbesondere zur Durchführung ambulanter, teilstationärer und stationärer Altenpflege, häuslicher Krankenpflege und ambulanter medizinischer Versorgung.

Finanzbeziehungen

Leistungen des Unternehmens an den Landkreis	in €
----------------------------------------------	------

Leistungen des Landkreises an das Unternehmen	in €
-----------------------------------------------	------

Bürgschaften	in €
Unternehmen an den Landkreis	
Landkreis an das Unternehmen	

Darlehen	in €
Unternehmen an den Landkreis	
Landkreis an das Unternehmen	

Lagebericht 2017

Wesentliche Sachverhalte aus dem Lagebericht zum Berichtsjahr und dem darauffolgenden Geschäftsjahr einschließlich Risiken der künftigen Entwicklung

I. Allgemeines

Die Altenheimgesellschaft Muldental gGmbH, Brandis, (nachfolgend „Altenheimgesellschaft“ genannt) wurde zum 10. Juli 2006 als gemeinnützige Tochtergesellschaft der Muldentalkliniken GmbH, Gemeinnützige Gesellschaft, Wurzen, gegründet.

Die Altenheimgesellschaft betreibt in Brandis und in Wurzen insgesamt drei Altenpflegeheime mit 140 Pflegeplätzen sowie einen ambulanten Pflegedienst mit angeschlossener Tagesbetreuung in Brandis.

Des Weiteren ist die Altenheimgesellschaft Träger der Medizinischen Versorgungszentren (MVZ) in Wurzen, Grimma und Colditz.

II. Darstellung des Geschäftsverlaufs

1. Grundlagen der Betriebsführung

Die Grundlage der Betriebsführung bildete der jährlich aufgestellte Wirtschaftsplan in seinen Teilen

- Erfolgsplan,
- Vermögensplan,
- Stellenübersicht,
- Liquiditätsplan.

Mit den Pflegekassen werden in regelmäßigen Abständen Budgetverhandlungen zur Festlegung der Pflegesätze geführt.

2. Ertragslage

Nachfolgende Übersicht zeigt die Kennzahlen zur Ertragslage der Jahre 2012 bis 2017:

Kennzahlen zur Ertragslage¹		2017	2016	2015	2014	2013	2012
Umsatzerlöse	TEUR	7.899	7.623	7.266	6.649	6.143	6.034
Umsatzrentabilität	%	-4,2	-1,3	-6,1	0,5	3,5	4,2
Personalaufwand	TEUR	5.549	5.316	4.941	4.623	4.169	3.902
Personalaufwandsquote	%	70,2	69,7	68,0	69,5	67,9	64,7
durchschnittliche Zahl der Vollkräfte	VK	146,0	139,6	139,3	135,7	128,7	124,1
durchschnittlicher Personalaufwand (je Vollkraft)	TEUR	38	38	35	34	32	31
Produktivität (je Vollkraft)	TEUR	54	55	52	49	48	49
Materialaufwand	TEUR	1.868	1.481	1.441	1.335	1.179	1.146
Materialaufwandsquote	%	23,6	19,4	19,8	20,1	19,2	19,0

¹ Aufgrund der Veränderung der Definition der Umsatzerlöse ab dem Jahr 2016 sind die Kennzahlen bis 2015 mit denen des Folgezeitraums nur eingeschränkt vergleichbar.

Die Umsätze der Altenpflegeheime einschließlich des ambulanten Pflegediensts sind weitgehend von Pflegestufen, die den Heimbewohnern durch den Medizinischen Dienst der Krankenkassen zugewiesen werden sowie der Auslastung der Pflegeplätze abhängig. Die Umsatzerlöse in diesem Bereich stiegen in 2017 um ca. TEUR 107 (+2,3 %) gegenüber dem Vorjahr.

Im Jahr 2017 kamen die Auswirkungen des Pflegestärkungsgesetzes III zum Tragen. Diese führten zu einer Neugruppierung der Pflegegrade, mit dem Ziel die ambulante Versorgung zu stärken. Neben einer Ausweitung der Erlöse aus ambulanter Pflege (+28 %) führte dies zu einer rückläufigen Belegung in den Altenheimen.

Die Umsatzerlöse in den MVZ's werden primär von den in den Praxen erbrachten Leistungen bestimmt, sind aber auch wesentlich von dem für den KV-Bereich Sachsen gültigen Honorarverteilungsvertrag (HVM) abhängig. Die Steigerung gegenüber dem Vorjahr um TEUR 170 resultiert vor allem daraus, dass Anfang 2017 eine weitere chirurgische Arztpraxis erworben wurde.

In den bereits bestehenden MVZ-Praxen musste dagegen insgesamt ein Umsatzrückgang verzeichnet werden. Grund hierfür war insbesondere der krankheitsbedingte Ausfall diverser Ärzte im Jahresverlauf.

Die Sonstigen betrieblichen Erträge beinhalten im Wesentlichen Erstattungen aus der U2-Umlage für Mutterschutz und Personalkostenzuschüsse der öffentlichen Hand. Darüber hinaus wurde ein Zuschuss der Muttergesellschaft in Höhe von TEUR 200 geleistet.

Die Personalaufwendungen für 146,0 Vollkräfte (Vorjahr 139,6 VK) stiegen im Geschäftsjahr 2017 um TEUR 234. Hier machten sich eine Verschiebung in der Personalstruktur zugunsten höher vergüteter Dienstarten sowie der Erwerb einer Arztpraxis mit einer gestiegenen Personalaufwandsquote bemerkbar.

Die Materialaufwendungen sind gegenüber dem Vorjahr deutlich angestiegen. Hier machte sich ein erhöhter Rückgriff auf Fremdpersonal für die Abdeckung von Diensten in den Altenheimen und MVZ's bemerkbar.

Der für die erhaltenen öffentlichen Fördermittel gebildete Sonderposten wurde in Höhe der Abschreibungen aufgelöst. Die Abschreibungen auf das geförderte Anlagevermögen betrugen TEUR 101 bei Gesamtabschreibungen in Höhe von TEUR 527.

Das Finanzergebnis beträgt TEUR -41 und beinhaltet Zinsaufwendungen für Darlehen in Höhe von TEUR 40. Hier machte sich das günstige Zinsniveau mit einer Absenkung der Finanzierungskosten bemerkbar.

Die Ertragslage der Medizinischen Versorgungszentren hat sich im Geschäftsjahr 2017 deutlich verschlechtert. Dies resultiert neben den hohen Abschreibungen auf Praxiswerte daraus, dass die operativen Ergebnisse einiger Arztpraxen unbefriedigend sind. Dies war auch das Resultat von Ausfällen wichtiger Ärzte im Jahresverlauf.

Auch im Bereich der stationären Pflege musste ein Ergebnisrückgang hingenommen werden. Dieser resultierte aus den beschriebenen Veränderungen der Vergütungsstrukturen aus dem PSG III sowie aus erheblichen Problemen bei der Personalbesetzung im Pflegeheim Wurzen. Dennoch konnte mit der stationären Pflege insgesamt ein positives Jahresergebnis verzeichnet werden.

Die Gesellschaft schloss das Jahr 2017 mit einem Jahresergebnis von EUR -329.792,29 (Vorjahr -99.725,93) ab.

Aufgrund der bisher erläuterten Sachverhalte liegt das erzielte Jahresergebnis 2017 um TEUR 367 unter der im Lagebericht 2016 aufgestellten Prognose zum Jahresergebnis 2017.

3. Vermögenslage

In nachfolgender Tabelle ist der Vermögens- und Kapitalaufbau der Altenheimgesellschaft Muldental gGmbH, Brandis, dargestellt:

	2017		2016	
	TEUR	%	TEUR	%
Anlagevermögen	5.287	85,6	5.394	87,8
Umlaufvermögen	889	14,4	751	12,2
Betriebsvermögen	6.176	100,0	6.145	100,0
Eigenkapital	1.369	22,2	1.698	27,6
Sonderposten	2.004	32,4	2.105	34,3
Rückstellungen	198	3,2	173	2,8
Verbindlichkeiten	2.605	42,2	2.169	35,3
Betriebskapital	6.176	100,0	6.145	100,0

Im Jahr 2017 wurden eine Arztpraxis und das zugehörige Gebäude erworben. Im Übrigen wurden lediglich Ersatzinvestitionen in die Ausstattung von Arztpraxen und Pflegeheimen getätigt.

Die Verluste der Jahre 2015 bis 2017 haben das Eigenkapital der Gesellschaft vermindert. Die Eigenkapitalquote der Gesellschaft kann, insbesondere unter Einbeziehung des Sonderpostens, für den Geschäftsbetrieb der Gesellschaft noch als ausreichend angesehen werden.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten in Höhe von TEUR 1.724 konnten jederzeit fristgerecht bedient werden. Die Gesellschaft hat im Berichtsjahr bei Bedarf auf die Kontokorrentvereinbarung mit der Muttergesellschaft zurückgegriffen. Darüber hinaus wurden zwei Darlehen zur Finanzierung des Kaufs einer Arztpraxis und des zugehörigen Gebäudes neu aufgenommen.

Die Gesellschaft erzielte 2017 einen operativen Cash-Flow von TEUR -113, vor Zuschüssen des Gesellschafters. Dieser ist nicht ausreichend, um die zukünftigen jährlichen Tilgungsverpflichtungen zu bedienen. Diese Verpflichtungen liegen für die derzeitigen Zahlungsverpflichtungen aus Krediten in den nächsten fünf Jahren jeweils zwischen TEUR 217 und TEUR 233 p. a. Darüber hinaus sind zukünftig wieder Zahlungsmittelüberschüsse für Investitionen und die Rückführung von Verpflichtungen gegenüber der Muttergesellschaft nötig.

III. Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung

Die in den vergangenen Jahren skizzierten Risiken im Bereich der Vergütung für stationäre Leistungen und der Personalgewinnung in den Bereichen Pflege und MVZ haben sich im Jahr 2017 mit starken Auswirkungen auf die wirtschaftliche Lage der Gesellschaft realisiert.

Wie bereits im Vorjahr erwartet, war wegen der durch das Pflegestärkungsgesetz III veränderten Vergütungssituation im ambulanten und stationären Pflegebereich ab dem Jahr 2017 der kostendeckende Betrieb von Pflegeheimen herausfordernd. Die im Heimbereich für das Jahr 2017 erzielten Ergebnisse lagen unterhalb der Erwartungen. Die Belegung der Pflegeplätze betrug im Jahresdurchschnitt 96,2 % (2016: 97,9 %) und stellt sich als stabil dar.

Zukünftig stellt das Belegungsmanagement der Altenheime einen zentralen Faktor für den wirtschaftlichen Erfolg dar. Dem wird bei der Aufnahme neuer Bewohner Rechnung getragen

Im stationären Pflegebereich traten in 2017 Probleme bei der Personalbesetzung, insbesondere im Pflegeheim Wurzen auf. Die Probleme konnten zum Jahresende 2017 weitgehend gelöst und der Ein-

satz von Fremdpersonal wieder verringert werden. Dennoch bleibt die Personalgewinnung und Personalentwicklung unter Berücksichtigung des demografischen Wandels eine wachsende Herausforderung. Im Jahr 2018 wurden daher mit den Kostenträgern für den stationären Bereich deutlich höhere Pflegesätze verhandelt. Dies ermöglicht es, Tarifsteigerungen bei den Beschäftigten umzusetzen. Gleichzeitig stärkt die neue Vergütungssituation die ambulante Pflege. Dieser Tatsache trägt die Gesellschaft Rechnung, indem die ambulante Pflege in 2017 bereits personell neu ausgerichtet wurde. Diese Maßnahmen führten zu steigenden Klientenzahlen und Umsätzen in der ambulanten Pflege. Es ist davon auszugehen, dass auch zukünftig im Bereich der ambulanten Versorgung ein Wachstum stattfinden wird. Entsprechende Marktchancen werden von der Gesellschaft laufend geprüft und wahrgenommen.

Den Chancen aus der Ausweitung im ambulanten medizinischen Bereich, stehen Risiken hinsichtlich der Nachbesetzung in den Arztpraxen gegenüber. Dem will die Geschäftsführung durch spezielle Personalentwicklung im Zusammenwirken mit den Fachabteilungen der Muldentalkliniken begegnen. Darüber hinaus wurde ein Maßnahmenplan zur finanziellen Gesundung defizitärer Arztpraxen entwickelt. Die Umsetzung der konkreten Maßnahmen hat in 2017 begonnen. Ziel ist ein mindestens ausgeglichenes Ergebnis über alle medizinischen Versorgungszentren bis Ende 2018. Es erfolgt eine laufende Überwachung der Maßnahmen und bei Bedarf eine Anpassung an die Umsetzungserfolge in den einzelnen Arztpraxen. In diesem Zusammenhang wird ggf. in einigen Randbereichen auch die (Teil-)Aufgabe von bestehenden Arztsitzen erfolgen.

Die größte Herausforderung für die Zukunft sieht die Gesellschaft in der veränderten Gesetzgebung insbesondere hinsichtlich der verstärkten Förderung ambulanter Leistungserbringung. Sie geht jedoch davon aus, dem insbesondere durch die vorgenommenen Maßnahmen im Bereich eigener ambulanter Pflegedienste entgegenwirken zu können.

Ein weiteres Risiko besteht im zunehmenden Fachkräftemangel im Pflegebereich und der damit zusammenhängenden Fluktuation.

Unter der Annahme, dass die Sanierung der defizitären Arztpraxen im Jahr gelingt, sind bestandsgefährdende Risiken für die Altenheimgesellschaft Muldental gGmbH nicht abzuleiten.

IV. Prognosebericht

Wir erwarten im Jahr 2018 einen deutlichen Zuwachs an Klienten in der ambulanten Pflege. Für die stationäre Pflege erwarten wir eine Entwicklung über dem Niveau des Jahres 2017.

Die Sanierung der defizitären Arztpraxen soll zu einer deutlichen Umsatz- und Ergebnisverbesserung in diesem Bereich führen.

Die zu erwartenden üblichen Kostensteigerungen im Personal- und Sachkostenbereich können voraussichtlich durch steigende Erlöse kompensiert werden.

Gemäß unserem Wirtschaftsplan, gehen wir für 2018 von einem Jahresüberschuss in Höhe von TEUR 57 aus.

Wir werden mit diesen Ergebnissen auch zukünftig in der Lage sein, unseren Zahlungsverpflichtungen fristgerecht nachzukommen.

Brandis, 6. April 2018

Servicegesellschaft Muldental mbH

Beteiligungsübersicht

Kutusowstraße 70
04808 Wurzen

Tel. 03425 / 930
Fax 03425 / 93 23 99
Email kh.wurzen@krankenhaus-muldental.de

Gründungsdatum 05.12.2006

Rechtsform GmbH

Gründung durch Beschluss am 07.12.2006

Handelsregistereintrag am 17.01.2007 unter 22944

Gesellschafter / Stammkapital

Stammkapital		25.000,00 €
Gesellschafter	Anteil	Anteil
Muldentalkliniken GmbH, Gemeinnützige Gesellschaft	100,0000 %	25.000,00 €

Unternehmensgegenstand / Unternehmenszweck

Gegenstand des Unternehmens ist die Erbringung von Dienstleistungen, insbesondere Gebäude- und Unterhaltsreinigung, Catering, Sicherheits- und Empfangsdienste, kaufmännische Gebäudedienste, Hauswirtschafts- und sonstige Servicedienste, Sterilgutversorgung, Hilfsdienste in ärztlichen Sprechstunden für organisatorische und ablauftechnische Aufgaben sowie hiermit verwandter Dienstleistungen vorwiegend im Bereich der Kliniken des Muldentalkreises gGmbH und deren Beteiligungen.

Finanzbeziehungen

Leistungen des Unternehmens an den Landkreis	in €
----------------------------------------------	------

Leistungen des Landkreises an das Unternehmen	in €
-----------------------------------------------	------

Bürgschaften	in €
Unternehmen an den Landkreis	
Landkreis an das Unternehmen	

Darlehen	in €
Unternehmen an den Landkreis	
Landkreis an das Unternehmen	

Lagebericht 2017

Wesentliche Sachverhalte aus dem Lagebericht zum Berichtsjahr und dem darauffolgenden Geschäftsjahr einschließlich Risiken der künftigen Entwicklung

I. Allgemeines

Gegenstand des Unternehmens ist die Erbringung von Dienstleistungen, insbesondere Gebäude- und Unterhaltsreinigung, Catering einschließlich der Spül- und Wirtschaftsdienste, Sicherheits- und Empfangsdienste, Sterilgutversorgung sowie Hol- und Bringendienste vorwiegend im Bereich der Muldentalkliniken GmbH, Gemeinnützige Gesellschaft und deren Beteiligung.

Die Muldentalkliniken GmbH, Gemeinnützige Gesellschaft, Wurzen, (im Folgenden auch Muttergesellschaft genannt) ist alleinige Gesellschafterin der SGM.

II. Darstellung des Geschäftsverlaufs

1. Grundlagen der Betriebsführung

Die Grundlage der Betriebsführung bildete der für das Jahr 2017 aufgestellte Wirtschaftsplan mit seinen Teilen

- Erfolgsplan,
- Finanzplan,
- Stellenübersicht,
- Liquiditätsplan.

2. Ertragslage

Die Höhe der Umsatzerlöse wurde in Budgets für alle Leistungsbereiche jeweils grundsätzlich vertraglich festgelegt. Mehr- bzw. Mindererlöse werden zum einen im Cateringbereich durch die Ist-Beköstigungstage und Mehr- bzw. Sonderleistungen, im Reinigungsbereich durch Zusatzleistungen sowie im Sterilisationsbereich durch die Sterilisationseinheiten (STE) bestimmt.

Leistungen an Dritte werden ausschließlich in der Sterilgutversorgung für niedergelassene Ärzte erbracht.

Die Umsatzerlöse des Berichtszeitraums in Höhe von TEUR 3.299 (Vorjahr: TEUR 3.275) setzen sich wie folgt zusammen:

	2016		2017	
	TEUR	%	TEUR	%
Umsatzerlöse aus Catering	1.301	39,8	1.313	39,8
Umsatzerlöse aus Reinigung	1.139	34,8	1.178	35,7
Umsatzerlöse aus Sterilisation	581	17,7	554	16,8
Umsatzerlöse aus Sicherheits- und Empfangsdienst	250	7,6	251	7,6
Sonstige Umsatzerlöse	4	0,1	3	0,1
	3.275	100,0	3.299	100,0

Die sonstigen betrieblichen Erträge (TEUR 7, Vorjahr: TEUR 23) beinhalten im Wesentlichen Erstattungen von der Bundesagentur für Arbeit und von Sozialversicherungsträgern.

Der Materialaufwand des Geschäftsjahres 2017 (TEUR 933, Vorjahr: TEUR 923) verteilt sich vorwiegend auf Aufwendungen für Lebensmittel (TEUR 553, Vorjahr: TEUR 527) und für bezogene Leistungen im Bereich Sterilisation (TEUR 369, Vorjahr: TEUR 369).

Der Personalaufwand betrug im Geschäftsjahr TEUR 1.703 (Vorjahr: 1.642). Die Erhöhung der Personalkosten von rund 2,6 % beruht auf dem Anstieg der tariflichen Vergütungen. Die Beschäftigtenzahl in Vollkräften (VK) blieb gegenüber dem Vorjahr nahezu gleich.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen betrugen im Geschäftsjahr 2017 TEUR 683 (Vorjahr: TEUR 725). Darin enthalten sind die Managementgebühren (TEUR 560, Vorjahr: TEUR 556) sowie Mietaufwendungen (TEUR 104, Vorjahr: TEUR 104) für die benötigten Räume.

Im Geschäftsjahr wurde ein Jahresfehlbetrag erzielt. Ursache hierfür war, dass der Personaleinsatz im Bereich Reinigung und Beköstigung über das ursprünglich geplante Maß hinaus in Anspruch genommen wurde.

3. Vermögenslage

In nachstehender Tabelle ist der Vermögens- und Kapitalaufbau der Servicegesellschaft Muldentäl mbH, Wurzen, im Vergleich zum Vorjahr dargestellt:

	2017		2016		Veränderung	
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
Umlaufvermögen =						
Betriebsvermögen	389	100,0	370	100,0	19	5,1
Eigenkapital	43	11,1	52	14,0	-9	-2,4
Rückstellungen	28	7,2	28	7,6	0	0
Verbindlichkeiten	318	81,7	290	78,4	28	7,5
Betriebskapital	389	100,0	370	100,0	19	5,1

Anlagevermögen ist in der SGM nicht vorhanden.

Die liquiden Mittel sanken zum Bilanzstichtag, was auf einen Abbau des Bestands an Verbindlichkeiten zurückzuführen ist.

Zum Bilanzstichtag standen der Gesellschaft liquide Mittel in Höhe von TEUR 77 (Vorjahr: TEUR 169) zur Verfügung. Im abgelaufenen Geschäftsjahr war der Kapital- bzw. Liquiditätsbedarf jederzeit vollumfänglich gedeckt.

Die Struktur der Verbindlichkeiten und Rückstellungen blieb gegenüber dem Vorjahr weitgehend unverändert.

III. Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung

Die SGM ist mit dem Ziel, die Prozesse der Muttergesellschaft zu verbessern, gegründet worden. Zukünftig ist von steigenden Einkaufspreisen und Personalkosten auszugehen. Diesem Risiko wird dadurch entgegengewirkt, dass die Verträge und Budgets mit der Muttergesellschaft an Preiserhöhungen und Tarifierhöhungen angepasst werden. Bestandsgefährdende Risiken sind für die Servicegesellschaft Muldental mbH nicht abzuleiten.

IV. Prognosebericht

Wir erwarten für das Jahr 2018 einen gegenüber dem Jahr 2017 weitgehend unveränderten Geschäftsgang. Die zu erwartenden Kostensteigerungen durch Tarifabschlüsse sollen durch entsprechende Vereinbarungen mit der Muttergesellschaft kompensiert werden.

Im Verlauf des Jahres 2018 soll gemeinsam mit den Muldentalkliniken ein neues Konzept zur Weiterentwicklung des Bereichs Catering erstellt werden. Die Auswirkungen auf das Geschäftsmodell der Gesellschaft sind heute noch nicht abzuschätzen.

Gemäß unserem Wirtschaftsplan gehen wir für 2018 von einem gegenüber 2017 leicht höheren Umsatz und einem Jahresüberschuss in Höhe von TEUR 7 aus.

Wir werden auch zukünftig in der Lage sein, unseren Zahlungsverpflichtungen fristgerecht nachzukommen.

Wurzen, 6. April 2018

WILL Wirtschaftsförderung Landkreis Leipzig GmbH i.L.

Beteiligungsübersicht

Stauffenbergstraße 4
04552 Borna

Tel. 03433 2413711

Gründungsdatum 10.06.1997

Rechtsform GmbH

Gründung durch Beschluss am 10.06.1997

Handelsregistereintrag am 02.09.2005 unter HRB 13821

Gesellschafter / Stammkapital

Stammkapital		30.750,00 €
Gesellschafter	Anteil	Anteil
Landkreis Leipzig	100,0000 %	30.750,00 €

Unternehmensgegenstand / Unternehmenszweck

Gegenstand des Unternehmens ist die Förderung der Wirtschaft im gesamten Gebiet des Landkreises Leipziger Land sowie die Realisierung und Unterstützung von Projekten, welche der Entwicklung in sozialer und wirtschaftlicher Hinsicht dienen.

Mit Kreistagsbeschluss Nr. 2011/065 vom 06.07.2011 wurde die Liquidation der WILL Wirtschaftsförderung Landkreis Leipzig GmbH i. L. beginnend am 01.08.2011 beschlossen.

Finanzbeziehungen

Leistungen des Unternehmens an den Landkreis	in €
----------------------------------------------	------

Leistungen des Landkreises an das Unternehmen	in €
-----------------------------------------------	------

Bürgschaften	in €
Unternehmen an den Landkreis	
Landkreis an das Unternehmen	

Darlehen	in €
Unternehmen an den Landkreis	
Landkreis an das Unternehmen	

Lagebericht 2017

Wesentliche Sachverhalte aus dem Lagebericht zum Berichtsjahr und dem darauffolgenden Geschäftsjahr einschließlich Risiken der künftigen Entwicklung

Die Gesellschaft befindet sich seit dem 1. August 2011 in Liquidation. Als Liquidator ist Herr B. Fromeyer, Justiziar des Rechtsamtes, bestellt. Die Verträge sind weitgehend gekündigt und das Gewerbe abgemeldet.

Entwicklung der Gesellschaft im Berichtsjahr

Im Jahr 2017 wurden steuerliche Detailprobleme abgearbeitet und es wurden weitere Grundbucheinträge, die die WILL GmbH berechtigen, gesucht und gelöscht. Der Abschluss der Liquidation wurde damit vorangetrieben.

Wirtschaftsbericht

Im Berichtsjahr wurden liquide Mittel von TEUR 28 für laufende Ausgaben verbraucht und dagegen TEUR 10 stille Reserven aus den sonstigen Wertpapieren aufgedeckt.

Aufgrund des Fortschreitens der Liquidation und der Abwicklung der Vertragsverhältnisse geht der Liquidator davon aus, dass im Zusammenhang mit Grundstückskaufverträgen (z.B. aus Erlösauskehr oder Ausgleich von Minderflächen) nicht mehr mit Inanspruchnahmen zu rechnen ist. Auch ist das Risiko der Inanspruchnahme für Rückzahlungsverpflichtungen aus Veräußerungserlösen bzw. Fördermitteln so weit gesunken, dass die Verbindlichkeiten aufgelöst wurden. Dadurch ergibt sich ein deutlich über dem Plan liegender Jahresüberschuss von TEUR 149 im Berichtsjahr und die Eigenkapitalquote stieg auf 90%.

Ausblick

Bestandsgefährdende Risiken sind nicht einschlägig, da sich die Gesellschaft bereits in Liquidation befindet.

Die Finanzmittel der Gesellschaft sind im Berichtsjahr von TEUR 246 auf TEUR 228 zurückgegangen. In den nächsten Monaten hat die WILL ca. TEUR 30 an Zahlungsverpflichtungen nachzukommen.

Die Liquidation soll aufgrund des guten Voranschreitens der Abwicklung der Vertragsverhältnisse im Jahr 2018 abgeschlossen werden.

Bilanz- und Leistungskennzahlen

Mit Kreistagsbeschluss Nr. 2011/065 vom 06.07.2011 wurde die Liquidation der WILL Wirtschaftsförderung Landkreis Leipzig GmbH i. L. beginnend am 01.08.2011 beschlossen. Seitdem wurde der operative Geschäftsbetrieb eingestellt. Eine Bewertung der Kennzahlen erübrigt sich somit. Die WILL- Wirtschaftsförderung Landkreis Leipzig GmbH i. L. erwirtschaftete im Jahr 2017 einen Jahresüberschuss in Höhe von 148.708,35 Euro (Vorjahr: Fehlbetrag in Höhe von 11.980,04 Euro). Ursächlich für den Jahresüberschuss sind sonstige betriebliche Erträge i. H. v. 31.339,00 EUR an Erträgen aus der Auflösung von Rückstellungen, 10.000,00 aus der Aufdeckung stiller Reserven in den von der Gesellschaft gehaltenen sonstigen Wertpapieren sowie 146.680,76 an Erträgen aus der Auflösung von Verbindlichkeiten. Die Liquidation soll aufgrund des guten Voranschreitens der Abwicklung der Vertragsverhältnisse im Jahr 2018 abgeschlossen werden.

Eine belastbare Aussage, wann die Liquidation abgeschlossen sein wird, ist derzeit noch nicht möglich. Die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft war im Geschäftsjahr 2017 stets gewährleistet.

KELL Kommunalentsorgung Landkreis Leipzig GmbH

Beteiligungsübersicht

Am Westufer 3
04463 Großpösna OT Störmthal

Tel. 034299 / 87440
Email info@kell-gmbh.de
Internet <http://www.kell-gmbh.de>

Gründungsdatum 21.10.2009

Rechtsform GmbH

Gründung durch Beschluss am 07.10.2009

Letzte Änderung am 27.05.2010

Handelsregistereintrag am 02.12.2009 unter HRB 25657

Gesellschafter / Stammkapital

Stammkapital		331.000,00 €
Gesellschafter	Anteil	Anteil
Landkreis Leipzig	100,0000 %	331.000,00 €

Unternehmensgegenstand / Unternehmenszweck

Gegenstand des Unternehmens ist die Abfallentsorgung auf dem Gebiet des Landkreises Leipzig. Sie umfasst, die dem Landkreis als öffentlich-rechtlichem Entsorgungsträger zugewiesenen Aufgaben und zwar das Einsammeln und Befördern, der im Entsorgungsgebiet anfallenden Abfälle, deren Verwertung und Beseitigung, soweit diese Aufgabe nicht vom Zweckverband Abfallwirtschaft Westsachsen wahrgenommen wird, sowie die Übernahme von weiteren Aufgaben, die dem Landkreis als öffentlich-rechtlichem Entsorgungsträger zugewiesen sind, soweit es sich nicht um reine Tätigkeiten von Behörden handelt. Hierzu gehören insbesondere die Sanierung und Rekultivierung von Abfallbeseitigungsanlagen und die Entsorgung der rechtswidrig auf den der Allgemeinheit zugänglichen Grundstücken abgelagerten Abfälle.

Gegenstand des Unternehmens können weiterhin Aktivitäten im Bereich der Abfallwirtschaft und des Recyclings, wie die Übernahme und Durchführung von Entsorgungsleistungen jeder Art sowie der Erwerb und die Verwaltung von gesellschaftseigenen Immobilien, sein, soweit die Gesellschaft überwiegend, die dem Gesellschafter als öffentlich-rechtlichem Entsorgungsträger zugewiesenen Aufgaben erbringt. Die Tätigkeit für andere Auftraggeber als den Landkreis Leipzig wird jedoch nur aufgenommen, solange das Unternehmen im Wesentlichen für den Landkreis Leipzig tätig ist und eine Tätigkeit für andere Auftraggeber als rein nebensächlich angesehen werden kann.

Finanzbeziehungen

Leistungen des Unternehmens an den Landkreis	in €
Avalprovision	8.854,65

Leistungen des Landkreises an das Unternehmen	in €
-----------------------------------------------	------

Bürgschaften	in €
Unternehmen an den Landkreis	0,00
Landkreis an das Unternehmen	2.586.150,00

Darlehen	in €
Unternehmen an den Landkreis	
Landkreis an das Unternehmen	

Wesentliche Sachverhalte aus dem Lagebericht zum Berichtsjahr und dem darauffolgenden Geschäftsjahr einschließlich Risiken der künftigen Entwicklung

I. Darstellung des Geschäftsverlaufs

1. Entwicklung von Branche und Gesamtwirtschaft

Das Jahr 2017 verlief sowohl gesamtwirtschaftlich als auch für die Branche der Entsorgungswirtschaft überwiegend positiv. Der Abschluss diverser Gesetzgebungsverfahren soll das weltweit angesehene Niveau der deutschen Recyclingwirtschaft weiter stärken. Ob dies im Bereich der Verpackungsentsorgung gelingen wird, muss sich in den nächsten Jahren zeigen. Auf jeden Fall ist zu befürchten, dass es erneut zu langwierigen rechtlichen Auseinandersetzungen zwischen Systembetreibern und öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträgern kommen wird.

2. Umsatz- und Auftragsentwicklung

Die Umsätze der Gesellschaft stiegen im Berichtsjahr um 19 % auf EUR 10,1 Mio. Ursache sind neben gestiegenen Vermarktungs- und Beseitigungspreisen vor allem die Übernahme weiterer Aufgaben für den Landkreis Leipzig. So sind zum 01.10.2016 die Aufgaben des ehemaligen Abfallwirtschaftsamtes auf die KELL übertragen worden. Dies führte im Berichtsjahr zu einem Anstieg des Umsatzvolumens um ca. EUR 1,0 Mio.

Gemäß Gesellschaftervertrag der KELL GmbH werden die Umsätze im Wesentlichen mit dem Landkreis Leipzig erzielt.

3. Geschäftsergebnis

Das Geschäftsergebnis liegt auf Vorjahresniveau. Der Jahresüberschuss beträgt TEUR 559.

4. produktiver Geschäftsbetrieb

Der produktive Geschäftsbetrieb verlief im Berichtsjahr über unseren Erwartungen.

Die höheren Verwertungserlöse aus der Papiervermarktung führten zu einer entsprechenden Erhöhung der Aufwendungen für bezogene Leistungen, da die Erlöse in voller Höhe an den Landkreis ausgekehrt werden.

Die durch die Übernahme der Aufgaben des ehemaligen Abfallwirtschaftsamtes sowie durch Lohnsteigerungen entstandenen höheren Personalkosten konnten durch den höheren Nettorohrertrag vollumfänglich ausgeglichen werden.

Die Aufwendungen für Kraftstoffe sind im Vergleich zum Vorjahr deutlich gestiegen und haben sich damit unseren Erwartungen angenähert. Andererseits begünstigte insbesondere der milde Winter die Entwicklung der Kfz-Kosten. Synergieeffekte durch die Zusammenführung des Abfallwirtschaftsamtes mit der KELL führten im Bereich der Sachkosten zu einer deutlichen Kostensenkung.

5. Beschaffung und Investitionen

Laufende Ersatzinvestitionen von Behältern und Fahrzeugen wurden im Umfang von TEUR 396 getätigt. Weiterhin erfolgten Ertüchtigungen an den Wertstoffhöfen im Umfang von TEUR 54. In europaweiten bzw. nationalen Vergabeverfahren wurden Fahrzeuge, Bau- sowie Verwertungsdienstleistungen ausgeschrieben.

Die durchgeführten Investitionen entsprachen dem bestätigten Investitionsplan bzw. wurden durch Einzelentscheidungen des Gesellschafters genehmigt. Über ausschreibungsbedingte Budgetabweichungen wurde der Aufsichtsrat informiert.

6. Finanzierungsmaßnahmen bzw. -vorhaben

Die Investitionsmaßnahmen im Geschäftsjahr 2017 erfolgten im Rahmen der Eigenfinanzierung.

Durch die ausschließliche Finanzierung mit Eigenmitteln und die planmäßige Tilgung der bestehenden Kredite hat sich das Finanzergebnis gegenüber dem Vorjahr positiv entwickelt.

7. Personal- und Sozialbereich

Der Leistungsumfang der für den Landkreis zu erbringenden Aufgaben erfordert einen konstanten Mitarbeiterbestand. Wesentliche Veränderungen werden für diesen Aufgabenbereich nur bei Veränderungen des Leistungsumfanges für den Landkreis erwartet.

Durch die Übernahme der Aufgaben des bisherigen Amtes für Abfallwirtschaft hat sich der Mitarbeiterbestand im Berichtsjahr erhöht. Zur Erledigung der übernommenen Aufgaben wurde zum Beginn des Geschäftsjahres eigenes Personal neu eingestellt. Nach dessen Einarbeitung war ein Rückgriff auf die vom Landkreis übergangsweise zugewiesenen Mitarbeiter nicht mehr notwendig.

Der Mitarbeiterbestand entwickelte sich im Vergleich zum Vorjahr wie folgt:

	<u>31.12.2017</u>	<u>31.12.2016</u>
Angestellte	25	14
Arbeiter	70	67
Aushilfskräfte	<u>0</u>	<u>0</u>
	<u>95</u>	<u>81</u>

8. Umweltschutz

Der Betriebshof sowie die durch die Gesellschaft betriebenen Wertstoffhöfe wurden im Berichtsjahr genehmigungskonform betrieben. Es gab keine Störungen.

9. Sonstige wichtige Ereignisse und Entwicklungen im Geschäftsjahr

Im Berichtsjahr erfolgte der Verkauf der Liegenschaft in Markranstädt, Schwarzer Weg 4.

II. Darstellung der Lage

1. Vermögenslage

Der Aufbau eigener Ressourcen im Bereich der Abfallwirtschaft durch den Landkreis Leipzig ist weitgehend abgeschlossen. Die durchgeführten Ersatzinvestitionen lagen unterhalb der Abschreibungen. Dadurch reduzierte sich das Anlagevermögen. Trotz des Einsatzes von Eigenmitteln bei der Durchführung der Investitionen erhöhte sich der Finanzmittelbestand im Vergleich zum Vorjahr. Insgesamt hat sich die Bilanzsumme kaum verändert.

Die laufenden Tilgungen, der erwirtschaftete Jahresüberschuss sowie der Verzicht des Gesellschafters auf eine Ausschüttung haben den Verschuldungsgrad der Gesellschaft deutlich reduziert. Er beträgt nur noch 1,6 (VJ: 2,0). Die Eigenkapitalquote stieg bei nahezu unveränderter Bilanzsumme auf 39% (VJ: 33 %).

Da vorerst weiterhin keine Ausschüttungen vorgesehen sind, erwartet die Geschäftsführung unter Beachtung fortlaufender Ersatzinvestitionen eine stabile Vermögenssituation der Gesellschaft.

2. Finanzlage

Aufgrund des sehr guten operativen Ergebnisses in Verbindung mit den zurückgeflossenen Abschreibungen aus den in den Vorjahren getätigten Investitionen konnte die Gesellschaft im Berichtsjahr erneut einen positiven cash flow aus der betrieblichen Tätigkeit in Höhe von TEUR 1.764 erwirtschaften.

Der Zahlungsmittelabfluss aus dem Investitionsbereich lag 2017 bei nur TEUR 176. Ursache dafür war u.a. der Verkauf der Liegenschaft in Markranstädt sowie das im Vergleich zu den Vorjahren deutlich niedrigere Investitionsvolumen. Eine Kreditneuaufnahme war im Berichtsjahr nicht erforderlich.

Insgesamt ist der Zahlungsmittelbestand durch die geringere Investitionstätigkeit in Verbindung mit dem Verkauf von Anlagevermögen im Geschäftsjahr 2017 angewachsen. Die hohen Barmittelbestände sollen zur Eigenfinanzierung von Behältern bei der vom Landkreis vorgesehenen Einführung der gesetzlich vorgeschriebenen Biotonne im Vertragsgebiet eingesetzt werden. Der hohe Finanzmittelbestand gibt der Gesellschaft dafür, aber auch für weitere Finanzierungsvorhaben ausreichend Stabilität und Flexibilität.

3. Ertragslage

Die Ertragslage der Gesellschaft ist wie erwartet stabil. Sie übertrifft im Geschäftsjahr mit TEUR 559 erneut unsere Erwartungen und liegt auf dem Niveau des Vorjahres. Die Umsatzrentabilität nach Steuern vom Einkommen und Ertrag ist wegen der Umsatzsteigerung leicht auf 5,5% gesunken.

Im Vergleich zum Vorjahr konnten Kostensteigerungen für Aufwendungen für bezogene Leistungen und aus dem Personalbereich sowie aus der Übernahme des Abfallwirtschaftsamts resultierende Kostensteigerungen im Personal- und Sachkostenbereich durch die höheren Umsätze mehr als kompensiert werden. Das Betriebsergebnis liegt über dem des Vorjahres und nivelliert im Jahresüberschuss den Anstieg der Steueraufwendungen.

Durch das Geschäftsmodell der KELL ist auch weiterhin von stabilen Ertragserwartungen auszugehen. Allerdings sind auch Ertragszuwächse unwahrscheinlich.

III. Voraussichtliche Entwicklung mit Hinweisen auf wesentliche Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

Die KELL hat sich als der kommunale Entsorger im Landkreis Leipzig etabliert. Die Verträge mit dem Landkreis Leipzig wurden verschlankt und zum 01.01.2017 in einen langfristigen Dienstleistungsvertrag überführt. Dieser bildet nun gemeinsam mit dem neu abgeschlossenen Geschäftsbesorgungsvertrag eine entsprechend langfristige Geschäftsgrundlage für die KELL. Der Dienstleistungsvertrag enthält bereits die Beauftragung zur Durchführung einer getrennten Erfassung von Bioabfällen, sofern von den zuständigen Gremien des Landkreises die dafür notwendigen Beschlüsse gefasst werden. In diesem Fall wären erneut umfangreiche Investitionen in Behälter und Fahrzeugtechnik notwendig. Auf Grund der aktuellen Beschlusslage im für den Landkreis zuständigen Zweckverband Abfallwirtschaft Westsachsen (ZAW) ist davon auszugehen, dass der Landkreis die flächendeckende Erfassung der biogenen Abfälle aus Haushaltungen über die Biotonne (Biogut) ab dem Jahr 2020 beginnt.

Da der Landkreis dem Unternehmen alle betriebsnotwendigen Aufwendungen zur Erfüllung der Verträge in Form von Entgelten ersetzt, erstrecken sich die Risiken im Wesentlichen auf den operativen Bereich. Zur Abdeckung dieser Risiken hat die Gesellschaft entsprechende Versicherungen abgeschlossen. Strategische Risiken sind nicht zu erkennen.

Die In-House-Verträge mit dem Landkreis erlauben nur unwesentliche Akquisitionen und damit nur ein beschränktes Wachsen der Gesellschaft. Somit stehen den überschaubaren Risiken auch nur geringe Chancen gegenüber. Beides steht einer stabilen Entwicklung der Gesellschaft jedoch nicht im Wege.

IV. Sonstige Angaben

1. Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluss des Geschäftsjahres

Vorgänge von besonderer Bedeutung haben sich nicht ergeben.

2. Verwendung von Finanzinstrumenten

Die KELL finanziert sich vorwiegend über klassische Kredite. Es existieren weiterhin Leasingverträge für Fahrzeuge sowie Büro- und Geschäftsausstattung. Die eingeräumten Kontokorrentlinien wurden 2017 nicht beansprucht.

Die Gesellschaft hat für zwei variable Investitionsdarlehen Zinssicherungsgeschäfte (Forward Swap) abgeschlossen. Im Rahmen des Verkaufs der Liegenschaft Markranstädt wurde die damit im Zusammenhang stehende Darlehensrestschuld getilgt und ein Zinssicherungsgeschäft abgelöst.

Für die Finanzierung der Wertstoffhöfe im Landkreis sowie die Finanzierung eines Teils des Behältersystems für die Erfassung von Restabfall und Papier wurden durch den Gesellschafter Landkreis Leipzig Bürgschaften gestellt.

3. Forschung und Entwicklung

Forschung und Entwicklung wurde von unserer Gesellschaft in 2017 nicht betrieben.

4. Bestehende Zweigniederlassungen

Im Berichtsjahr unterhielt die KELL keine Zweigniederlassungen.

Einzeldarstellung der Unternehmen in Privatrechtsform

Unternehmen in der Privatrechtsform einer unmittelbaren oder mittelbaren Beteiligung in Höhe von unter 25 %

- 5. Aufbauwerk Region Leipzig GmbH**
- 6. Invest Region Leipzig GmbH**
- 7. THÜSAC Personennahverkehrsgesellschaft mbH**
- 8. Kommunale Datennetze GmbH (KDN)**
- 9. Lecos GmbH**
- 10. ProVitako Marketing- und Dienstleistungsgesellschaft der Kommunalen IT-Dienstleister e.G.**
- 11. Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH (MDV)**
- 12. Flughafen Altenburg-Nobitz GmbH**
- 13. Westsächsische Entsorgungs- und Verwertungsgesellschaft mbH (WEV)**

Aufbauwerk Region Leipzig GmbH

Beteiligungsübersicht

Otto-Schill-Straße 1
04109 Leipzig

Tel. 0341 / 1 40 77 9-0
Fax 0341 / 1 40 77 9-11
Email info@aufbauwerk-leipzig.com

Gründungsdatum 22.11.1993

Rechtsform GmbH

Gründung durch Beschluss am 05.05.1992

Handelsregistereintrag am unter HRB 8541

Gesellschafter / Stammkapital

Stammkapital		25.600,00 €
Gesellschafter	Anteil	Anteil
Landkreis Leipzig	23,4400 %	6.000,00 €

Unternehmensgegenstand / Unternehmenszweck

Gegenstand der Gesellschaft ist die Bündelung und Zusammenführung von Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung. Die Entwicklung von entsprechenden Projekten und die Kombination verschiedener Finanzierungsformen und -quellen nehmen dabei einen besonderen Stellenwert ein.

Von der Gesellschaft allein oder in Kooperation mit anderen regionalen Akteuren werden zur praktischen Verbindung von Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung dazu notwendige Aktivitäten entfaltet, beraten und unterstützt. Hierzu zählen u. a. Analysen, Berichte, Tagungen, Aufbau und Entwicklung von entsprechenden Netzwerken sowie die Beratung der regionalen Akteure, insbesondere der Gesellschafter, zu diesen Themen.

Hohe Bedeutung hat in diesem Zusammenhang die Kooperation mit Partnern aus anderen europäischen Ländern, auch aus Mittel- und Osteuropa sowie die Einwerbung von Mitteln aus dem Bereich der Europäischen Union und ihren Instituten.

Die Gesellschaft übernimmt im Auftrag der Gesellschafter die Trägerschaft für Projekte, die in deren Interessen liegen.

Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, durch die der Gegenstand der Gesellschaft gefördert werden kann.

Finanzbeziehungen

Leistungen des Unternehmens an den Landkreis	in €
----------------------------------------------	------

Leistungen des Landkreises an das Unternehmen	in €
-----------------------------------------------	------

Bürgschaften	in €
Unternehmen an den Landkreis	
Landkreis an das Unternehmen	

Darlehen	in €
Unternehmen an den Landkreis	
Landkreis an das Unternehmen	

Lagebericht 2017

Wesentliche Sachverhalte aus dem Lagebericht zum Berichtsjahr und dem darauffolgenden Geschäftsjahr einschließlich Risiken der künftigen Entwicklung

I. Grundlagen des Unternehmens

1. Geschäftsmodell

Gegenstand des Unternehmens ist die integrierte Förderung von Wirtschaft und Beschäftigung. Einen besonderen Schwerpunkt bilden die Bündelung und Zusammenführung von Wirtschaftsförderung und

Regionalentwicklung. Die Entwicklung von entsprechenden Projekten und die Kombination verschiedener Finanzierungsformen und -quellen nehmen dabei einen besonderen Stellenwert ein. Von der Gesellschaft allein oder in Kooperation mit anderen regionalen Akteuren werden zur praktischen Verbindung von Wirtschafts- und Regionalförderung dazu notwendige Aktivitäten entfaltet, beraten und unterstützt. Hierzu zählen u.a. Analysen, Berichte, Tagungen, Aufbau und Entwicklung von entsprechenden Netzwerken sowie die Beratung der regionalen Akteure, insbesondere der Gesellschafter, zu diesen Themen. Hohe Bedeutung hat in diesem Zusammenhang die Kooperation mit Partnern aus anderen europäischen Ländern, auch aus Mittel- und Osteuropa, sowie die Einwerbung von Mitteln aus dem Bereich der Europäischen Union und ihren Institutionen.

Die Aufbauwerk Region Leipzig GmbH ist Dienstleister für Dritte, vorrangig für öffentliche Institutionen. Sie arbeitet als Berater, Entwickler, Manager und Controller bei Projekten, die zumeist aus Mitteln der Europäischen Union finanziert werden. Auf diese Weise werden zusätzlich finanzielle Mittel für die regionalen Akteure in den Bereichen Wirtschaftsförderung, Regionalentwicklung, Arbeitsmarktpolitik, Umwelt und Naturschutz sowie der politischen und kulturellen Zusammenarbeit akquiriert.

2. Forschung und Entwicklung

Die Gesellschaft erbringt keine Forschungsleistungen.

Die Entwicklung neuer Projekte ist ein essenzielles Aufgabenfeld der Gesellschaft zur Sicherung und Aufrechterhaltung der eigenen Geschäftstätigkeit. Der Entwicklungsprozess findet permanent und begleitend zum Tagesgeschäft statt und richtet sich zeitlich nach Veröffentlichung von Ausschreibungen in den einzelnen Programmen der Europäischen Kommission, des Bundes und des Freistaats Sachsen. Bei der Auswahl von neuen Projektansätzen spielen insbesondere die Entwicklung, Förderung und Weiterentwicklung von technischen sowie gesellschaftlichen Innovationen für die Region eine entscheidende Rolle. Zur Ermittlung von Innovationspotentialen pflegt die Gesellschaft regelmäßigen Kontakt mit Vertretern der Gesellschafter, besucht entsprechende Veranstaltungen und steht in regelmäßigem Austausch mit regionalen und überregionalen Experten.

II. Wirtschaftsbericht

1. Gesamtwirtschaftliche, branchenbezogene Rahmenbedingungen

Die Entwicklungen im europäischen Markt wie bspw. die zunehmenden Anforderungen an das europäische Projektmanagement und eine rückläufige Zahl an Agenturen bieten gute Wachstumschancen für die Gesellschaft. Die wesentlichen Stärken der Aufbauwerk Region Leipzig GmbH liegen in einem sehr gut funktionierenden internationalen Netzwerk und einer daraus resultierenden hohen Projektnachfrage sowie der spezifischen Kompetenz im europäischen Projektmanagement, gepaart mit den umfangreichen Erfahrungen und Referenzen. Dennoch ist die Gesellschaft und ihr Geschäftsfeld sehr stark von nicht beeinflussbaren Faktoren abhängig, wie der Veröffentlichung von Förderprogrammen, deren Ausgestaltung (Förderquoten/mögliche Antragsteller) und dem Start bewilligter Projektanträge.

2. Geschäftsverlauf

Die Gesellschaft hat die schwierige Übergangszeit zur neuen Förderperiode in den letzten zwei Jahren erfolgreich bewältigt. Die wirtschaftliche Situation der Gesellschaft hat sich gegenüber dem Vorjahr deutlich stabilisiert. Im Jahresverlauf wurden vier weitere Projekte erfolgreich bewilligt, so dass die Gesellschaft nunmehr über sieben Projekte verfügt.

Im weiteren Geschäftsverlauf wird sich das neu bewilligte Projekt ECO-CICLE (Thema: Förderung des Fahrradtourismus im ländlichen Raum) positiv auf das Geschäftsvolumen auswirken. Das Projekt startet im Juni 2018 mit einem Gesamtbudget von 195.645 Euro und einer Laufzeit von vier Jahren.

Fünf Projekte im Programm Central Europe befinden sich in der Evaluierung, deren Förderentscheidung im Herbst 2018 erwartet wird.

3. Lage

3.1 Ertragslage

Die Gesellschaft schließt das Geschäftsjahr 2017 mit einem Jahresüberschuss in Höhe von 4.770,62 Euro ab (Vorjahr: Jahresfehlbetrag -13.953,92 Euro).

Projektentwicklungskosten aus dem Jahr 2016 für zwei Central Europe Projekte wurden im Frühjahr 2017 in Höhe von 24.000 Euro zusätzlich bewilligt und haben sich positiv auf das Jahresergebnis ausgewirkt.

Die Gesamtleistung in Höhe von 243.575,84 Euro stieg gegenüber dem Vorjahr (+187.365,88 Euro) um 23,08 %. Zusätzliche Erträge konnten auch im Jahr 2017 durch die Untervermietung der Büroräume generiert werden.

Korrespondierend dazu erhöhte sich der Betriebsaufwand gegenüber dem Vorjahr um 36.583,23 Euro auf 236.519,74 Euro. Die Aufwendungen für Personal stiegen nur leicht um 21.958,69 Euro, die mit Zuwachs von geringfügigen Beschäftigten zurückzuführen sind. Für das Jahr 2018 sind weitere Neueinstellungen von Projektsachbearbeiter geplant.

3.2 Finanzlage

Zum 31.12.2017 verfügt die Gesellschaft über positive liquide Mittel i. H. v. 96.504,67 Euro (Vorjahr: 43.460,48 Euro). Die Finanzlage ist als zufriedenstellend zu bezeichnen. Die Liquiditätssituation der Gesellschaft hat sich im Jahresverlauf 2017 deutlich stabilisiert. Im Bedarfsfall steht ein Kontokorrentkredit in Höhe von 145.000 Euro zum Ausgleich von Liquiditätsbelastungen zur Verfügung.

3.3 Vermögenslage

Die Vermögenslage der Gesellschaft ist geordnet. Die Bilanzsumme der Gesellschaft hat sich im Geschäftsjahr um 272.975,51 Euro erhöht. Vermögensseitig ist diese Veränderung im Wesentlichen auf die Erhöhung der in Arbeit befindlichen Aufträge (+199.500,00 Euro) und der Guthaben bei Kreditinstituten (+ 53.044,21 Euro) zurückzuführen. Auf der Passivseite der Bilanz wirkte sich die Erhöhung der Verbindlichkeiten auf erhaltene Anzahlungen um 239.041,72 Euro aus. Das Eigenkapital der Gesellschaft beträgt 145.703,86 Euro (Vorjahr: 140.933,24 Euro). Die Eigenkapitalquote beträgt 27,92 %.

4. Finanzielle Leistungsindikatoren

Für die interne Unternehmenssteuerung ziehen wir die Kennzahlen des Cashflows und die Gesamtleistung heran.

Die Gesamtleistung errechnet sich aus den Umsatzerlösen, der Bestandsveränderung und Sonstigen Erlösen und stieg gegenüber dem Vorjahr um 187.365,88 Euro auf 243.575,84 Euro.

Der Cashflow auslaufender Geschäftstätigkeit beträgt im Geschäftsjahr 56.000 Euro (Vj. – 45.000 Euro).

III. Prognosebericht

Auch im Jahr 2018 wird die Konzentration auf die Kernkompetenzen der Gesellschaft in der Beantragung und Steuerung von Förderprojekten (technische Koordination, Finanzmanagement, Projektmanagement usw.) fortgeführt. Wie bereits in den Vorjahren geschehen, wird hierbei neben EU-Förderinstrumenten ebenso auf Programme von Bund und Land zurückgegriffen. Der Großteil der Projekte wird in eigener Trägerschaft realisiert.

Für 2018 wird eine positive Unternehmens- und Projektentwicklung prognostiziert. Im Interreg Central Europe Programm befinden sich weitere fünf Projekte in der zweiten Evaluierungsphase, deren Förderentscheidung im Herbst 2018 erwartet wird.

Gemäß der vorgelegten Wirtschaftsplanung für das Jahr 2018 wird die Gesellschaft unterjährig den Kontokorrentkredit in Anspruch nehmen. Dies ist ursächlich auf die Vorlaufkosten in den Projekten vor allem aus den EU-Programmen, den zu erbringenden Eigenanteil an Projektkosten und die von der Gesellschaft nur begrenzt steuerbare Auszahlung der Fördermittel zurückzuführen. Die Geschäftsführung geht davon aus, dass die geplanten Fördermittel ab Jahr 2018 kontinuierlich zur Auszahlung kommen. Mit einem Vorfinanzierungszeitraum von bis zu zwölf Monaten muss gerechnet werden.

IV. Chancen –und Risikobericht

1. Risikobericht

Die Gesellschaft ist stark von nicht beeinflussbaren Faktoren wie der Veröffentlichung von Förderprogrammen, deren Ausgestaltung und dem Start bewilligter Projektanträge abhängig. Die Evaluierung der Projekte der Förderperiode 2014-2020 vollzog sich nur zögernd und wirkte sich auf die Tätigkeit der Gesellschaft aus. Der Übergang in den vorangegangenen Förderperioden vollzog sich durchschnittlich im Zeitraum von eineinhalb bis zwei Jahren. Dieses Risiko ist dem Geschäftsmodell der Aufbauwerk Region Leipzig GmbH jedoch inhärent und konnte durch die Gesellschaft bislang erfolgreich bewältigt werden. Umsätze, Gewinne und erwirtschaftete Eigenanteile zeigen deutlich, dass eine wirtschaftlich nachhaltig erfolgreiche Geschäftstätigkeit des Unternehmens innerhalb der letzten Jahre nachgewiesen werden konnte und für die Zukunft erwartet werden kann.

Die Kofinanzierung der laufenden Projekte erfolgt aus eigener Kraft (Eigenanteile zwischen 15 und 20%). Die erforderlichen Mittel werden im Geschäftsfeld Auftragsstätigkeiten erwirtschaftet.

Die Risiken aus einer überwiegend unentgeltlichen Antragstellung für EU-Projekte liegen in einem relativ hohen Personal- und Zeitaufwand zur Entwicklung von Anträgen, die selbst im Falle einer erfolgreichen Antragsstellung nicht im vollen Umfang vergütet werden.

Außerdem stellt die teilweise sehr langfristige Nachbereitung von Projekten nach Beendigung ihrer Laufzeit und damit des förderfähigen Zeitraums eine Belastung dar.

Die Organisationsstruktur des Aufbauwerks ist auf eine flexible personelle Grundstruktur beschränkt, die entsprechend den jeweiligen Projektaufgaben angepasst wird. Die Gesellschaft beschäftigt ihre Mitarbeiter überwiegend projektbezogen. Die Geschäftsführung wird 2018 ein Kernteam von vier bis fünf Mitarbeitern halten und den Mitarbeiterstab sukzessiv mit Werkstudenten als geringfügige Beschäftigte erweitern. Sporadische Anforderungen an spezielle Fachkompetenzen, wie Recht, Wirtschaftsberatung, Netzwerk / Internet oder wissenschaftliche Begleitung werden über Expertenverträge erfüllt.

Die Vorfinanzierung in Projekten, wie sie in den meisten EU-Programmen üblich ist, kann zu Engpässen in der Liquidität führen.

2. Chancenbericht

Die Methodenkompetenz und die daraus resultierende Anpassungsfähigkeit ermöglichen, dass sich die Aufbauwerk Region Leipzig GmbH auf verschiedene regionale Branchenschwerpunkte konzentrieren und anpassen kann. Dies gilt auch für den Fall von veränderten Förderschwerpunkten der EU in der neuen Förderperiode 2014-2020. Die Kernkompetenzen des Aufbauwerks liegen in der Entwicklung und Umsetzung von EU-Projekten und sind damit universell. Diese Kompetenzen in Verbindung mit den lokalen Rahmenbedingungen eröffnen deutliche Wachstumschancen mit dem Ziel, weitere Mittel für die Regionalentwicklung in Leipzig bzw. Mitteldeutschland zu akquirieren. Dazu trägt auch eine wachsende europäische regionale Vernetzung bei.

Aus der erfolgreichen Zusammenarbeit (als Auftragnehmer) in den grenznahen Städten und Gemeinden (deutsch-tschechische Zusammenarbeit) entwickelten sich mehrere Projektideen, von denen eins bewilligt worden ist. Drei weitere Projektanträge werden von der SAB –Sächsische Aufbaubank als Vorratsprojekte vorgehalten und nach Rückfluss zusätzlicher Fördermittel zur Bewilligung kommen.

Diese Kompetenzen werden mittlerweile auch aus dem deutsch-polnischen Grenzgebiet nachgefragt und führten hier zu einer Projekteinreichung im Sommer 2017 in Zusammenarbeit mit der Stadt Hoyerswerda. Eine Entscheidung zu diesem Antrag wird im Spätsommer Herbst erwartet.

Ein weiterer Auftrag für die Gesellschaft hat sich durch die Beantragung des Regionalbudgets für den Landkreis Mittelsachsen ergeben, finanziert über GRW-Infrastrukturmittel. Das Aufbauwerk fungierte als Antragsentwickler und unterstützt nach erfolgreicher Ausschreibung ihren Gesellschafter Mittelsachsen bei der Umsetzung des Projektes bis März 2020.

3. Gesamtaussage

Das strategische und operative Handeln der Gesellschaft ist wesentlich geprägt von einem Selbstverständnis als Dienstleister für die Region Leipzig.

Der Rückgang der Fördermittel für Sachsen in der neuen Förderperiode 2014-2020 ist eine große Herausforderung für die Region. Die Aufbauwerk Region Leipzig GmbH kann dies abfedern durch verstärkten Zugriff auf Fördermittel, die in zentraler Verwaltung von Brüssel liegen. Die Stärken der Gesellschaft liegen in einem sehr gut funktionierenden internationalen Netzwerk und einer daraus resultierenden hohen Projektnachfrage sowie der spezifischen Kompetenz im europäischen Projektmanagement, gepaart mit den umfangreichen Erfahrungen und Referenzen. Bei Anfragen kann somit kurzfristig ein entsprechendes Förderprogramm zur Projektanfrage/-idee gefunden und der Projektantrag entwickelt werden.

Vor diesem Hintergrund ist die Gesellschaft gut gerüstet für die Bewältigung zukünftiger Risiken.

V. Risikoberichterstattung über die Verwendung von Finanzinstrumenten

Für den Fall, dass die Zahlungen der Fördermittelgeber/Vertragspartner nicht fristgerecht erfolgen, kann die Gesellschaft auf einen Kontokorrentkredit i. H. von 145.000 Euro zurückgreifen. Der Kredit dient zur Absicherung gegen das Liquiditätsrisiko, welcher auch im Jahr 2018 für Übergangszeiträume bis zum Eingang der Fördermittel in Anspruch genommen werden soll.

VI. Zweigniederlassungsbericht

Zweigniederlassungen werden von der Gesellschaft nicht unterhalten.

Leipzig, den 29.05.2018

Invest Region Leipzig GmbH

Beteiligungsübersicht

Markt 9
04109 Leipzig

Tel. 0341-26827770
Fax 0341-26827799
Email info@invest-region-leipzig.de
Internet <http://www.invest-region-leipzig.de>

Gründungsdatum 30.11.2012

Rechtsform GmbH

Gründung durch Beschluss am 10.10.2012

Letzte Änderung am 30.11.2012

Handelsregistereintrag am 01.02.2013 unter HRB 29067

Gesellschafter / Stammkapital

Stammkapital		150.000,00 €
Gesellschafter	Anteil	Anteil
Landkreis Leipzig	15,0000 %	22.500,00 €

Unternehmensgegenstand / Unternehmenszweck

Unterstützung der Wirtschaftsförderung für die Region Leipzig, bestehend aus den Gebieten der Landkreise Leipzig und Nordsachsen mit deren kreisangehörigen Gemeinden sowie der Stadt. Die Gesellschaft fördert alle Maßnahmen, die der Stärkung der Wirtschaftskraft, der Verbesserung der wirtschaftsnahen Infrastruktur und der Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen in der durch die Gesellschafter repräsentierten Region dienen.

Im Rahmen dieser Zweckbestimmung wird die Gesellschaft insbesondere das Standortmarketing und die Investorenwerbung für die Region durchführen, Neuansiedlungen von Unternehmen und Einrichtungen anwerben und Betreuen und die Vernetzung innerhalb der Region und überregional mit dem Ziel der Bildung von Wirtschaftsklustern unterstützen.

Finanzbeziehungen

Leistungen des Unternehmens an den Landkreis	in €
----------------------------------------------	------

Leistungen des Landkreises an das Unternehmen	in €
Verlustabdeckung	253.442,69

Bürgschaften	in €
Unternehmen an den Landkreis	
Landkreis an das Unternehmen	

Darlehen	in €
Unternehmen an den Landkreis	
Landkreis an das Unternehmen	

Lagebericht 2017

Wesentliche Sachverhalte aus dem Lagebericht zum Berichtsjahr und dem darauffolgenden Geschäftsjahr einschließlich Risiken der künftigen Entwicklung

1. Profil und Geschäftstätigkeit der Invest Region Leipzig GmbH

Die Invest Region Leipzig GmbH (nachfolgend kurz „IRL“ oder „Gesellschaft“) ist seit dem 15. August 2013 als Gesellschaft der Stadt Leipzig, der Industrie- und Handelskammer zu Leipzig sowie der Landkreise Nordsachsen und Leipzig im Sinne einer nach außen orientierten Wirtschaftsförderungsgesellschaft aktiv. Sie fügt sich in das Zusammenspiel der Ämter und Institutionen für Wirtschaftsförderung innerhalb der Region Leipzig ein, deren jeweilige Schwerpunktsetzungen (u.a. lokale Bestandspflege, wirtschaftspolitische Rahmengestaltung, Cluster-Förderung, Liegenschaftsmanagement, Gründerberatung, Aus-

und Weiterbildung) in den gegebenen regionalen Strukturen bestehen bleiben. Zur Fokussierung auf ihre Kernaufgaben und zur Vermeidung redundanter Überschneidungen grenzt die IRL ihr Tätigkeitsportfolio daher bewusst von solchen Dienstleistungen ab, die sich primär im Serviceportfolio anderer regionaler Leistungsträger befinden.

Die Kernziele bzw. satzungsgemäß definierten strategischen Unternehmensschwerpunkte der Gesellschaft bestehen in der Initiierung, Akquisition und Ansiedlung arbeitsplatzschaffender, gewerblicher Direktinvestitionen und der Gewinnung von qualifizierten Fachkräften aus dem In- und Ausland. Ergänzt wird dies durch ein aktives und vertriebsunterstützendes Standort- und Imagemarketing für die Region Leipzig, um deren Wahrnehmung als dynamische, perspektivstarke Wirtschaftsregion zur Erzeugung von Nachfrage bei standortinteressierten potentiellen gewerblichen Direktinvestoren und qualifizierten Fachkräften zu steigern. Dabei fokussiert sich die Gesellschaft neben dem deutschen Wirtschaftsraum zunehmend auf die Bearbeitung internationaler Quellmärkte und trägt mit ihrer Arbeit zur nachhaltigen Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Region Leipzig bei.

Die Unternehmensschwerpunkte „Unternehmensakquisition und –ansiedlung“ sowie „Fachkräftegewinnung“ bilden intern zugleich die beiden Geschäftsfelder der IRL. Der Bereich „Standort- und Imagemarketing“ dient mit seinen Maßnahmen der Umsetzung von Zielen und Strategien in den zwei vorgenannten Geschäftsfeldern.

Zur Erfüllung ihrer Aufgaben erhält die IRL eine Vergütung von ihren Gesellschaftern, die sich am jeweiligen Gesellschaftsanteil der Gesellschafter bemisst. Daneben generiert die IRL Eigenerlöse durch die projektbezogene Einbindung regionaler Wirtschaftspartner in ihre Marketing- und Vertriebsmaßnahmen.

2. Angaben nach § 99 Abs. 2 SächsGemO

Die nachfolgenden Angaben entsprechen den Bestimmungen des Gesellschaftsvertrages.

2.1 Anteilseigner

Anteilseigner der Invest Region Leipzig GmbH sind die Stadt Leipzig mit 51 %, die Industrie- und Handelskammer zu Leipzig mit 19 % sowie die Landkreise Leipzig und Nordsachsen mit jeweils 15 %

2.2 Organe der Gesellschaft

2.2.1 Geschäftsführung

Geschäftsführer der Gesellschaft ist seit dem 1. November 2015 Herr Michael Körner, Leipzig, Diplom-Informatiker.

2.2.2 Gesellschafterversammlung

Der Gesellschafterversammlung gehörten im Geschäftsjahr 2017 vier Mitglieder an:

- Herr Burkhard Jung, Oberbürgermeister der Stadt Leipzig, Stadt Leipzig, Vorsitzender der Gesellschafterversammlung
- Herr Kristian Kirpal, Präsident, Industrie- und Handelskammer zu Leipzig, Geschäftsführer KET Kirpal Energietechnik GmbH Anlagenbau & Co. KG, Wernsdorf
- Herr Henry Graichen, Landrat, Landkreis Leipzig
- Herr Kai Emanuel, Landrat, Landkreis Nordsachsen

2.2.3 Aufsichtsrat

Dem Aufsichtsrat der Invest Region Leipzig GmbH gehörten im Geschäftsjahr 2017 nachfolgende Vertreter der Gesellschafter an:

Stadt Leipzig:

- Herr Uwe Albrecht, Bürgermeister und Beigeordneter für Wirtschaft und Arbeit der Stadt Leipzig, Stadt Leipzig, Aufsichtsratsvorsitzender
- Herr Heiko Bär, Stadtrat, Stadt Leipzig, Fraktion der SPD, freiberuflicher Lehrer
- Herr Dieter Deissler, Stadtrat, Stadt Leipzig, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, im Ruhestand
- Herr William Grosser, Stadtrat, Stadt Leipzig, Fraktion Die Linke, im Ruhestand.
- Herr Gerd Heinrich, Stadtrat, Stadt Leipzig, Fraktion der CDU, geschäftsführender Gesellschafter
- Herr Holger Hentschel, Stadtrat, Stadt Leipzig, AfD-Fraktion, Bankkaufmann (bis 18. Oktober 2017)

- Nils Oberstadt, Stadtrat, Stadt Leipzig, Fraktion der CDU, wissenschaftlicher Mitarbeiter (seit 13. Dezember 2017)

IHK zu Leipzig:

- Herr Kristian Kirpal, Präsident, Industrie- und Handelskammer zu Leipzig, stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender, Geschäftsführer KET Kirpal Energietechnik GmbH Anlagenbau & Co. KG, Wermisdorf
- Herr Martin Buhl-Wagner, Geschäftsführer, Sprecher der Geschäftsführung, Leipziger Messe GmbH

Landkreis Leipzig:

- Herr Henry Graichen, Landrat, Landkreis Leipzig
- Herr Andreas Dietze, Kreisrat, Landkreis Leipzig, im Ruhestand

Landkreis Nordsachsen:

- Herr Kai Emanuel, Landrat, Landkreis Nordsachsen
- Herr Andreas Kretschmer, Oberbürgermeister, Stadt Oschatz

2.3 Mitarbeiter

Zum 31. Dezember 2017 beschäftigte die IRL insgesamt zehn Mitarbeiter und einen Geschäftsführer (31. Dezember 2016: 8 Mitarbeiter, 1 Geschäftsführer).

2.4 Abschlussprüfer

Mit Beschluss des Aufsichtsrates vom 27. September 2017 wurde die MSC danat GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft, Leipzig, als Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr 2017 gewählt.

3. Grundlagen der Unternehmensführung

Die Arbeit der IRL GmbH stützt sich auf ein klares strategisches Unternehmenskonzept sowie einen jährlich fortgeschriebenen Wirtschafts-/Marketingplan, welcher regelmäßig durch ein umfassendes Jahres-, Quartals- und Zwischenberichtswesen gegenüber den Organen der Gesellschaft sowie anhängigen Gremien und Interessengruppierungen reflektiert wird.

Strategisches Unternehmens- und Vertriebskonzept

Die Aktivitäten der Invest Region Leipzig GmbH richten sich an einem umfassenden strategischen Unternehmenskonzept aus, welches um ein Vertriebskonzept, das die angestrebten Vertriebsmaßnahmen konkretisiert, ergänzt wurde. Letzteres wird stetig fortgeschrieben, um aktuelle Entwicklungen und Tendenzen aufzunehmen und in die Vertriebsarbeit zu integrieren.

Wirtschaftsplanung

Die Gesellschaft richtete ihre Geschäftsaktivitäten im Geschäftsjahr 2017 an dem für dieses Geschäftsjahr in der Gesellschafterversammlung vom 20. Dezember 2016 genehmigten Wirtschaftsplan einschließlich der geplanten Vertriebs-/Marketingaktivitäten aus.

Der Wirtschaftsplan für das laufende Geschäftsjahr 2018 wurde in der Sitzung der Gesellschafterversammlung am 20. Dezember 2017 einstimmig gebilligt.

Managementberichtswesen

Der Geschäftsführer informiert den Aufsichtsrat und die Gesellschafterversammlung regelmäßig und umfassend in mündlicher und schriftlicher Form über die Lage des Unternehmens, Fragen zur Strategie und zu deren Umsetzung, über die Planung sowie die Geschäftsentwicklung einschließlich der Finanz- und Ertragslage. Bei wesentlichen Ereignissen wird gegebenenfalls eine außerordentliche Aufsichtsratssitzung einberufen.

Über die festgelegten Gremien-Sitzungstermine hinaus findet ein kontinuierlicher Informationsaustausch mit dem Aufsichtsratsvorsitzenden in der Regel 14-tägig sowie auf fachlicher Ebene mit den

Amtsleitern für Wirtschaftsförderung der Gesellschafter und der Geschäftsführung der IHK zu Leipzig monatlich und mit der operativen Wirtschaftsfördererebene quartalsweise statt.

Das Berichtswesen der Gesellschaft wird stetig optimiert und sukzessive um Leistungs- wie auch Erfolgskennzahlen erweitert.

Evaluation der Gesellschaft

Eine Evaluation der Arbeit der IRL durch die Hochschule Harz fand in der 2. Jahreshälfte 2016 statt. Von Oktober 2016 bis Januar 2017 erfolgte die Befassung mit den Evaluationsergebnissen innerhalb der Gesellschaftergremien, im Ergebnis dessen wurde die Weiterführung der Gesellschaft entschieden. Mit der Umsetzung der im Evaluationsbericht für die Gesellschaft ausgesprochenen Empfehlungen wurde im Berichtsjahr begonnen.

Satzung und Geschäftsordnung

Die Novellierung der Sächsischen Gemeindeordnung zieht Anpassungserfordernisse sowohl im Gesellschaftsvertrag als auch der Geschäftsordnung der Gesellschaft nach sich. Im Berichtsjahr wurde mit der Überarbeitung beider Regelwerke begonnen. Ziel ist die Beschlussfassung der Gesellschafterversammlung über den geänderten Gesellschaftsvertrag wie auch die Geschäftsordnung im Jahr 2018.

Finanzierungsgrundlage

In den Jahren 2013 bis 2015 basierte die Finanzierung der Gesellschaft auf einer zwischen den Gesellschaftern geschlossene Finanzierungsvereinbarung. Im Geschäftsjahr 2015 beschlossen die Gesellschafter die Umstellung der Finanzierungssystematik und damit verbunden die Ausgestaltung einer neuen Finanzierungsgrundlage auf Basis eines Dienstleistungsvertrages für die Jahre 2016 ff. Dieser zwischen der Gesellschaft und ihren Gesellschaftern geschlossene Dienstleistungsvertrag trat zum 1. Januar 2016 in Kraft und hat eine Laufzeit bis 31. Dezember 2018. Innerhalb der Dienstleistungsperiode werden die gemäß Wirtschaftsplanung zu erbringenden Leistungen anteilig von den Gesellschaftern vergütet. Mittelzuflüssen, denen (noch) keine Leistungserbringung gegenüberstehen, werden bilanziell als Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern bewertet. Sollten die für die Laufzeit des Vertrages insgesamt zur Verfügung gestellten Mittel durch die Gesellschaft nicht aufgebraucht werden, so sind diese unter Berücksichtigung der vertraglichen Vereinbarungen an die Gesellschafter zurückzahlen. Das Auslaufen dieses Dienstleistungsvertrages erfordert im Geschäftsjahr 2018 den Neuabschluss einer Finanzierungsgrundlage, die ab dem 1. Januar 2019 Wirkung entfaltet.

4. Wirtschaftsbericht

4.1 Geschäftsverlauf und Aktivitäten

Der Fokus der GmbH-Aktivitäten im Geschäftsjahr 2017 lag satzungsgemäß auf der Initiierung und Akquisition arbeitsplatzschaffender gewerblicher Direktinvestitionen und der Gewinnung von qualifizierten Fachkräften aus dem In- und Ausland für die Region Leipzig. Diese Aktivitäten verbindend und das Profil der Wirtschaftsregion Leipzig schärfend, setzt die Gesellschaft auf ein vertriebsunterstützendes, zielgruppenorientiertes und integriertes Marketing.

Unternehmensakquisition und -ansiedlung

Zielgruppen und Zielmärkte des Vertriebs

Die Gesellschaft konzentrierte ihre Aktivitäten im Geschäftsjahr 2017 unverändert auf die akquisitorische Bearbeitung von Branchen, die mit den größten Perspektiven für die Region Leipzig versehen sind: Automobil- und Zulieferindustrie, Logistik, Biotechnologie, IT/E-Commerce, Chemie/Kunststoffindustrie, Energie-/Umwelttechnik, Maschinen-/Anlagenbau und Ernährungswirtschaft. Grundlage hierfür bietet neben der Fraunhofer MOEZ-Studie aus dem Jahr 2014 eine regelmäßige Neubewertung dieser Zielmärkte sowie die eigene Marktrecherchetätigkeit. Angesprochen wurden solide aufgestellte, wettbewerbs- und expansionsfähige mittlere und Großunternehmen vornehmlich und in Fortsetzung der in den Vorjahren begonnenen Akquisetätigkeiten in den Zielmärkten Schweiz, USA, Polen, Skandinavien, UK, Israel sowie im Inland. Unterjährig Fortschreibung fanden die Strategiekonzepte zur Bearbeitung des polnischen wie auch des britischen Marktes. Als wichtigste Kriterien für die Qualifizierung als Investorenquellmarkt galten dabei die industrielle Dichte sowie die damit einhergehende Innovationskraft und Wettbewerbsstärke dort ansässiger Unternehmen aber auch die Exportorientierung.

Vertriebskanäle und -maßnahmen

Nach wie vor stellt der direkte Vertrieb, d.h. die persönliche Kontaktaufnahme zu potentiellen Investoren über Direktakquise auf Messen und Konferenzen den zentralen Vertriebskanal dar. Im Jahresverlauf 2017 bearbeiteten die Mitarbeiter der Invest Region Leipzig GmbH akquisitorisch gezielt insgesamt 31 ausgewählte Wirtschaftsleitenden, Branchenschwerpunktmessen und Kongresse im In- und Ausland, davon vier mit eigenem Messe-/Gemeinschaftsstand (2016: 26, davon sechs mit eigenem Messe-/Gemeinschaftsstand). Mit dem Ziel der Generierung von qualifizierten Unternehmenskontakten fanden darüber hinaus Akquise-Roadshows/Unternehmensbesuche statt, um Unternehmen aber auch Multiplikatoren in Polen, den USA, der Schweiz und Schweden aufzusuchen, die Potentiale der Region Leipzig vorzustellen und diese als Investitionsstandort zu empfehlen. Außerdem präsentierte die Gesellschaft die Region Leipzig vor insgesamt zehn internationalen Wirtschafts-/bzw. wirtschaftsnahen Delegationen (2016: vier).

Daneben bediente sich die Gesellschaft gezielter exklusiver Direkt-Mailing Kampagnen, um postalisch ca. 400 ausgewählte, wachstumsorientierte Unternehmen in der Schweiz und Polen anzusprechen.

Der indirekte Vertrieb im Sinne einer indirekten (Erst-)Kontaktaufnahme zu den Zielgruppen durch Dritte bildete auch in 2017 einen weiteren Vertriebskanal der Gesellschaft, der sich wesentlich auf USA/Kanada und Polen erstreckt. Um Öffnung und Zugang zu Entscheidungsträgern mit Blick auf die Beeinflussung etwaiger standortpolitischer Unternehmensansiedlungsentscheidungen mit Arbeitsplatzrelevanz in fern gelegenen Geographien z.B. den USA zu erreichen, aber auch vor dem Hintergrund der Kostenoptimierung und -effizienz bedient sich die Gesellschaft ausgewählter Dienstleister, die Namens und im Auftrag der IRL die Region Leipzig präsentieren und in Absprache mit der Gesellschaft Unternehmen adressieren und ansprechen.

Das Akquisitionsteam bearbeitet sämtliche Kontakte sukzessive nach, qualifiziert und verfolgt diese weiter. Dabei werden Interessenten gezielt und passgenau über Standortmöglichkeiten und -alternativen informiert und in ansiedlungsrelevanten Fragestellungen durch die Gesellschaft aber auch durch Partner in der Region beraten und begleitet.

Fortschreibung des Vertriebskonzeptes

Seit dem 4. Quartal 2016 verfolgt die Gesellschaft den Aufbau von Entwicklungs- und Vermarktungspartnerschaften mit ausgewählten Mittelzentren der Landkreise Leipzig und Nordsachsen. Ziel ist es, die Vermarktungschancen für die regionalen Mittelzentren weiter zu erhöhen. Hierzu erarbeitete die Gesellschaft - auch auf Basis der in Gesprächen mit den Bürgermeistern gewonnenen Erkenntnisse - eine Konzeption, die in 2017 im Gesellschafterkreis diskutiert wurde. Auf Basis dieser Grundlage begann die Gesellschaft im Jahr 2017 mit einer Bestandsaufnahme und führte erste Workshops mit den neun Mittelzentren der Region durch.

Diese sollen in einem ersten Schritt bedarfsorientiert mit Marketingprodukten ausgestattet werden, außerdem ist die Entwicklung gezielter Akquisitionsformate angedacht. In einem weiteren Schritt ist insbesondere die Einbeziehung von Immobilienvermarktungsunternehmen, Projektentwicklern und Grundstückeigentümern vorgesehen, um so in einem ersten Schritt die Vermarktungschancen für die regionalen Mittelzentren weiter zu erhöhen und Ansiedlungserfolge zu erzielen.

Akquisitionsergebnisse

Das anhaltend hohe Engagement und die außerordentliche Leistungsbereitschaft der Mitarbeiter zeigen sich insbesondere an einer gegenüber dem Vorjahr signifikant gestiegenen Anzahl qualifizierter Kontakte. Zum Stichtag 31. Dezember 2017 befanden sich insgesamt 614 qualifizierte Kontakte in der Bearbeitung durch das Akquisitionsteam der Gesellschaft (31. Dezember 2016: 343 qualifizierte Kontakte). Dies ist das Ergebnis der konsequenten Fokussierung auf direktvertriebliche Maßnahmen entsprechend den Vorgaben des strategischen Unternehmens- bzw. Vertriebskonzeptes.

Unter Begleitung der IRL entschieden sich in 2017 insgesamt zehn Unternehmen für eine Ansiedlung (2016: 23 Ansiedlungen) in der Region Leipzig. Damit erhöhte sich die Anzahl der durch die IRL begleiteten Ansiedlungen seit ihrer Gründung auf insgesamt 45 (31. Dezember 2016: 35 Ansiedlungen). Obgleich die absolute Anzahl Ansiedlungen des Jahres 2017 unter der des Vorjahres zurückgeblieben ist, blickt die Gesellschaft aus Akquisitionssicht auf ein sehr erfolgreiches Jahr zurück. Zu verzeichnen war eine wesentlich verbesserte Qualität der Ansiedlungsanfragen, die sowohl die Bearbeitungstiefe als auch den Bearbeitungsumfang durch die Gesellschaft deutlich erhöhten.

Die in 2017 angesiedelten Unternehmen beabsichtigen nach eigenen Angaben perspektivisch ca. 120 Arbeitsplätze zu schaffen (Ansiedlungen 2016: mehr als 800). Zuzuordnen sind die angesiedelten Unternehmen schwerpunktmäßig den Branchen IT/E-commerce, Life Science, Immobilienwirtschaft, Dienstleistungen sowie Energie- und Umwelttechnik.

Die Gesellschaft bezog im Jahr 2017 die Wirtschaftsförderung der Stadt Leipzig in 22 Standortanfragen (2016: 22), den Landkreis Leipzig in 21 Standortanfragen (2016: 16) und den Landkreis Nordsachsen in 19 Standortanfragen (2016: 13) ein. Eine Einbindung der IHK zu Leipzig erfolgte in 13 Projektvorhaben (z.B. Unternehmensgründungen/-nachfolge; 2016: 6 Anfragen). Bei keiner erkennbaren örtlichen Präferenz des Investors/Interessenten für sein Ansiedlungsvorhaben wurden i.d.R. alle Gesellschafter in die Standortanfrage einbezogen.

Fachkräfteservicegewinnung

Ziel des Bereichs Fachkräfteservice ist es, Arbeitsmarkt- und Jobperspektiven der Region im In- und Ausland bekannt zu machen, aber auch für die Berufsausbildung und die Gewinnung von akademischen und nicht akademischen Fachkräften insbesondere in den für die Region Leipzig im Rahmen der im Jahr 2016 erstellten „Quellmarktstudie zur Fachkräftesicherung“ identifizierten Engpassberufsgruppen zu werben und Pendler zur Rückkehr in die Region zu motivieren.

Im Jahr 2017 verzeichnete die Gesellschaft einen steigenden Informationsbedarf hinsichtlich der Fachkräfteverfügbarkeit von im Ansiedlungsprozess befindlichen Unternehmen, der zu einer stärkeren Einbindung des Fachbereichs in Unternehmensgespräche führte, um über Fachkräfte-Potentiale zu informieren bzw. die Vernetzung mit regionalen Partnern und Partnernetzwerken anzubahnen. Dies führte gleichzeitig zur strategischen Weiterentwicklung der Angebote des Fachbereichs insbesondere für Neuansiedlungen.

Gemeinsam mit den Agenturen für Arbeit Leipzig und Oschatz entwickelte und initiierte die Gesellschaft das Pilotprojekt „Investorenpass“. Ziel dieses Projektes ist es, einen Mehrwert durch die am Fachkräftebedarf der Investoren aber perspektivisch auch am Bedarf von Bestandsunternehmen orientierte Qualifikation von Fachkräften zu generieren.

Zur Ansprache von Fachkräften wie auch Absolventen war die Gesellschaft im Geschäftsjahr 2017, unverändert zum Vorjahr, mit Messeständen auf einschlägigen Fachkräftemessen im In- und Ausland, auf Veranstaltungen aber auch an Universitäten und Hochschulen an ausgewählten Standorten in Bayern, Hessen und Niedersachsen präsent. Hierbei lag der Fokus insbesondere auf Universitäten/Hochschulen mit technisch- naturwissenschaftlich, informatischer Ausrichtung. Zunehmend nutzen Investoren und regionale Unternehmen die sich in diesem Rahmen bietende Möglichkeit, ihre Stellenangebote aber auch Praktikumsangebote direkt zu vermarkten. Daneben stellt ein wesentliches Kommunikationsmittel zur Bekanntmachung vakanter Positionen das Stellenportal unter www.work-in-leipzig.de dar. Dieses wurde im Geschäftsjahr 2017 einem Relaunch unterzogen und ein eigens hierfür entwickeltes Corporate Design geschaffen.

Darüber hinaus engagierte sich die Gesellschaft unverändert aktiv in den Fachkräfteallianzen der Stadt Leipzig und des Landkreises Leipzig, um diese bei Fachkräftegewinnungsmaßnahmen zu unterstützen.

Standort- und Imagemarketing

Das Standortmarketing dient als wichtiges Instrument zur Umsetzung der strategischen Ziele der Gesellschaft in den Bereichen Akquisition und Fachkräfteservice. Neben dem klassischen Standortmarketing in Form von redaktionellen Beiträgen und Anzeigen in einschlägigen regionalen und überregionalen Medien setzte die Gesellschaft auf crossmediale Werbekampagnen, um die Attraktivität des Wirtschaftsstandortes zu kommunizieren.

Wie geplant, fokussierte sich das vertriebsunterstützende Marketing im Jahr 2017 auf Internet-/Online-Aktivitäten. Insgesamt führte die IRL mehr als 20 AdWord-Kampagnen zur Bewerbung der Region Leipzig aber auch Messepräsenzen der IRL-Mitarbeiter auf branchen- und zielgruppenspezifischen Webseiten durch. Dies führte zu durchschnittlich 14.000 Webseitenzugriffen pro Monat, was eine Verdopplung gegenüber dem Vorjahr darstellt. Diese positive Entwicklung wurde durch den in 2017/2018 erfolgten Relaunch der Unternehmenswebseite, des Stellenportals (www.work-in-leipzig.de) sowie der investorenorientierten Neuseenland Webseite (www.investoren-neuseenland.de) begünstigt.

Darüber hinaus wurden Messepräsenzen des Vertriebsteams durch den gezielten Versand von ca. 25.000 messervor- und -nachbereitenden E-Mailings aber auch durch die Zurverfügungstellung branchenspezifischer Präsentationen, Flyer und Factsheets in fünf Sprachen und Veranstaltungsbroschüren für den Fachkräfteservice unterstützt.

Nicht zuletzt wurden Kommunikations- und Werbemittel geschaffen, die der exklusiven Investorenansprache, Visualisierung von Immobilienangeboten und Ansprache von Fachkräften dienen.

Personelle Entwicklung

Zum Stichtag 31. Dezember 2017 gehörten der Gesellschaft zehn festangestellte Mitarbeiter und ein Geschäftsführer an (31. Dezember 2016: acht festangestellte Mitarbeiter, ein Geschäftsführer). Von den Mitarbeitern waren sieben (Vorjahr: sieben) Mitarbeiter direkt dem Vertrieb zuzuordnen sowie drei weitere vertriebsunterstützend tätig, ein Mitarbeiter befand sich in Elternzeit.

Im Durchschnitt des Geschäftsjahres waren zehn Angestellte (inkl. Geschäftsführer; 2016: acht, inkl. Geschäftsführer) und elf (2016: acht) studentische Aushilfen projektbezogen beschäftigt.

4.2 Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

4.2.1 Ertragslage

Die Gesellschaft weist für den Zeitraum vom 1. Januar bis 31. Dezember 2017 Umsatzerlöse in Höhe von TEUR 1.179 (2016: TEUR 1.107) aus. Hiervon resultieren Umsatzerlöse in Höhe von TEUR 1.168 (2016: TEUR 1.096) aus der Erbringung von satzungsgemäß definierten Dienstleistungen der Gesellschaft, denen ein Leistungsaustauschverhältnis mit den Gesellschaftern zugrunde liegt und in Höhe von TEUR 11 (2016: TEUR 11) aus maßnahmenorientierten Marketing-Aktivitäten.

Die sonstigen betrieblichen Erträge beliefen sich im Geschäftsjahr auf TEUR 35 (2016: TEUR 44) und setzen sich im Wesentlichen aus anteilig auf das Jahr 2017 entfallenden vereinnahmten Fördermitteln der Sächsischen Aufbaubank (TEUR 6; 2016: TEUR 34) und Erstattungen nach dem Aufwendungsausgleichsgesetz (TEUR 16; 2015 TEUR 7) zusammen.

Auf Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen entfielen im Geschäftsjahr 2017 TEUR 17 (2016: TEUR 15).

Die im Geschäftsjahr 2017 angefallenen Aufwendungen betreffen neben dem Personalaufwand in Höhe von TEUR 613 (2016: TEUR 550) im Wesentlichen sonstige betriebliche Aufwendungen in Höhe von TEUR 583 (2016: TEUR 584). Letztere bewegen sich auf Vorjahresniveau. Die Erhöhung der Personalkosten resultiert aus einem in 2017 erfolgten Aufbau von zwei Personalstellen. In den Personalkosten wurden Rückstellungen für Prämienzahlungen in Höhe von TEUR 20 berücksichtigt. Die Personalaufwandsquote in 2017 beläuft sich auf 52 % nach 50 % im Jahr 2016.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen zur vertrieblichen Unterstützung wirtschaftsfördernder Prozesse im Sinne der Akquisition/Ansiedlung und Fachkräftegewinnung entfallen vornehmlich auf Publikationen, Auslandsmarkterschließung, Printwerbung, Public Relations, Online-Marketing, Messen/Sales Promotion sowie Geschäftsfeldentwicklung.

Die Aufwendungen für Messen und Sales Promotion Maßnahmen belaufen sich auf TEUR 102 nach TEUR 80 im Jahr 2016 und vereinen damit 18 % der sonstigen betrieblichen Aufwendungen auf sich. Die Erhöhung um TEUR 22 ist auf in der Berichtsperiode entstandene Kosten für einen in 2018 stattfindenden Messeauftritt zurückzuführen. Die gestiegene Bedeutung des Online-Marketings als Vertriebskanal zeigt sich in einer mehr als Verdreifachung der Kosten von TEUR 21 in 2016 auf TEUR 66 im Jahr 2017. Größere Aufwandspositionen lagen zudem im Bereich der öffentlichkeitswirksamen Werbung in Form von vertriebsunterstützenden Anzeigenkampagnen und Verlagsbeilagen: Public Relations (TEUR 72; 2016: TEUR 49), Printwerbung (TEUR 28; 2016: TEUR 22) und Publikationen (TEUR 17; 2016: TEUR 3).

Weitere nennenswerte Aufwendungen entstanden im Zusammenhang mit der Intensivierung der Auslandsmarktbearbeitung (TEUR 53; 2016: TEUR 31) sowie der Geschäftsfeldentwicklung in Sinne der Entwicklungs- und Vermarktungspartnerschaften (TEUR 13; 2016: TEUR 7).

Im Ergebnis ihrer Geschäftstätigkeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2017 weist die Gesellschaft einen Jahresüberschuss in Höhe von TEUR 1 (2016: TEUR 1,5) aus.

4.2.2 Vermögens- und Finanzlage

Das bilanzielle Gesamtvermögen der GmbH beläuft sich zum 31. Dezember 2017 auf TEUR 977 (31. Dezember 2016: TEUR 692).

Zum 31. Dezember 2017 verfügte die Gesellschaft über liquide Mittel in Höhe von TEUR 648 (31. Dezember 2016: TEUR 586). Bis zum Bilanzstichtag wurden die auf der Grundlage des Dienstleistungsvertrages von den Gesellschaftern in Höhe von insgesamt TEUR 1.690 (31. Dezember 2016: TEUR 1.681) abgerufenen Mittel in Höhe von TEUR 1.418 zahlungswirksam. In Höhe von insgesamt

TEUR 272 (31. Dezember 2016: TEUR 0) werden Forderungen gegenüber Gesellschaftern ausgewiesen. Alle Angaben verstehen sich einschließlich der gesetzlichen Umsatzsteuer.

Das Eigenkapital der IRL beläuft sich zum Bilanzstichtag auf TEUR 152,5 (31. Dezember 2016: TEUR 151,5). Am 31. Dezember 2017 belief sich die Eigenkapitalquote auf 15,6 %. Gegenüber dem Vorjahresstichtag (21,9 %) ermäßigte sich diese um 6,3 Prozentpunkte aufgrund der Erhöhung der Verbindlichkeiten.

Das Fremdkapital, welches sich aus Rückstellungen (31. Dezember 2017: TEUR 68; 31.12.2016: TEUR 149) und Verbindlichkeiten (31.12.2017: TEUR 756; 31.12.2016: TEUR 385) ergibt, ist insgesamt als kurzfristig zu bezeichnen.

Rückstellungen wurden im Wesentlichen für Personalkosten (31.12.2017: TEUR 34; 31.12.2016: TEUR 121)

und Aufwendungen, die dem abgelaufenen Geschäftsjahr (31. Dezember 2017: TEUR 20; 31. Dezember

2016: TEUR 8) zuzuordnen sind, gebildet.

In den Verbindlichkeiten zum 31. Dezember 2017 werden Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern aus bisher nicht verbrauchten Vergütungen der Gesellschafter mit Anzahlungscharakter in Höhe von TEUR 568 (31. Dezember 2016: TEUR 317) ausgewiesen, die grundsätzlich noch zur Verwendung im laufenden Geschäftsjahr zur Verfügung stehen. Des Weiteren beinhaltet der Ausweis zum Bilanzstichtag Verbindlichkeiten aus noch zu erstattenden Kosten für die nebenamtliche Tätigkeit des Geschäftsführers bis April 2017.

Die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft war im Geschäftsjahr 2017 jederzeit gesichert. Die Verwendung der von den Gesellschaftern zur Verfügung gestellten Mittel erfolgte jederzeit wirtschaftlich und sparsam.

5. Risikobericht

Im Jahr 2017 war die Liquidität der Gesellschaft durch die Vergütung der Gesellschafter grundsätzlich gesichert und damit die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft jederzeit gewährleistet. Die Gesellschaft geht davon aus, dass zur Sicherstellung der Arbeitsfähigkeit auch die im laufenden Geschäftsjahr abgeforderten Mittel von den Gesellschaftern entsprechend ihrer quotalen Finanzierungszusagen zur Verfügung gestellt werden. Ein Risiko für die Gesellschaft stellt der zum 31. Dezember 2018 auslaufende Dienstleistungsvertrag und damit die zeitlich befristete Finanzierungsgrundlage dar. Zwischen der Gesellschaft und ihren Gesellschaftern wurde eine Vorgehensweise und Zeitschiene abgestimmt, die das Inkrafttreten einer neuen vertraglichen Grundlage inklusiver erforderlicher Finanzierungszusage zum 1. Januar 2019 vorsieht.

Der wirtschaftliche Erfolg der Gesellschaft beruht ganz wesentlich auf dem Wissen, Können, Engagement und der Zufriedenheit der Mitarbeiter. Täglich bringen sie sich mit ihren Vorstellungen und Ideen in die jeweiligen Tätigkeiten und Arbeitsprozesse ein und halten Schlüsselpositionen inne; letzteres erhöht die Abhängigkeit. Auch mit der Installation von entsprechenden Vertretungsregelungen stellt der Ausfall bereits eines Mitarbeiters ein Risiko für die Gesellschaft dar, dass geplante Maßnahmen und damit die Mittelverwendung nicht entsprechend dem Wirtschaftsplan Umsetzung finden.

6. Prognose – und Chancenbericht

Im Geschäftsjahr 2018 plant die Gesellschaft den eingeschlagenen konzeptionell-strategischen Kurs im Rahmen der durch die Gesellschafterversammlung genehmigten Wirtschaftsplanung 2018 fortzusetzen, um die ihr satzungsgemäß obliegenden Zielsetzungen zu erreichen. Darüber hinaus gilt es, die im Rahmen der Evaluation der Gesellschaft ausgesprochenen Handlungsempfehlungen in Abstimmung mit den Gesellschaftern weiter umzusetzen.

Ausgehend von den bereits erfolgreich in den Vorjahren durchgeführten Aktionen und gewonnenen Erfahrungswerten ist auch im Jahr 2018 ein umfassender Maßnahmenmix geplant, der geeignet und notwendig ist, um die unterschiedlichen vertriebslichen, insbesondere direktvertriebslichen Kanäle bedienen zu können. Die Gesellschaft geht in ihren Planungen davon aus, insgesamt ca. 30 Messen akquisitorisch zu bearbeiten, davon fünf mit eigenem Messestand bzw. Gemeinschaftsstand.

Ihre vertriebslichen Unternehmensakquisitionsaktivitäten fokussiert die Gesellschaft in 2018 weiterhin vordergründig auf die Märkte Deutschland, Schweiz, USA, Polen und UK. Ziel ist es, die internationale

Marktbearbeitung weiter zu intensivieren. Bewährt hat sich hierbei die Einbeziehung in den Zielmärkten ansässiger Dienstleister, die über einschlägige Marktkenntnisse und -erfahrungen und Zutritt zu einschlägigen Netzwerken verfügen. Dies ermöglicht es, auch mit begrenzten Personalkapazitäten Märkte kontinuierlich zu erschließen, zu bearbeiten und neue Impulse zu setzen. Geplant sind gemeinsame Akquise-/Veranstaltungsformate von Vor-Ort-Unternehmensbesuchen bis hin zu gezielten Akquise-Roadshows. Integriert werden hierin ebenso der Netzwerkaufbau und das Lobbying, um mit dem primären Ziel der Generierung von Ansiedlungen für die Region auch Netzwerkaufbau und -pflege und in diesem Sinne Multiplikatorengewinnung zu verbinden. Einen wesentlichen Schwerpunkt der strategischen Ausrichtung der Gesellschaft wird die Fortschreibung des Vertriebskonzeptes hinsichtlich der Entwicklungs- und Vermarktungspartnerschaft mit den Mittelzentren der Region einnehmen. Dieses Projekt gilt es voranzutreiben und erste vertriebsunterstützende Marketingmaßnahmen umzusetzen.

Das Online-Marketing als Vertriebskanal mit direkter Messbarkeit des Erfolgs wird in 2018 weiter ausgebaut und intensiviert, um die Reichweite und Aufmerksamkeit für die Aktivitäten der Gesellschaft weiter zu erhöhen. Das vertriebsunterstützende Marketing sieht in 2018 unverändert Direktmailings und E-Mailings vor, die branchenspezifisch und in Interaktion mit komplementären Maßnahmen - unter anderem konkret abgestimmt auf Messe- und Roadshowaktivitäten - unter Berücksichtigung weiterer vertrieblicher Maßnahmen vor. Geplant ist ebenso die Fortführung fokussierter PR-Maßnahmen sowie selektiver Werbeaufträge im Print- und Außenbereich.

Der Bereich Fachkräfteservice unterstützt weiterhin in der Ansiedlungsphase befindliche und bereits angesiedelte Unternehmen bei der Gewinnung von Fachkräften. Im Rahmen der Fachkräftegewinnung bewährte Maßnahmen werden zudem fortgesetzt sowie neu justiert und optimiert. Dies betrifft beispielsweise die Konzeption und Durchführung weiterer Fachkräfte-Roadshows im In- und Ausland sowie die Präsenz der Region Leipzig auf Fachkräftemessen. Hierbei wird sich die Gesellschaft wesentlich auf die im Rahmen der beauftragten Quellmarktstudie gewonnenen Erkenntnisse und Handlungsempfehlungen stützen.

THÜSAC Personennahverkehrsgesellschaft mbH

Beteiligungsübersicht

Industriestraße 4
04603 Windischleuba

Tel. 03447 850401
Fax 03447 850444
Email info@thuesac.de
Internet <http://www.thuesac.de>

Gründungsdatum 17.01.1992

Rechtsform GmbH

Gründung durch Beschluss am 17.01.1992

Letzte Änderung am 19.03.1997

Handelsregistereintrag am 29.04.1992 unter HRB 201791

Gesellschafter / Stammkapital

Stammkapital		260.000,00 €
Gesellschafter	Anteil	Anteil
Landkreis Leipzig	19,0000 %	49.400,00 €

Unternehmensgegenstand / Unternehmenszweck

Der Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb des öffentlichen Personennahverkehrs einschließlich des Gelegenheitsverkehrs und des freigestellten Verkehrs.

Soweit gesetzlich zulässig, ist die Gesellschaft zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die geeignet sind, den Gesellschaftszweck zu fördern.

Die Gesellschaft darf auch andere Unternehmen gleicher oder ähnlicher Art beraten, sich an solchen Unternehmen beteiligen oder ganz übernehmen. Sie darf Zweigniederlassungen errichten.

Finanzbeziehungen

Leistungen des Unternehmens an den Landkreis	in €
----------------------------------------------	------

Leistungen des Landkreises an das Unternehmen	in €
Verlustabdeckung	2.948.800,00

Bürgschaften	in €
Unternehmen an den Landkreis	
Landkreis an das Unternehmen	

Darlehen	in €
Unternehmen an den Landkreis	
Landkreis an das Unternehmen	

Unterbeteiligungen

	Anteil	Anteil in €
Mitteldeutsche Verkehrsverbund GmbH (MDV)	1,0200 %	750,00
Flugplatz Altenburg-Nobitz GmbH	3,0000 %	1.533,87

Lagebericht 2017

Wesentliche Sachverhalte aus dem Lagebericht zum Berichtsjahr und dem darauffolgenden Geschäftsjahr einschließlich Risiken der künftigen Entwicklung

1. Grundlagen

1.1. Geschäftsmodell

Gegenstand des Unternehmens ist gemäß Gesellschaftsvertrag der Betrieb des öffentlichen Personennahverkehrs einschließlich des Gelegenheitsverkehrs und des freigestellten Verkehrs. Die Gesellschaft

erbringt neben den Leistungen des ÖPNV weitere Leistungen zur Fahrzeuginstandsetzung auf der Grundlage eines Servicevertrags mit der MAN Truck & Bus Deutschland GmbH.

Das Stammkapital beträgt EUR 260.000,00. Gesellschafter sind am Bilanzstichtag der Landkreis Altenburger Land mit einer Stammeinlage von EUR 135.200,00 (52,0 %) und der Landkreis Leipzig mit einer Stammeinlage von EUR 49.400 (19,0 %). Weiterhin hält die Gesellschaft eigene Anteile von EUR 75.400,00 (29,0 %). Der Landkreis Leipzig hat im Berichtsjahr eigene Anteile der Gesellschaft von EUR 36.400,00 (14,0 %) erworben. Die Organe der Gesellschaft sind im Jahr 2017 die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung. Die Gesellschafterversammlung hat einen Beirat gebildet, der ausschließlich beratende Funktion hat und in dem jeder Gesellschafter mit Kreistagsmitgliedern vertreten ist.

1.2. Ziele, Strategien

Der Gesellschaft obliegt die öffentliche Verkehrsbedienung durch Kraftomnibusse im Linienverkehr (ÖPNV), freigestellten Schüler- sowie Gelegenheitsverkehr. Den Linienverkehr erbringt die Gesellschaft im MDV-Gebiet in den Städten Altenburg, Borna und Schmöln (Stadtverkehr) sowie in den Landkreisen Altenburger Land (Freistaat Thüringen) und Leipzig (Freistaat Sachsen). Die in den öffentlichen Dienstleistungsaufträgen (ÖDA) festgelegten Qualitätsvorgaben sind Grundlage der Verkehrsleistungserbringung. Sie werden sowohl intern als auch durch den Auftraggeber periodisch auf Einhaltung und Verbesserung kontrolliert.

Die finanziellen Vorgaben in den ÖDA sind differenziert und setzen somit den Rahmen der jährlichen Leistungserbringung.

1.3. Steuerungssystem

Im Unternehmen wird in Führungskreisrunden, Geschäftsführersitzungen, Meisterrunden, Rapportterminen sowie im Risikomanagement das Unternehmensgeschehen kontinuierlich ausgewertet. Durch die Aufstellung monatlicher Gewinn- und Verlustrechnungen, Trennungsrechnungen nach Bundesland sowie Linienfolgsrechnungen werden Bewertungen des Unternehmens vorgenommen und im Bedarfsfall entsprechende Maßnahmen eingeleitet.

2. Wirtschaftsbericht

2.1. Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Die Genehmigungen nach § 42 PBefG für das **Bediengebiet Thüringen** wurden durch das Thüringer Landesverwaltungsamt, Weimar, für den Überlandlinienverkehr für 29 Linien und den Stadtverkehr Altenburg und Schmöln für sieben Linien für den Zeitraum bis zum 31. Dezember 2020 erteilt. Die Genehmigungen für die Einrichtung und den Betrieb eines Linienverkehrs nach § 42 PBefG wurden für das **Bediengebiet Sachsen** durch die Landesdirektion Leipzig für den Stadtverkehr Borna für zwei Linien und den Überlandlinienverkehr für 13 Linien zeitgleich mit der Laufzeit des ÖDA vom 1. Januar 2014 bis 31.12.2023 verlängert.

Diesbezüglich wurde die Gesellschaft im Rahmen eines öffentlichen Dienstleistungsauftrags mit der Durchführung der öffentlichen Personenverkehrsdienste mit Bussen im Zuständigkeitsgebiet des Landkreises Altenburger Land im Zeitraum vom 1. Januar 2011 bis zum 31. Dezember 2020 beauftragt.

Der öffentliche Dienstleistungsauftrag (Landkreis Altenburger Land) regelt für die Verwaltung und Erbringung der öffentlichen Personenverkehrsdienste im Landkreis Altenburger Land die Bestandteile und die maximale Höhe der Ausgleichsleistung an die THÜSAC. Die Ausgleichsleistung beinhaltet die Finanzhilfen des Landes Thüringen und die Betriebskostenzuschüsse des Landkreises Altenburger Land und die über den MDV gewährten Durchtarifizierungsverluste bis zu einer vertraglich vereinbarten maximalen jährlichen Höhe der Ausgleichsleistung.

Die Gesellschaft erbringt weiterhin Verkehrsleistungen im ÖPNV in Teilen des Landkreises Leipzig auf der Grundlage des öffentlichen Dienstleistungsauftrages, der vom 1. Januar 2014 bis zum 31. Dezember 2023 gilt. Nach der Zweckvereinbarung zwischen dem Landkreis Altenburger Land und dem Landkreis Leipzig über die Verlagerung von Zuständigkeiten nach der Verordnung (EG) Nr. 1370/2007 ist der Landkreis Altenburger Land für das Bediengebiet des Verkehrsunternehmens im Landkreis Leipzig zuständig. Der Landkreis Altenburger Land ist somit Aufgabenträger für den öffentlichen Personennahverkehr und hat die Aufgabe der Organisation und Ausgestaltung des ÖPNV für das Bediengebiet des Verkehrsunternehmens im Landkreis Leipzig übernommen. Die Ausgleichsleistungen gemäß ÖDA des Landkreises Leipzig beinhalten außerdem die Ausgleichsleistungen für den Ausbildungsverkehr, welche nach der Richtlinie zur Verteilung der Ausgleichsmittel für den Ausbildungsverkehr nach dem Gesetz zur Finanzierung des Ausbildungsverkehrs im ÖPNV (ÖPNVFinAusG) im Landkreis Leipzig beschieden werden und die Durchtarifizierungsverluste. Die Zahlung erfolgt über den Aufgabenträger Landkreis Altenburger Land.

2.2. Geschäftsverlauf

Die Basis für die Erbringung unserer Verkehrsleistungen bleibt die Beauftragung durch die Aufgabenträger Landkreis Altenburger Land und Landkreis Leipzig. Im Geschäftsjahr 2017 wurde wiederum ein weitgehend stabiles Leistungsangebot angeboten und somit das Profil der THÜSAC als dienstleistungsorientiertes Verkehrsunternehmen beibehalten. Im Ergebnis weiterer intensiver Anstrengungen und auf Grund von Sondereffekten schließen wir das Geschäftsjahr erneut mit einem positiven Ergebnis ab. Hauptsächliche Einflussfaktoren auf das Jahresergebnis sind insbesondere die Zuwächse an Fahrgästen, die Optimierung interner Prozesse, steigende Erträge aus Ausgleichsleistungen im Ausbildungsverkehr in Thüringen, die Auflösung von Rückstellungen und andere periodenfremde Erträge. Gegenläufig wirken gestiegene Personalkosten, höhere Abschreibungen und steigende Vergütungen an die Nachauftragnehmer.

Als Servicepartner der MAN Truck & Bus Deutschland GmbH konnte auch der Profitbereich MAN im Geschäftsjahr 2017 die Reparaturere Erlöse gegenüber dem Vorjahr steigern und erreichte wiederholt ein positives Ergebnis.

2.3. Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Das bilanzielle Gesamtvermögen hat sich zum 31. Dezember 2017 um 4,1 % auf EUR 21,4 Mio. erhöht. Das Anlagevermögen ist konstant bei EUR 15,0 Mio (Vj. 15,1 Mio) geblieben. Der Anteil des Anlagevermögens am Gesamtvermögen lag bei 70,0 % (Vj. 73,3 %). Das Anlagevermögen ist damit nach wie vor für das Bilanzbild bestimmend. Es ist vollständig durch langfristig verfügbare Mittel gedeckt.

Anhand der nachfolgenden Kapitalflussrechnung wird die finanzielle Entwicklung dargestellt. Aus ihr ist erkennbar, wie die von dem Unternehmen erwirtschafteten und die ihm von außen zugeflossenen Finanzierungsmittel im Berichtszeitraum verwendet wurden.

	2017 (TEUR)	2016 (TEUR)
Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit	-1.204	-1.108
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	-2.179	-2.023
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	4.390	2.979
Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelbestandes	1.007	-152

Wesentlicher Bestandteil des Cashflows aus der Finanzierungstätigkeit sind die Ausgleichsleistungen gemäß ÖDA für den ÖPNV der Aufgabenträger. Sie gewährleisten die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft. Aus dem Verkauf eigener Anteile sind TEUR 1.435 zugeflossen. Dadurch konnte im Geschäftsjahr 2017 ein Deckungsüberhang von TEUR 1.007 erwirtschaftet werden.

Im Geschäftsjahr 2017 haben wir TEUR 2.196 (Vj. TEUR 2.076) in erforderliche Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände investiert. Die für die Zukunftssicherung der THÜSAC und die weitere Attraktivität unserer Angebote notwendigen Investitionen, insbesondere in sieben Busse (TEUR 1.686) wurden mit TEUR 1.124 aus Fördermitteln finanziert.

Auf Grund des Verkaufes eigener Anteile der THÜSAC haben sich die Liquiditätssituation und die Eigenkapitalausstattung der Gesellschaft im Vergleich zum Vorjahr deutlich verbessert. Die Eigenkapitalquote hat sich um 6,9 Prozentpunkte auf 46,2 % der Bilanzsumme am Bilanzstichtag erhöht.

Im Jahr 2017 sind die Umsatzerlöse im Vergleich zum Vorjahr um T€ 785 gestiegen. Im Kerngeschäft unseres Unternehmens – dem ÖPNV – konnten wiederum höhere Fahrgeldeinnahmen (+TEUR 64) verbucht werden. Diese sind insbesondere auf Fahrgastzuwächse, die Wirkung des S-Bahnnetzes und der PlusBus Angebote sowie der Tarifier Anpassungen zum 1. August 2016 und 1. August 2017 zurückzuführen. Die Umsätze aus dem Schülerverkehr und aus dem Mietwagenverkehr sind leicht rückläufig (-TEUR 21).

Die Erträge aus Ausgleichsleistungen nach § 45a PBefG in Thüringen wurden für das Geschäftsjahr 2017 eingeschätzt, da die tatsächliche Zuweisung der Stückzahlen und Erträge durch den MDV zum Aufstellungszeitpunkt nicht abschließend bekannt ist. In Sachsen sind die Erträge aus Ausgleichsleistungen nach § 45a PBefG Bestandteil des öffentlichen Dienstleistungsauftrages.

Im Bereich Fahrzeuginstandsetzung einschließlich Reifendienst sind die Erlöse im Vergleich zum Vorjahr angestiegen (+ TEUR 107), wobei der Großteil auf die Erträge aus Ersatzteilverkauf und Reparaturen MAN sowie Provision Europcar und Erträge aus dem Reifendienst entfällt. Die Busvermietung ist rückläufig.

Die Ausgleichsleistungen gemäß ÖDA stiegen im Vergleich zum Vorjahr wieder an (+TEUR 130). Im Geschäftsjahr 2017 ergab sich keine Überkompensation.

Der Aufwand für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe ist korrespondierend zum Ertrag im Vergleich zum Vorjahr angestiegen (+TEUR 259). Hier wirken insbesondere gestiegene Kraftstoffpreise und höhere Aufwendungen für Ersatzteile und Reifen. Die Aufwendungen für bezogene Leistungen stiegen um TEUR 144, insbesondere durch gestiegene Aufwendungen für Nachauftragnehmer und gestiegene Fremdleistungen.

Der Personalaufwand ist gegenüber dem Vorjahr um TEUR 143 angestiegen. Die Ursachen liegen in der Wirkung des Tarifabschlusses und der leicht gestiegenen Mitarbeiteranzahl im Jahresdurchschnitt. Die Abschreibungen sind auf Grund der Investitionstätigkeit der letzten beiden Jahre um 86 TEUR angestiegen.

Die übrigen betrieblichen Aufwendungen schlagen mit TEUR 24 weniger zu Buche. Den Mehraufwendungen für die Hard- und Softwarewartung (+ TEUR 68) sowie den periodenfremden Aufwendungen (+TEUR 87) stehen gesunkene Kosten für die Unterhaltung der Grundstücke und Gebäude (-TEUR 53) und für die Kfz-Versicherung (-TEUR 89) gegenüber.

Personalentwicklung

Personen am Bilanzstichtag	31.12.2017	31.12.2016
Fahrer	118	115
Schlosser	25	26
Übriges Personal	46	48
Azubi	14	15
Gesamt	203	204

2.4. Leistungsindikatoren

Leistungsindikatoren, die der Steuerung der Geschäftstätigkeit zu Grunde liegen, sind insbesondere die Linieneinnahmen, die Investitionen und das Jahresergebnis.

Die Plan- und Ist-Zahlen der Leistungsindikatoren zeigt unter Berücksichtigung der Nachtragsplanung nachfolgende Tabelle:

	Plan 2017 (TEUR)	Ist 2017 (TEUR)	Plan 2018 (TEUR)
Erlöse Linieneinnahmen	6.576	6.749	6.828
Investitionen	1.705	2.196	2.500
Jahresergebnis	147	476	190

Abweichend zum Investitionsplan konnte ein weiterer Bus angeschafft werden. Außerdem wurden zusätzliche ÖPNV-Maßnahmen umgesetzt.

Das geplante Jahresergebnis 2017 konnte u.a. durch gestiegene Umsatzerlöse auf Grund gesteigener Ausgleichszahlungen, gesteigener Fahrgastzahlen und Werkstattleistungen sowie durch periodenfremde Erträge überschritten werden.

3. Prognose-, Chancen- und Risikobericht

Wie in den Vorjahren haben wir auch im Geschäftsjahr 2017 in allen Unternehmensbereichen regelmäßig systematische und vollständige Risikoerhebungen vorgenommen. Im Rahmen unserer quartalsweisen Aktualisierung bzw. Überprüfung wurden alle wesentlichen Risiken identifiziert, dokumentiert und bewertet, und zwar nach ihrer potenziellen Schadenshöhe und Eintrittswahrscheinlichkeit. Ergänzend wurden Gegensteuerungsmaßnahmen zur Vermeidung bzw. Verminderung der registrierten Risiken eingeleitet.

Durch die langfristigen öffentlichen Dienstleistungsaufträge besteht Finanzierungs- und Planungssicherheit für den ÖPNV der THÜSAC.

Im Rahmen des MDV setzen wir uns intensiv mit der zukünftigen Gestaltung und Finanzierung des Nahverkehrs auseinander. Die Entwicklung von Wirtschaft, Arbeitsmarkt und Gesellschaft in der Region, die regionale demografische Entwicklung als auch das mögliche Nutzungsverhalten sowie die Verkehrsmittelwahl der Menschen stehen dabei an vordergründiger Stelle. Die Zukunft der Mobilität in Mitteldeutschland wird in verschiedenen strategischen Szenarien betrachtet. Ziel ist es, durch einen attraktiven ÖPNV die Mobilität für die gesamte Region in Mitteldeutschland zu sichern. Verschiedene Projekte wie „Muldental in Fahrt“, „Südliches Leipziger Neuseenland“, „Projekt Frohburg/Geithain“ und das Projekt „Schmölln macht mobil“ sollen die Attraktivität in den ländlichen Regionen erhöhen.

Der Servicevertrag mit der MAN Truck & Bus Deutschland GmbH ist die stabile Grundlage für die kontinuierliche wirtschaftliche Entwicklung der Sparte MAN. Alle Zusatzgeschäfte (Reifenservice, Vermietung von Fahrzeugen) sollen die Ertragskraft des Werkstattbetriebes steigern und den ÖPNV unterstützen. Konjunkturellen Einflüssen wirken wir mit der Umsetzung entsprechender Gegensteuerungsmaßnahmen entgegen.

Großes Augenmerk legen wir nach wie vor auf die Ausbildung des eigenen Fachkräftenachwuchses. Nur dadurch ist die Basis einer stabilen Personalentwicklung für das Unternehmen in den nächsten Jahren sichergestellt.

Risiken der künftigen Entwicklung bestehen insbesondere in Einschränkungen aus der Gewährung von Betriebskosten- und Investitionszuschüssen, beihilferechtlichen Änderungen sowie der Lohn- und Gehaltsentwicklung und der Entwicklung der Kraftstoffpreise.

Für das Geschäftsjahr 2018 rechnet die THÜSAC mit einem positiven Jahresergebnis von 190 TEUR. Im Geschäftsjahr 2018 wurde der Gesellschaftsvertrag des Unternehmens neu gefasst. Der neue Gesellschaftsvertrag sieht die Schaffung eines Aufsichtsrates als Kontrollorgan vor.

Windischleuba, den 16. März 2018

Kommunale Datennetze GmbH (KDN)

Beteiligungsübersicht

Wiener Straße 128
01219 Dresden

Tel. 0351 / 315 69 50
Fax 0351 / 315 69 66
Email kdn@kdn-gmbh.de

Gründungsdatum 01.01.2008

Rechtsform GmbH

Gründung durch Beschluss am

Letzte Änderung am

Handelsregistereintrag am unter

Gesellschafter / Stammkapital

Stammkapital		60.000,00 €
Gesellschafter	Anteil	Anteil
Zweckverband Kommunale Informationsverarbeitung Sachsen (KISA)	100,0000 %	60.000,00 €

Unternehmensgegenstand / Unternehmenszweck

Die KDN GmbH betreibt und verwaltet das Kommunale Datennetz KDN II in Sachsen.

Finanzbeziehungen

Leistungen des Unternehmens an den Landkreis	in €
----------------------------------------------	------

Leistungen des Landkreises an das Unternehmen	in €
-----------------------------------------------	------

Bürgschaften	in €
Unternehmen an den Landkreis	
Landkreis an das Unternehmen	

Darlehen	in €
Unternehmen an den Landkreis	
Landkreis an das Unternehmen	

Alle weiteren Angaben gemäß § 99 SächsGemO zur KDN GmbH sind im Beteiligungsbericht des Zweckverbandes Kommunale Informationsverarbeitung Sachsen (KISA) dargestellt.

Lecos GmbH

Beteiligungsübersicht

Prager Straße 8
04103 Leipzig

Tel. 0341/25380
Fax 0341/2538-111
Email info@lecos-gmbh.de

Gründungsdatum 16.08.2010
Rechtsform GmbH

Gesellschafter / Stammkapital

Stammkapital		200.000,00 €
Gesellschafter	Anteil	Anteil
Zweckverband Kommunale Informationsverarbeitung Sachsen (KISA)	10,0000 %	20.000,00 €

Unternehmensgegenstand / Unternehmenszweck

Die Lecos GmbH ist ein Beratungs- und Dienstleistungsunternehmen für Informationstechnologien im kommunalen Umfeld. Sie unterstützt die Kreis-, Stadt- und Gemeindeverwaltungen in Mitteldeutschland IT-seitig dabei, die gesetzlichen Aufgaben für die Bürger zu erfüllen und Verwaltungsprozesse noch bürgerfreundlicher und kostengünstiger zu gestalten.

Die Lecos GmbH wurde im Januar 2001 als Gemeinschaftsunternehmen (Public Private Partnership) der Stadt Leipzig und der IBM Deutschland GmbH gegründet. 51 Prozent der Anteile hielt IBM Deutschland, 49 Prozent der Anteile waren im Besitz der Stadt Leipzig.

Die zum damaligen Zeitpunkt relativ moderne Form der öffentlich-privatwirtschaftlichen Zusammenarbeit konnte die unterschiedlichen und sehr hohen Erwartungen der beiden Partner IBM und Stadt Leipzig nicht erfüllen. Mitte 2002 erwarb die Stadt Leipzig daher die Gesellschafteranteile von IBM Deutschland zurück. Lecos wurde 100-prozentige Tochter der Kommune.

Hervorgegangen ist die Lecos GmbH aus der Abteilung für Informations- und Kommunikationstechnik (IuK) der Stadt Leipzig, die im November 1990 gebildet wurde. Die IuK baute das erste kommunale Rechenzentrum in den neuen Bundesländern auf, das im Mai 1991 eröffnet wurde.

Heute hält die Stadt Leipzig 90 Prozent der Anteile an der Lecos GmbH, 10 Prozent der Anteile sind im Besitz von KISA.

Finanzbeziehungen

Leistungen des Unternehmens an den Landkreis	in €
Leistungen des Landkreises an das Unternehmen	in €

Bürgschaften	in €
Unternehmen an den Landkreis	
Landkreis an das Unternehmen	

Darlehen	in €
Unternehmen an den Landkreis	
Landkreis an das Unternehmen	

Unterbeteiligungen

	Anteil	Anteil in €
ProVitako Marketing- und Dienstleistungsgesellschaft der Kommunalen IT-Dienstleister e.G.	3,8300 %	5.000,00

Alle weiteren Angaben gemäß § 99 SächsGemO zur Lecos GmbH sind im Beteiligungsbericht des Zweckverbandes Kommunale Informationsverarbeitung Sachsen (KISA) dargestellt.

ProVitako Marketing- und Dienstleistungsgesellschaft der Kommunalen IT-Dienstleister e.G.

Beteiligungsübersicht

Markgrafenstraße 22
10117 Berlin

Tel. 030 / 2063-156-0
Internet <http://www.provitako.de>

Gründungsdatum 01.01.2007

Rechtsform Genossenschaft

Gründung durch Beschluss am

Letzte Änderung am

Handelsregistereintrag am unter

Gesellschafter / Stammkapital

Stammkapital		130.500,00 €
Gesellschafter	Anteil	Anteil
andere	92,3400 %	120.500,00 €
Lecos GmbH	3,8300 %	5.000,00 €
Zweckverband Kommunale Informationsverarbeitung Sachsen (KISA)	3,8300 %	5.000,00 €

Unternehmensgegenstand / Unternehmenszweck

Ihr Ziel ist es, die Wirtschaftlichkeit und Wettbewerbsfähigkeit von IT-Dienstleistungen ihrer Mitglieder zu verbessern.

Genossenschaftsmitglieder sind ausschließlich Mitglieder der Bundes-Arbeitsgemeinschaft der Kommunalen IT-Dienstleister Vitako. ProVitako-Mitglieder sind IT-Dienstleister, die zu 100 % in öffentlich-rechtlicher Trägerschaft sind.

Finanzbeziehungen

Leistungen des Unternehmens an den Landkreis	in €
----------------------------------------------	------

Leistungen des Landkreises an das Unternehmen	in €
-----------------------------------------------	------

Bürgschaften	in €
Unternehmen an den Landkreis	
Landkreis an das Unternehmen	

Darlehen	in €
Unternehmen an den Landkreis	
Landkreis an das Unternehmen	

Alle weiteren Angaben gemäß § 99 SächsGemO zur ProVitako Marketing- und Dienstleistungsgesellschaft der Kommunalen IT-Dienstleister e.G. sind im Beteiligungsbericht des Zweckverbandes Kommunale Informationsverarbeitung Sachsen (KISA) dargestellt.

Mitteldeutsche Verkehrsverbund GmbH (MDV)

Beteiligungsübersicht

Prager Straße 8
04103 Leipzig

Tel. 0341 / 8 68 43-0
Fax 0341 / 8 68 43 99
Email post@mdv-info.de
Internet http://www.mdv.de

Gründungsdatum 27.03.1998
Rechtsform GmbH
Gründung durch Beschluss am 13.05.2004
Letzte Änderung am 05.12.2013
Handelsregistereintrag am 18.12.2006 unter HRB 11520

Gesellschafter / Stammkapital

Stammkapital		73.500,00 €
Gesellschafter	Anteil	Anteil
DB Regio AG	5,4400 %	4.000,00 €
Transdev GmbH (vormals Veolia Verkehr GmbH)	0,4100 %	300,00 €
Stadt Leipzig	15,9200 %	11.700,00 €
Stadt Halle	12,4500 %	9.150,00 €
Zweckverband für den Nahverkehrsraum Leipzig	3,5400 %	2.600,00 €
Landkreis Burgenlandkreis	3,5400 %	2.600,00 €
verschiedene VKU	2,9900 %	2.200,00 €
Landkreis Leipzig	3,5400 %	2.600,00 €
Landkreis Altenburger Land	1,0200 %	750,00 €
THÜSAC Personennahverkehrsgesellschaft mbH	1,0200 %	750,00 €
Landkreis Nordsachsen	3,5400 %	2.600,00 €
Landkreis Saalekreis	3,5400 %	2.600,00 €
Erfurter Bahn GmbH	0,4100 %	300,00 €
Regionalbus Leipzig GmbH	2,9900 %	2.200,00 €
Nahverkehrsservicegesellschaft Thüringen mbH	1,0200 %	750,00 €
Leipziger Verkehrsbetriebe (LVB) mbH	17,5500 %	12.900,00 €
Personenverkehrsgesellschaft Burgenlandkreis	2,9900 %	2.200,00 €
Abellio Rail Mitteldeutschland GmbH	1,1600 %	850,00 €
Hallesche Verkehrs-Aktiengesellschaft	10,9500 %	8.050,00 €
Omnibusbetrieb Saalkreis GmbH	1,5000 %	1.100,00 €
Nahverkehrsservice Sachsen-Anhalt GmbH	2,9900 %	2.200,00 €
Personennahverkehrsgesellschaft Merseburg-Querfurt mbH	1,5000 %	1.100,00 €

Unternehmensgegenstand / Unternehmenszweck

Die Gesellschaft hat im Mitteldeutschen Verkehrsverbundgebiet Aufgaben des öffentlichen Personennahverkehrs im Sinne der ÖPNV-Gesetze für den straßengebundenen Verkehr und den Schienenverkehr, insbesondere auf dem Gebiet der konzeptionellen Planung und der Koordinierung des betrieblichen Leistungsangebots, zu erfüllen und die tarifliche Integration dieses Verkehrs durch einen Gemeinschaftstarif herbeizuführen und künftig sicherzustellen sowie die im Rahmen des Verbundverkehrs von den Verbundunternehmen erzielten Einnahmen zu erfassen und aufzuteilen.

Die Gesellschaft handelt gegenüber den Gesellschaftern interessen- und wettbewerbsneutral.

Finanzbeziehungen

Leistungen des Unternehmens an den Landkreis	in €
Leistungen des Landkreises an das Unternehmen	in €
Verlustabdeckung	87.678,72
Bürgschaften	in €
Unternehmen an den Landkreis	

Landkreis an das Unternehmen	
Darlehen	in €
Unternehmen an den Landkreis	
Landkreis an das Unternehmen	

Lagebericht 2017

Wesentliche Sachverhalte aus dem Lagebericht zum Berichtsjahr und dem darauffolgenden Geschäftsjahr einschließlich Risiken der künftigen Entwicklung

Organisationsstruktur

Der Mitteldeutsche Verkehrsverbund erstreckt sich über die drei Ländergrenzen von Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen und umfasst ein Gebiet von fünf Landkreisen und zwei kreisfreien Städten. Mit einem Anteil von 51 % halten die zehn Aufgabenträger die Mehrheit der Gesellschafteranteile. Die verbleibenden 49 % werden von den im Verbundraum tätigen 13 Verkehrsunternehmen des straßen- und schienengebundenen öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) bzw. deren Zusammenschlüssen gehalten.

Entwicklungen und Aufgabenschwerpunkte in 2017

Auch 2017 hielt die positive Entwicklung der Fahrgastzahlen als auch der Fahrgeldeinnahmen an. Dies betraf die beiden kreisfreien Städte, aber auch die Landkreise im MDV. Insgesamt lagen die **Verbund-einnahmen** 2017 mit EUR 9,6 Mio. (rd. 4,5 %) über dem um einen Sondereffekt bereinigten Vorjahr. Einen weiterhin anhaltenden Beitrag leisteten u.a. die in 2012 eingeführten neuen Tarifprodukte im Bereich der ABO-Monatskarten Jedermann sowie die Zuwächse im Jobticket mit einer weiteren Steigerung der Zahl dieser ABO-Nutzer im Dezember 2017 gegenüber Vorjahr um 4.300. Mit rd. 19.050 neuen Nutzern gegenüber dem Juli 2012 – vor Einführung der neuen Produkte – ist dies ein Zuwachs von 21,8 %.

Trotz der insgesamt positiven Fahrgast- und Einnahmeentwicklung musste auch im Jahr 2017 der **Verbundtarif** aufgrund der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen der Verkehrsunternehmen zusätzlich preislich fortgeschrieben werden.

Darüber hinaus wurde Ende 2017 eine Tarif-Marktforschung begonnen mit dem Ziel, das ABO-Sortiment für Vielfahrer zu überprüfen und mögliche Ansätze zur weiteren Attraktivierung abzuleiten.

Im Zusammenhang mit der Entwicklung der Nahverkehrsstrategie des Freistaats Sachsen wurde im Jahr 2017 intensiv in Zusammenarbeit mit den anderen Verkehrsverbünden an einer Vereinheitlichung der Beförderungsbedingungen gearbeitet, die im Jahr 2018 zur Anwendung kommen werden.

Gleichzeitig wurden im Rahmen der sächsischen Initiative verschiedene Möglichkeiten für die Einführung eines Bildungstickets gemeinsam mit den anderen Verkehrsverbünden und den MDV-Gesellschaftern analysiert und bewertet.

Im Rahmen der Umsetzung des 2012 begonnenen **Strategieprozesses zum Thema „Die Zukunft der Mobilität in Mitteldeutschland 2025“** wurde im Jahr 2017 an den 38 Arbeitspaketen mit den folgenden Schwerpunkten weitergearbeitet:

In den Jahren 2016 und 2017 hat die Verbundgesellschaft in Zusammenarbeit mit den SPNV-Aufgabenträgern in Sachsen-Anhalt und Sachsen eine Gesamtkonzeption für eine **Verbunderweiterung** im Raum Sachsen-Anhalt (Stadt Dessau-Roßlau, Landkreise Anhalt-Bitterfeld und Wittenberg) erarbeitet. Damit soll das im Dezember 2015 eingeführte neue S-Bahnsystem (MDSB II) mit den Vorteilen eines Verbundtarifs verknüpft und noch attraktiver gemacht werden. Die Konzeption umfasst eine detaillierte und qualifizierte Kostenschätzung für die Umstellung sämtlicher Vertriebsgeräte und -systeme der Verkehrsunternehmen und weitere Vorbereitungsaufwendungen sowie eine Berechnung der erwarteten Durchtarifierungs- und Harmonisierungsverluste. Die Gesellschafter der MDV GmbH haben am 01.02.2018 die Umsetzung einer vorerst auf den SPNV beschränkten Verbunderweiterung zum Fahrplanwechsel im Dezember 2019 beschlossen. In den Jahren 2018 und 2019 sind alle notwendigen Voraussetzungen zu schaffen, was auch die Kommunikation gegenüber der Öffentlichkeit, den Fahrgästen im Alt- und Erweiterungsgebiet sowie den Verkehrsunternehmen einschließt.

Die Arbeiten im Fachbereich Technische Systeme und IT konzentrierten sich auf die Umsetzung der letzten Teilprojekte des **Telematikvorhabens**. Dabei handelt es sich um ein verknüpftes Gesamtsystem von verbundweiter Fahrgastinformation mit Echtzeitdaten, Anschlussicherung und perspektivischer Anschlussgarantie im mitteldeutschen Verbundraum, das zu einer Verbesserung der Service- und Angebotsqualität sowie letztlich zu einer Attraktivitätssteigerung und erhöhten Kundenzufriedenheit beitragen wird.

Weitere Verzögerungen gab es im Jahr 2017 im Teilprojekt **Beschaffung neuer Bordrechner** für die nordsächsischen Verkehrsunternehmen. Anfang 2016 hatten sich die betreffenden Verkehrsunternehmen entschlossen, den Auftrag mit dem alten Lieferanten aufzulösen und eine neue Vergabe durchzuführen. Bis zum Sommer 2017 erfolgte der Rollout der Geräte auf die Fahrzeuge. Seit dem laufen Probebetrieb, Fehlerbeseitigung und die Implementierung neuer Funktionalitäten. Aufgrund permanenter Lieferverzögerungen auf Seiten des Auftragnehmers ist von einem Projektabschluss im Jahr 2018 auszugehen.

Die Einbindung der nordsächsischen Verkehrsunternehmen in das **Regio-RBL des MDV** inklusive funktionaler Erweiterungen konnte in 2017 mit einer Abnahme weitestgehend abgeschlossen werden. Restarbeiten, insbesondere mit Bezug auf die Kommunikation mit den o. g. Bordrechnern werden voraussichtlich im 2. Quartal 2018 abgeschlossen werden.

Das System **Regionales eTicketing-System (ReTSy)** konnte Ende 2017 erfolgreich abgenommen werden; wenige Restleistungen werden Anfang 2018 erbracht. Alle Kunden- und Vertragsdaten der Abonnenten und Schüler der regionalen Verkehrsunternehmen im Teilbereich Sachsen und Thüringen wurden im neuen ABO- und Schülerverwaltungssystem ReTSy aufgenommen. Die Schüler erhielten neue Chipkarten statt der bisherigen Papiertickets. Für Abonnenten der regionalen Verkehrsunternehmen in den Landkreisen Leipzig, Nordsachsen und Altenburger Land wurden die bisherigen Wertmarken durch moderne Chipkarten ersetzt. Diese Chipkarten können bei jedem Fahrtantritt auf ihre Gültigkeit bei allen Verkehrsunternehmen im MDV kontrolliert werden. Außerdem ist bei Verlust eine Sperrung möglich und auch Änderungen von Tarifzonen oder anderen Produktmerkmalen können ohne großen Aufwand des Kunden bequem beim Einstieg im Bus oder an Automaten durchgeführt werden. Dazu wurden die Hintergrundsysteme der regionalen Verkehrsunternehmen an das zentrale eTicketing-System im MDV (MDV-Berechtigungssystem „BerSy“) angebunden und tauschen so übergreifend Sperr- und Änderungslisten mit den anderen Verkehrsunternehmen aus. Im sachsen-anhaltischen Saalekreis wurden die Schüler einer Pilotschule über das neue ABO- und Schülerverwaltungssystem ReTSy mit Chipkarten ausgestattet. Die vollständige Umstellung der Abonnenten und Schüler der regionalen Verkehrsunternehmen im Saalekreis soll im Jahr 2018 abgeschlossen werden.

Das **zentrale eTicketing-System im MDV (MDV-Berechtigungssystem „BerSy“)** wurde umfangreich erweitert, um zukünftig nach der neuesten Version (1.5) des deutschlandweit gültigen Standards der VDV-Kernapplikation arbeiten zu können. Damit sind die Voraussetzungen für eine optimierte Anbindung der neuen stationären Automaten der LVB an das MDV-Berechtigungssystem „BerSy“ gelegt, so dass ab 2018 auch dort eTicketing-Funktionalitäten wie das Lesen, Schreiben und Ändern von Chipkarten sowie bargeldloses Bezahlen umgesetzt werden können. Ebenso wurden das eTicketing-System der Erfurter Bahn mit den neuen mobilen Handterminals (MDE) an das MDV-Berechtigungssystem „BerSy“ angebunden.

Seit der Einführung des **handybasieren Auskunfts- und Ticketingsystems easy.GO** für den gesamten Verbundraum im Sommer 2011 hat sich die App zu einem stabilen Fahrplan- und Tarifauskunfts- sowie Ticketingdienst für die Kunden im Mitteldeutschen Verkehrsverbund entwickelt. 2017 wurde ein neuer Ansatz in easy.GO umgesetzt: das MDV-Hopperticket incl. der Prüfung der besonderen Tarifbestimmungen, so dass die Nutzer dieses Ticket nur angeboten bekommen, wenn eine Fahrt tariflich gültig ist. Der Ticketumsatz in easy.Go stieg 2017 spürbar auf 2,4 Mio. Euro. Im Dezember 2017 wurden erstmalig knapp 300 Tsd. € Umsatz erreicht. Das ist ein Zuwachs gegenüber dem Vorjahr von 26 %. Der Einnahmeanteil aus diesem Vertriebsweg liegt damit bei 3,6 % der Tarifeinnahmen im Bereich der Gelegenheitsnutzer. Der Nutzen als zuverlässiger und etablierter Auskunftsdienst für Fahrgäste im MDV-Gebiet wird noch deutlicher, wenn man die knapp 40 Millionen Auskünfte via easy.GO im Jahr 2017 (7 Mio. mehr Auskünfte als in 2016) betrachtet. Die Zahl der aktiven Käufer lag bei 60.000 (Vorjahr 62.000).

Im Rahmen der Kooperation Verkehrsmanagement konzentrierten sich die Arbeiten am **Mobilitätsportal Mitteldeutschland** auf den Baustein Barrierefreiheit. Dazu waren Abstimmungen zur Lieferung angepasster Fahrplandaten durch die Verkehrsunternehmen, zu Haltestellenerhebungen und zur Datenaufbereitung im INSA-System notwendig. Aktuell erfolgt die Umsetzung der Funktion für INSA sowie vernetzte Systeme. Darüber hinaus wurde die Erstellung und Integration geographisch exakten Verläufen der ÖPNV-Linien in INSA und dem Mobilitätsportal beauftragt.

Gem. dem Beschluss zur **Freigabe von ÖPNV-Daten** der MDV-Verkehrsunternehmen an Drittabnehmer wurden weiteren großen Datenabnehmern wie Apple Fahrplandaten (Soll-Fahrpläne) zur Verfügung gestellt. Fahrplandaten im GTFS-Format werden auch verstärkt von freien Entwicklern und Hochschulen genutzt. Die vertragliche Grundlage bilden im MDV abgestimmte Nutzungsbedingungen. Die beschlossene Bereitstellung von Echtzeitdaten über eine Schnittstelle (Open-API) konnte aufgrund von hohen Beschaffungs- und Betriebskosten nicht umgesetzt werden. Mit den Städten Leipzig und Halle, NASA und LSBB wurden zudem Datenpakete festgelegt und Regeln für die Bereitstellung von MIV-Daten abgestimmt. Die Ergebnisse wurden in Form eines Positionspapiers zusammengefasst.

Der MDV beteiligte sich an mehreren Projekten, die die **verbundübergreifende und intermodale Mobilität** vereinfachen sollen. Dabei soll nicht nur die übergreifende Reiseauskunft, sondern auch ein übergreifendes Ticketing ermöglicht werden. Die Arbeiten an den Projekten Mobilitätshub im Rahmen der Förderinitiative des BMVI „eTicketing und Digitalisierung“, Mitteldeutschland Mobil sowie die Beteiligung an der VDV-Initiative Mobility Inside werden auch 2018 fortgesetzt.

Im Zusammenhang mit **Mobilitätslösungen in ländlichen Regionen** als Ergänzung zum regionalen ÖPNV beschäftigt sich die Verbundgesellschaft mit der Schaffung einer mandantenfähigen Dispositionssoftware für (voll)flexible Bedienformen und führte dazu in Abstimmung mit den Landkreisen Gespräche mit Anbietern entsprechender Softwarelösungen. Durch die Vernetzung der Lösung mit INSA und easy.GO soll gewährleistet werden, dass der Fahrgast über seine App sowohl die Auskunft als auch Buchung und Bezahlung seiner kompletten Reisekette vornehmen kann.

Die Daten der **Automatischen Fahrgastzählsysteme** bilden eine wesentliche Säule der Einnahmeaufteilung. Da sowohl im Hardware- als auch im Softwarebereich eine Fortschreibung der Fahrgastzähltechnik erforderlich ist, hat die Verbundgesellschaft im Jahr 2017 die Weiterentwicklung konkretisiert. Für die Vorbereitung und Durchführung der Ausschreibung einer 1. Stufe der Softwareneubeschaffung hat die Verbundgesellschaft einen externen Gutachter beauftragt. Die Umsetzung ist für 2018 vorgesehen.

Die **verkehrsplanerischen Schwerpunkte** orientierten sich 2017 wie auch in den vergangenen Jahren wesentlich an den Themen aus dem Strategieprozess MDV 2025.

Im August 2017 konnte das 2013 begonnene **Projekt „Muldental in Fahrt“** (neues Verkehrskonzept für das Verkehrsgebiet zwischen den Städten Grimma, Colditz, Bad Lausick und Brandis) im Regionalverkehr vollständig umgesetzt werden. Damit entstand in einem Gebiet mit ca. 100.000 Einwohnern ein vertaktetes System aus PlusBussen und Taktbussen, ergänzt durch weitere Linien. Neben Vertaktung und Mehrfahrten wurde auch die Anzahl der Haltestellen um ein Viertel erhöht (+66 Haltestellen), um den Nutzern den Weg zur Haltestelle möglichst kurz zu gestalten. In einer mehrstufigen Kampagne wurden die neuen Angebote vermarktet. Das Marketing wird auch im Jahr 2018 fortgeführt.

Der zweite Projektbaustein, die Stadtverkehre in den vier oben genannten Städten ist noch nicht vollständig umgesetzt. In Grimma bestand schon vor Projektstart ein Stadtverkehr, der jedoch noch nicht alle Stadtgebiete ideal erschließt. Hier soll ab 2019 ein neues Konzept umgesetzt werden. In Verbindung mit dem Regionalverkehr wurde in Brandis ein Großteil der innerstädtischen Erschließung umgesetzt. Lücken gibt es noch beim Gewerbegebiet Beucha. In Bad Lausick soll ab Ende 2019 ein eigenes mit dem Regionalverkehr verzahntes innerstädtisches Verkehrssystem angeboten werden. Für Colditz wird derzeit eine Masterarbeit unterstützt, die Aussagen treffen soll, ob ein klassischer Linienverkehr oder flexible Bedienformen die zu bevorzugende Alternative sein sollen. Hier ist die Umsetzung noch offen. Ein Kreistagsbeschluss für die Weiterentwicklung der oben genannten innerstädtischen Verkehrsleistungen soll in 2018 herbeigeführt werden.

Im Südraum von Leipzig wurden die Planungen so weit vorangetrieben, dass unter dem Namen **„Neuseenland in Fahrt“** die erste Stufe im März 2018 umgesetzt und vermarktet wurde. Dabei handelt es sich um ein Netz von drei touristisch ausgerichteten, vertakteten ÖPNV-Linien, die den Cospudener, Markkleeberger, Zwenkauer, Störmthaler und den Hainer See miteinander verbinden und in Böhlen und Markkleeberg jeweils Anschluss an die S-Bahn haben. Für die Umsetzung der zweiten Stufe, die den vertakteten Alltagsverkehr im Raum Pegau, Groitzsch, Zwenkau, Böhlen, Großpösna, Neukieritzsch und Regis-Breitungen umfasst, liegt derzeit noch kein Kreistagsbeschluss vor. Vermutlich wird diese erst im Jahre 2019 erfolgen.

Im Burgenlandkreis wurden 2017 die Konzeptplanungen für ein neues, systematisch vertaktetes Nahverkehrssystem abgeschlossen. Die Projektpartner Burgenlandkreis, PVG Burgenlandkreis, NASA GmbH und MDV bereiten derzeit die Umsetzung dieses kreisweiten Projektes unter dem Namen **„Clever unterwegs im Burgenlandkreis“** vor. Ab 2018 starten begleitend Kommunikation und Marketing des Vorhabens gegenüber politischen Meinungsbildern, Schulen, Öffentlichkeit, Presse, Fahrpersonalen und Fahrgästen. Die Umsetzung ist ab 2019 vorgesehen.

Auf Grundlage der Kooperationsvereinbarung mit den ÖPNV-Aufgabenträger der Landkreise zur gemeinsamen Bearbeitung der jeweiligen **Nahverkehrspläne** wurde in 2017 der Nahverkehrsplan für den Saalekreis fertig gestellt und vom Kreistag beschlossen. Die Arbeiten an den Nahverkehrsplänen für Nordsachsen und den Burgenlandkreis sollen 2018 abgeschlossen werden. Ab Ende 2018 wird der Schwerpunkt der Bearbeitung beim Landkreis Leipzig liegen.

Im durch den Freistaat Thüringen geförderten Projekt **„Schmölln macht mobil“** wurden in 2017 die Planungen für das Grobkonzept fertig gestellt. Derzeit wird eine Umsetzung in zwei Stufen ab Ende 2018 (Stadtverkehr Schmölln) und 2019 (gesamter Regionalverkehr im Plangebiet) vorbereitet. Seit August 2017 und fortführend in 2018 starten auch in diesem Vorhaben begleitend Kommunikation und Marketing gegenüber politischen Meinungsbildern, Schulen, Öffentlichkeit, Presse, Fahrpersonalen und Fahrgästen.

Durch die letzte Novellierung des PBefG wurden strengere Anforderungen an die **Barrierefreiheit** des straßengebundenen ÖPNV gestellt. Jedoch wurden die konkrete Auslegung und die Regelungstiefe nicht im entsprechenden Gesetz geregelt. Die jeweiligen regionalen Partner sollen die Regelungstiefen in Absprache mit den Betroffenenverbänden und den gültigen Regelungen selbst treffen. Um im gesamten Verbundgebiet ein einheitliches Herangehen sicher zu stellen, hat der MDV mit seinen Gesellschaftern in den Jahren 2016 und 2017 einen „Leitfaden für die Barrierefreiheit im MDV“ entwickelt. Mit dessen Hilfe können Ausstattungen von Haltestellen, Fahrzeugen und die Informations- und Kommunikationsdienste bewertet werden.

In den Jahren 2016 und 2017 haben sich die Unternehmen und Aufgabenträger im MDV, die die Marke „**PlusBus**“ verwenden, darauf verständigt, welche Bandbreiten für die Einhaltung der Qualitätskriterien der Marke möglich sind und haben dazu ein Bewertungsraster entwickelt. Außerdem wurde vereinbart, dass der MDV jährlich im 1. Quartal die PlusBus-Fahrpläne prüft und Aufgabenträger und Verkehrsunternehmen über das Ergebnis informiert. Die endgültige Abstimmung zum PlusBus-Fahrplanangebot treffen die Aufgabenträger mit den entsprechenden Verkehrsunternehmen. Neben dem MDV nutzen inzwischen auch mehrere Unternehmen im Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg die MDV-Marke „PlusBus“. Neu hinzugekommen sind die Harzer Verkehrsbetriebe, der VMT und der VVO. Eine gemeinschaftliche Nutzung der Marke vereinheitlicht die Kundenansprache und vermindert den Kommunikationsaufwand.

Zusätzlich dazu haben MDV und die NASA GmbH die Marke „TaktBus“ entwickelt, die als Qualitätsmarke auf Linien eingeführt werden kann, die zwar vertaktet sind, aber nicht den strikten 1h-Takt wie bei „PlusBus“ erfüllen.

Für die **ÖPNV-Strategiekommission im Freistaat Sachsen** wurden 2017 zusammen mit den anderen Verkehrsverbünden intensive Zuarbeiten für ein sachsenweites ÖPNV-Netz geleistet, bestehend aus dem SPNV und landesweit ergänzt durch ein System von „Plus- und TaktBussen“ sowie Stadtverkehrssystemen in Klein- und Mittelstädten.

Im Rahmen der **Kooperationsvereinbarung mit dem Zweckverband für den Nahverkehrsraum Leipzig (ZVNL)** wurden 2017 u.a. die folgenden Themen bearbeitet:

- SEV-Kontrollen und Fahrplankonferenzen
- Zuarbeiten zum ZVNL-Nahverkehrsplan
- Qualitätskontrollen im laufenden SPNV-Betrieb
- Kapazitätsberechnungen für SPNV-/Bus-Schnittstellen in Böhlen, Grimma und Pegau
- Unterstützungsleistungen zur P+R bzw. B+R Studie

Gefördert über die Fachkräfterichtlinie des Freistaates Sachsen wird seit 2017 für den Landkreis Leipzig das **betriebliche Mobilitätsmanagementprojekt „Betriebe in Fahrt“** durchgeführt. Ziel des vorerst auf zwei Jahre befristeten Projektes ist es, das Thema bei den Unternehmen in der Region zu verankern und gleichzeitig Strukturen zur dauerhaften Implementierung aufzubauen.

2017 wurde ein Konzept zur **verbundweiten Marktbearbeitung** mit allen Geschäftsführern abgestimmt, welches Ende 2018 in die stufenweise Umsetzungsphase gehen soll. Damit sollen mehr potentielle Fahrgäste auf das gemeinsame Gesamtprodukt „Nahverkehrssystem in Mitteldeutschland“ aufmerksam gemacht und über gezielte Maßnahmen (Dialogmarketing) als Neukunden gewonnen werden.

Die weiteren Schwerpunkte im Bereich der **Öffentlichkeitsarbeit und Kommunikation** lagen auf folgenden Handlungsfeldern:

Beratung

- verbundweite Mobilitätsberatung am MDV-Infomobil zu Verbindungen, Tarifen und neuen Verkehrsangeboten (z.B. Muldental in Fahrt)
- deutlich erhöhtes Anrufaufkommen am MDV-Infotelefon
- neuer Service auf MDV-Webseite: digitaler Störungsmelder zeigt Fahrgästen alle Fahrplanabweichungen

Publikationen und Kampagnen

- Tarifwechsel 1.8.2017 (Herausgabe der Tarifpublikationen, Pressearbeit, Beratung)
- Fahrplanwechsel im August und Dezember (Herausgabe von Fahrplanbüchern bzw. Ergänzungsheften, Pressemeldungen)
- MDV-Freizeitbroschüre „Ausgeflogen“ sowie Onlinegang des digitalen Freizeitportals auf der MDV-Webseite
- Mehrstufige Kampagne zur 1. und 2. Umsetzungsstufe im Modellvorhaben „Muldental in Fahrt“ (Busbeklebung, Flyer, Freifahrtaktion, online Anzeigen, Pressetermine, Aushänge, Schülerlotsen)
- Erarbeitung erste Kommunikationsstufe im Vorhaben „Schmölln macht mobil“
- Zahlreiche Medientermine zu strategischen Themen der Verbundarbeit

Realisierung des Wirtschaftsplans 2017

Der Wirtschaftsplan für das Geschäftsjahr 2017 wurde auf der Gesellschafterversammlung am 8. Dezember 2016 beschlossen. Entsprechend dem Wirtschaftsplan schließt der MDV das Geschäftsjahr 2017 mit einem ausgeglichenen Ergebnis ab. Der durch die Gesellschafter entsprechend § 5 Abs. 2 des Gesellschaftsvertrages in 2017 **zu zahlende Zuschuss** von **TEUR 2.476,8** entsprach dem Vorjahresbetrag. Mit dem Wirtschaftsplan 2017 und dem Beschluss zum Jahresabschluss 2016 wurden zusätzlich nicht verbrauchte Zuschüsse in Höhe von TEUR 414 auf Folgejahre zweckgebunden übertragen. Im Berichtsjahr wurden davon Zuschüsse von TEUR 2.511,4 in Anspruch genommen, da den Aufwendungen von TEUR 4.226 Erträge einschließlich ertragswirksam vereinnahmter Fördermittel von TEUR 1.715 gegenüber standen. **Der nicht verbrauchte Zuschussbetrag von TEUR 379 wurde passiviert.** Mit dem Wirtschaftsplan 2018 wurde davon durch die Gesellschafter am 7. Dezember 2017 bereits ein Übertrag von TEUR 296 auf die Jahre 2018 und 2019 beschlossen. Über die Verwendung der zusätzlich nicht verbrauchten Betriebskostenzuschüsse von TEUR 83 werden die Gesellschafter entscheiden.

Neben den Betriebskostenzuschüssen der Gesellschafter erfolgte die Finanzierung des Betriebsaufwandes der Gesellschaft durch Erträge aus dem projektbezogenen Erfolgsanteil der Verkehrsunternehmen sowie durch Zuwendungen des Bundes, der Freistaaten Thüringen und Sachsen, des Zweckverbandes für den Nahverkehrsraum Leipzig (ZVNL) und der Nahverkehrsservice Sachsen-Anhalt GmbH (NASA). Weitere Erträge wurden aus der Realisierung der Kooperationsvereinbarungen mit verschiedenen Verbundunternehmen, den Kooperationsvereinbarungen mit dem ZVNL, zum Verkehrsmanagement und zur Bearbeitung von Nahverkehrsplänen und dem ÖPNV-Konzepten sowie aus dem Verkauf der Fahrplanhefte 2017/2018 entsprechend den mit den Verkehrsunternehmen des Verbundes geschlossenen Verträgen erzielt. Hinzu kommen Erlöse aus Beteiligungen der jeweiligen Partner an verschiedenen Strategieprojekten.

Von Mitteln aus dem **projektbezogenen Erfolgsanteil** der Jahre 2017 und 2016 von TEUR 577 wurden 2017 TEUR 370 verbraucht, da sich Maßnahmen nach 2018 verschoben haben. Der **Restbetrag von TEUR 207 wurde passiviert.** Er soll im Jahr 2018 für die Umsetzung der entsprechenden Vorhaben als Eigenmittel eingesetzt werden. TEUR 123 sind davon bereits im Wirtschaftsplan 2018 enthalten.

Die **Bilanzsumme** von TEUR 2.024 ist gegenüber dem Vorjahr (TEUR 2.170) um 7 % gesunken. Dies begründet sich wesentlich aus der Minderung des Anlagevermögens auf der Aktivseite, da die Abschreibungen die Zugänge überstiegen, da sich geplante Investitionen ins Folgejahr verschoben haben. Dies schlägt sich der Passivseite in einer Minderung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse nieder, da es sich auch um mit Zuschüssen geplante Investitionen handelte. Aufgrund der verzögerten Rechnungslegung u. a. zum projektbezogenen Erfolgsanteil in 2016 enthielt das Vorjahr Umsatzsteuerverbindlichkeiten von TEUR 79, die die Bilanzsumme erhöhten.

Die Finanzierung der Gesellschaft war im Geschäftsjahr 2017 gesichert. Der Bestand an Flüssigen Mitteln erhöhte sich im Vergleich zum Vorjahr von TEUR 944 auf TEUR 1.071.

Ausblick auf 2018 und 2019

Im Jahr 2018 wird die Bearbeitung weiterer Arbeitspakete zu den Themenfeldern Tarif & Vertrieb, Multimodalität, Systemzugang/Benutzeroberfläche und verbundweite Marktbearbeitung sowie Verbunderweiterung fortgeführt.

Schwerpunkte der Kooperation Intermodales Verkehrsmanagement 2018 sind:

- Ausbau und Veröffentlichung (Silent Release) des Mobilitätsportals Mitteldeutschland
- Abstimmung umweltorientierte Verkehrssteuerung
- Vorantreiben der Open Data Aktivitäten im ÖPNV
- Realisierung Barrierefreiheit im Auskunftssystem
- Abstimmungen zu E-Mobilitätsvorhaben und Vorhaben im Bereich des autonomen Fahrens
- Carsharing & Gesetzeslage
- Untersuchung von Konzeptionen für die „letzte Meile“ im ÖPNV / Ländliche Mobilität
- Digitalisierung flexibler Bedienformen

Darüber soll ein stärkerer Austausch mit der Forschung und Wirtschaft erreicht werden.

Die Projekte zur Weiterentwicklung **verbundübergreifender und intermodaler** Mobilität werden auch 2018 fortgeführt. Das Projekt MobilitätsHub soll 2018 abgeschlossen werden. Im Rahmen der **Vernetzungsinitiative des VDV** wird sich der MDV an Arbeitsgremien beteiligen, um eine Entscheidung für eine künftige Anbindung treffen zu können.

Bezüglich der **Freigabe von ÖPNV-Daten** wird die Beschaffung einer Echtzeitdatenschnittstelle für die ÖPNV-Auskunft auf Plattformen Dritter vorbereitet.

Der MDV wird im Jahr 2018 ein System zum **automatischen Erstellen der Tarifmatrix** anschaffen. Damit soll das bisherige aufwendige Bearbeiten der Tarifdaten durch die Sachbearbeiter der Verkehrsunternehmen drastisch reduziert werden und die Qualität der Weg-Texte an den Fahrschein-Automaten für den Fahrgast spürbar steigen.

Durch den Fachbereich **Öffentlichkeitsarbeit und Kommunikation** wurde ein neues Lehrmodul „Verkehrserziehung von Vorschulkindern“ nebst Lehrmaterialien entwickelt. Auf dieser Basis werden 2018 gemeinsam mit den Verkehrsunternehmen verbundweite „Busschulen“ durchgeführt.

Außerdem wurden die Voraussetzungen geschaffen, dass Auskunftsdienste ab 2018 über INSA mehrsprachig (d. h. deutsch/englisch) umgesetzt werden können. In diesem Zusammenhang wurden auch die Sprachentexte für die Automaten angepasst für die VU, die diese ihren Kunden anbieten.

Der MDV verfügt über eine **mittelfristige Wirtschaftsplanung**, die zurzeit bis 2022 reicht. Der darin eingebundene Wirtschaftsplan für das Geschäftsjahr 2018 wurde von der Gesellschafterversammlung am 7. Dezember 2017 beschlossen. Für das Wirtschaftsjahr 2018 wird wiederum ein ausgeglichenes Ergebnis erwartet, da die geplanten Aufwendungen durch eigene Erträge und Betriebskostenzuschüsse der Gesellschafter gedeckt sind. Der Wirtschaftsplan 2018 sieht durch die Gesellschafter zu zahlenden Zuschüsse von TEUR 2.534 vor. Zusätzlich beinhaltet die Planung einen Übertrag nicht verbrauchter Gesellschafterzuschüsse der Vorjahre von TEUR 296, wovon TEUR 247,5 auf das Jahr 2018 und TEUR 48,5 auf 2019 entfallen.

Auf Grundlage der mittelfristigen Finanzplanung geht die Geschäftsführung auch für die Folgejahre von einem ausgeglichenen Ergebnis aus. Die Fortführung der Gesellschaft ist daher nicht gefährdet.

Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung

Chancen der zukünftigen Entwicklung im Verbundgebiet sieht die Geschäftsführung in der weiteren Umsetzung des Strategieprozesses „MDV 2025“ auf der Grundlage der beschlossenen 38 Arbeitspakete. Dazu zählt insbesondere die vorerst als Teilintegration des SPNV für Dezember 2019 geplante Verbunderweiterung im Raum Sachsen-Anhalt (Stadt Dessau-Roßlau, Landkreise Anhalt-Bitterfeld und Wittenberg). Damit wird das Ziel verfolgt, die Mobilitätsmöglichkeiten für die Menschen in Mitteldeutschland weiter zu entwickeln und zu einem integrierten Gesamtsystem auszubauen.

Das Unternehmen verfügt über ein Risikomanagementsystem. Das aktuell gültige Risikohandbuch datiert vom Januar 2015 in seiner überarbeiteten Fassung vom Juni 2017. Das darin enthaltene Risikoinventar definiert folgende Risikofelder:

- Rechtliche und politische Risiken durch Gebietsreformen und sonstige Veränderung von gesetzlichen Rahmenbedingungen
- Strategische Risiken in Bezug auf die Ausrichtung des MDV, seinem öffentlichen Image sowie dem Erreichen der Verbundziele
- Finanzielle und wirtschaftliche Risiken in Bezug auf die Einhaltung des Wirtschaftsplanes und von Förder- und Zuwendungsbestimmungen
- Fachbereichsspezifische Risiken aufgrund von Störungen bei der Erfüllung von Kooperations- und Lieferverträgen oder im Rahmen der Einnahmeaufteilung sowie technische Risiken in Bezug auf die durch den MDV genutzten EDV-Systeme
- Organisatorische und personalwirtschaftliche Risiken.

Die Risiken der künftigen Entwicklung der Verbundgesellschaft werden durch die Geschäftsführung insgesamt als gering eingestuft. Allerdings wird die Finanzierung wesentlich von der vollständigen und termingerechten Bereitstellung von beantragten Fördermitteln und der gemäß § 5 Abs. 2 des Gesellschaftsvertrags von den Gesellschaftern zu leistenden Abschlagszahlungen bestimmt.

Der 2009 eingeführte flexible projektbezogene Finanzierungsbaustein, der aus realisierten Mehrerlösen bei den Tarifeinnahmen gespeist wird, wurde in 2017 evaluiert und die Regelungen zur Ermittlung und Verwendungen mit Beschluss der Gesellschafter vom 7. Dezember 2017 ab 2019 neu definiert. Eine Evaluation dieser Herangehensweise soll im Jahr 2022 erfolgen.

Langfristig ist zu klären, wie der Ersatz des ursprünglich mit Fördermitteln angeschafften Anlagevermögens finanziert werden kann, da über die laufenden Zuschüsse der Gesellschafter dafür keine Mittel amortisiert werden. In der mittelfristigen Finanzplanung bis 2022 sind für diese Ersatzbeschaffungen ausreichende Mittel der Kapitalrücklage vorgesehen.

Die Gesellschaft ist keinen wesentlichen Ausfall- und Liquiditätsrisiken sowie Risiken aus Zahlungskurschwankungen in Bezug auf die verwendeten Finanzinstrumente (insbesondere Forderungen und Verbindlichkeiten) ausgesetzt.

Flugplatz Altenburg-Nobitz GmbH

Beteiligungsübersicht

Flugplatz 04603 Nobitz		Tel. Fax Email	03447-5900 03447-590199 info@leipzig-altenburg-airport.de
Gründungsdatum	27.01.1992		
Rechtsform	GmbH		

Gesellschafter / Stammkapital

Stammkapital		51.129,19 €
Gesellschafter	Anteil	Anteil
THÜSAC Personennahverkehrsgesellschaft mbH	3,0000 %	1.533,87 €
eigene Anteile	32,0000 %	16.361,35 €

Unternehmensgegenstand / Unternehmenszweck

Zweck des Unternehmens ist die Verbesserung der wirtschaftsnahen Infrastruktur mit dem Ziel der Stärkung der Wirtschaftskraft in der Region von Mitteldeutschland. Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb des Flugplatzes Altenburg-Nobitz. Die Gesellschaft kann alle Geschäfte betreiben, die dem Unternehmenszweck unmittelbar und mittelbar zu dienen geeignet sind. Sie kann sich an gleichartigen oder ähnlichen Unternehmen beteiligen.

Finanzbeziehungen

Leistungen des Unternehmens an den Landkreis	in €
Keine	

Leistungen des Landkreises an das Unternehmen	in €
Keine	

Bürgschaften	in €
Unternehmen an den Landkreis	
Landkreis an das Unternehmen	

Darlehen	in €
Unternehmen an den Landkreis	
Landkreis an das Unternehmen	

Lagebericht 2017

Wesentliche Sachverhalte aus dem Lagebericht zum Berichtsjahr und dem darauffolgenden Geschäftsjahr einschließlich Risiken der künftigen Entwicklung

1. Geschäftsverlauf

Das Geschäftsjahr 2017 war geprägt von der Weiterführung und des Ausbaus des im Jahr 2014 begonnenen Weges der Neuausrichtung. Sowohl die Gesellschafter als auch der Aufsichtsrat der Flugplatz Altenburg-Nobitz (FAN) GmbH haben sich gemeinsam dazu bekannt, mit neuer struktureller Ausrichtung und einem rigorosen Konsolidierungsprozess den Flugbetrieb sowie die Ansiedlung von Unternehmen effizienter voranzutreiben. Dabei sind die in die Gesellschaft im erheblichen Umfang investierten Mittel, den neuen Zielstellungen folgend, schwerpunktmäßig im Sinne eines Industrieflughafens wirtschaftsfördernd einzusetzen.

Die in diesem Kontext erfolgte Umstellung des IFR-Flugbetriebs von der Flugzone Delta auf RMZ hat sich auch 2017 bewährt. Mit RMZ konnte der Flugbetrieb für größere Flugzeuge bis 80 t kostengünstig im vollen Umfang aufrechterhalten und bedient werden. Für eine Rückkehr in die Zone Delta besteht derzeit kein Bedarf.

Zur Steigerung des Flugverkehrs wurden das Serviceangebot und damit die Attraktivität des Flugplatzes für Privatpiloten und Geschäftsreisende weiter verbessert. Ein Shuttlefahrzeug und Fahrräder ermöglichen es, während der Standzeit der Flugzeuge dem Flugpersonal ohne größeren Aufwand flexibel zu bleiben. Eine Werkstatt für Flugzeugreparaturen konnte 2017 neu angesiedelt werden. Auch eine neue Flugschule hat sich etabliert. Das Ziel des Flugplatzes ist es dabei schwerpunktmäßig, die gewerblichen Flugbewegungen zu erhöhen, Gewerbe, insbesondere flugaffine Unternehmen anzusiedeln, die Verbindlichkeiten in den nächsten Jahren weiter abzubauen, insbesondere gegenüber Banken schuldenfrei zu werden, die Gesellschafterzuschüsse zu reduzieren, neue Gesellschafter aus der Privatwirtschaft zu gewinnen und den Investitionsstau am Flugplatz zu minimieren.

Die Erhaltungsinvestitionen wurden auch 2017 planmäßig fortgeführt. Das Land Thüringen hat Fördermittel ausgereicht, um die durch einen Flugunfall beschädigte meteorologische Anlage des Flugplatzes komplett zu modernisieren. Diese erhebliche außerplanmäßige Investition erfolgt in zwei Tranchen, wobei die erste, die Softwareerneuerung, 2017 abgeschlossen werden konnte. Weiterhin konnten 2017 ebenfalls mit Fördermitteln der Flugfunk erneuert werden. Auch der Betriebsfunk und die IT-Anlagen wurden erneuert. Dies war notwendig, um den Anforderungen an die Mischnutzung des Flughafens, insbesondere im Hinblick auf die Gewährleistung der Sicherheit aller Nutzer, Rechnung zu tragen. Alle Maßnahmen des Wirtschaftsplanes wurden umgesetzt.

Parallel dazu setzt sich die Gesellschaft gemeinsam mit der Landesentwicklungsgesellschaft des Freistaats Thüringen und der Gemeinde Nobitz aktiv für die Vermarktung des Flugplatzes sowie der unmittelbar angrenzenden Industrie- und Gewerbeflächen ein. In arbeitsteiliger Form nehmen die Verantwortlichen an Messen u. ä. Vermarktungsveranstaltungen teil.

2. Wirtschaftliche Lage

2.1. Vermögens- und Finanzlage

Das bilanzielle Gesamtvermögen hat sich im Geschäftsjahr 2017 um TEUR 97 auf TEUR 2.589 verringert. Der Anteil des Anlagevermögens am Gesamtvermögen lag bei 92,8 % (Vorjahr: 93,1 %), der Anteil des Umlaufvermögens am Gesamtvermögen bei 7,3 % (Vorjahr: 3,6 %).

Anhand der nachfolgenden Kapitalflussrechnung wird die finanzielle Entwicklung dargestellt. Aus ihr ist erkennbar, wie die von der Gesellschaft erwirtschafteten und die von außen zugeflossenen Finanzierungsmittel im Berichtszeitraum verwendet wurden:

	2017 TEUR	2016 TEUR
Mittelzufluss/-abfluss aus		
laufender Geschäftstätigkeit	-195	-214
Investitionstätigkeit	-82	-94
Finanzierungstätigkeit	+352	+290
Finanzmittelfonds am Ende der Periode	138	63

Zuschüsse der Gesellschafter sind unter der Finanzierungstätigkeit erfasst. Diese betragen im Berichtsjahr TEUR 370 (Vj. TEUR 370).

Im Geschäftsjahr 2017 wurden Investitionen in das Anlagevermögen in Höhe von TEUR 173 vorgenommen. Dies betrifft im Wesentlichen die Erneuerung der meteorologischen Anlagen.

Die Gesellschaft erwirtschaftete im Geschäftsjahr 2017 einen Jahresüberschuss in Höhe von TEUR 46.

2.2. Ertragslage

Die Ertragslage stellt sich tabellarisch wie folgt dar:

	<u>2017</u>	<u>2016</u>	Ergebnis- ver- änderung
	TEUR	TEUR	TEUR
Betriebsleistung	737	599	+135
Aufwendungen für die Betriebsleistung	<u>-744</u>	<u>-695</u>	<u>-49</u>
Betriebsergebnis	-10	-96	+86
Zinsergebnis	<u>-13</u>	<u>-17</u>	<u>+4</u>
Ordentliches Unternehmensergebnis	-23	-113	90
Periodenfremdes Ergebnis	<u>+69</u>	<u>+181</u>	<u>-112</u>
Jahresergebnis	<u>+46</u>	<u>+ 68</u>	<u>-22</u>

Die Betriebsleistung umfasst die Umsatzerlöse und die sonstigen betrieblichen Erträge, soweit nicht periodenfremd. Die Umsatzerlöse stiegen im Geschäftsjahr 2017 im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 59 auf TEUR 420.

Die sonstigen betrieblichen Erträge betrugen im Geschäftsjahr 2017 TEUR 615 und liegen damit unter dem Vorjahrsniveau (TEUR 801). Dies resultiert im Wesentlichen aus der geringeren Auflösung des Sonderpostens (TEUR 116) und gegenüber dem Vorjahr aperiodischen Erträgen.

Der Materialaufwand stieg im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 14 auf TEUR 87, hauptsächlich wegen höherer Aufwendungen für Energie.

Der Personalaufwand ist um insgesamt TEUR 30 auf TEUR 336 angestiegen. Die Abschreibungen sanken um TEUR 165 auf TEUR 265.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen in Höhe von TEUR 278 sind um TEUR 20 gestiegen.

2.3. Nachtragsbericht

Wesentliche Ereignisse nach dem Bilanzstichtag, die eine deutlich andere Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage erforderlich machen würden, haben sich nicht ergeben.

3. Risikobericht

Im Verlauf des Geschäftsjahres 2017 wurden regelmäßig systematische und vollständige Risikoerhebungen vorgenommen. Dabei wurden im Rahmen der Berichterstattung alle wesentlichen Risiken dokumentiert und bewertet. Ergänzend wurden Gegensteuerungsmaßnahmen zur Vermeidung bzw. Verminderung der Risiken eingeleitet.

In die Prozesse des Risikomanagementsystems ist die Geschäftsleitung durch regelmäßige Berichterstattung eingebunden. Monatliche Analysen der Gewinn- und Verlustrechnung sowie der Liquidität sind dabei zu einem entscheidenden Instrument für Geschäftsleitung, Aufsichtsrat und Gesellschafter geworden. Wobei alle Abweichungen auf der Grundlage des Wirtschaftsplanes ausgewertet werden.

Risiken für die künftige Entwicklung der Gesellschaft, die einen wesentlichen Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage haben könnten, sehen wir insbesondere in der Bereitstellung von Gesellschafterzuschüssen. Die Gesellschaft ist derzeit noch nicht in der Lage, aus der operativen Tätigkeit positive Ergebnisse zu erwirtschaften. Der Fortbestand des Unternehmens ist insofern bis auf weiteres wesentlich von Zuschüssen der Gesellschafter zum Verlustausgleich der operativen Tätigkeit abhängig.

Die Europäische Kommission hatte ein Untersuchungsverfahren eingeleitet mit dem Ziel der Überprüfung, ob die zwischen den Behörden und dem Flugplatz Altenburg-Nobitz getroffenen Finanzierungsvereinbarungen sowie die zwischen dem Flugplatz und den sie anfliegenden Luftfahrtgesellschaften geschlossenen Preisnachlass- und Marketingvereinbarungen den EU-Beihilfavorschriften entsprechen.

Dazu hat die EU-Kommission am 15. Oktober 2014 ihre Entscheidung zum Beihilfeverfahren in einem Beschluss mitgeteilt. Wichtig in diesem Beschluss ist, dass gewährte Beihilfen an die FAN GmbH als zulässig angesehen werden und somit nicht zurückgezahlt werden müssen.

Weiterhin wird festgestellt, dass gezahlte Marketingzuschüsse in Höhe von 318.569,00 EUR nebst Zinsen an Ryanair/AMS mit dem Binnenmarkt unvereinbar sind und zurückgefordert werden müssen. Dazu sind entsprechende Schritte zur Rückforderung eingeleitet worden. Das Rückforderungsverfahren wird von der Bundesrepublik Deutschland betrieben. Der Zeitraum der Rückzahlung kann derzeit nicht bestimmt werden. Sollte Deutschland jedoch obsiegen, könnten 318.569,00 EUR nebst Zinsen, die mittlerweile auf einem Notar-Anderkonto lagern, an die FAN GmbH zurück fließen. Damit wäre die Gesellschaft in der Lage, einen wesentlichen Teil ihrer Verbindlichkeiten zu tilgen.

4. Ausblick sowie Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

Der Flugplatz blieb nach der Umstellung von der Flugzone D auf RMZ in vollem Umfang leistungsfähig, sodass auch weiterhin Flugzeuge mit einem Gewicht von über 14 t mit einer Ausnahmegenehmigung landen können. Für den Volkswagenkonzern und seine wichtigsten Zulieferer bleibt der Flugplatz somit weiterhin nutzbar. Sowohl die Volkswagen AG als auch die großen Zulieferer wickeln teilweise ihren Werksflugverkehr über den Flugplatz ab. Hinzu kommt der sukzessiv steigende Flugverkehr im Rahmen von Veranstaltungen (z.B. Künstler, Fußballmannschaften, Sachsenring).

Der Flugplatz konnte 2017 insoweit wieder Planungssicherheit erlangen, als auch der letzte noch verbliebene Rechtsstreit aus der Übergangszeit 2014 durch einen Vergleich beendet worden ist. Seit März 2018 bestehen diesbezüglich keine finanziellen Verpflichtungen mehr.

Gegenwärtig wird auf dem Flugplatz ein Kunstprojekt am Tower umgesetzt. Dieses Projekt ist mit Leader-Mitteln gefördert und mit Eigenmitteln, welche von einem eigens hierfür gegründeten Verein stammen, kofinanziert. Von diesem Projekt erwartet der Flugplatz einen erheblichen Marketingeffekt und eine überregionale Ausstrahlung.

Für die Region stellt der Flugplatz Altenburg-Nobitz ein Infrastrukturobjekt zur Förderung der regionalen Wirtschaft dar. Die Gesellschafter arbeiten weiter am Verkauf der Geschäftsanteile der Flugplatz-GmbH, die diese selbst hält (32 % eigene Anteile). Es wird angestrebt, dass für diese Anteile private Investoren zu gewinnen. Dabei sollen insbesondere Investoren, welche sich zur Absicherung ihrer Investitionen an der Flughafen GmbH beteiligen wollen, Anteile erwerben können. Schrittweise sollen somit private Investoren unter Berücksichtigung der Mehrheitsverhältnisse in der Gesellschaft und der Zweckbindungsfrist des überwiegenden Teils der Fördermittel bis 2025, beteiligt werden.

Der Flugplatz konnte seinen Einnahmen aus der Vermietung des Flugplatzgeländes an die Firma IAV GmbH Ingenieurgesellschaft Auto und Verkehr (autonomes Fahren) kontinuierlich weiter steigern. Gegenwärtig laufen Verhandlungen zur Intensivierung dieser Zusammenarbeit. 2017 wurde diesbezüglich ein Shelter für IAV neu hergerichtet. Aktuell befindet sich der Ausbau einer eigenen Teststrecke auf dem Flughafengelände in Planung. Diese Mischnutzung ist für den Flugplatz maßgeblich, da hierdurch erhebliche Einnahmen generiert werden können.

Daneben sind umfangreiche Bestrebungen im Gange, den Flugplatz einer weiteren Mischnutzung zuzuführen. Es wird angestrebt, diesen auch für unbemannte Flugobjekte dauerhaft zu nutzen. Hierzu liegen bereits mehrere LOI und eine Betriebsvereinbarung vor. Es ist geplant, den Flugplatz zu einem europäischen Drohnenzentrum zu entwickeln. Namhafte Partner aus der Industrie und der Wissenschaft unterstützen das Projekt aktiv.

Weiterhin wird beabsichtigt am Flugplatz die Einrichtung einer 5 G Zone und somit die Realisierung einer neuen Mobilfunktechnologie in Zusammenarbeit mit T-Mobile zu implementieren. Von einer 5 G Überdeckung wird eine Sogwirkung auf weitere gewerbliche Ansiedlungen erwartet.

Der Flugplatz wird auch in den Folgejahren sukzessive die Infrastruktur erhalten bzw. erneuern. Gegenwärtig läuft die Instandsetzung eines vom Sturm 2017 beschädigten Hallendachs. Die zweite Tranche der Erneuerung der meteorologischen Anlage steht unmittelbar bevor. Ebenso werden die Markierungen auf dem Flugplatz erneuert. Diese Maßnahme wird ebenfalls vom Land Thüringen gefördert. In den nächsten Jahren 2019 – 2021 stehen die Sanierung des Vorfelds und von Teilen der Landebahn im Vordergrund.

Über den eigentlichen Geschäftszweck hinaus werden die energiepolitischen Ziele des Landkreises durch den Betrieb von zurzeit zwei Photovoltaik-Anlagen unterstützt. Damit verbunden sind wesentliche Einnahmen die langfristig zur Eigenfinanzierung der Gesellschaft beitragen.

Der Wirtschaftsplan sieht für das Geschäftsjahr 2018 Nachschüsse im Sinne des § 24 des alten Gesellschaftsvertrags in Höhe von TEUR 370 vor.

Zur Sicherstellung der mittelfristigen Finanzplanung ist die Gesellschaft von weiteren Nachschüssen im Sinne des § 18 des neuen Gesellschaftsvertrags und weiteren nicht rückzahlbaren freiwilligen Zuschüssen der Gesellschafter, derzeit TEUR 370, abhängig. Diese Zuschüsse sind notwendig, um die vorhandenen Verbindlichkeiten der Gesellschaft abzutragen und den Investitionsstau abzubauen. Der Betrieb des Flugplatzes ist weiterhin stark von politischen Entscheidungen abhängig.

Die Gesellschaft rechnet unter Berücksichtigung der Gesellschafterzuschüsse mit ausreichenden Liquiditätszuflüssen für das Geschäftsjahr 2018, die nachhaltig zur Tilgung von Verbindlichkeiten geeignet sind. Unser Ziel ist es, durch neue Gesellschafter neue Vermarktungsmöglichkeiten zu erschließen, aktive Wirtschaftsförderung zu betreiben und die Liquiditätslage der Gesellschaft zu verbessern.

Aufbauend auf die zwischenzeitlich erreichten Fortschritte bei der Neuausrichtung der FAN GmbH und weiterer politischer Unterstützung des Flugplatzes als wichtiges Infrastrukturobjekt kann die Gesellschaft in den Folgejahren wirtschaftlich erfolgreich am Markt agieren, wobei die finanzielle Unterstützung durch die Gesellschafter weiterhin erforderlich ist.

Ein Verkauf der Geschäftsanteile an private Investoren ist dabei ebenfalls denkbar. Gegenwärtig werden mit zwei Interessenten Gespräche geführt.

Aufgrund der Größe des Flugplatzes scheint eine weitere Herabstufung des Flugplatzes auf die Flugzone G wirtschaftlich nicht sinnvoll, da hierdurch per Saldo keine signifikanten Einsparungen erzielt werden können und das Projekt Industrieflughafen dann nicht mehr umsetzbar ist.

Nobitz, den 23. April 2018

Westsächsische Entsorgungs- und Verwertungsgesellschaft mbH

Beteiligungsübersicht

Am Westufer 3
04463 Großpösna / OT Störmthal

Tel. 034299 / 530
Fax 034299 / 53 128/129
Email info@e-wev.de

Gründungsdatum 24.06.1991

Rechtsform GmbH

Gründung durch Beschluss am

Letzte Änderung am 17.06.2010

Handelsregistereintrag am 05.02.1992 unter HR B 4545

Gesellschafter / Stammkapital

Stammkapital		1.000.000,00 €
Gesellschafter	Anteil	Anteil
Zweckverband Abfallwirtschaft Westsachsen	51,0000 %	510.000,00 €
Westsächsische Entsorgungs- und Verwertungsgesellschaft mbH	49,0000 %	490.000,00 €

Unternehmensgegenstand / Unternehmenszweck

Gegenstand des Unternehmens sind entsprechend § 2 des Gesellschaftsvertrages die Planung, der Bau und der Betrieb von Verwertungs- und Beseitigungsanlagen, vorrangig in der Region Westsachsen im Verbandsgebiet des ZAW. Hierzu gehört auch die Erfüllung aller sonstigen Aufgaben im Bereich der Abfallwirtschaft, sofern sie der Erfüllung des Unternehmensgegenstandes nach vorstehendem Satz 1 dienen.

Finanzbeziehungen

Leistungen des Unternehmens an den Landkreis	in €
----------------------------------------------	------

Leistungen des Landkreises an das Unternehmen	in €
-----------------------------------------------	------

Bürgschaften	in €
Unternehmen an den Landkreis	
Landkreis an das Unternehmen	

Darlehen	in €
Unternehmen an den Landkreis	
Landkreis an das Unternehmen	

Unterbeteiligungen

	Anteil	Anteil in €
Westsächsische Entsorgungs- und Verwertungsgesellschaft mbH	49,0000 %	490.000,00

Alle weiteren Angaben gemäß § 99 SächsGemO zur Westsächsischen Entsorgungs- und Verwertungsgesellschaft mbH sind im Beteiligungsbericht des Zweckverbandes Abfallwirtschaft Westsachsen (ZAW) dargestellt.

Einzeldarstellung der Zweckverbände sowie deren Beteiligungsberichte

- 1. Rettungszweckverband der Versorgungsbereiche Landkreis Leipzig und Region Döbeln (LK Mittelsachsen)**
- 2. Zweckverband Abfallwirtschaft Westsachsen**
Beteiligungsbericht für die Westsächsische Entsorgungs- und Verwertungsgesellschaft mbH
- 3. Zweckverband für Tierkörperbeseitigung Sachsen**
- 4. Zweckverband für den Nahverkehrsraum Leipzig**
Beteiligungsbericht für die Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH
- 5. Kulturreum Leipziger Raum**
- 6. Regionaler Planungsverband Westsachsen**
- 7. Kommunalen Sozialverband Sachsen**
- 8. Sparkassenzweckverband für die Stadt- und Kreissparkasse Leipzig**
- 9. Kommunale Informationsverarbeitung Sachsen (KISA)**

Rettungszweckverband der Versorgungsbereiche Landkreis Leipzig und Region Döbeln (LK Mittelsachsen)

Beteiligungsübersicht

Heinrich-Zille-Straße 3
04668 Grimma

Tel. 03437 / 933 0
Fax 03437 / 933 111
Email RZV_DLLMLTL@t-online.de

Gründungsdatum 08.12.1995
Rechtsform Zweckverband

Verbandsmitglieder / Stammkapital

Gesamtstimmen		10,00
Verbandsmitglieder	Anteil	Anteil
Landkreis Leipzig	60,0000 %	6,00

Unternehmensgegenstand / Unternehmenszweck

Der Zweckverband ist Träger des Rettungsdienstes in seinem Zweckverbandsgebiet. Er hat insbesondere die Aufgaben:

- eine bedarfsgerechte Versorgung der Bevölkerung mit der Leistung der Notfallrettung und des Krankentransportes sicherzustellen;
- auf der Grundlage des Landesrettungsdienstplanes einen Bereichsplan aufzustellen;
- den Bereichsrat für den Rettungsdienst zu bestellen und in grundsätzlichen Angelegenheiten anzuhören;
- die gemeinsame Leitstelle der Feuerwehr und des Rettungsdienstes nach § 3 Abs. 2 Buchstabe b) des Gesetzes über den Brandschutz und die Hilfeleistung der Feuerwehren bei Unglücksfällen und Notständen im Freistaat Sachsen und § 9 Abs. 1 des Gesetzes über Rettungsdienst, Notfallrettung und Krankentransport für den Freistaat Sachsen vom 04. Juli 1994 zu errichten, zu unterhalten und zu betreiben;
- Gebühren für die Durchführung von Notfallrettung und Krankentransport und die Inanspruchnahme der Dienste der Rettungsleitstelle auf Grund einer Satzung festzusetzen.

Weiterhin nimmt der Zweckverband für seine Verbandsmitglieder folgende Aufgaben wahr:

- er übt die Funkaufsicht gegenüber allen Teilnehmern im BOS-Funk aus und ist Antragsteller zur Erteilung von Funkgenehmigungen;
- er ist Kommunikationsstelle für Ordnungs- und Sicherheitsaufgaben seiner Verbandsmitglieder;
- er übt die Aufsicht über die Vertragsdurchführung der Leistungserbringer im Rettungsdienst aus.

Finanzbeziehungen

Leistungen des Zweckverbandes an den Landkreis	in €
------------------------------------------------	------

Leistungen des Landkreises an den Zweckverband	in €
Verlustabdeckung	569.206,65

Bürgschaften	in €
Zweckverband an den Landkreis	
Landkreis an den Zweckverband	

Darlehen	in €
Zweckverband an den Landkreis	
Landkreis an den Zweckverband	

Lagebericht 2017

Wesentliche Sachverhalte aus dem Lagebericht zum Berichtsjahr und dem darauffolgenden Geschäftsjahr einschließlich Risiken der künftigen Entwicklung

I. Allgemeines

Die ehemaligen Landkreise Döbeln, Leipziger Land und Muldentalkreis haben auf der Grundlage des Gesetzes über die kommunale Zusammenarbeit (SächsKomZG) die Aufgaben nach dem Sächsischen Gesetz über den Brandschutz, Rettungsdienst und Katastrophenschutz (SächsBRKG) und auf der Grundlage der Verordnung über Rettungsdienstbereiche und gemeinsame Leitstellen der Feuerwehr und des Rettungsdienstes (LeitStVO) auf einen gemeinsamen Rettungszweckverband übertragen.

Der Rettungszweckverband wurde auf der Grundlage der Beschlüsse der Kreistage

- Leipziger Land vom 17. Mai 1995,
- Döbeln vom 29. Mai 1995,
- Muldentalkreis vom 8. Juni 1995

am 8. Dezember 1995 durch das Regierungspräsidium genehmigt und öffentlich bekannt gemacht. Die Geschäftstätigkeit des Rettungszweckverbandes begann durch Beschluss der Verbandsversammlung am 1. Januar 1996. Durch Kreisgebietsreform fusionierten die ehemaligen Landkreise Leipziger Land und Muldentalkreis ab 1. August 2008 zum Landkreis Leipzig. Der Landkreis Döbeln verband sich mit den Landkreisen Mittweida und Freiberg zum Landkreis Mittelsachsen. Infolgedessen wurde der Rettungszweckverband durch Beschluss der Verbandsversammlung am 3. November 2008 umbenannt in „Rettungszweckverband der Versorgungsbereiche Landkreis Leipzig und Region Döbeln (Landkreis Mittelsachsen)“.

Der Rettungszweckverband umfasst das Gebiet des ehemaligen Landkreises Döbeln und des Landkreises Leipzig mit einer Fläche von 2.071,88 km² mit 322.060 Einwohnern (Stand 31. Dezember 2016).

Der Rettungszweckverband als Träger des Rettungsdienstes und verantwortlicher Betreiber der Leitstelle für Rettungsdienst und Brandschutz hat als wesentliche Grundaufgaben die bedarfsgerechte Versorgung der Bevölkerung mit Leistungen der Notfallrettung und des Krankentransportes sowie die Alarmierung in Brandfällen zu sichern und diese in der Satzung des Rettungszweckverbandes festgeschriebenen Aufgaben quantitativ und qualitativ hochwertig zu erfüllen.

Zur Erfüllung der übertragenen Aufgaben im Bereich der Notfallrettung und des Krankentransportes schloss der Rettungszweckverband im Ergebnis eines Vergabeverfahrens nach § 31 SächsBRKG ab 1. Januar 2014 für die Dauer von zunächst fünf Jahren mit Verlängerungsoption für zwei weitere Jahre mit nachfolgenden Leistungserbringern des Rettungsdienstes und Krankentransportes öffentlich-rechtliche Verträge ab:

- Deutsches Rotes Kreuz Kreisverband Döbeln–Hainichen e. V., Hainichen (Los 1)
- Deutsches Rotes Kreuz Rettungsdienst, Krankentransport und Hilfsdienste im Muldental GmbH, Grimma (Lose 2, 3)
- Deutsches Rotes Kreuz Kreisverband Geithain e. V., Geithain (Los 4)
- Deutsches Rotes Kreuz Rettungsdienst und Krankentransport Leipzig und Umland gGmbH, Zwenkau (Lose 5, 6)

Auf Grundlage des Beschlusses der Verbandsversammlung des Zweckverbandes vom 18. September 2017 (Beschluss Nr. 278/2017) und der nachfolgenden legitimierenden Beschlüsse der Kreistage Landkreis Leipzig vom 8. November 2017 und Landkreis Mittelsachsen vom 18. Oktober 2017 wurde der Zweckverband zum 31. Dezember 2017 aufgelöst und zum 1. Januar 2018 in Liquidation überführt.

II. Grundlage der Wirtschaftsführung

Auf den Zweckverband finden die für Eigenbetriebe geltenden Vorschriften gemäß § 58 Abs. 2 des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit (SächsKomZG) unmittelbare Anwendung. Grundlage der Wirtschaftsführung eines Wirtschaftsjahres ist die erlassene Haushaltssatzung mit Wirtschaftsplan.

Die Verbandsversammlung beschloss in ihrer am 19. September 2016 stattgefundenen 43. Beratung über die Haushaltssatzung mit Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2017. Der Bescheid über die Bestätigung der Gesetzmäßigkeit der Haushaltssatzung mit Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2017 wurde am 3. November 2016 durch die Landesdirektion Sachsen erteilt. Die Haushaltssatzung erhielt keine genehmigungspflichtigen Bestandteile.

Soweit die sonstigen Einnahmen des Zweckverbandes aus Entgelten und Gebühren zur Deckung seines Finanzbedarfes nicht ausreichen, ist gemäß § 13 der Verbandssatzung von den Zweckverbandsmitgliedern eine Umlage zu erheben. Diese wird mit der Haushaltssatzung - getrennt für die Ausgaben des Erfolgs- und Vermögensplanes – festgesetzt. Für das Wirtschaftsjahr 2017 wurden folgende Verbandsumlagen veranschlagt:

	<u>EUR</u>
Erfolgsplan	710.362,00
Liquiditätsplan	0,00
Gesamt:	710.362,00
davon entfielen auf den Landkreis	
Mittelsachsen, Region Döbeln	141.155,35
Leipzig	569.206,65

Die nach § 32 SächsBRKG geführten Entgeltverhandlungen des Rettungszweckverbandes mit den Sozialleistungsträgern legten für das Wirtschaftsjahr 2017 nachstehende Entgelte und Gebühren nach §§ 10 ff. SächsKAG fest:

	Entgelte/Gebühren – Ist -
Gebühr Rettungstransportwagen	293,40 EUR/Einsatz
Gebühr Notarzteinsatzfahrzeug	153,30 EUR/Einsatz
Gebühr Krankentransportwagen	129,80 EUR/Einsatz
	zzgl. 3,50 EUR/km ab Besetzt - km 151

Der jeweilige Entgelt-/Gebührensatz enthält Erstattungsanteile für die Inanspruchnahme der Dienste der Leitstelle.

Im Wirtschaftsjahr 2017 wurden folgende Einsätze entgelt-/gebührenrelevant abgerechnet:

	Einsätze – Ist –
Krankentransporte	22.782 Einsätze = EUR 2.968.181,10
Rettungswageneinsätze	32.220 Einsätze = EUR 9.453.348,00
Notarzteinsätze	16.104 Einsätze = EUR 2.468.473,20

III. Geschäftsverlauf

Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Bauten

Der Rettungszweckverband verfügt über bewegliches Anlagevermögen, welches seit Beginn der Geschäftstätigkeit am 1. Januar 1996 angeschafft wurde. Dieses wurde ergänzt um weiteres bewegliches Anlagevermögen aus Übertragungen von den am Rettungszweckverband beteiligten Landkreisen.

Zu dem festen Anlagenbestand des Rettungsdienstes gehört:

- ein Grundstück mit einer Fläche von 11.112 m² in Deditz, welches mit einer MASTER-DAU-Anlage bebaut ist;
- Grund und Boden mit Gebäudebestand in 04668 Grimma, Heinrich-Zille-Straße 3, welcher mit dem Verwaltungsgebäude des Rettungszweckverbandes mit Leitstelle und Rettungswache Grimma bebaut ist im Rahmen von Erbpacht;
- ein Grundstück in 04808 Wurzen, Kleegasse 1, welches mit der Rettungswache Wurzen bebaut ist im Rahmen von Erbpacht;
- ein Gebäude in 04420 Markranstädt, Teichweg 14, welches als Rettungswache in Form eines Containerbaus betrieben wird sowie
- Grund und Boden in Erbpacht in 04442 Zwenkau, Bahnhofstraße 102 mit einer zum 1. Februar 2017 in Betrieb genommenen Rettungswache.

Investitionen Bauvorhaben/Betriebs- und Geschäftsausstattungen

Investitionsschwerpunkte im Wirtschaftsjahr 2017 waren

- die Ersatzbeschaffung von Medizintechnik (Defibrillatoren, Thoraxkompression, Videolaryngoskope, Perfusersysteme, Beatmungstechnik) für die Ausstattung der rettungsdienstlichen Einsatzmittel des Landkreises Leipzig im Wert von insgesamt EUR 760.736,94;
- der Abschluss des Neubaus einer Rettungswache in Zwenkau im Wert von EUR 225.989,23;
- Investitionskostenzuschüsse zur technischen Ausstattung der IRLS Leipzig in Höhe von EUR 24.437,32 (finanziert aus Verbindlichkeiten)

Darüber hinaus wurden im Wirtschaftsjahr 2017 betriebsnotwendig angeschafft:

- Vermögensgegenstände von geringem Wert in Höhe von EUR 18.781,41;
- ein Krankentransportfahrzeug als Ersatzbeschaffung nach Unfalltotalschaden im Wert von EUR 66.059,41;
- Neu- und Ersatzbeschaffung von Mobiliar und Geschäftsausstattungen für die Rettungswachen im Wert EUR 28.195,22;
- Immaterielle Vermögensgegenstände im Wert von EUR 5.825,78;

- Ersatzbeschaffungen funktechnischer Ausrüstungen im Wert von EUR 25.488,73.

Eigenkapital

Das Eigenkapital entwickelte sich wie folgt:

	Stand 31.12.2016 in EUR	Zugänge/ Einstellungen in EUR	Umbuchungen in EUR	Stand 31.12.2017 in EUR
Kapitalrücklagen	43.459,81	0,00	0,00	43.459,81
Gewinnrücklagen	1.548.166,90	0,00	0,00	1.548.166,90
Vortrag auf neue Rechnung	55.020,27	0,00	368.133,33	423.153,60
Jahresüberschuss 2016	368.133,33	0,00	- 368.133,33	0,00
Jahresfehlbetrag 2017	0,00	- 379.151,71	0,00-	- 379.151,71
Summen	2.014.780,31	- 379.151,71	0,00	1.635.628,60

Das Wirtschaftsjahr 2017 schließt mit einem Jahresfehlbetrag in Höhe von insgesamt EUR 379.151,71. Im Rahmen des Gesamtbetriebsergebnisses ist der Jahresfehlbetrag vollumfänglich durch Gewinnvorträge auf neue Rechnung aus Vorjahren gedeckt.

Aus dem Gesamtergebnis entfällt auf die Kostenträgersparte „Rettungsdienst“ ein Jahresfehlbetrag in Höhe von EUR 476.637,70.

Die Kostenträgersparte „Feuerwehr und sonstige Dienstleistungen“ schließt danach mit einem Jahresüberschuss in Höhe von EUR 97.485,99 das Wirtschaftsjahr 2017 ab.

Der Stand des Vortrages auf neue Rechnung beläuft sich danach zum 31. Dezember 2017 auf EUR 152.506,26 zugunsten der Kostenträgersparte „Feuerwehr und sonstige Dienstleistungen“ und auf EUR 108.504,37 zu Lasten der Kostenträgersparte „Rettungsdienst“ und schließt mit einem Endbestand von insgesamt EUR 44.001,89.

Umsatzerlöse und Leistungsentgelte

Im Bereich Rettungsdienst wurden im Wirtschaftsjahr 2017 Umsatzerlöse in Höhe von EUR 14.922.171,00 (2016: EUR 14.693.789,39) erzielt. Umsatzerlöse aus sonstigen Dienstleistungen des Zweckverbandes wurden in Höhe von EUR 8.900,00 (2016: EUR 12.700,00) aus dem Betrieb der auf die Rettungsleitstelle aufgeschalteten Brandmeldeanlagen erzielt.

Leistungsentgelte unter Einschluss zu leistender Tarifausgleiche an Leistungserbringer wurden in Höhe von EUR 10.905.350,11 (2016: EUR 10.506.371,38) gezahlt.

Lage des Zweckverbandes

Das Wirtschaftsjahr 2017 schließt mit einem Jahresfehlbetrag in Höhe von EUR 379.151,71, welcher nach Kostenträgerrechnung mit einem negativen Betrag von EUR 476.637,70 auf die Kostenträgersparte „Rettungsdienst“ und mit einem positiven Betrag von EUR 97.485,99 auf die Kostenträgersparte „Feuerwehr und sonstige Dienstleistungen“ entfällt.

Als wesentliche ergebnisbeeinflussende Faktoren schlugen sich in der Jahresrechnung 2017 nieder:

- Der Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2017 wurde in den Monaten Juni bis August 2016 erstellt. Zum Zeitpunkt der Erstellung der Zweckverband von einem Vollbetrieb bis längstens 30. Juni 2017 und einer Überleitung der Leitstelle Grimma zu den Integrierten Regionalleitstellen Leipzig und Chemnitz zum 1. Juli 2017 aus. Die Planansätze in der Kostenträgersparte „Rettungsdienst“ teilten sich hiernach in einen Anteil Betrieb des Zweckverbands bis 30. Juni 2017 und einen Fremdleistungsanteil „Integrierte Regionalleitstellen“ ab 1. Juli 2017 auf. In der Kostenträgersparte „Feuerwehr und sonstige Dienstleistungen“ erfolgte die Haushaltsplanung als Zweckverband im Vollbetrieb ausschließlich bis 30. Juni 2017, da die Betriebskostenanteile des Brandschutzes mit der Überleitung der Leitstelle Grimma zum 1. Juli 2017 zu den Integrierten Regionalleitstellen Leipzig und Chemnitz direkt von den Landkreisen Leipzig und Mittelsachsen an die Betreiber zu leisten waren. Das Zeitziel zur Überleitung der Leitstelle Grimma zu den Integrierten Regionalleitstellen Leipzig und Chemnitz wurde aus technischen Gründen nicht erreicht: die Überleitungen wurden am 29. August 2017 für die Region Döbeln zur Integrierten Regionalleitstelle Chemnitz und am 30. August 2017 für den Landkreis Leipzig zur Integrierten Regionalleitstelle

Leipzig vollzogen. Infolge entstanden Differenzen zwischen Haushaltsplanansätzen und Ist-Kosten-Stand. Die Veranlassung zur Erstellung einer Nachtragshaushaltssatzung nach § 77 SächsGemO ergaben sich hieraus nicht, da die Aufwendungen und Erträge des Erfolgsplanes die mit Beschluss - Nummer 249/2013 vom 2. September 2013 festgelegten Erheblichkeitsgrenzen von 3,5 % weder über- noch unterschritten und die zum Zeitpunkt bestehenden Deckungsreserven aus dem Vortrag auf neue Rechnung aus Vorjahren (TEUR 55) das ermittelte Defizit auskömmlich deckte.

- Die im Wirtschaftsplan veranschlagten Aufwendungen in der Kostenträgersparte „Rettungsdienst“ für Fremdleistungen Integrierte Regionalleitstelle Leipzig und Chemnitz (TEUR 456) kompensieren den betriebskostenseitigen Mehraufwand für den Betrieb der Leitstelle Grimma (davon Personalaufwand TEUR 25) vom 1. Juli bis zum 30. August 2017.
- Die Einsatzzahlen im Rettungsdienst gingen mit Überleitung der Leitstelle Grimma zu den Integrierten Regionalleitstellen Leipzig und Chemnitz ab 29. bzw. 30. August 2017 durch veränderte Indikationsgebaren zurück und führten zu Mindereinnahmen in den Umsatzerlösen in Höhe von TEUR 748, welche aus ungeplanten Mehreinnahmen sonstiger betrieblicher Erträge in Höhe von TEUR 145 teilkompensiert werden konnten.
- Nach öffentlich-rechtlichem Vertrag auszugleichende Tarifveränderungen (TEUR 193) im Bereich der Leistungserbringer des Rettungsdienstes führten zu ungeplanten Mehraufwendungen in der Kostenträgersparte „Rettungsdienst“.
- Die Abschreibungen in der Kostenträgersparte „Rettungsdienst“ fallen mit TEUR 432 geringer als geplant aus. Ursachen hierfür liegen maßgeblich im auslieferungsbedingten Aktivierungszeitpunkt zur Medizintechnik sowie nicht erfolgten Investitionsmittelabrufen zur Integrierten Regionalleitstelle Leipzig.
- Die Aufwendungen für Zinsen fielen entgegen der Planungen (TEUR 109) aufgrund der Lage am Finanzmarkt deutlich günstiger aus (TEUR 21).
- Die Verbindlichkeiten des Zweckverbandes gegenüber Sozialleistungsträgern waren zum 31. Dezember 2017 vollumfänglich (EUR 37.344,27) ergebniswirksam zugunsten der Kostenträgersparte „Rettungsdienst“ - bedingt durch die Beendigung der Geschäftstätigkeit des Zweckverbandes – aufzulösen.

Seit dem Jahr 2010 erfolgt die Finanzierung rettungsdienstlicher Investitionen ausschließlich aus Marktkrediten, welche im Rahmen der Regulärabschreibungen über die festgelegten Nutzungsdauern refinanziert werden.

Für das Jahr 2017 sah die Haushaltssatzung keine Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen vor.

Zur Finanzierung der Investitionen des Jahres 2017 wurden aus dem Wirtschaftsjahr 2016 Vormerkungen aus Kreditgenehmigungen in Höhe von EUR 938.933,79 im Rahmen der Ermächtigungen zur Finanzierung von Investitionen übertragen. Hiervon wurden zur Umsetzung der im Wirtschaftsjahr 2017 geplanten Investitionen nach Berücksichtigung verfügbarer eigener Finanzierungsmittel aus angesammelten Abschreibungen, EUR 573.985,00 zur Anteilsfinanzierung der Ersatzbeschaffung von Medizintechnik in Anspruch genommen.

Der Schuldenstand des Zweckverbandes beläuft sich unter Berücksichtigung der im Jahr 2017 getätigten Kreditaufnahme (TEUR 574) und der im Jahr 2017 vollzogenen Tilgungen (TEUR 966) zum 31. Dezember 2017 auf EUR 4.721.977,54 gegenüber Kreditinstituten.

Der Kassenkredit zur laufenden Finanzierung der Ausgaben der Verwaltung beträgt zum Bilanzstichtag EUR 670.116,92 (31.12.2016 EUR 0,00). Der gesamte verfügbare Kontokorrentrahmen (ohne Besicherung) beläuft sich auf TEUR 2.900.

Dem stehen zum 31. Dezember 2017 insbesondere Forderungen aus Rettungsdienstgebühren in Höhe von EUR 2.491.081,76 gegenüber.

IV. Angaben zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Zweckverbandes

Kennzahlenentwicklung

Wirtschaftsjahr		2017	2016
Umsatz	TEUR	15.099	14.889
Materialaufwand	TEUR	11.683	11.135
Materialaufwandsquote	%	77,4	74,8
Personalaufwand	TEUR	1.082	1.238
Personalaufwandsquote	%	7,2	8,3
Durchschnittliche Abschreibungsquote	%	9,6	10,2
Abschreibungen	TEUR	1.236	1.092
Investitionen	TEUR	1.131	4.037
Finanzergebnis	TEUR	-21	-23
Jahresergebnis	TEUR	-379	368
Umsatzrentabilität	%	negativ	2,5
Eigenkapitalrentabilität	%	negativ	18,3
Bilanzstichtag		31.12.2017	31.12.2016
Bilanzsumme	TEUR	7.963	8.367
Anlagevermögen	TEUR	5.501	5.665
Umlaufvermögen und Rechnungsabgrenzungsposten	TEUR	2.462	2.702
Eigenkapital	TEUR	1.636	2.014
Eigenkapitalquote I	%	20,5	24,1
Sonderposten	TEUR	417	585
Eigenkapitalquote II	%	25,8	31,1
Rückstellungen	TEUR	39	42
Verbindlichkeiten	TEUR	5.872	5.726
Fremdkapitalquote	%	74,2	68,9
Anlagendeckungsgrad I	%	37,3	45,9
Anlagendeckungsgrad II	%	106,9	119,1

Ertragslage und ergebnisbeeinflussende Faktoren

Aus den Zahlen der Gewinn- und Verlustrechnung wurde die folgende wirtschaftliche Erfolgsrechnung entwickelt:

	2017		2016		Veränderung	
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
Umsatzerlöse Rettungsdienste, Krankentransporte und sonstige Dienstleistungen	14.931	93,5	14.707	93,7	224	1,5
Erlöse aus Auflösung von Sonderposten	169	1,1	182	1,2	-13	-7,1
Umsatzerlöse gesamt	15.100		14.889		211	1,4
Sonstige betriebliche Erträge	867	5,5	806	5,1	61	7,6
Betriebsleistung	15.967	100,1	15.695	100,0	483	3,1
Materialaufwand	11.683	73,2	11.135	70,9	548	4,9
Personalaufwand	1.082	6,8	1.238	7,9	-156	-12,6
Planmäßige Abschreibungen auf Anlagen	1.236	7,7	1.092	7,0	144	13,2
Sonstige betriebliche Aufwendungen	2.324	14,6	1.839	11,7	485	26,4
Betriebsergebnis	-358	-2,2	391	2,5	-538	<-100,0
Finanzergebnis	-21	-0,1	-23	-0,1	2	-8,7
Jahresfehlbetrag/-überschuss	-379	-2,3	368	2,4	-536	<-100,0

Die Umsatzerlöse aus Leistungen der Notfallrettung und des Krankentransportes stellen sich unter Einfluss zu beachtender ergebniswirksamer Posten dabei im Einzelnen und im Vergleich zum Vorjahr wie folgt dar:

	2017 TEUR	2016 TEUR
Erlöse aus Rettungsdienstleistungen - RTW	9.453	9.516
Erlöse aus Rettungsdienstleistungen - KTW	2.963	2.735
Erlöse aus Rettungsdienstleistungen - NEF	2.469	2.423
Periodenfremde Umsatzerlöse	37	25
Zweckgebundene Abgrenzung Mehrerlöse	0	-5
	14.922	14.694
Erträge aus der Auflösung von Sonderposten	168	182
Erträge aus sonstigen Dienstleistungen	9	13
	15.099	14.889

Zum Jahresergebnis trugen vor allem folgende Einflüsse bei:

- Die Umsatzerlöse des Rettungsdienstes stiegen gegenüber dem Vorjahr um TEUR 221. Dennoch wurde der Planansatzwert des Wirtschaftsjahres 2017 in Höhe von TEUR 15.671 nicht erreicht. Die Steigerung resultiert aus der Erhöhung der Entgelte und Gebühren für die Leistungen des Rettungsdienstes gemäß vollkostendeckender Entgeltberechnung. Ursache für die Unterschreitung des Planansatzwertes um TEUR 749 ist ein Rückgang der Einsätze aufgrund veränderter Einsatzindikationsgebaren nach Vollzug des Übergangs der Leitstelle Grimma zu den Integrierten Regionalleitstellen Leipzig ab 30. und Chemnitz ab 29. August 2017.
- Die Erträge aus der Auflösung von Sonderposten umfassen die Zuwendungen zur Finanzierung des Sachanlagevermögens in Höhe von TEUR 2; die Auflösung der Nutzungsüberlassung von Anlagevermögen in Höhe von TEUR 147; die Auflösung der Zuwendungen des Landes zur Finanzierung von Sachanlagen in Höhe von TEUR 19, welche die im Jahr 2012 durchgeführte Ersatzbeschaffung der digitalen Alarmumsetzer DAU ITC 600 mit Erneuerung des Funkalarmierungsnetzes mit Multimastertechnik im gesamten Verbandsgebiet betrifft.
- Die sonstigen betrieblichen Erträge stiegen gegenüber dem Vorjahr um TEUR 61 aufgrund erzielter Erträge aus dem Abgang von Vermögensgegenständen und Erträgen aus der ertragswirksamen Auflösung von Verbindlichkeiten des Zweckverbandes gegenüber Sozialleistungsträgern.
- Entsprechend des Grundsatzes der Vollständigkeit (§ 246 Abs. 1 HGB) weisen die Budgetzahlungen an Leistungserbringer die jahresbezogenen Aufwendungen des Zweckverbandes gegenüber den Leistungserbringern des Rettungsdienstes im Ergebnis durchgeführter und ab 1. Januar 2014 umgesetzter Vergabeverfahren nach § 31 SächsBRKG in Höhe von EUR 10.905.350,11 – unter Einschluss zu leistender Tarifaufgleiche - aus.
- Der Aufwand für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe stieg gegenüber dem Vorjahr um TEUR 26 und gegenüber dem Planansatz um TEUR 50. Ursache hierfür sind insbesondere höhere Aufwendungen für medizinische Verbrauchsmaterialien nach Einführung neuer Medizingerätetechnik und damit verbundener Marktprodukte.
- Die Personalkosten sanken gegenüber dem Vorjahr um TEUR 156. Sie liegen jedoch mit TEUR 25 über dem Planansatzwert des Wirtschaftsjahres, da die Haushaltsplanung die Teilbetriebsüberleitung der Leitstelle Grimma zu den Integrierten Regionalleitstellen Leipzig und Chemnitz zum 1. Juli 2017 berücksichtigte, jedoch erst zum 29. und 30. August 2017 vollzogen wurde.
- Die Abschreibungen stiegen gegenüber dem Vorjahr um TEUR 144 und unterschritten dennoch den Planansatz im Ergebnis mit TEUR 432. Dies begründet sich insbesondere in der zeitlichen Umsetzung der Ersatzbeschaffung von Medizintechnik und den hieraus resultierenden Aktivierungszeitpunkten als Anlagevermögen.
- Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen stiegen gegenüber dem Vorjahr um TEUR 485 und weisen gegenüber dem Planansatz Mehraufwendungen in Höhe von TEUR 293 aus. Hauptursache hierfür sind die ungeplanten Aufwendungen für den Fortbetrieb der Leitstelle Grimma über den 30. Juni 2017 hinaus.

Finanzergebnis

Das Finanzergebnis setzt sich wie folgt zusammen:

	2017 TEUR	2016 TEUR
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-21	-23
	-21	-23

Das Finanzergebnis hat sich gegenüber dem Vorjahr verbessert (TEUR 2) und liegt mit TEUR 88 unter dem Planansatz. Ursächlich schlagen sich die nicht getätigten Aufnahmen von Investitionskrediten aufgrund verfügbarer eigener Mittel zur Finanzierung der Medizintechnik nieder. Darüber hinaus wirkten der Zeitpunkt der Kreditaufnahme (Dezember 2017) sowie die im Angebotsverfahren erzielten Zinshöhen positiv. Die Höhe der Zinsen für die Inanspruchnahme des Kassenkredites zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben der laufenden Verwaltung blieb ganzjährig unter den planerischen Ansätzen und wirkte sich damit ebenfalls positiv auf das Finanzergebnis.

Im Jahr 2011 wurde ein Investitionskredit aufgenommen für den im Wirtschaftsjahr 2017 EUR 1.174,67 Zinsen anfielen und welcher mit vollständiger Tilgung zum 30. September 2017 erlosch. Ein im Jahr 2013 zur Ersatzbeschaffung von zwei Fahrzeugen und Medizintechnik aufgenommene Investitionskredit war mit EUR 1.199,38 Zinsanteil zu bedienen. Der für die Anteilsfinanzierung der IRLS Leipzig im Jahr 2014 aufgenommene und aus der Genehmigung des Wirtschaftsjahres 2013 vorgemerkte Kredit schlug sich mit einem Zinsanteil von EUR 4.646,26 im Jahr 2017 nieder. Für den am 1. Dezember 2015 aufgenommenen Investitionskredit fielen im Jahr 2017 Zinsen in Höhe von EUR 580,00 an. Der am 30. Mai 2016 aufgenommene Kredit wurde mit Zinsen in Höhe von EUR 3.423,26 bedient. Für den am 15. Dezember 2016 aufgenommenen Kredit fielen im Jahr 2017 EUR 8.692,14 Zinsen an. Der am 21. Dezember 2017 aufgenommene Kredit war im Jahr 2017 noch nicht mit Zinsen zu bedienen. Die Zinsen für den im Geschäftsjahr 2017 in Anspruch genommenen Kassenkredit betragen EUR 1.466,38.

Zur rechtzeitigen Leistung der Budgetzahlungen an die Leistungserbringer mussten aufgrund der durchschnittlichen Laufzeiten in der Zahlungsfrist der kostenpflichtigen Sozialleistungsträger von durchschnittlich 4,5 Wochen zeitweilig Kassenkredite mit entsprechender Verzinsung in Anspruch genommen werden. Die Zinsaufwendungen für die Inanspruchnahme von Kassenkrediten belief sich danach im Jahr 2017 auf insgesamt EUR 1.466,38 (2016: EUR 7.571,83) unter Beachtung des Subsidiaritätsprinzips.

Vermögenslage

Der Vermögens- und Kapitalaufbau des Rettungszweckverbandes zum 31. Dezember 2017 wird anhand der nach Liquidationsgesichtspunkten zusammengefassten Bilanzzahlen dargestellt. Dabei wurden innerhalb von zwölf Monaten nach dem Bilanzstichtag fällige Teilbeträge der Forderungen und Verbindlichkeiten als kurzfristig behandelt, alle anderen – soweit nicht besonders vermerkt – als mittel- und langfristig.

	31.12.2017		31.12.2016		Veränderung	
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
VERMÖGEN						
Anlagevermögen	5.501	72,9	5.665	72,8	-164	-2,9
abzüglich						
Sonderposten zum Anlagevermögen	-417	-5,5	-585	-7,5	168	-28,7
Mittel- und langfristig gebundenes Vermögen	5.084	67,4	5.080	65,3	4	0,1
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	2.430	32,2	2.554	32,8	-124	-4,9
Sonstige kurzfristige Posten	32	0,4	21	0,3	11	52,4
Flüssige Mittel	0	0,0	127	1,6	-127	-100,0
Kurzfristig gebundenes Vermögen	2.462	32,6	2.702	34,7	-240	-8,9
Vermögen insgesamt	7.546	100,0	7.782	100,0	-236	-3,0
KAPITAL						
Kapitalrücklage	43	0,6	43	0,6	0	0,0
Gewinnrücklagen	1.548	20,5	1.548	19,9	0	0,0
Gewinn-/Verlustvortrag	423	5,6	55	0,7	368	>100,0
Jahresfehlbetrag/-überschuss	-379	-5,0	368	4,7	-747	<-100,0
Eigenkapital	1.635	21,7	2.014	25,9	-379	-18,8
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten =						
Mittel- und langfristiges Fremdkapital	3.830	50,8	4.148	53,3	-318	-7,7
Sonstige Rückstellungen	39	0,5	42	0,5	-3	-7,1
Kurzfristige Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	1.561	20,6	966	12,4	595	61,6
Lieferantenschulden	235	3,1	292	3,8	-57	-19,5
Sonstige kurzfristige Posten	246	3,3	320	4,1	-74	-23,1
Kurzfristiges Fremdkapital	2.081	27,5	1.620	20,8	461	28,5
Kapital insgesamt	7.546	100,0	7.782	100,0	-236	-3,0

Das Bruttovermögen besteht zum 31. Dezember 2017 zu 67,4 % (TEUR 5.084 - 2016: zu 65,3 %, d. h. TEUR 5.080) aus eigenmittelfinanziertem Anlagevermögen und zu 32,6 % (TEUR 2.462 - 2016: zu 34,7 %, d. h. TEUR 2.702) aus Umlaufvermögen und Rechnungsabgrenzungsposten. Die Veränderungen resultieren im Wesentlichen aus der Vermögensentwicklung im Jahr 2017 unter Berücksichtigung der Investitionen und Abschreibungen im Wirtschaftsjahr 2017.

Das Gesamtkapital besteht zum 31. Dezember 2017 zu 21,7 % (TEUR 1.635 - 2016: 25,9 %, d. h. TEUR 2.014) aus Eigenkapital sowie zu 50,8 % (TEUR 3.830 - 2016: 53,3 %, d. h. TEUR 4.148) aus mittel- und langfristigem Fremdkapital und zu 27,5 % (TEUR 2.081 - 2016: 20,8 %, d. h. TEUR 1.620) aus kurzfristigem Fremdkapital.

Unter Betrachtung der Vermögens- und Kapitalstruktur ergibt sich folgendes Deckungsverhältnis:

	31.12.2017		31.12.2016		Veränderung
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR
Mittel- und langfristiges Vermögen	5.084	100,0	5.080	100,0	4
Mittel- und langfristiges Kapital	5.465	107,5	6.162	121,3	-697
Überdeckung	381	7,5	1.082	21,3	-701

Das mittel- und langfristig gebundene Vermögen ist durch mittel- und langfristiges Kapital gedeckt.

Finanzlage

Nachfolgende Kapitalflussrechnung gibt einen Überblick zur Herkunft und Verwendung der Finanzmittel sowie zur Offenlegung der Finanzlage des Zweckverbandes:

	2017 TEUR	2016 TEUR
Jahresergebnis	-379	368
Abschreibungen (+)/Zuschreibungen (-) auf Gegenstände des Anlagevermögens	1.236	1.092
Zunahme (+)/Abnahme (-) der Rückstellungen	-3	8
Sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen (+)/Erträge (-)	-168	-182
Gewinn (-)/Verlust (+) aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	59	77
Zunahme (-)/Abnahme (+) der Vorräte, der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	113	-300
Zunahme (+)/Abnahme (-) der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind ¹⁾	-132	-354
Mittelzufluss/-abfluss aus laufender Geschäftstätigkeit	726	709
Erhaltene Zuschüsse zur Finanzierung des Anlagevermögens (+)	0	22
Auszahlungen für Investitionen in das Anlagevermögen (-)	-1.131	-4.037
Mittelzufluss/-abfluss aus der Investitionstätigkeit	-1.131	-4.015
Einzahlungen aus der Begebung von Anleihen und aus der Aufnahme von (Finanz-) Krediten (+)	574	4.221
Auszahlungen für die Tilgung von Anleihen und (Finanz-) Krediten (-) ²⁾	-966	-790
Mittelzufluss/-abfluss aus der Finanzierungstätigkeit	-392	3.431
Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelfonds	-797	125
Finanzmittelfonds am Anfang der Periode (+)	127	2
Finanzmittelfonds am Ende der Periode	-670	127

Die Sicherstellung der Liquidität des Zweckverbandes war durch die zur Verfügung stehenden Kreditlinien im gesamten Wirtschaftsjahr gewährleistet.

Ausblick und Prognose der künftigen Entwicklung

Auf Grundlage des Beschlusses der Versammlung des Zweckverbandes vom 18. September 2017 (Beschluss Nr. 278/2017) und der nachfolgenden legitimierenden Beschlüsse der Kreistage Landkreis Leipzig vom 8. November 2017 und Landkreis Mittelsachsen vom 18. Oktober 2017 wurde der Zweckverband zum 31. Dezember 2017 aufgelöst und zum 1. Januar 2018 in Liquidation überführt. Der Zweckverband in Liquidation wird bis zu dessen vollständiger Abwicklung auf der Grundlage einer Ablösungsvereinbarung zwischen den Landkreisen Leipzig und Mittelsachsen bestehen.

Die Verbandsmitglieder wirken auf eine vollumfängliche Abwicklung des Rettungszweckverbandes zum 31. Dezember 2019 hin.

Die Abwicklung des Rettungszweckverbandes ist gemäß Auseinandersetzungsvereinbarung die Aufgabe des Liquidators. Liquidator ist mangels Satzungsbestimmung der Verbandsvorsitzende. Das Vermögen und die Schulden des Rettungszweckverbandes werden nach der Auseinandersetzungsvereinbarung an die Verbandsmitglieder aufgeteilt, die dem Zweckverband bei der Beschlussfassung über die Auflösung angehören (Landkreise Mittelsachsen und Leipzig).

Die zum 31. Dezember 2017 dem Zweckverband obliegenden Aufgaben gingen zum 1. Januar 2018 für die Region Döbeln in die Zuständigkeit des Landkreises Mittelsachsen und für den Landkreis Leipzig in die Zuständigkeit des Landkreises Leipzig über. Der Landkreis Leipzig führt die Aufgaben des Zweckverbandes in einem kommunalen Eigenbetrieb „Rettungsdienst und Brandschutz“ fort.

Risiken für den Rettungszweckverband bestehen hinsichtlich des Ausfalls der bestehenden Forderungen, welchen durch Wertberichtigungen entgegengewirkt wurde. Darüber hinaus wurden für bestehende Risiken Rückstellungen gebildet.

Zweckverband Abfallwirtschaft Westsachsen

Beteiligungsübersicht

Am Westufer 3
04463 Großpösna/OT Störmthal

Tel. 034299/7050
Fax 034299/705 22
Email info@zaw-wachau.de
Internet <http://www.zaw-sachsen.de>

Gründungsdatum 14.05.1994
Rechtsform Zweckverband

Verbandsmitglieder / Stammkapital

Gesamtstimmen		15,00
Verbandsmitglieder	Anteil	Anteil
Landkreis Leipzig	40,0000 %	6,00

Unternehmensgegenstand / Unternehmenszweck

Der Zweckverband Abfallwirtschaft Westsachsen ist Träger der abfallwirtschaftlichen Belange und Betreiber der Abfallentsorgungsanlagen im Verbandsgebiet. Die Aufgaben des Zweckverbandes sind die Erstellung und Fortschreibung des Abfallwirtschaftskonzeptes, die Erstellung der Abfallbilanzen und die Planung, Errichtung und Betreibung der Abfallentsorgungsanlagen im Verbandsgebiet des ZAW.

Finanzbeziehungen

Leistungen des Zweckverbandes an den Landkreis	in €
Keine	

Leistungen des Landkreises an den Zweckverband	in €
Keine	

Bürgschaften	in €
Zweckverband an den Landkreis	0,00
Landkreis an den Zweckverband	0,00

Darlehen	in €
Zweckverband an den Landkreis	
Landkreis an den Zweckverband	

Lagebericht 2017

Wesentliche Sachverhalte aus dem Lagebericht zum Berichtsjahr und dem darauffolgenden Geschäftsjahr einschließlich Risiken der künftigen Entwicklung

Vorbemerkungen

Der Zweckverband Abfallwirtschaft Westsachsen (ZAW) sowie seine Verbandsmitglieder, die Stadt Leipzig und der Landkreis Leipzig, sind gemäß § 3 (1) des Sächsischen Abfallwirtschafts- und Bodenschutzgesetzes (SächsABG) öffentlich-rechtliche Entsorgungsträger jeweils im Rahmen ihrer Aufgaben.

Der ZAW ist im Rahmen der Gesetze, seiner Verbands-, Abfallwirtschafts- und Maßnahmesatzung sowie von Beschlüssen/Vorgaben seiner Organe tätig.

Insbesondere hat der ZAW gemäß §§ 2 und 4 SächsABG folgende Aufgaben:

- Erstellung und Fortschreibung des Abfallwirtschaftskonzeptes
- Entwicklung einer gesetzeskonformen Verbandsstrategie
- Erstellung der jährlichen Abfallbilanzen
- Planung, Errichtung und Betreibung von Entsorgungsanlagen
- Gewährleistung der Entsorgungssicherheit
- Öffentlichkeitsarbeit und Abfallberatung.

Der ZAW ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts und auf der Grundlage des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit (SächsKomZG) i. V. m. der Sächsischen Gemeindeordnung (SächsGemO) sowie auf der Grundlage des SächsABG zum Erlass von Satzungen berechtigt.

Satzungsgemäß finden für die Wirtschaftsführung und das Rechnungswesen des ZAW die für Eigenbetriebe geltenden Vorschriften entsprechend Anwendung. Der ZAW stellt den Mitgliedern seinen Aufwand auf der Grundlage eines Verrechnungssatzes pro Tonne übergebenen Abfall in Rechnung, der mit der Haushaltssatzung jährlich festgelegt wird.

Der Zweckverband betreibt die Anlagen zur Entsorgung von angefallenen Abfällen als öffentliche Einrichtungen und übt Anschlusszwang über alle im Verbandsgebiet anfallenden Abfälle aus Haushaltungen sowie Abfälle zur Beseitigung aus anderen Herkunftsbereichen an seine Anlagen aus.

Er bedient sich zur Erfüllung seiner Aufgabe – Planung, Errichtung und Betreibung der Entsorgungsanlagen – seiner Tochtergesellschaft, der Westsächsischen Entsorgungs- und Verwertungsgesellschaft mbH (WEV), 04463 Großpösna/OT Störmthal, Am Westufer 3.

Die WEV erhält auf der Grundlage eines Dienstleistungsvertrages mit dem ZAW, an den eine Entgeltvereinbarung gekoppelt ist, ein Betreiberentgelt für die Behandlung der hoheitlichen Abfälle.

Die Öffentlichkeitsarbeit für WEV und ZAW wird auf der Grundlage einer Vereinbarung und einer abgestimmten Jahresplanung maßgeblich durch den ZAW durchgeführt.

Für direkt an den Entsorgungsanlagen übergebene Abfälle aus dem Verbandsgebiet erhalten die Anlieferer auf der Grundlage der Gebührensatzung des ZAW einen Gebührenbescheid. Der ZAW führt das Mahnwesen und die Vollstreckung eigenständig durch. Der Gebührensatzung unterliegt auch der im Eingangsbereich betriebene Kleinanliefererbereich.

Derzeitig wird die Entsorgungssicherheit für das Verbandsgebiet mit dem Betrieb der Zentraldeponie Cröbern (ZDC) und der mechanisch-biologischen Abfallbehandlungsanlage (MBA) Cröbern gewährleistet. Beide Anlagen befinden sich im Eigentum der WEV. Die Betriebsführung beider Anlagen obliegt ebenfalls der WEV. Die bereits geschlossenen Deponien Seehausen und Groitzsch-Wischstauden befinden sich in der Rekultivierungs- und Nachsorgephase unter Verantwortung der WEV.

Der ZAW ist Grundstückseigentümer der drei Deponiegrundstücke und hat der WEV jeweils ein Erbbaurecht bestellt. Im Zusammenhang mit der Umsetzung der Nachnutzungskonzeption für die Deponie Seehausen hat der ZAW mit der Golfpark Leipzig GmbH & Co. KG einen Vertrag über die Begründung eines Erbbaurechtes für Teilflächen abgeschlossen. Für diese Teilflächen wurde das bestehende Erbbaurecht zwischen dem ZAW und der WEV aufgehoben.

Strukturelle und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Die Entsorgung bzw. Behandlung von Siedlungsabfällen in Deutschland erfolgt vorrangig in Müllverbrennungsanlagen (MVA) bzw. in mechanisch-biologischen Abfallbehandlungsanlagen (MBA). Die in den MBA produzierten Ersatzbrennstoffe (EBS) werden in Ersatzbrennstoffkraftwerken (EBA), in diversen Zementwerken sowie in Kohlekraftwerken zur Mitverbrennung eingesetzt.

Nach den Turbulenzen der Jahre 2015 und 2016, die geprägt waren von starken Preisanstiegen und temporären Engpässen insbesondere im Verbrennungsmarkt für Siedlungsabfälle, stellt sich der Entsorgungsmarkt im Jahr 2017 als ausgeglichen dar. Nach Informationen des Brancheninformationsdienstes EUWID (Ausgabe 50.2017) befinden sich mittlerweile der Angebotsmarkt und der Nachfragemarkt im Gleichgewicht. Die Preise seien auf vergleichsweise hohem Niveau stabil. Gleichwohl könnte es möglicherweise künftig wieder „kippen“ und die Preise könnten fallen.

Entsorgungsstandort Cröbern

Am Standort des ZAW und seiner Tochtergesellschaft WEV wird die Zentraldeponie Cröbern (ZDC) betrieben. Inhaberin der Genehmigung zum Betrieb der Deponie (Planfeststellungsbeschluss) ist die WEV.

Auf der ZDC werden gemäß den behördlichen Genehmigungen und unter Einhaltung der Annahmebedingungen und Ablagerungskriterien Abfälle aus dem Verbandsgebiet des ZAW sowie auch Abfälle außerhalb des Verbandsgebietes von der WEV angenommen. Abfälle vom „freien Markt“ werden durch die WEV akquiriert.

Für den ZAW ist hierbei u. a. von Bedeutung, dass mit dem Betrieb der ZDC die notwendige Entsorgungssicherheit für das Deponat, welches bei der Verarbeitung von Restabfällen bzw. kommunalem Sperrmüll in der MBA anfällt, mittel- und langfristig gewährleistet ist.

In Abhängigkeit der künftig zur ZDC angedienten Jahresmengen an zu deponierenden Abfällen wird das Verfüllende der ZDC etwa im Jahr 2035 liegen.

Neben der ZDC wird am Standort Cröbern eine mechanisch-biologische Abfallbehandlungsanlage (MBA) durch die WEV betrieben. In der MBA werden sämtliche hoheitliche Abfallmengen (Restabfall und Sperrmüll) der Verbandsmitglieder des ZAW behandelt. Maßgebliche Outputstoffströme der MBA sind das Deponat, welches auf der ZDC abgelagert wird und eine heizwertreiche Fraktion. Die heizwertreiche Fraktion wird über Vertragspartner der WEV zur thermischen Verwertung abgesteuert.

Geschäftsverlauf

Mengen- und Umsatzentwicklung

Die angedienten Abfallmengen liegen unterhalb der Planung. Im Jahr 2017 wurden dem ZAW von seinen Verbandsmitgliedern 119.231,79 t (Vorjahr: 119.802,04 t) hoheitliche Abfälle angedient. Weiterhin wurden 715,85 t (Vorjahr: 1.426,18 t) gewerbliche Abfälle angenommen. Der Zweckverband erzielte hieraus Umsatzerlöse in Höhe von EUR 20.734.877,00 (Vorjahr: EUR 19.242.932,71), die sich aufgrund der von PwC im Rahmen der Erstellung der Gebührenkalkulation des ZAW (2019/2020) ermittelten Kostenüberdeckung aus dem Jahr 2017 in Höhe von EUR 346.105,00 auf EUR 20.388.772,00 reduzieren.

Die Gesamtumsatzerlöse des Wirtschaftsjahres 2017 setzen sich wie folgt zusammen:

2017	Preis EUR/t	Menge t Plan	Erlöse EUR Plan	Menge t Ist	Erlöse EUR Ist
Umsatzerlöse gesamt			21.299.317		20.621.839,61
Mengen/Umsätze aus Abfallandienung		122.590	21.104.022	119.947,64	20.388.772,00
Restabfall kommunal gesamt	173,35	111.600	19.345.860	110.125,05	19.090.177,48
Restabfall Stadt Leipzig	173,35	83.600	14.492.060	81.475,13	14.123.713,84
Restabfall Landkreis Leipzig	173,35	28.000	4.853.800	28.649,92	4.966.463,64
Sperrmüll kommunal gesamt	173,35	9.290	1.610.422	9.106,74	1.578.653,41
Sperrmüll Stadt Leipzig	173,35	4.800	832.080	3.714,10	643.839,22
Sperrmüll Landkreis Leipzig	173,35	4.490	778.342	5.392,64	934.814,19
Kostenüberdeckung 2017					346.105,00
Gewerbeabfall gesamt		1.700	147.740	715,85	66.046,11
Gewerbeabfall MBA	173,35	200	34.670	130,41	22.205,40
Gewerbeabfall ZDC	75,38	1.500	113.070	585,44	43.840,71
Sonstige Umsatzerlöse			195.295		233.067,61
Verwaltungskosten + Mahngebühren			2.000		750
Verwaltungskostenumlage WEV	6,50		2.000		1.022,46
Sonstige Erträge ZAW/EBZ GPL			5.589		5.589,35
Erbbauzins WEV			154.888		154.887,56
Sonstige Erträge WEV/Bürgschaftsentgelt			30.818		70.818,24

Im Vorjahr entwickelten sich die Umsatzerlöse wie folgt:

2016	Preis	Menge	Erlöse	Menge	Erlöse
	EUR/t	t	EUR	t	EUR
		Plan	Plan	Ist	Ist
Umsatzerlöse gesamt			19.600.793		19.510.726,27
Mengen/Umsätze aus Abfallandienung		121.890	19.331.432	121.228,22	19.242.932,71
Restabfall kommunal gesamt	159,66	111.200	17.754.192	110.216,67	17.597.193,50
Restabfall Stadt Leipzig	159,66	83.200	13.283.712	81.781,16	13.057.179,98
Restabfall Landkreis Leipzig	159,66	28.000	4.470.480	28.435,51	4.540.013,52
Sperrmüll kommunal gesamt	159,66	8.990	1.435.343	9.585,37	1.530.400,20
Sperrmüll Stadt Leipzig	159,66	4.500	718.470	4.571,51	729.887,32
Sperrmüll Landkreis Leipzig	159,66	4.490	716.873	5.013,86	800.512,88
Gewerbeabfall gesamt		1.700	141.897	1426,18	115.339,01
Gewerbeabfall MBA	159,66	200	31.932	124,90	20.184,29
Gewerbeabfall ZDC	73,31	1.500	109.965	1301,28	95.154,72
Sonstige Umsatzerlöse			269.361		267.793,56
Verwaltungskosten + Mahngebühren			2.000		1415,00
Verwaltungskostenumlage WEV	6,50		2.000		1.017,32
Sonstige Erträge ZAW/EBZ GPL			5.589		5.589,35
Erbbauzins WEV			154.888		154.887,55
Sonstige Erträge WEV/Bürgerschaftsentgelt			104.884		104.884,33

Die wirtschaftliche Situation des ZAW stellt sich, insbesondere durch die Überkompensation des Verlustes aus dem Geschäftsjahr 2016, als sehr stabil dar.

Ertragslage

Die Ergebnissituation des ZAW war im Jahr 2017 hauptsächlich von den Umsätzen aus der Abfallannahme (TEUR 20.389; Vorjahr: TEUR 19.243) geprägt. Der Verrechnungssatz gegenüber den Mitgliedern des Verbandes betrug 173,35 EUR/t (Vorjahr: 159,66 EUR/t).

Die Restabfallmengen im Jahr 2017 blieben gegenüber dem Vorjahr nahezu konstant (-137 t); die Sperrmüllmengen gingen im Vergleich zum Vorjahr um ca. 5 % (-479 t) zurück, wobei weiterhin verwertbare Bestandteile des Sperrmülls, wie insbesondere Holz, bereits von den Verbandsmitgliedern aussortiert und einer preisgünstigen Verwertung zugeführt werden.

Das Aufkommen an Gewerbeabfällen (MBA + ZDC) ist analog der letzten Geschäftsjahre sehr gering.

Für die von der WEV erbrachten Leistungen ist ein Behandlungsentgelt durch den Verband zu entrichten, welches die größte Aufwandsposition des ZAW bildet (Betreiberentgelt TEUR 19.287; Vorjahr: TEUR 18.971). Die Differenz zwischen den Erlösen aus der Abfallannahme und dem Betreiberentgelt ist die Marge, die dem ZAW zur Deckung seiner Gesamtaufwendungen zur Verfügung steht.

Zum 31.12.2017 erfolgte durch die WEV eine Zwischenabrechnung auf Grundlage des ermittelten Verwertungspreises der heizwertreichen Fraktion für das Jahr 2017. Im Ergebnis erfolgte eine Gutschrift der WEV gegenüber dem ZAW in Höhe von TEUR 261.

Die den Materialaufwand mindernden Schrotterlöse aus der Verarbeitung der hoheitlichen Abfälle in Höhe von TEUR 160 übersteigen die geplanten Schrotterlöse (TEUR 50) um TEUR 110. Die Schrotterlöse unterliegen teilweise erheblichen Schwankungen, welche mit der hohen Volatilität des Rohstoffmarktes im Zusammenhang stehen.

Auf Grundlage der Vereinbarung zum Bürgerschaftsentgelt zwischen ZAW und WEV vom 25./26. März 2013 wurde für das valutierte Bürgerschaftsvolumen zum 31. Dezember 2016 (TEUR) im Geschäftsjahr 2017 ein von der WEV zu entrichtendes Bürgerschaftsentgelt in Höhe von TEUR 26 vereinnahmt.

Erbbauzinsen wurden auf Grundlage der bestehenden Erbbaurechtsverträge unverändert in Höhe von TEUR 160 vereinnahmt.

Zusätzlich wurde für ein weiteres, durch den ZAW bereits im Jahr 2006 erworbenes Teilgrundstück, ein Erbbauzins als Einmalbetrag in Höhe von TEUR 40 vereinnahmt. Dieser Einmalbetrag soll die auf dem betroffenen Grundstück befindlichen baulichen Anlagen abgelten, welche sich im Zeitpunkt des Grundstückserwerbes durch den ZAW auf dem Grundstück befanden. Der Betrag wird in den sonstigen Erträge WEV dargestellt.

Das Wirtschaftsjahr 2017 wird mit einem Gewinn in Höhe von TEUR 808 (Vorjahr: Jahresverlust TEUR -462) abgeschlossen und weicht damit, insbesondere aufgrund der vorgenannten Sondereffekte, um TEUR 186 vom geplanten Jahresergebnis (TEUR 622) ab. Zudem beeinflusst die zum 31. Dezember 2017 gebildete Rückstellung für die Kostenüberdeckung aus 2017 in Höhe von TEUR 346 das Jahresergebnis mindernd.

Personal

Im Geschäftsjahr 2017 waren in der Geschäftsstelle des ZAW im Jahresdurchschnitt unverändert zum Vorjahr sechs Angestellte beschäftigt. Die Vergütung der Mitarbeiter erfolgt nach TVöD.

Der Personalaufwand setzt sich wie folgt zusammen:

	2017	2016
	EUR	EUR
Löhne und Gehälter	295.177	297.964
Soziale Aufwendungen	51.494	50.233
Summe Personalaufwand	346.671	348.197

Die Rückstellung für Altersteilzeit zum 31. Dezember 2017 wird mit TEUR 0 (Vorjahr: TEUR 17) ausgewiesen. Zum 30. April 2017 hat die einzig verbliebene Mitarbeiterin, die die Altersteilzeitregelung des ZAW seinerzeit in Anspruch genommen hatte, die Passivphase ihrer Altersteilzeitregelung beendet.

Vermögenslage

Die Bilanzsumme ist zum 31. Dezember 2017 im Vergleich zum Vorjahr von TEUR 7.473 um TEUR 433 auf TEUR 7.040 gesunken. Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sind um TEUR 3 gestiegen. Verbindlichkeiten gegenüber Verbandsmitgliedern bestehen nicht.

Durch den Jahresgewinn 2017 (TEUR 808) hat sich das Eigenkapital des ZAW aus dem Vorjahr (TEUR 4.401) um TEUR 808 auf TEUR 5.209 erhöht.

Im nachfolgenden Eigenkapitalspiegel ist die Entwicklung der einzelnen Posten dargestellt:

	Stand am	Veränderung	Stand am
	01.01.2017		31.12.2017
	EUR	EUR	EUR
Allgemeine Rücklage	824.296,43	0,00	824.296,43
Andere Gewinnrücklage BilMoG	21.647,04	0,00	21.647,04
Jahresgewinn/-verlust	3.555.351,42	807.847,28	4.363.198,70
Summe Eigenkapital	4.401.294,89	807.847,28	5.209.142,17

Die Entwicklung der Rückstellungen stellt sich wie folgt dar:

	Stand am	Inanspruch-	Auflösung	Zuführung	Stand am
	01.01.2017	nahme			31.12.2017
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
Altersteilzeit	16.900,00	11.199,06	5.700,94	0,00	0,00
Jahresabschlussaufwendungen	10.040,63	9.906,75	133,88	9.413,00	9.413,00
Prozesskosten	0,60	0,00	0,00	0,00	0,60
Archivierungskosten	19.515,33	0,00	0,00	0,00	19.515,33
Urlaub	6.221,26	6.221,26	0,00	3.339,00	3.339,00
Prämien	22.500,00	10.500,00	0,00	12.000,00	24.000,00
Grunderwerbsteuer	468.796,93	449.626,00	19.170,93	0,00	0,00
Kostenüberdeckung	0,00	0,00	0,00	346.105,00	346.105,00
Summe	543.974,75	487.453,07	25.005,75	370.857,00	402.372,93

Weiterhin prägten die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen (TEUR 1.414; Vorjahr: TEUR 2.516) und die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen (TEUR 15; Vorjahr: TEUR 11) die Gesamtverbindlichkeiten.

Dem stehen das langfristige Anlagevermögen mit TEUR 4.504 (Vorjahr: TEUR 4.510) sowie im Wesentlichen die Forderungen gegen die Verbandsmitglieder aus Gebühren (TEUR 1.759; Vorjahr: TEUR 1.693) gegenüber.

Das langfristig verfügbare Vermögen ist zu 123,3 % (Vorjahr: 97,6 %) durch langfristig verfügbare Mittel gedeckt. Der ZAW hat TEUR 3 (Vorjahr: TEUR 3) in Betriebs- und Geschäftsausstattung investiert.

Finanzlage

Die Finanzlage des ZAW ist in 2017 durchgängig positiv. Im Wirtschaftsjahr 2017 hat sich die Finanzlage des Verbandes trotz der geleisteten Nachzahlungen an die WEV für die Jahre 2015 und 2016 und der gezahlten Grunderwerbssteuer im Zusammenhang mit der Rekommunalisierung der WEV als stabil dargestellt. Zum 31. Dezember 2017 betrug der Bestand an liquiden Mitteln TEUR 732 (Vorjahr: TEUR 1.235).

Die liquiden Mittel werden ausschließlich auf risikolosen Tagesgeldkonten der Geschäftsbanken des Verbandes disponiert. Zinserträge konnten jedoch aufgrund der gegenwärtigen „Null-Zinsphase“ nicht generiert werden. Sogenannte „Negativzinsen“ konnten durch entsprechende Disponierung der Liquidität des Verbandes bei den Geschäftsbanken umgangen werden.

Der Zweckverband verfügte im Wirtschaftsjahr 2017 über eine genehmigte Kassenkreditlinie von TEUR 2.000, die zum Bilanzstichtag ebenso wie im gesamten Wirtschaftsjahr nicht in Anspruch genommen werden musste.

Der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit beträgt im Wirtschaftsjahr 2017 TEUR -499 (Vorjahr: TEUR 305).

Der Zweckverband kann nach § 14 der Verbandssatzung eine Umlage von seinen Verbandsmitgliedern erheben, sofern seine sonstigen Erträge und Einzahlungen zur Deckung des Finanzbedarfs nicht ausreichen. Ein Umlagenerhebungsbedarf ist derzeit jedoch nicht erkennbar.

Finanzbeziehungen im Sinne des § 20 (2) Sächsische Eigenbetriebsverordnung (SächsEigBVO) lagen nicht vor.

Die Geschäftsleitung gibt sich mit der Entwicklung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage in 2017 zufrieden.

Aus- und Weiterbildung

Durch ein geplantes und entsprechend konzipiertes Schulungsprogramm wird sichergestellt, dass alle Mitarbeiter der Geschäftsstelle geeignet geschult, aus- und weitergebildet werden und somit über das Fachwissen verfügen, um die ihnen übertragenen Aufgaben qualitätsgerecht auszuführen.

Qualitätsmanagement

Am 18. Oktober 2017 wurde das Zertifizierungsaudit nach dem Qualitätsmanagementsystem DIN EN ISO 9001:2008 durch die ÖHMI EuroCert GmbH erfolgreich durchgeführt. Das aktuelle Zertifikat ist bis zum 14. September 2018 gültig.

Entsorgungsfachbetrieb

Am 21. September 2017 wurde beim ZAW die Zertifizierung als Entsorgungsfachbetrieb für die abfallwirtschaftlichen Tätigkeiten Handeln und Makeln durch die OEKOTEAM GmbH durchgeführt. Die Prüfung ergab, dass der Zweckverband die Anforderungskriterien eines Entsorgungsfachbetriebes nach EfbV (§§ 3-11) erfüllt und deshalb berechtigt ist, die Bezeichnung Entsorgungsfachbetrieb für die abfallrechtlichen Tätigkeiten Handeln und Makeln zu tragen. Das aktuelle Zertifikat ist bis zum 31. Januar 2019 gültig.

Sonstige wichtige Vorgänge des Jahres

Grunderwerbsteuer i. Z. m. der Rekommunalisierung WEV

Im Nachgang der Rekommunalisierung der WEV im Geschäftsjahr 2015 erfolgte durch den ZAW eine entsprechende Anzeige gegenüber dem Finanzamt, da es sich hierbei um eine sogenannte Anteilsvereinigung handelt, welche eine Grunderwerbsteuerveranlagung durch das Finanzamt auslöst. Im Geschäftsjahr 2016 wurde auf Anforderung des Finanzamtes (Schreiben FA vom 28. September 2016) mit der Bearbeitung der Grundbesitzwerterklärungen begonnen.

Der (erste) Feststellungsbescheid des Finanzamtes Grimma vom 16. Mai 2017 über die gesonderte und einheitliche Feststellung des Grundbesitzwertes für die wirtschaftliche Einheit in Großpösna (Standort Cröbern) wies einen Grundbesitzwert aus, der aufgrund nicht sachgerechter Annahmen des Finanzamtes beruhte. Gegen diesen Bescheid legte der Verband erfolgreich Widerspruch ein. Mit (neuem) Feststellungsbescheid des Finanzamtes Grimma vom 25. Juli 2017 wurde der Grundbesitzwert neu festgesetzt.

Mit entsprechendem Bescheid über die Festsetzung der Grunderwerbssteuer des Finanzamtes Schwarzenberg vom 2. Oktober 2017 konnte die Rückstellung für zu entrichtende Grunderwerbsteuer, die bereits im Jahresabschluss 2015 gebildet und zum 31. Dezember 2016 in gleicher Höhe als Rückstellung belassen wurde, im Geschäftsjahr 2017 aufgelöst werden.

Haushaltssatzung 2017

Der ZAW erlässt gemäß § 14 Abs. 2 seiner Verbandssatzung jährlich eine Haushaltssatzung, die der Erfüllung der Aufgaben des Zweckverbandes nach § 2 der Verbandssatzung Rechnung trägt und in der die Höhe des für das jeweilige Wirtschaftsjahr den Verbandsmitgliedern in Rechnung zu stellenden Verrechnungssatzes pro Tonne angedienter Abfall festzusetzen ist.

Die Haushaltssatzung des ZAW für das Geschäftsjahr 2017 konnte allerdings im Geschäftsjahr 2016 durch die Verbandsversammlung noch nicht beschlossen und somit der Verrechnungssatz noch nicht wirksam festgesetzt werden. Aus Gründen der Unwirtschaftlichkeit musste eine Ausschreibung der WEV aus dem IV. Quartal 2016 zur Absteuerung der heizwertreichen Fraktion teilweise aufgehoben werden. Die Kosten für die Absteuerung der heizwertreichen Fraktion sind jedoch wesentlicher Bestandteil für die Ermittlung des Behandlungsentgeltes zwischen dem ZAW und der WEV. Das von der WEV im Januar 2017 ermittelte Behandlungsentgelt war somit ausdrücklich vorläufig und ging in die Abfallgebührenkalkulation des ZAW für die Jahre 2017 und 2018 ein. Die Abfallgebührenkalkulation des ZAW nach dem Sächsischen Kommunalabgabengesetz (KAG) ist wiederum Grundlage für die Festsetzung der Höhe des Verrechnungssatzes in der Haushaltssatzung des ZAW. Erst in der Gebührenkalkulation für den Zeitraum ab 2019 werden sich bei der hierbei erforderlichen Nachkalkulation für vorhergehende Jahre die Entwicklungen des bislang vorläufigen Behandlungsentgeltes niederschlagen.

Die Verbandsversammlung hat in ihrer Sitzung am 3. April 2017 beschlossen, die ermittelten Ergebnisse der Nachkalkulation für das Jahr 2014 (Kostenüberdeckung) und für den Zeitraum 2015/2016 (Kostenunterdeckung) vollständig im zweijährigen Kalkulationszeitraum 2017/2018 zu berücksichtigen bzw. entsprechend vorzutragen. Die für 2017/2018 vorkalkulierten kostendeckenden Verrechnungs-/Gebührensätze inklusive vollständigem Vortrag der Nachkalkulation(en) wurden bei der Festsetzung des Verrechnungssatzes gegenüber den Verbandsmitgliedern des ZAW in der ebenfalls am 3. April 2017 gesondert beschlossenen Haushaltssatzung 2017 des ZAW sowie im Rahmen der ebenfalls gesondert beschlossenen Änderung der Gebührensatzung des ZAW und bei den entsprechenden Ansätzen in der Wirtschaftsplanung 2017 des ZAW berücksichtigt.

Öffentlich-rechtliche Zweckvereinbarung

Mit Beschluss der Verbandsversammlung in ihrer Sitzung am 26. September 2016 wurde die Zusammenarbeit im Rahmen der öffentlich-rechtlichen Zweckvereinbarung zwischen dem ZAW und dem damaligen Landkreis Delitzsch (Rechtsnachfolger: Landkreis Nordsachsen) vom 11. Dezember 2002 sowie der zur Erfüllung dieser Zusammenarbeit zwischen den beauftragten Dritten untereinander abgeschlossenen Verträge vorzeitig zum 31. Dezember 2017 einvernehmlich beendet. In diesem

Zusammenhang erfolgte die Rücknahme der durch den ZAW mit Schreiben vom 20. Oktober 2008 erklärten außerordentlichen Kündigung der öffentlich-rechtlichen Zweckvereinbarung.

Im Sächsischen Amtsblatt Nr. 2 vom 12. Januar 2017 erfolgte die Bekanntmachung über die Genehmigung der Aufhebung der öffentlich-rechtlichen Zweckvereinbarung durch die Landesdirektion Sachsen als zuständige Rechtsaufsichtsbehörde. Die Aufhebung der öffentlich-rechtlichen Zweckvereinbarung trat mit Ablauf des 31. Dezember 2017 in Kraft.

Risikobericht

Langfristig wird die Lage und Entwicklung des Verbandes vor allem von der weiteren Entwicklung der WEV und dortigen Risikopotenzialen/Chancen beeinflusst. Die Risiken aus vom Verband zugunsten der WEV übernommenen Haftungsverhältnissen nehmen weiter kontinuierlich ab; Inanspruchnahmerisiken waren in den letzten Geschäftsjahren nicht vorhanden und sind mittelfristig auch nicht erkennbar. Ein Schwerpunkt in der WEV bleibt die Ausfinanzierung der künftigen Verpflichtungen für Stilllegung, Rekultivierung und Nachsorge der Zentraldeponie Cröbern.

Risikomanagementsystem (RMS)

Der ZAW hat im Rahmen des Qualitätsmanagementsystems in 2009 begonnen, ein eigenes Risikomanagementsystem zu erarbeiten. 2013 wurde das RMS des ZAW komplett überarbeitet. Es wird quartalsweise aktualisiert und über eine Änderungsmatrix fortgeschrieben. Es erfolgte die Inventarisierung der Risikofelder (Risikoidentifikation und -klassifikation) sowie zugehöriger Gegenmaßnahmen (Risikosteuerung und -bewältigung). Die erfassten Risiken wurden entsprechend festgelegter Skalierungen von Eintrittswahrscheinlichkeiten und Schadenhöhen bewertet (Risikobewertung).

Der ZAW muss externe und interne Risiken aus verschiedenen Bereichen identifizieren und bewerten. Folgende Risikofelder wurden identifiziert:

- Risiken aus der wirtschaftlichen Beteiligung an der WEV
- Kredit- und Bürgschaftsrisiko
- Liquiditätsrisiko
- Risiken durch Änderungen der abfallrechtlichen und strukturellen Rahmenbedingungen.

Daneben stützt sich der ZAW weiterhin auf das Risikomanagement der WEV, da diese die Entsorgungsleistungen für den ZAW durch die mechanisch-biologische Abfallbehandlung bzw. Deponierung erbringt und die WEV im eigenen Namen und auf eigene Rechnung sowohl den Betrieb der mechanisch-biologischen Abfallbehandlungsanlage am Standort Cröbern als auch den Betrieb der Zentraldeponie Cröbern verantwortet. Die Überwachung des Risikomanagements der WEV erfolgt im Wesentlichen durch die Tätigkeiten von entsandten Vertretern des Zweckverbandes im Aufsichtsrat der WEV.

Im ZAW muss zwischen erheblichen Risiken, die aus der wirtschaftlichen Beteiligung an der WEV resultieren, und Risiken aus dem allgemeinen Geschäftsbetrieb unterschieden werden.

Zur wirtschaftlichen Lage des ZAW erfolgt jährlich durch die Landesdirektion Leipzig eine statistische Erhebung zum Frühwarnsystem kreisübergreifender Zweckverbände. Durch das Eintragen von wirtschaftlichen Kennziffern wird eine automatische Bewertung des Risikopotenzials des ZAW vorgenommen. Hierbei gab es für das Jahr 2017 keine Feststellungen.

Risiken aus der wirtschaftlichen Beteiligung an der WEV

Das bedeutsamste Risiko für den ZAW besteht in der Beteiligung an der WEV und den damit bestehenden Verpflichtungen. Risikopotenziale der WEV beeinflussen in der Regel direkt die Entwicklung und Lage des Verbandes.

Es besteht z. B. das latente Risiko, einer veränderten Ertragsstruktur der WEV aufgrund von Unterauslastung der MBA bzw. Mindermengen bei der Direktablagerung bzw. signifikanten Marktpreisveränderungen. Bei der WEV kommt es aus Sicht des ZAW besonders auf eine gesicherte Ausfinanzierung für Rekultivierung und Nachsorge der Zentraldeponie Cröbern an.

Über seine Stellung als alleiniger stimmberechtigter Gesellschafter und der Stellung / Entsendung von Mitgliedern in den Aufsichtsrat der WEV kann der Zweckverband jederzeit seine Kontroll- und Weisungsrechte bei seiner Tochtergesellschaft wahrnehmen bzw. sicherstellen und mögliche Risiken betrachten und bewerten.

In Höhe des Buchwertes der Beteiligung besteht das maximale Risiko für den Bilanzansatz im ZAW.

Kredit- und Bürgschaftsrisiko

Der ZAW trägt gegenüber den Banken das Risiko für Kredite, die zwischen 1991 und 1998 für die Errichtung der ZDC aufgenommen wurden. Das Haftungsrisiko des Verbandes für diese Kredite der WEV umfasste zum 31. Dezember 2017 ein Volumen von TEUR 4.325. Durch vorzeitige Kredittilgungen durch die WEV im Jahr 2016 wurde dieses Risiko für den Verband deutlich gemindert.

Der ZAW hat weiterhin im Zusammenhang mit der Finanzierung der MBA (Gesamt volumen TEUR 52.500) Einredeverzicht nebst Mindestentgeltgarantie (quartalsmäßige Festbeträge in Höhe von TEUR 1.700) erklärt.

Die WEV hatte im Jahr 2005 und 2006 künftige Forderungen der WEV an den ZAW im Barwert von TEUR 52.500 an die die MBA finanzierenden Banken als Sicherheit abgetreten.

Von einer Inanspruchnahme des ZAW aus den eingegangenen Haftungsverhältnissen wird nicht ausgegangen.

Unter Einbeziehung der Kenntnisse über die WEV und deren gute wirtschaftliche Situation sind Anhaltspunkte, dass die WEV ihren Verpflichtungen nicht nachkommen kann, nicht ersichtlich.

Liquiditätsrisiko

Der Bedarf zur Erhebung einer Umlage gegenüber den Verbandsmitgliedern besteht entsprechend des aktuellen Finanzplanungshorizontes nicht, da die Erträge und Einzahlungen zur Deckung des Finanzbedarfes des Verbandes ausreichen.

Zur Sicherstellung der Liquidität verfügt der ZAW zudem über einen genehmigten Kassenkredit in Höhe von TEUR 2.000, auf deren Inanspruchnahme der Verband seit nunmehr vier Jahren nicht mehr angewiesen ist.

Zur Früherkennung von Liquiditätsrisiken stellt der ZAW einen Liquiditätsplan auf und schreibt diesen fort.

Risiken durch Änderungen der abfallrechtlichen Rahmenbedingungen

Risiken der abfallrechtlichen Rahmenbedingungen werden derzeit nicht gesehen.

Chancenbericht

Grundsätzlich ergeben sich für den Verband, insbesondere seit der Rekommunalisierung der WEV mbH im Jahr 2015, auch Chancen für seine weitere Entwicklung, unter anderem durch weitere Aufgabenübertragungen seiner Mitglieder. So wurde zur Sicherstellung der Aufgabe der Entsorgung von Bioabfällen der Verbandsmitglieder durch die Verbandsversammlung in ihrer Sitzung am 18. Dezember 2017 die Errichtung und der Betrieb einer Bioabfallvergärungsanlage am Standort Cröbern ab dem 1. Januar 2020 beschlossen. Der Verband wird sich zur Erfüllung dieser Entsorgungsaufgabe seiner Tochtergesellschaft WEV bedienen.

Weitere Themen werden im Rahmen eines Strategieprozesses zwischen dem Verband und seinen Mitgliedern unter Einbindung der Tochtergesellschaft des ZAW erörtert.

Prognosebericht

Unter der Annahme, dass sich die positive demographische Entwicklung im Verbandsgebiet im Geschäftsjahr 2018 und in den Folgejahren, insbesondere in der Stadt Leipzig fortsetzt, erwartet die Geschäftsleitung ein Umsatzplus für das kommende Geschäftsjahr, basierend auf steigenden Abfallmengen.

Der Zweckverband plant im Geschäftsjahr 2018 mit Umsatzerlösen aus der Andienung von Abfällen in Höhe von TEUR 21.501.

Die steigenden Abfallmengen werden zu einer Erhöhung der Aufwendungen (Materialaufwand) führen, ebenso werden die Personalkosten des Verbandes durch die tariflichen Abschlüsse für den öffentlichen Dienst steigen.

Für das kommende Geschäftsjahr werden Gesamtaufwendungen von TEUR 21.004 erwartet.

Die Geschäftsleitung plant für das Geschäftsjahr 2018 ein positives Jahresergebnis in Höhe von TEUR 688. In den Folgejahren werden weiterhin positive Jahresergebnisse erwartet.

Großpösna, den 12. Juli 2018



Beteiligungsbericht 2017

des

**Zweckverbandes Abfallwirtschaft
Westsachsen**

Zweckverband Abfallwirtschaft Westsachsen
Am Westufer 3
04463 Großpösna / OT Störmthal
Tel./Fax: 034299 / 705-0, -22
Email: info@zaw-sachsen.de
Homepage: www.zaw-sachsen.de



Vorwort

Auf der Grundlage von § 99 Sächsische Gemeindeordnung hat der ZAW der Verbandsversammlung einen Bericht über seine wirtschaftliche Beteiligung, insbesondere über die Entwicklung seiner Gesellschaft vorzulegen und diesen zu veröffentlichen. Der Beteiligungsbericht soll einen detaillierten Einblick in die wirtschaftlichen Daten der Gesellschaft gewähren und damit einen Beitrag zur Transparenz sowie zur Verbesserung von Steuerung und Kontrolle leisten.

Der Beteiligungsbericht wendet sich in erste Linie an die maßgeblichen Entscheidungsträger, für die er ein wichtiges Arbeitsinstrument im Rahmen der Beschlussfassung darstellt. Darüber hinaus soll er interessierten Einwohnern des Verbandsgebietes als Nachschlagewerk dienen.

Der Zweckverband Abfallwirtschaft Westsachsen (ZAW) ist seit Mai 2015 alleiniger Gesellschafter der Westsächsischen Entsorgungs- und Verwertungsgesellschaft mbH (WEV). Der ZAW ist gemäß dem Sächsischen Abfallwirtschafts- und Bodenschutzgesetz (SächsABG) öffentlich – rechtlicher Entsorgungsträger und für bestimmte Aufgaben auf dem Gebiet der Abfallwirtschaft per Gesetz zuständig.

Einen Teil dieser Aufgaben hat er vertraglich auf die WEV übertragen, hauptsächlich die Planung, Errichtung und Betreibung der Entsorgungsanlagen. Mit der Beauftragung einer privaten Gesellschaft ist der ZAW jedoch keinesfalls von der Pflicht und seiner Verantwortung für eine dauerhafte Erfüllung seiner Aufgaben entbunden. Die Verbandsversammlung soll sich anhand des Beteiligungsberichtes einen Überblick über die ordnungsgemäße und rechtskonforme Erfüllung der an die WEV übertragenen Aufgaben verschaffen.

Die WEV wirkt schwerpunktmäßig an der Umsetzung des Abfallwirtschaftskonzeptes des ZAW in die Praxis mit. Die Tätigkeit der WEV wird insbesondere von den geltenden abfallrechtlichen Rahmenbedingungen beeinflusst.

Grundlage des vorliegenden Beteiligungsberichtes 2017 bildet der geprüfte und festgestellte Jahresabschluss der WEV einschließlich des Lageberichts der Geschäftsführung für das Geschäftsjahr 2017.

Großpösna, den 06. Juni 2018

Heiko Rosenthal
Verbandsvorsitzender

André Albrecht
Geschäftsleiter



Inhaltsverzeichnis

Vorwort.....	2
Inhaltsverzeichnis.....	3
1 Beteiligung des ZAW im Überblick / Externe Struktur.....	4
2 Einzeldarstellung der WEV	5
2.1 Allgemeine Angaben zur WEV	5
2.2 Organe der Gesellschaft.....	6
2.2.1 Gesellschafterversammlung.....	6
2.2.2 Aufsichtsrat.....	6
2.2.3 Geschäftsführung.....	6
3 Allgemeines	7
3.1 Ertragslage	7
3.2 Vermögenslage	9
3.3 Finanzlage.....	11
3.3.1 Bürgschaften / Kredite.....	11
3.3.2 Erbbaurechtsverträge.....	11
3.3.3 Dienstleistungsvertrag / Entgeltvereinbarung	11
3.3.4 Investitionstätigkeit.....	12
4 Entwicklung der Unternehmensbereiche	12
4.1 Rückstellungen für Rekultivierung und Nachsorge.....	13
4.2 Sonstige wichtige Vorgänge des Jahres.....	13
4.3 Qualitätsmanagement	14
5 Risikobericht	14
5.1 Risikomanagementsystem	14
5.2 Risiken.....	14
5.3 Chancenbericht	16
5.4 Prognosebericht	16
Erläuterung der Bilanz- und Leistungskennzahlen.....	17
Tabellenverzeichnis	18
Abkürzungsverzeichnis	18



1 Beteiligung des ZAW im Überblick / Externe Struktur



Die vorangestellte Abbildung zeigt die strukturelle Verflechtung zwischen ZAW und WEV.

Der ZAW besteht aus den Verbandsmitgliedern Stadt Leipzig und Landkreis Leipzig. Das Territorium des ZAW erstreckt sich auf 1.944 km² mit 833.390 Einwohnern (Stand: 30.06.2017, Quelle: Statistisches Landesamt Sachsen).



2 Einzeldarstellung der WEV

2.1 Allgemeine Angaben zur WEV

Adresse: Am Westufer 3
04463 Großpösna / OT Störmthal

E-Mail: info@wev-sachsen.de
Homepage: www.wev-sachsen.de

Gründungsjahr: 1991

Unternehmensgegenstand / -zweck:

Die Planung, der Bau und Betrieb von Verwertungs- und Beseitigungsanlagen vorrangig im Verbandsgebiet des ZAW sowie die Durchführung von Entsorgungsdienstleistungen, einschließlich Beratungs-, Logistik- und Serviceleistungen wie dem Handeln und Makeln, Nachweisführung, Analytik, Bauleistungen bei Altlasten oder Demontageprojekte. Vorrangige Unternehmensaufgabe ist für die Deponien des ZAW die Erfüllung der gesetzlichen Verpflichtungen für die Stilllegungs-, Rekultivierungs- und Nachsorgephase sowie die Vorbereitung deren Nachnutzung.

Zum Gegenstand des Unternehmens gehört auch die Erfüllung aller sonstigen Aufgaben im Bereich der Abfallwirtschaft, sofern sie der Erfüllung des Unternehmensgegenstandes dienen.

Rechtsform: GmbH

Stammkapital und Gesellschafter:

Das Stammkapital beträgt € 1.000.000,00 und ist eingeteilt in Geschäftsanteile in Höhe von € 170.000,00, € 340.000,00 und € 490.000,00.

Die Geschäftsanteile verteilen sich wie folgt:

Zweckverband Abfallwirtschaft Westsachsen	510.000,00 €	51,0 %
Eigene Anteile WEV	490.000,00 €	49,0 %

Die eigenen Anteile sind nicht stimmberechtigt. Der ZAW ist faktisch Alleingesellschafter.



2.2 Organe der Gesellschaft

2.2.1 Gesellschafterversammlung

Im Geschäftsjahr 2017 bestand die Gesellschafterversammlung aus Herrn Heiko Rosenthal, dem Bürgermeister für Umwelt, Ordnung und Sport der Stadt Leipzig und Verbandsvorsitzenden des ZAW, sowie dem Landrat des Landkreises Leipzig, Herrn Henry Graichen.

2.2.2 Aufsichtsrat

Die Mitglieder des Aufsichtsrates im Geschäftsjahr 2017 waren:

Name	ausgeübte Tätigkeit
Herr Graichen, Henry Vorsitzender	Landrat Landkreis Leipzig
Herr Rosenthal, Heiko 1. stellv. Vorsitzender	Beigeordneter / Bürgermeister Stadt Leipzig, Dez. III Umwelt, Ordnung, Sport
Herr Albrecht, André	Geschäftsleiter ZAW
Herr Meissner, Jens	Geschäftsführer Kommunalentsorgung Landkreis Leipzig GmbH
Herr Engelmann, Reiner	Lehrer Verbandsrat ZAW

Tabelle 1: Mitglieder des Aufsichtsrates im Geschäftsjahr 2017

2.2.3 Geschäftsführung

Geschäftsführer der WEV im Berichtsjahr war Herr Dipl.-Ing. Bernd Beyer.



3 Allgemeines

Der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2017 wurde von der

Roser GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Steuerberatungsgesellschaft
Niederlassung Leipzig
Petersstr. 39/41
04109 Leipzig

geprüft. Die Abschlussprüfung führte zu keinen Einwendungen.

Risiken, die die Entwicklung der Gesellschaft wesentlich beeinträchtigen können, wurden bei der Abschlussprüfung festgestellt und im Prüfbericht angeführt:

- Auslastungs- und Preisrisiken in Bezug auf die MBA (langfristig),
- Mengenrisiken in Bezug auf die ZDC,
- Zinsrisiken und langfristige Prognoseunsicherheit.

3.1 Ertragslage

Die WEV kann ergebnisseitig auf ein erfolgreiches Geschäftsjahr 2017 zurückblicken. Sie verbucht ein Jahresergebnis in Höhe von 1.075 T€ und schließt damit das Geschäftsjahr besser ab als geplant.

Im Geschäftsjahr 2017 wurde ein Umsatz in Höhe von 53,7 Mio. € erwirtschaftet (im Vorjahr: 46,2 Mio. €).

Die wichtigsten GuV-Daten, einschließlich der zwei vorangegangenen Jahre, sind nachfolgend überblicksmäßig aufgezeigt, die Darstellung folgt der handelsrechtlichen Gewinn- und Verlustrechnung.



	2017 Ist	2017 Plan	2016 Ist	2015 Ist
Umsatz	53.686	39.335	46.234	37.969
Sonstige betriebliche Erträge	1.021	629	1.550	2.262
Gesamtleistung	54.707	39.964	47.783	40.231
Materialaufwand	-14.369	-14.961	-13.939	-10.957
Personalaufwand	-4.771	-4.712	-4.567	-3.999
Abschreibungen	-11.381	-11.050	-12.684	-11.254
Sonstige betriebliche Aufwendungen einschl. Zinsergebnis	-23.062	-9.654	-15.783	-12.736
Betriebliches Ergebnis	1.125	-413	810	1.285
Steuern	-50	91	-50	-51
Jahresergebnis	1.075	-322	760	1.234
Vortrag aus Vorjahr	4.885		4.125	2.891
Gewinnausschüttung				
Bilanzgewinn/-verlust	5.959	-322	4.885	4.125

Tabelle 2: Gewinn- und Verlustrechnung (T€) per 31.12.2017

Die erzielten **Gesamtumsatzerlöse** belaufen sich auf 53.686 T€ und sind damit 36,5% höher als geplant. Der Umsatzanstieg entsteht durch die sehr hohen Erlöse für die Direktablagung.

Der **Materialaufwand** hat sich entsprechend der Entwicklung der Gesamtleistung erhöht. Die höheren Aufwendungen sind u.a. auf die Verwertung der heizwertreichen Fraktion, die temporäre Oberflächenabdichtung, die Entsorgung von Sickerwasser und Konzentrat sowie auftragsbezogene Transportleistungen zurückzuführen.

Die **Abschreibungen** auf das Anlagevermögen liegen mit 11.381 T€ unter dem Vorjahr. Dabei ist die Abschreibung auf den Deponiekörper Cröbern infolge der Erhöhung der Einlagerungsmengen gestiegen. Die Abschreibung von technische Anlagen und Maschinen hat sich vermindert.

Der **Personalaufwand** ist im Vergleich zum Vorjahr um 204 T€ gestiegen und weist bei gestiegener Gesamtleistung eine geringere Personalkostenquote von 8,9 % aus (Vorjahr: 9,9%).

Die durchschnittliche Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer des Geschäftsjahres 2017 beträgt 91 (im Vorjahr: 86). Davon sind 51 Angestellte (im Vorjahr: 37) und 49 Arbeiter (im Vorjahr: 49).



3.2 Vermögenslage

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Bilanzdaten der WEV zum Stichtag 31. Dezember 2017.

AKTIVA

	2017 Ist	2017 Plan	2016 Ist	2015 Ist
Anlagevermögen	49.575	50.593	55.646	64.355
Immaterielles Vermögen	67		134	166
Sachanlagen	49.508	50.593	55.502	64.182
Finanzanlagen	0		11	7
Umlaufvermögen	79.051	57.986	55.693	50.543
Vorräte, Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	7.281	4.939	7.369	5.265
Wertpapiere / liquide Mittel	71.771	53.047	48.323	45.278
Aktive RAP	242	235	306	321
Aktiver Unterschiedsbetrag aus Vermögensrechnung	0	20	8	9
Bilanzsumme	128.869	108.833	111.653	115.229

PASSIVA

	2017 Ist	2017 Plan	2016 Ist	2015 Ist
Eigenkapital	21.055	19.388	19.980	19.221
Gezeichnetes Kapital	510	510	510	1.000
Rücklagen	14.586	19.199	14.586	14.096
Gewinnvortrag / Verlustvortrag	4.885	-322	4.125	2.891
Bilanzgewinn / -verlust	1.075		760	1.234
Sonderposten m. RL-anteil			0	0
Rückstellungen	91.419	70.623	69.861	56.701
Verbindlichkeiten	7.368	8.320	8.088	22.581
Passive RAP	8.404	8.404	11.338	14.272
Passive latente Steuern	622	2.097	2.386	2.454
Bilanzsumme	128.869	108.833	111.653	115.229

Tabelle 3: Bilanzdaten (T€) WEV per 31.12.2017



Der Rückgang der **Bilanzsumme** konnte 2017 gestoppt werden. Die Bilanzsumme hat sich um über 17 Mio. € auf 128.869 T€ erhöht.

Die Aktivseite wurde durch abschreibungsbedingte Rückgänge beim Anlagevermögen sowie durch einen wachsenden Bestand an liquiden Mittel gekennzeichnet.

Die Entwicklung der Passivseite wird durch den starken Anstieg der langfristigen Rückstellungen geprägt.

Die WEV verfügt am 31. Dezember 2017 über bilanzielles **Eigenkapital** in Höhe von 21.055 T€. Es stieg damit im Vergleich zum Vorjahr um den Jahresüberschuss in Höhe von 1.075 T€ und damit um 5,4 %.

Die nachfolgende Tabelle zeigt die wichtigsten Bilanz- und Leistungskennzahlen.

	2017	2016	2015	Maßeinheit
Vermögenssituation				
Anlagenintensität	38,5	49,8	55,8	%
Änderung des Anlagevermögens	81,3	86,5	89,8	%
Kapitalstruktur				
Eigenkapitalquote	16,3	17,9	16,7	%
Fremdkapitalquote	83,7	82,1	83,3	%
Liquiditätskennzahlen				
Liquidität 1.Grades	730,9	608,4	370,3	%
Liquidität 2.Grades	807,6	705,1	416,1	%
working capital	66.541	45.130	35.714	T€
Rentabilität				
Eigenkapitalrendite	5,1	3,8	6,4	%
Gesamtkapitalrendite	9,9	7,5	3,4	%
Geschäftserfolg				
Umsatzrentabilität	2,0	1,6	3,2	%
Pro-Kopf- Umsatz	590,0	537,6	446,7	T€
Kennzahlen der Personalwirtschaft				
Beschäftigte	91	86	85	MA
Personalaufwandsquote	8,9	9,9	10,5	%

Tabelle 4: Bilanz- und Leistungskennzahlen WEV per Bilanzstichtag 2015– 2017



3.3 Finanzlage

Die Finanzlage stellt sich gegenüber dem Vorjahr verbessert da.

Der Bestand an liquiden Mitteln hat sich im Verlauf des Wirtschaftsjahres von 48,3 Mio. € auf 71,8 Mio. € erhöht. Die vorhandenen Finanzmittel wurden zur planmäßigen Tilgung von Altkrediten in Höhe von 0,8 Mio. € (Vorjahr: 14,8 Mio. €, infolge außerordentlicher Tilgungen) und zur Finanzierung der Investitionen verwendet.

In 2017 wurden entsprechend der abgeschlossenen Forfaitierungsverträge 2,9 Mio. € (im Vorjahr: 2,9 Mio. €) des passiven Rechnungsabgrenzungspostens getilgt.

Im Geschäftsjahr 2017 erfolgte keine Ausschüttung an die Gesellschafter.

3.3.1 Bürgschaften / Kredite

Der ZAW hat zur Besicherung von Verbindlichkeiten der WEV Ausfallbürgschaften und Schuldbeiträge übernommen, die sich wie in der unten dargestellten Tabelle entwickeln. Außerdem hat der ZAW Kredite für die MBA Cröbern in einer Gesamthöhe von 52,5 Mio. € über Forfaitierung mit Einredeverzichtserklärung abgesichert.

Übersicht zum 31.12.	2015	2016	2017	2018	2019
Bestand in T€ (alle Kreditinstitute)	19.977	5.164	4.325	3.487	2.649

Tabelle 5: Verpflichtungen gegenüber Kreditinstituten

3.3.2 Erbbaurechtsverträge

Die WEV entrichtete 2017 Erbbauzinsen in Höhe von 195 T€ an den ZAW.

Zentraldeponie Cröbern	140 T€
Zentraldeponie Cröbern – Einmalbetrag, künftig jährlich 3,5 T€	40 T€
Deponie Seehausen	8 T€
Deponie Groitzsch-Wischstauden	7 T€

3.3.3 Dienstleistungsvertrag / Entgeltvereinbarung

Gemäß § 1 Dienstleistungsvertrag betreibt bzw. unterhält die WEV im Auftrag des ZAW die MBA und Zentraldeponie Cröbern sowie die Deponien Seehausen und Groitzsch-Wischstauden nach Maßgabe der behördlichen Zulassungen und der einschlägigen abfall- und umweltrechtlichen Vorschriften. Abfälle, die dem öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger ZAW überlassen werden, sind der WEV zur Behandlung, Verwertung und Ablagerung als beauftragter Dritter im Sinne von § 17 KrWG zu übergeben.



Gemäß § 10 Dienstleistungsvertrag erhält die WEV vom ZAW für die Entsorgung der Abfälle und alle dafür erforderlichen Leistungen ein Entgelt entsprechend Entgeltvereinbarung.

Das Entgelt zur Abfallbehandlung in der MBA in 2017 betrug 138,47 €/t netto bzw. 164,78 €/t brutto. In 2018 erfolgte für 2017 eine Gutschrift des Entgeltes in Höhe von 1,84 €/t netto bzw. 2,19 €/t brutto.

3.3.4 Investitionstätigkeit

Im Wirtschaftsjahr 2017 wurden Investitionen in Höhe von 5,7 Mio. € (Vorjahr: 4,0 Mio. €) getätigt.

Die wesentlichen Investitionen betreffen den Bau eines neuen Ablagerungsbereiches der ZDC, den Bau einer zusätzlichen PV-Anlage, die Anschaffung von Mischertechnik sowie Erweiterung der Brandmeldetechnik für die MBA, beginnende Leistungen zum An- und Umbau des Verwaltungsgebäudes, die Erweiterung des Gasfassungssystems, den Ersatz bzw. die Erweiterung vorhandener Software und Lizenzen und den Ersatz von EDV-Technik. Darüber hinaus wurden diverse Geräte und Ausrüstungen angeschafft.

4 Entwicklung der Unternehmensbereiche

Zentraldeponie Cröbern (ZDC)

In Jahr 2017 betrug die abgelagerte Gesamtabfallmenge 908,9 Tt (im Vorjahr: 774,8 Tt). Seit Beginn des Abfalleinbaubetriebes sind somit 12.275,0 Tt (im Vorjahr: 11.354,6 Tt) abgelagert worden.

Der Verfüllungsgrad zum 31. Dezember 2017 betrug 67% (Vorjahr: 65%).

Mechanisch-biologische Abfallbehandlungsanlage (MBA)

Im Jahr 2017 wurden 189,2Tt (im Vorjahr: 177,3 Tt) durch die Anlage im 1-Schicht-Betrieb verarbeitet. Die Eingangsmenge von kommunalen Rest- und Sperrmüll betrug 138,7 Tt (im Vorjahr: 139,1 Tt).

Altdeponie Seehausen (DSH)

Die Abschlussdokumentation für die Entscheidung der Behörde über die endgültige Stilllegung und Entlassung in die Nachsorgephase ist in Arbeit.

Altdeponie Groitzsch-Wischstauden (DGW)

Die Planungsarbeiten für die endgültige Oberflächenabdichtung der DGW wurden weitergeführt. Grundlage bilden die Bescheide der Landesdirektion Sachsen.

Die gemäß Nachsorgeplan für die Stilllegungsphase durchzuführenden Arbeiten (Sickerwasserfassung und -ableitung einschließlich Monitoring, Grundwassermonitoring, Oberflächenwasserableitung, FID-Messungen und Wirkkontrollen des Gasfassungssystems usw.) für die beiden Altdeponiestandorte DSH und DGW wurden planmäßig durchgeführt und verliefen ohne besondere Vorkommnisse.



4.1 Rückstellungen für Rekultivierung und Nachsorge

Zentraldeponie Cröbern

Die Rückstellungen für die Rekultivierung und Nachsorge wurden bis zum Ende des erwarteten Nachsorgezeitraums im Jahr 2071 unter Berücksichtigung der Kapazität und der vorliegenden Erkenntnisse zu den Nachsorgekosten gebildet. Zum Stichtag 31. Dezember 2017 beträgt die Rückstellung für Rekultivierung und Nachsorge für die ZDC 71.670 T€ (im Vorjahr: 53.233 T€).

Deponie Seehausen

Die Deponie Seehausen wurde zum 30. Juni 2004 stillgelegt. Der Bilanzansatz für Rekultivierung und Nachsorge der Deponie Seehausen für den Zeitraum bis zum Jahr 2044 unter Berücksichtigung der Prognose für die Deponiegasverstromung sowie der alternativen Oberflächenabdichtung beträgt 7.126 T€ (im Vorjahr: 6.790 T€).

Deponie Groitzsch-Wischstauden

Für die Rekultivierung und Nachsorge der bereits im Oktober 2000 vollständig verfüllten Deponie sind bis zum 31. Dezember 2017 Rückstellungen für den Zeitraum bis zum Jahr 2048 für das Altfeld in Höhe von 2.119 T€ (im Vorjahr: 1.728 T€) und für das Neufeld in Höhe von 4.839 T€ (im Vorjahr: 4.553 T€) unter Berücksichtigung der alternativen Oberflächenabdichtung ausgewiesen.

	2015	2016	2017
Zentraldeponie Cröbern	41.381	53.233	71.670
Deponie Seehausen	6.350	6.790	7.126
Deponie Groitzsch- Wischstauden - Neufeld	4.434	4.553	4.839
Deponie Groitzsch- Wischstauden - Altfeld	1.655	1.728	2.119
Gesamt	53.820	66.304	85.754

Tabelle 6: Rückstellungen für Rekultivierung und Nachsorge (T€) 2015 bis 2017

4.2 Sonstige wichtige Vorgänge des Jahres

Im Dezember 2017 endeten vereinbarungsgemäß, infolge der Aufhebung der öffentlich-rechtlichen Zweckvereinbarung zur kommunalen Zusammenarbeit zwischen dem ZAW und dem damaligen Landkreis Delitzsch, die wechselseitigen Vertragsbeziehungen zur Entsorgung der andienungspflichtigen Restabfälle des Landkreises Delitzsch sowie die Abnahme der heizwertreichen Fraktion der WEV.

In 2017 wurden Verwertungsverträge von Outputfraktionen der MBA erneut ausgeschrieben, nachdem eine Ausschreibung im Jahr 2016 kein wirtschaftliches Ergebnis erbrachte. Die neu abgeschlossenen Verwertungsverträge haben eine Laufzeit von 2018 bis 2023, mit der Möglichkeit der einseitigen optionalen Vertragsverlängerung durch die WEV bis 2015.



4.3 Qualitätsmanagement

Im Oktober 2017 fand ein Überwachungsaudit zum Qualitätsmanagementsystem nach ISO 9001:2015 statt. Die Prüfungsgesellschaft ESC Cert GmbH erteilte das Zertifikat erneut bis November 2020.

Die Wiederholungsprüfung gemäß Entsorgungsfachbetriebsverordnung wurde im November 2017 durch ÖKÖ.ZERT. Rieth & Eckhardt GbR durchgeführt. Das erteilte Zertifikat ist bis Mai 2019 gültig.

Im September 2017 wurde durch die ICG Zertifizierung GmbH als akkreditierten Auditor, das Energiemanagementsystem der WEV gemäß DIN EN ISO 50001:2011 zertifiziert. Das erteilte Zertifikat ist bis November 2018 gültig. Die WEV nimmt am Energieeffizienz-Netzwerk Leipzig teil.

5 Risikobericht

5.1 Risikomanagementsystem

Die WEV hat ein Risikofrüherkennungssystem implementiert und dokumentiert, welches unter Einbeziehung aller Fachbereiche die Geschäftsleitung über wesentliche Veränderungen der Risiken unterrichtet und bei der Bewertung der Risiken unterstützt. Es wird mindestens einmal jährlich eine Risikoinventur durchgeführt.

5.2 Risiken

Marktrisiken

Für die ZDC wird sowohl bei der strategischen Ausrichtung als auch bei der Akquisitionsbearbeitung der Schwerpunkt auf Kunden- und Abfallströme gelegt, die im Nahbereich des Unternehmens liegen und kontinuierlich anfallen.

Die demographische Entwicklung der Stadt Leipzig hat eine positive Tendenz. Die Einführung einer flächendeckenden Bio- bzw. Wertstofftonne könnte die Prognoseunsicherheit erhöhen.

Vertragsrisiken

Die Abnahme der Outputströme aus der MBA wurde im Jahr 2017 ausgeschrieben. Die Laufzeit der Verträge beträgt 6 Jahre ab 1. Januar 2018, mit der Option einer Vertragsverlängerung bis 2025. Bei der Auswertung der Angebote wurde festgestellt, dass der Markt aktuell eine höhere Verarbeitungstiefe bei der Produktion der Outputfraktion nicht honoriert. Aus diesem Grund wurde mit der Anpassung der Anlagentechnik der MBA begonnen.

Die abgeschlossenen Verträge sehen eine Preisgleitklausel ab dem 1. Januar 2021 vor, so dass sich die Preise für diese Leistungen ab diesem Zeitpunkt verändern können.

Zins- und Derivatrisiken

Die WEV hat für den Zinsbindungszeitraum eines Darlehens eine Festzinsvereinbarung getroffen, die mit dem Grundgeschäft eines variabel verzinslichen Darlehens eine Bewertungseinheit bildet. Finanzinstrumente werden nur zur Bildung von Bewertungseinheiten eingesetzt.



Aufgrund der Ansparung von liquiden Mitteln zur Erfüllung der künftigen Rekultivierungs- und Nachsorgeverpflichtung besteht eine Abhängigkeit von den am Kapitalmarkt zu erzielenden Renditen für sichere Geldanlagen.

Aufgrund der derzeitigen und weiterhin erwarteten Differenzen zwischen dem von der Bundesbank vorgegebenen Zinssatz gemäß Rückstellungsabzinsungsverordnung und den erreichbaren Verzinsungen für Sicht- und Festgeldguthaben bzw. internen Renditen, werden in den nächsten Jahren für die notwendigen Zinszuführungen zu den Rückstellungen für Rekultivierung und Nachsorge die bestehenden bzw. erwarteten Verzinsungen der externen Geldanlagen durch Zuführungen aus dem Ergebnis ergänzt werden müssen.

Liquiditäts- und Bonitätsrisiko

Die Geldanlagen erfolgen ausschließlich in festverzinslichen Termingeldern bei deutschen Geschäftsbanken.

Das Bonitätsrisiko von Kunden wird durch ein präventives Risikomanagement, die Absicherung des Ausfallrisikos von Forderungen durch einen Warenkreditversicherer bzw. durch Bankbürgschaften sowie ein Mahnwesen begrenzt.

Steuerrisiko

Zu einer Prüfungsfeststellung der Betriebsprüfung der Jahre 2008 – 2010 wurde beim zuständigen Finanzamt Einspruch bzw. Antrag auf verbindliche Zusage eingelegt. Der Einspruch wurde abgewiesen und durch die WEV Klage eingelegt und begründet.

Mit der Betriebsprüfung für die Jahre 2011 bis 2013 wurde im Jahr 2016 begonnen. Die Prüfung war zum Zeitpunkt der Erstellung des Jahresabschlusses noch nicht abgeschlossen. Es wurden bisher noch keine Feststellungen getroffen.

Aufgrund der komplexen Sachverhalte ist es auch künftig nicht auszuschließen, dass im Rahmen von Betriebsprüfungen unterschiedliche Auffassungen bestehen.

Produkt- und Umweltschutzrisiken

Durch einen externen Prüfer wurde 2015 eine umfassende Bewertung von Umweltrisiken nach Umweltschadengesetz für Anlagen und Standorte der WEV mbH durchgeführt. Es handelt sich dabei um die dritte Fortschreibung, nachdem die letzte Prüfung im Jahr 2012 durchgeführt wurde.

In den Jahren 2016 und 2017 erfolgten keine sachlichen Änderungen, sodass keine Aktualisierung notwendig wurde.

Die Risiken der Altdeponien wurden durch die Übertragung vom ZAW an die WEV von dieser übernommen und sind nicht weiter beeinflussbar. Das Risiko am Deponiestandort Groitzsch-Wischstauden wird nach Abschluss der Oberflächenabdichtung weiter reduziert. Bei den übrigen Risiken wurde eingeschätzt, dass die WEV ihnen ein ausreichendes Sicherungskonzept entgegengesetzt.

Für Haftungsrisiken und Schadensfälle wurden Versicherungen fortgeführt, um die möglichen Folgen von im Unternehmen bleibenden Risiken in Grenzen zu halten bzw. sie ganz auszuschließen.



5.3 Chancenbericht

Aus den aufgeführten Risiken ergeben sich auch entsprechende Chancen für die WEV. Bei steigenden Entsorgungsmengen bzw. dem Abbau bestehender Überkapazitäten am Markt, könnten sich die Entsorgungsmengen und -preise erhöhen.

Die Vergärung von Bioabfall stellt eine Chance für die Wertschöpfung und einen Beitrag zum Klimaschutz dar.

Sollten sich zukünftig nachhaltig niedrigere Kostensteigerungsraten oder ein dauerhaft höheres Zinsniveau für Geldanlagen ergeben, können diese Parameteränderungen Chancen in der Rückstellungsentwicklung ergeben.

5.4 Prognosebericht

Im Lagebericht zum 31. Dezember 2016 wurde für das Geschäftsjahr 2017 ein Jahresfehlbetrag kleiner 0,3 Mio. € eingeschätzt. Aufgrund der über den Planannahmen liegenden Erlöse aus Direktablagerungen lag die Unternehmensleistung über den Planannahmen und fiel deutlich besser als prognostiziert aus.

Es wird erwartet, dass der Preisdruck auf die Entsorgungsunternehmen bei mineralischen Abfällen für die Deponie auch im Jahr 2018 bestehen bleibt.

Je nach Preisentwicklung der Abfälle zur Verbrennung in Müllverbrennungsanlagen steigt die Wettbewerbsfähigkeit der MBA. Diese Entwicklungstrends werden bei der Wirtschaftsplanung berücksichtigt.

Dennoch bestehen weiterhin auf mittelfristige und langfristige Sicht erhebliche Prognoseunsicherheiten in Bezug auf die Mengen- und Preisentwicklung bei mineralischen Abfällen, bedingt auch durch mögliche Änderungen bei den gesetzlichen und politischen Rahmenbedingungen. Zinsen und Teuerungsraten sind, aufgrund der langen Betrachtungszeiträume, ebenfalls Faktoren mit Prognoseunsicherheit.

In der Branche gibt es für Abfälle, die MBA-geeignet sind, aktuell ausreichende Abfallbehandlungskapazitäten. Es wird weiterhin davon ausgegangen, dass sich die Abfallmengen auf bestehendem Niveau stabilisieren. Für das Jahr 2018 werden keine wesentlichen steigenden Abfallmengen erwartet.

Die Geschäftsführung der WEV plant, trotz der aktuell schwierigen Rahmenbedingungen und bei einer konservativen Prognose des BilMoG-Zinssatzes, die dem Wirtschaftsplan für das Geschäftsjahr 2018 zugrunde gelegt wurden, ein Jahresergebnis von 2,8 Mio. €. Der hierzu zu realisierende Umsatz beträgt ca. 47,9 Mio.€.



Erläuterung der Bilanz- und Leistungskennzahlen

Anlagenintensität	=	$\frac{\text{Anlagevermögen}}{\text{Gesamtvermögen}} \times 100 \%$	
Änderung des Anlagevermögens	=	$\frac{\text{Anlagevermögens des Geschäftsjahres} - \text{Anlagevermögen des Vorjahres}}{\text{Anlagevermögen des Vorjahres}} \times 100 \%$	
Eigenkapitalquote	=	$\frac{\text{Eigenkapital}}{\text{Gesamtkapital}} \times 100 \%$	
Fremdkapitalquote	=	$\frac{\text{Fremdkapital}}{\text{Gesamtkapital}} \times 100 \%$	
Liquidität 1. Grades	=	$\frac{\text{liquide Mittel}}{\text{kurzfristige Verbindlichkeiten}} \times 100 \%$	
Liquidität 2. Grades	=	$\frac{\text{liquide Mittel} + \text{kurzfristige Forderungen} + \text{Vorräte}}{\text{kurzfristige Verbindlichkeiten}} \times 100 \%$	
Working capital	=	Umlaufvermögen – kurzfristige Verbindlichkeiten	
Personalaufwandsquote	=	$\frac{\text{Personalaufwand}}{\text{Gesamtleistung}} \times 100 \%$	
Eigenkapitalrendite	=	$\frac{\text{Jahresergebnis (Gewinn/Verlust)}}{\text{Eigenkapital}} \times 100 \%$	
Gesamtkapitalrentabilität	=	$\frac{\text{Jahresüberschuss} + \text{Fremdkapitalzinsen}}{\text{Gesamtkapital}} \times 100 \%$	
Umsatzrentabilität	=	$\frac{\text{Gewinn} + \text{Zinsen für Fremdkapital}}{\text{Umsatz}} \times 100 \%$	
Pro-Kopf-Umsatz	=	$\frac{\text{Umsatzerlöse}}{\text{Mitarbeiteranzahl}}$	



Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Mitglieder des Aufsichtsrates im Geschäftsjahr 2017	6
Tabelle 2: Gewinn- und Verlustrechnung (T€) per 31.12.2017	8
Tabelle 3: Bilanzdaten (T€) WEV per 31.12.2017	9
Tabelle 4: Bilanz- und Leistungskennzahlen WEV per Bilanzstichtag 2015– 2017	10
Tabelle 5: Verpflichtungen gegenüber Kreditinstituten	11
Tabelle 6: Rückstellungen für Rekultivierung und Nachsorge (T€) 2015 bis 2017	13

Abkürzungsverzeichnis

DGW	-	Deponie Groitzsch-Wischstauden
DSH	-	Deponie Seehausen
GuV	-	Gewinn- und Verlustrechnung
KrWG	-	Kreislaufwirtschaftsgesetz
MBA	-	mechanisch-biologische Abfallbehandlungsanlage
MVA	-	Müllverbrennungsanlage
SächsABG	-	Sächsisches Abfallwirtschafts- und Bodenschutzgesetz
T€	-	1.000 Euro
Tt	-	1.000 Tonnen
WEV	-	Westsächsische Entsorgungs- und Verwertungsgesellschaft mbH
ZAW	-	Zweckverband Abfallwirtschaft Westsachsen
ZDC	-	Zentraldeponie Cröbern

Zweckverband für Tierkörperbeseitigung Sachsen

Beteiligungsübersicht

Staudaer Weg 1
01561 Priestewitz, OT Lenz

Tel. 035 249 / 7350
Fax 035 249 / 735 25
Email info@tba-sachsen.de
Internet <http://www.tba-sachsen.de>

Gründungsdatum 21.02.1991
Rechtsform Zweckverband

Verbandsmitglieder / Stammkapital

Gesamtstimmen		13,00
Verbandsmitglieder	Anteil	Anteil
Landkreis Leipzig	7,6900 %	1,00

Unternehmensgegenstand / Unternehmenszweck

Der Zweckverband für Tierkörperbeseitigung Sachsen beseitigt unschädlich die im Verbandsgebiet (Direktionsbezirke Dresden, Leipzig und Chemnitz) anfallenden Tierkörper, Tierkörperteile, Erzeugnisse und tierische Nebenprodukte, für die eine gesetzliche Beseitigungspflicht besteht.

Finanzbeziehungen

Leistungen des Zweckverbandes an den Landkreis	in €
Keine	

Leistungen des Landkreises an den Zweckverband	in €
Verlustabdeckung	89.494,27

Bürgschaften	in €
Zweckverband an den Landkreis	
Landkreis an den Zweckverband	

Darlehen	in €
Zweckverband an den Landkreis	
Landkreis an den Zweckverband	

Lagebericht 2017

Adresse

Staudaer Weg 1
01561 Priestewitz/OT Lenz

E-Mail

info@tba-sachsen.de

Homepage

www.tba-sachsen.de

Gründungsjahr

1991

Rechtsform

Zweckverband

Mitglieder/Stimmenanteile

Landeshauptstadt Dresden	1 von 13
Landkreis Bautzen	1 von 13
Landkreis Erzgebirgskreis	1 von 13

Landkreis Görlitz	1 von 13
Landkreis Leipzig	1 von 13
Landkreis Meißen	1 von 13
Landkreis Mittelsachsen	1 von 13
Landkreis Nordsachsen	1 von 13
Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge	1 von 13
Landkreis Vogtlandkreis	1 von 13
Landkreis Zwickau	1 von 13
Stadt Chemnitz	1 von 13
Stadt Leipzig	1 von 13

Organe

Verbandsversammlung
Verwaltungsrat
Verbandsvorsitzender

Verbandsvorsitz

Michael Geisler

Geschäftsführung

Sylvia Schäfer

Abschlussprüfer

ST Treuhand Dr. Leonhardt & Kollegen GmbH, Dresden

Beteiligungen

keine

Mitglieder Verbandsversammlung

- Michael Geisler (Verbandsvorsitzender)
- Arndt Steinbach (Stellvertretender Verbandsvorsitzender)
- Kai Emanuel
- Henry Graichen
- Michael Harig
- Dirk Hilbert
- Jörg Höllmüller
- Rolf Keil
- Barbara Ludwig
- Dr. Christoph Scheurer
- Dr. Ralph Schönfelder
- Frank Vogel

Unternehmensgegenstand/öffentlicher Zweck

Gemäß § 3 der Verbandssatzung hat der Zweckverband folgende Aufgaben:

"(1) Der Verband führt die seinen Verbandsmitgliedern nach den geltenden tierkörperbeseitigungsrechtlichen Vorschriften der Europäischen Union, des Bundes und des Freistaates Sachsen obliegenden Aufgaben an deren Stelle durch.

(2) Er verarbeitet und beseitigt unschädlich die im Verbandsgebiet anfallenden Tierkörper, Tierkörperteile, Erzeugnisse und tierischen Nebenprodukte, deren Beseitigung nach den geltenden tierkörperbeseitigungsrechtlichen Vorschriften in einer Tierkörperbeseitigungsanstalt zu erfolgen hat.

(3) Der Verband errichtet oder erwirbt und betreibt die hierfür erforderlichen Anlagen entweder selbst oder betreibt sie durch Dritte. Auch im Übrigen kann sich der Verband zur Erfüllung seiner Aufgaben Dritter bedienen.

(4) Der Verband kann weitere Aufgaben übernehmen, die mit seiner Zweckbestimmung im Zusammenhang stehen."

Geschäftsmodell und Rechtsgrundlagen

Verbandssatzung

Mit dem am 1. April 2004 erfolgten Beitritt des Zweckverbands für Tierkörper-beseitigung Chemnitz zum 1991 gegründeten Zweckverband für Tierkörperbeseitigung Lenz entstand der für das gesamte Gebiet des Freistaats Sachsen verantwortliche Zweckverband für Tierkörperbeseitigung Sachsen (ZV). Gleichzeitig ist

die Satzung des Zweckverbandes für Tierkörperbeseitigung Sachsen (Verbandssatzung) vom 19. Februar 2004 (SächsABl. S. 273) in Kraft getreten. Diese wurde am 27. April 2004 (1. Änderungssatzung, SächsABl. S. 705), am 9. November 2005 (2. Änderungs-satzung, SächsABl. S. 221), am 3. September 2008 (3. Änderungssatzung, SächsABl. S. 1630) und am 2. Dezember 2014 (4. Änderungssatzung, SächsABl. S. 357) geändert.

Zweckverbandsrecht und Eigenbetriebsrecht

Das Sächsische Gesetz über kommunale Zusammenarbeit (SächsKomZG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. März 2014 (SächsGVBl. S. 196), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 13. Dezember 2017 (SächsGVBl. S. 626) ist für die Rechtsverhältnisse des ZV maßgebend. Gemäß § 2 Abs. 3 der Verbands-satzung und § 58 Abs. 2 SächsKomZG finden die für Eigenbetriebe geltenden Vorschriften über die Wirtschaftsführung, das Rechnungswesen und die Jahresabschluss-prüfung unmittelbar Anwendung.

Tierische Nebenprodukte-Beseitigungsrecht

Das Tierische Nebenprodukte-Beseitigungsgesetz vom 25. Januar 2004 (BGBl. I S. 82), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 4. August 2016 (BGBl. I S. 1966) bildet die bundesrechtliche Vorgabe zur Beseitigung tierischer Nebenprodukte unter Berücksichtigung einschlägiger EU-Verordnungen.

Das Sächsische Ausführungsgesetz zum Tierische Nebenprodukte-Beseitigungs-gesetz und zu weiteren Vorschriften über die Verarbeitung und Beseitigung von nicht für den menschlichen Verzehr bestimmten tierischen Nebenprodukten (SächsAGTierNebG) vom 9. Dezember 2004 (SächsGVBl. S. 579), zuletzt geändert durch Artikel 42 des Gesetzes vom 27. Januar 2012 (SächsGVBl. S. 130) enthält Bestimmungen über Gebühren und Entgelte, die Finanzierung des nicht gedeckten Aufwands sowie die Bestimmung des Einzugsbereichs (Gebiet des Freistaats Sachsen).

Darüber hinaus wird durch dieses Gesetz die EU-Beihilfekonformität umgesetzt, indem 25 % der Aufwendungen für die Beseitigung von Tierkörpern durch die Tierbesitzer getragen werden müssen.

Das SächsAGTierNebG soll bis spätestens zum Februar 2020 an das Bundesrecht angepasst werden.

Mitgliederbestand

Gemäß Sächsischem Kreisgebietsneugliederungsgesetz vom 29. Januar 2008 (SächsGVBl. S. 102), zuletzt geändert durch Artikel 7 des Gesetzes vom 18. Dezember 2013 (SächsGVBl. S. 970) besteht der Freistaat Sachsen ab 1. August 2008 aus 10 Landkreisen und 3 kreisfreien Städten. Der ZV hatte 2017 folgende Mitglieder:

	ehem. Direktionsbezirk Chemnitz	ehem. Direktionsbezirk Dresden	ehem. Direktionsbezirk Leipzig
Landkreise	Erzgebirgskreis Mittelsachsen Vogtlandkreis Zwickau	Bautzen Meißen Sächsische Schweiz-Osterzgebirge Görlitz	Nordsachsen Leipzig
kreisfreie Städte	Chemnitz	Dresden	Leipzig

Organe des Zweckverbands

Organe

Nach der Verbandssatzung hat der ZV als Eigenbetrieb folgende Organe:

Verbandsversammlung
Verwaltungsrat
Verbandsvorsitzender.

Die Zuständigkeiten der Organe sind in der Verbandssatzung abgegrenzt (vgl. insbesondere § 6 der Verbandssatzung).

Verbandsversammlung

Jedes Verbandsmitglied wird von seinem Landrat bzw. Oberbürgermeister in der Verbandsversammlung vertreten. Gemäß § 52 Abs. 3 SächsKomZG können die jeweiligen Hauptorgane der Verbandsmitglieder einen anderen leitenden Bediensteten mit der Vertretung in der Verbandsversammlung wählen. Von dieser Regelung haben nur die Landkreise Görlitz und Mittelsachsen sowie die Stadt Leipzig Gebrauch gemacht.

Verwaltungsrat

Der Verwaltungsrat wurde am 23. September 2015 mit folgender Besetzung gewählt.

Nr.	Name	Amtsbezeichnung	Verbandsmitglied	Funktion	Wahl vom
1	Michael Geisler	Landrat	Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge	Verbandsvorsitzender	23.09.2015 kraft Verbandssatzung (§ 9 Abs. 1)
2	Arndt Steinbach	Landrat	Landkreis Meißen	Stellvertreter des Verbandsvorsitzenden	23.09.2015 kraft Verbandssatzung (§ 9 Abs. 1)
3	Jörg Höllmüller	Zweiter Beigeordneter	Landkreis Mittelsachsen	Verwaltungsratsmitglied	(23.09.2015); Wahl zum Vertreter des Lkr. am 09.12.2015
4	Kai Emanuel	Landrat	Landkreis Nordsachsen	Verwaltungsratsmitglied	23.09.2015
5	Henry Graichen	Landrat	Landkreis Leipzig	Verwaltungsratsmitglied	23.09.2015

Verbandsvorsitzender

Die Wahl des Verbandsvorsitzenden und seines Stellvertreters erfolgten ebenfalls am 23. September 2015.

Nr.	Name	Amtsbezeichnung	Verbandsmitglied	Funktion	Wahl vom
1	Michael Geisler	Landrat	Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge	Verbandsvorsitzender	23.09.2015
2	Arndt Steinbach	Landrat	Landkreis Meißen	Stellvertreter des Verbandsvorsitzenden	23.09.2015

Der Verbandsvorsitzende hat mittels einer Geschäftsordnung über die Betriebsführung Aufgaben an die Geschäftsführerin übertragen.

Jahresabschluss zum 31. Dezember 2016

Die Verbandsversammlung hat den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2016 in ihrer 21. Sitzung am 28. September 2017 festgestellt. Die ortsübliche Bekanntmachung des Feststellungsbeschlusses und des Prüfungsvermerks sind vollzogen.

Forschung und Entwicklung

Die Technik des ZV wird durch eigene Fachkräfte und Fremdfirmen in einem guten, den geltenden Vorschriften entsprechenden Betriebszustand gehalten. Der ZV ist zertifiziert nach den Normen ISO 9001:2011 (Qualitätsmanagement) und DIN EN ISO 50001:2011 (Energiemanagement).

Ein Vorschlagssystem im Rahmen der Zertifizierung soll die Mitarbeiter motivieren, Verbesserungsvorschläge einzubringen. Im Wirtschaftsjahr 2017 wurde ein Verbesserungsvorschlag für den Bereich der Luftwäsche eingereicht und technisch auch umgesetzt.

Wirtschaftsbericht

Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Nach dem strukturellen Umbruch in der Tierkörperbeseitigung infolge der BSE-Krise im Jahre 2001 wurde die Verordnung (EG) Nr. 1774/2002 mit Hygienevorschriften für nicht für den menschlichen Verzehr bestimmte tierische Nebenprodukte erlassen, die eine europaweit einheitliche Rechtsgrundlage schafft. Auf dieser Grundlage wurden Bundes- und Landesrecht geändert. Seit dem 4. März 2011 ist mit der Verordnung (EG) Nr. 1069/2009 die Nachfolgeregelung in Kraft. Das TierNebG wurde am 4. August 2016 geändert.

Mit Wirkung vom 1. April 2005 wurde auf Grundlage des SächsAGTierNebG die Gebührenpflicht für die Beseitigung von Tierkörpern umgesetzt.

Geschäftsverlauf des Beseitigungsbetriebs

Der Entsorgungsbetrieb lief im Jahr 2017 technisch stabil. Die wirtschaftliche Situation des ZV ist geordnet.

Die Verarbeitung lief üblicherweise durchgängig von Montagnachmittag bis Sonnabendmorgen, wobei je nach Rohwareaufkommen zur Wochenmitte die Anlage öfters für einige Stunden außer Betrieb genommen wurde.

Aus der Verarbeitung der Rohware fielen 8.090 t Tiermehl und 2.895 t Tierfett an. Tierfett wurde im Jahr 2017 nicht selbst verbrannt. Der Verkauf des Tierfetts als Rohstoff war angesichts der relativ günstigen Preise bei den Energieträgern Heizöl und Erdgas die wirtschaftlichere Variante.

Um die Rohwaremengen aus dem Bereich Erzgebirge/Vogtland wirtschaftlich zu sammeln und zum Verarbeitungsbetrieb zu transportieren, wird seit 2013 ein LKW-Stellplatz in Oelsnitz bei Chemnitz vorgehalten. Die dort eingesetzten vier Fahrzeuge verfügen über sog. Wechselcontainer. Nach vollständiger Ausnutzung der Arbeitszeit zur Sammlung der Rohware werden die Wechselcontainer mittels Anhängerfahrzeug von einem Überführungsfahrer von Oelsnitz nach Lenz gefahren.

Lage des Zweckverbands (Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage)

Allgemeines

Die Verbandsversammlung hat in ihrer Sitzung am 7. Dezember 2016 die Haushaltssatzung mit dem Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2017 beschlossen. Genehmigungspflichtige Bestandteile waren nicht enthalten. Die Landesdirektion Sachsen als zuständige Rechtsaufsichtsbehörde hat mit Schreiben vom 16. Januar 2017 die Rechtmäßigkeit bestätigt. Die Bekanntmachung der Haushaltssatzung erfolgte im Amtlichen Anzeiger des Sächsischen Amtsblatts am 2. Februar 2017 (S. A 89).

Entwicklung der Kredite

Der ZV hatte keine langfristigen Kredite auszuweisen.

Steuerpflicht des Zweckverbands

Der ZV ist umsatzsteuerlich ein Mischbetrieb. Ein Teil seiner Tätigkeit ist dem steuerpflichtigen Bereich des Betriebs gewerblicher Art (BgA), der übrige Teil dem Hoheitsbereich zuzuordnen. Die nachstehende Tabelle zeigt die Entwicklung der vergangenen Jahre.

Jahr	Laufender Betrieb		Investiver Bereich	
	- gerundet -		- gerundet -	
	hoheitlich	gewerblich	hoheitlich	gewerblich
	%	%	%	%
2013	56	44	39	61
2014	56	44	39	61
2015	55	45	40	60
2016	57	43	40	60
2017	56	44	40	60

Streitige Verfahren

Bis zum 25. April 2018 gibt es keine gerichtsanhängigen Verfahren.

Bestand, Leistungsfähigkeit und Ausnutzungsgrad der Anlage

Das Rohwareaufkommen sicherte eine planmäßige Anlagenauslastung. Die Verarbeitungsmenge stieg leicht auf 31.726 t, nachdem auch im Vorjahr eine leichte Steigerung zu verzeichnen war. Die Steigerung rührt aus einer Zunahme von Tierkörpern aus der Landwirtschaft. Bei Tierkörperteilen aus Schlachtbetrieben und Brütereien kam es hingegen zu Mengenrückgängen. Technisch bedingte Stillstände waren nicht zu verzeichnen.

Investitionen und Instandhaltungen

Bei der Verarbeitung tierischer Nebenprodukte treten hohe Beanspruchungen an den technischen Anlagen auf, die einen hohen Instandhaltungsaufwand sowie den periodischen Ersatz von Verschleißteilen oder ganzen Baugruppen notwendig machen. Die Planansätze für Reparaturen wurden im Berichtsjahr unterschritten.

Laufender Wartungs- und Reparaturaufwand ist auch im Bereich des Fuhrparks nötig. Der Planansatz wurde auf Grund von höherem Reparaturbedarf überschritten.

Zwei LKW wurden beschafft und ersetzen verschlissene Altfahrzeuge. Eines dieser Fahrzeuge wurde gebraucht gekauft. Ebenfalls ersetzt wurde ein LKW-Anhänger und mobile Datenerfassungsgeräte. Neu beschafft wurden zwei Edelstahlabrollcontainer und ein Vakuumfass (Tankcontainer) für den Transport von tierischen Nebenprodukten.

In Betrieb genommen wurde ein Scheibentrockner, der ersatzweise beschafft und im Vorjahr bereits angezahlt wurde. Dabei handelt es sich um eine unserer Schlüssel-komponenten, die planmäßig mehr als 20 Jahre eingesetzt werden soll.

Ersatzinvestitionen wurden für Druckerhöhungsanlagen für Trink- und Brauchwasser, einen Grobbrecher, eine Luftwäsche im Bereich Pressenraum, Rohrketten- und Schneckenförderer, eine Mulde vor der Presse sowie ein Hochdruckreinigerset vorgenommen.

Zur Sicherung des technischen Standards wurden eine Reihe von Werkzeugen, Betriebsausstattungen, Büroeinrichtungen und geringwertige Wirtschaftsgüter (GWG) beschafft.

Die Buchhaltungssoftware wurde ebenfalls erneuert, da der Hersteller die Einstellung der Softwarepflege für die alte Version angekündigt hatte. Ersetzt wurden außerdem eine Drucker-Kopierer-Kombination und ein Datenprojektor.

Anzahlungen erfolgten für eine Schieberolltoranlage sowie ein Abwasserpumpen-system.

Entwicklung des Eigenkapitals und der Rückstellungen

Die Entwicklung des Eigenkapitals stellt sich wie folgt dar:

Nr.	Gegenstand	Anfangsstand	Zugänge	Abgänge	Endstand
		01.01.2017			31.12.2017
		€	€	€	€
1	Zweckgebundene Rücklagen	4.462.602	0	0	4.462.602
	Summe Eigenkapital	4.462.602	0	0	4.462.602

Die Rückstellungen entwickelten sich wie folgt:

	Anfangsstand	Verbrauch	Auflösung	Zuführung	Endstand
	01.01.2017				31.12.2017
	€	€	€	€	€
sonstige Rückstellungen	327.100	190.170	200	187.376	321.906

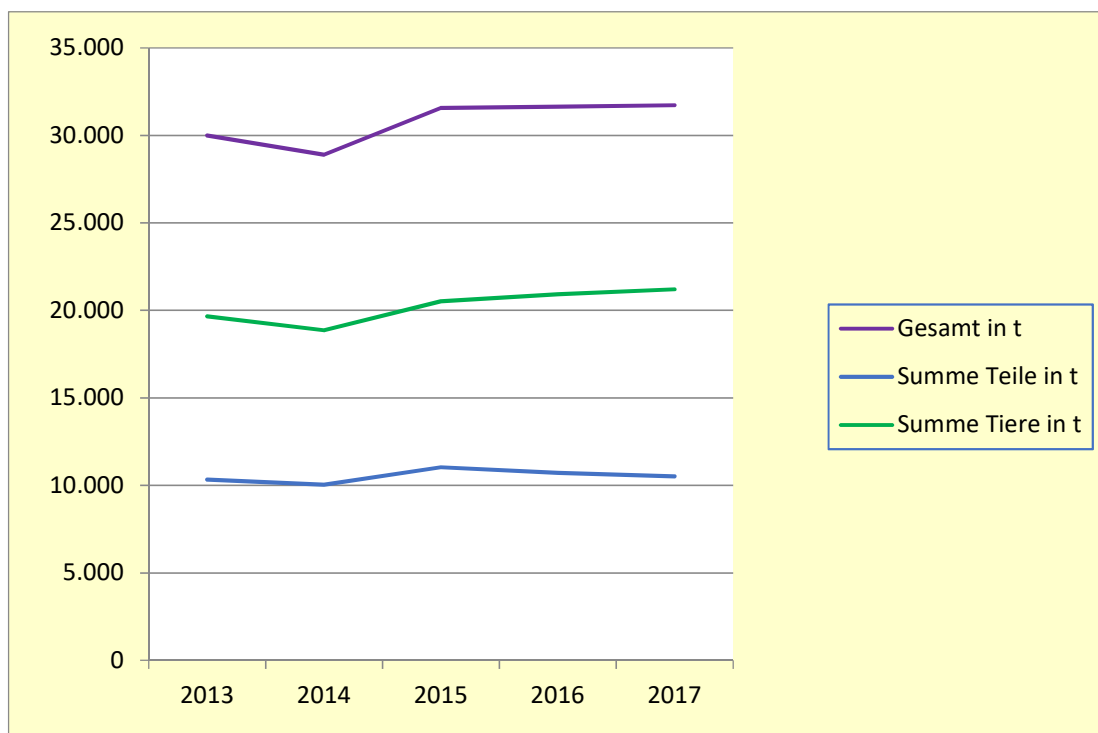
Rückstellungen wurden gebildet für die Aufbewahrung von Geschäftsunterlagen, Aufwendungen für die Erstellung des Jahresabschlusses, für Urlaub und Überstunden sowie Widersprüche gegen Gebührenbescheide.

Mengenstatistik

Für 2013 – 2017 stellt sich die Entwicklung der Verarbeitungsmenge in der folgenden Tabelle dar:

Jahr	2013	2014	2015	2016	2017
Summe Tiere in t	19.663	18.860	20.529	20.923	21.205
Summe Teile in t	10.333	10.038	11.033	10.715	10.521
Gesamt in t	29.996	28.898	31.562	31.638	31.726

Gegenüber dem Jahr 2016 kam es 2017 zu einer geringfügigen Steigerung der Rohwaremenge.



Ertragslage

Der ZV ist umlagefinanziert nach § 11 der Verbandssatzung. Er deckt finanzwirtschaftlich nur seine Aufwendungen und erzielt keine Gewinne. Die Erfolgsrechnung hat daher unter Berücksichtigung der Verbandsumlage grundsätzlich ein ausgeglichenes Ergebnis auszuweisen. Dem entspricht der Jahresabschluss 2017.

Finanzielle Leistungsindikatoren

Umsatzerlöse

Die Umsatzerlöse bestehen vor allem aus Gebühren und Verkaufserlösen. Die wesentlichen Erlöse haben sich wie folgt entwickelt:

Gegenstand	2017	2016	2015	2014	2013
	€	€	€	€	€
Gebühren	1.565.149	1.431.854	1.451.721	1.248.040	1.391.926
Gebühren für Tiere	920.129	949.979	951.863	759.810	789.142
Zuführung/Auflösung passiver RAP Geb.	-174.461	-43.207	6.619	477.878	251.228
Häute	242.298	334.491	442.027	516.586	653.635
Fett	1.441.738	1.141.046	733.791	849.634	1.130.103
Tierkörpermehl	162.920	115.155	194.390	155.222	235.907
Erlöse Kategorie 3-Material	92.173	95.420	87.193	76.976	69.250
Sonstiges	134.722	108.439	82.023	107.585	80.983
Summe	4.384.671	4.133.177	3.949.627	4.191.730	4.602.173

Die Gebührenerlöse für Schlachtabfälle sind auf Grund einer Gebührenerhöhung wie erwartet gestiegen. Auf Grund von Widersprüchen eines großen Kunden gegen Gebührenbescheide wurden Rückstellungen gebildet.

Aus der Nachkalkulation ergibt sich eine Gebührenüberdeckung in Höhe von 174 T€ (davon 51 T€ Überdeckung für Tierkörper (Kostenmasse 1) und 123 T€ Überdeckung für Tierkörperteile (Kostenmasse 2)), die dem passiven Rechnungsabgrenzungsposten zugeführt wird.

Die Erlöse für Tierfett sind auf Grund des gestiegenen Rohstoffpreises gestiegen. Im Laufe des Jahres war jedoch eine gegenläufige Tendenz festzustellen.

Die Erlöse für Tiermehl haben zugenommen. Allerdings ist der dafür notwendige Transportaufwand noch stärker gestiegen. Der im Saldo festzustellende Fehlbetrag hat sich vergrößert.

Die Häuteerlöse waren im Jahr 2017 weiterhin rückläufig – maßgebend war dabei das gesunkene Preisniveau, aber auch ein geringerer Anteil von abziehwürdigen Tierkörpern.

Die Erlöse für Material der Kategorie 3 sind 2017 leicht gefallen. Für den ZV ist die Sammlung dieses Materials aber nur eine Nebenleistung, die mit dazu beiträgt, dass den Kunden eine Komplettlösung angeboten wird.

Unter Sonstiges werden vor allem Sondertransporte für die Tierseuchenkasse abgerechnet.

Ungedeckter Aufwand

Der durch Erträge nicht gedeckte Aufwand der Kostenmasse 1 ist durch Umlagezahlungen der Verbandsmitglieder zu decken. Auf Antrag ersetzt die Sächsische Tierseuchenkasse den Verbandsmitgliedern zwei Drittel ihrer Aufwendungen, abzüglich der von den Tierhaltern erhobenen Gebühren. Der Freistaat Sachsen erstattet der Sächsischen Tierseuchenkasse wiederum ein Drittel des nicht gedeckten Aufwands der Kostenmasse 1. Es handelt sich um periodisch dem jeweiligen Wirtschaftsjahr zuzuordnende Beträge.

Die von den Verbandsmitgliedern zunächst erhobenen Umlagebeträge stellen Abschlagszahlungen auf die endgültige Umlageschuld dar. Der ungedeckte Aufwand ist über die Verbandsumlage zu finanzieren. Die Umlagebemessung richtet sich nach § 11 Abs. 2 der Verbandssatzung.

Im Jahr 2017 ergibt sich gegenüber den Verbandsmitgliedern im Saldo eine Nachforderung. Gegenüber dem Vorjahr hat sich die Umlage jedoch verringert.

Nr.	Gegenstand	2017	2016	2015	2014	2013
1	Umlage Verbandsmitglieder	1.219.932	1.246.927	1.245.673	1.018.019	1.066.743
2	Aufwandsersatz Tierseuchenkasse	1.437.577	1.362.117	1.327.620	1.383.806	1.388.242
3	Gesamtsumme ungedeckter Aufwand	2.657.509	2.609.044	2.573.293	2.401.825	2.454.985

Personalaufwand

Jahr	Summe	Summe	Zahl der besetzten Stellen am 31.12.		
	Löhne und Gehälter	Soziale Abgaben			
	€	€	Angestellte	Arbeiter	Summe
2013	1.710.362,17	314.434,52	9	42	51
2014	1.760.543,75	352.058,16	9	43	52
2015	1.827.276,10	356.921,40	9	44	53
2016	1.846.653,47	364.532,31	9	46	55
2017	1.926.663,77	388.246,04	9	45	54

Im Jahr 2017 wurden in Anlehnung an die Tarife des TVöD Lohn- und Gehaltssteigerungen in Höhe von 2,35 % zum 1.2.2017 vorgenommen. Der Planansatz für den Personalaufwand wurde unterschritten.

Im Jahresverlauf schieden fünf Mitarbeiter aus. Vier Mitarbeiter wurden neu eingestellt. Eine Mitarbeiterin befindet sich im Erziehungsurlaub. In der Produktion und im Fuhrpark wurden insgesamt 2 Leiharbeiter mit etwa 13 Mannmonaten zur Überbrückung eingesetzt.

Im September 2017 begann ein Lehrling mit der Ausbildung zum Industriemechaniker, nachdem ein anderer Lehrling im Juli 2017 seine Ausbildung abgebrochen hatte.

Gesamtaussage

Die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wird als gut eingeschätzt.

Die Umsatzerlöse und sonstigen betrieblichen Erträge entwickeln sich in Abhängigkeit zum Rohwareaufkommen im Verbandsgebiet. Das Rohwareaufkommen ist stabil.

Das vorhandene Finanzanlagevermögen bietet ausreichend Sicherheit auch für unvorhersehbare Situationen.

Zweigniederlassungsbericht

Es existieren keine Zweigniederlassungen.

Prognosebericht

Betriebswirtschaftliche Maßnahmen

Das stabile Rohwareaufkommen des Jahres 2017 setzt sich auch im 1. Quartal 2018 fort.

Um in den Genuss von Steuerentlastungen (Energiesteuer, Stromsteuer) zu kommen, ist die im Jahr 2015 durchgeführte Zertifizierung des Energiemanagementsystems im Jahr 2018 zu wiederholen. Das Qualitätsmanagementsystem ist im Jahr 2018 nach neuer Norm ebenfalls zu zertifizieren.

Planmäßig werden zwei LKW, zwei Container, ein Abluftwäscher, Fördertechnik für die Verladung, eine Steuerzentrale für die Mahlanlage sowie Datentechnik und diverse Pumpen und andere Aggregate beschafft. Für den Ersatz eines Fleischbreibehälters im Jahr 2019 sollen gesicherte Anzahlungen geleistet werden.

Verkaufspreise von Tierhäuten, Tierfett und Tiermehl sind laufend zu beobachten, um neue Entwicklungen frühzeitig zu erkennen. Neue technische Entwicklungen auf dem Gebiet der sog. Monoverbrennung von Tiermehl, die sich in der Labor- bzw. Versuchsphase befinden, werden beobachtet.

Bei der Marktbeobachtung wirkt guter Kontakt zum Verband der Verarbeitungsbetriebe Tierischer Nebenprodukte e.V. in Bonn und dessen Mitgliedsbetrieben unterstützend.

Mit den Mitarbeitern wird ein kontinuierlicher Informationsaustausch durchgeführt. Hinzu kommt die einmal jährlich im Frühjahr stattfindende Mitarbeiterversammlung. Neben einem leistungsorientierten Vergütungsanteil in Anlehnung an den TVöD sind die Mitarbeiter zu Weiterbildungen anzuhalten.

Die Kraftfahrer werden entsprechend den Anforderungen des Berufskraftfahrerqualifikationsgesetzes regelmäßig geschult. Zur Flexibilisierung sind einige Mitarbeiter sowohl als Kraftfahrer als auch als Anlagenfahrer einsetzbar.

Gesetzliche Regelungen der Tierkörperbeseitigung 2017

Grundlage des Tierkörperbeseitigungsrechts nach dem Wandel der Branche infolge der BSE-Krise war die EU-Verordnung 1774 / 2002 vom 3. Oktober 2002. Zur Umsetzung in deutsches Bundesrecht wurde das Tierische Nebenprodukte-Beseitigungsgesetz am 25. Januar 2004 beschlossen. Es wurde zur Anpassung an das neue EU-Recht zuletzt am 4. August 2016 geändert.

Seit dem 4. März 2011 ist die EU-Verordnung 1069 / 2009 und die Durchführungsverordnung (EU) Nr. 142/2011 in Kraft und ersetzt die o.g. EU-Verordnung 1774 / 2002 sowie deren Durchführungsverordnungen (EU).

Auf Landesebene trat das Sächsische Ausführungsgesetz zum Tierische Nebenprodukte-Beseitigungsgesetz am 1. Januar 2005 in Kraft. Seit dem 1. April 2005 sind 25 % der nicht durch Erträge gedeckten Aufwendungen für die Beseitigung von Tierkörpern (Kostenmasse 1) durch die Landwirte zu tragen. Die Tierseuchenkasse trägt ca. 8 %. Der Anteil der Verbandsmitglieder und des Freistaates Sachsen beträgt jeweils ein Drittel des ungedeckten Aufwands.

Weiterhin ist aufgrund der Viehverkehrsordnung die Abmeldung der vom Zweckverband entsorgten Rinder im Herkunftssicherungs- und Informationssystem (HIT) vorzunehmen. Bei Rindern über 48 Monate wird die BSE-Beprobung auch weiterhin praktisch unterstützt.

Unter der Voraussetzung der Kostendeckung wird seitens des ZV auch Material der Kategorie 3 in einer separaten Sammeltour aufgenommen und im als Zwischen-behandlungsbetrieb für Rohware der Kategorie 3 zugelassenen Bereich der Altanlage zur Abholung durch einen zugelassenen Dritten für die Verwertung bereitgestellt. Die Mengen der Kategorie 3 unterliegen keinem Einzugsbereich. Das Mengenaufkommen war rückläufig.

An den Planungen für 2018 wird festgehalten.

Chancen- und Risikobericht

Risiken für die Betriebsführung bestehen in der Möglichkeit verringerter Mengen an Schlacht- und Ei-Abfall, wenn die Produktion in den betreffenden wenigen Betrieben kurzfristig verringert oder gar eingestellt werden würde oder Pflichtware nach außerhalb des Verbandsgebietes verbracht werden darf. Weitere Risiken bestehen in fallenden Marktpreisen für den Verkauf der Produkte Tierfett, Tiermehl und Tierhäute. Auf diese Größen hat der ZV keinen Einfluss. Derzeit gibt es keine Hinweise auf grundlegende Veränderungen der Verarbeitungsmengen. Die Verkaufspreise unserer Produkte sind in den letzten Jahren gesunken. Der Saldo von Ertrag und Aufwand bei dem Produkt Tiermehl entwickelt sich aber schon seit geraumer Zeit ungünstig. Die zwingende Notwendigkeit einer standardisierten Verbrennung und der vom Gesetzgeber gewollte allmähliche Ausstieg aus der Kohleverstromung lässt auch keine Umkehrung erwarten.

Weitere Risiken bestehen in der Möglichkeit veränderter rechtlicher Vorgaben, etwa den Wegfall der alleinigen örtlichen Zuständigkeit und der Verarbeitung nach anderen technischen Standards. Dafür gibt es aber derzeit keinerlei Ansatzpunkte.

Daneben stellt die technische Verarbeitungssicherheit ein weiteres Risiko dar. Durch die Auslegung der Schlüsselaggregate als redundante Systeme, also der Vorhaltung von mehrfachen, unabhängig voneinander wirkenden Anlagen, z. B. von zwei Dampfkesseln, und der Beschäftigung erfahrener technischer Fachkräfte wird dieses Risiko minimiert. Die Situation im Verarbeitungsbetrieb verläuft planmäßig, insbesondere gibt es keine Hinweise auf technische Einschränkungen.

Risikoberichterstattung über die Verwendung von Finanzinstrumenten

Zu den im Zweckverband bestehenden Finanzinstrumenten zählen im Wesentlichen Finanzanlagen, Forderungen und Verbindlichkeiten.

Verbindlichkeiten werden innerhalb der vereinbarten Zahlungsfristen gezahlt.

Soweit bei finanziellen Vermögenswerten Ausfall- und Bonitätsrisiken erkennbar sind, werden entsprechende Wertberichtigungen vorgenommen. Zur Minimierung von Ausfallrisiken verfügt der Zweckverband über ein adäquates Debitorenmanagement.

Priestewitz OT Lenz, 25. April 2018

Zweckverband für den Nahverkehrsraum Leipzig

Beteiligungsübersicht

Emilienstraße 15 04107 Leipzig	Tel. Fax Email	0341 / 22 586 0 0341 / 22 586 29 info@zvnl.de
Gründungsdatum	30.01.1998	
Rechtsform	Zweckverband	

Verbandsmitglieder / Stammkapital

Gesamtstimmen		10,00
Verbandsmitglieder	Anteil	Anteil
Landkreis Leipzig	30,0000 %	3,00

Unternehmensgegenstand / Unternehmenszweck

Der Zweckverband ist Aufgabenträger für den Schienenpersonennahverkehr im Nahverkehrsraum Leipzig gemäß § 4 in Verbindung mit § 3 Abs. 2 ÖPNV-Gesetz. Die Aufgabenträgerschaft für den straßengebundenen ÖPNV im Sinne des § 3 Abs. 1 ÖPNV-Gesetz verbleibt bei den einzelnen Verbandsmitgliedern des Zweckverbandes.

Finanzbeziehungen

Leistungen des Zweckverbandes an den Landkreis	in €
Keine	

Leistungen des Landkreises an den Zweckverband	in €
Keine	

Bürgschaften	in €
Zweckverband an den Landkreis	
Landkreis an den Zweckverband	

Darlehen	in €
Zweckverband an den Landkreis	
Landkreis an den Zweckverband	

Lagebericht 2017

Zweckverband für den Nahverkehrsraum Leipzig (ZVNL)

Anschrift: Emilienstraße 15
04107 Leipzig

E-Mail: info@zvnl.de
Internet: www.zvnl.de

Gründung

Der Zweckverband für den Nahverkehrsraum Leipzig (ZVNL) wurde zum 30.01.1998 gegründet. Seine Satzung wurde am 09.12.1997 aufgestellt und im Sächsischen Amtsblatt Nr. 5 vom 29.01.1998 bekannt gemacht.

Letzte Änderung der Verbandssatzung

Am 25.11.2013 beschloss die Verbandsversammlung die vierte Änderung zur Satzung des Zweckverbandes für den Nahverkehrsraum Leipzig. Diese wurde im Sächsischen Amtsblatt Nr. 3 vom 16.01.2014 veröffentlicht.

Verbandsmitglieder/Stimmrecht

Die Stimmverteilung der Verbandsmitglieder war im Jahr 2017 wie folgt:

Landkreis Nordsachsen	3 Stimmen	30 % Stimmanteile
Landkreis Leipzig	3 Stimmen	30 % Stimmanteile
Stadt Leipzig	4 Stimmen	40 % Stimmanteile

Organe des Verbandes

Verbandsvorsitzender

Herr Kai Emanuel

Landrat Landkreis Nordsachsen

Verbandsversammlung

Herr Kai Emanuel	Landrat Landkreis Nordsachsen
Herr Albert Pfeilsticker	Landkreis Nordsachsen
Herr Volkmar Winkler	Landkreis Nordsachsen
Frau Dorothee Dubrau	Bürgermeisterin und Beigeordnete Stadt Leipzig
Frau Dr. Sabine Heymann	Stadt Leipzig
Herr Mathias Weber	Stadt Leipzig
Herr Henry Graichen	Landrat Landkreis Leipzig
Herr Maik Kunze	Landkreis Leipzig
Herr Enrico Stange	Landkreis Leipzig

Verwaltungsrat

Herr Kai Emanuel	Landrat Landkreis Nordsachsen
Frau Dorothee Dubrau	Bürgermeisterin und Beigeordnete Stadt Leipzig
Herr Henry Graichen	Landrat Landkreis Leipzig

Geschäftsführung

Herr Oliver Mietzsch (seit 01.11.2011)

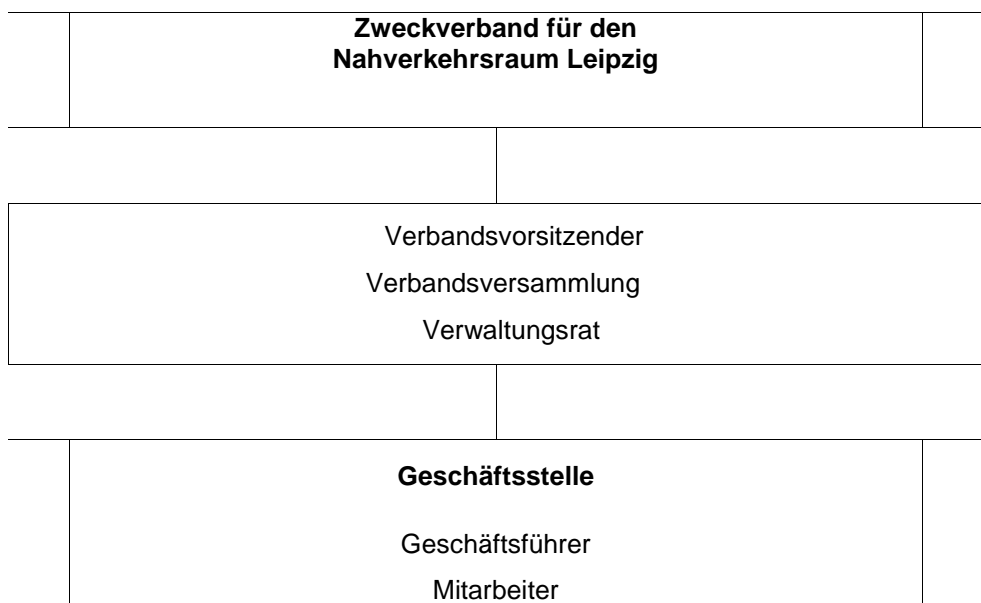
Aufgaben des Zweckverbandes

- (1) Der Zweckverband übernimmt die ihm gemäß § 4 in Verbindung mit § 3 Abs. 2 ÖPNV-Gesetz vom 14. Dezember 1995 in der jeweils gültigen Fassung von den Verbandsmitgliedern übertragene Aufgabe des Schienenpersonennahverkehrs im Nahverkehrsraum Leipzig. Die Aufgabenträgerschaft für den straßengebundenen Öffentlichen Personennahverkehr im Sinne des § 3 Abs. 1 ÖPNV-Gesetz verbleibt, soweit in der Verbandssatzung keine anderweitigen Regelungen getroffen werden, bei den jeweiligen Verbandsmitgliedern des Zweckverbandes, vorbehaltlich der Entscheidung eines Verbandsmitgliedes zur Übertragung einzelner Aufgaben nach § 3 Abs. 1 Satz 2 ÖPNV-Gesetz.
- (2) Der Zweckverband wird in Abstimmung und im Einvernehmen mit den Verbandsmitgliedern in ihrer Eigenschaft als Aufgabenträger für den straßengebundenen Öffentlichen Personennahverkehr einen regionalen Nahverkehrsplan erstellen, koordinieren und diesen fortschreiben.
- (3) Zur Aufgabenträgerschaft des Zweckverbandes für den Schienenpersonennahverkehr gehört insbesondere die Wahrnehmung folgender Aufgaben:
 - Der Zweckverband ist als der zuständige Aufgabenträger für den Schienenpersonennahverkehr gemäß § 3 Abs. 1 des ÖPNV-Gesetzes für die Planung, Organisation und Ausgestaltung des

Schienenpersonennahverkehrs in seinem Verbandsgebiet verantwortlich.

- Der Zweckverband entscheidet über die zu bestellenden Leistungen im Schienenpersonennahverkehr im Rahmen der zur Verfügung stehenden Mittel.
 - Der Zweckverband wirkt bei der Aufstellung des jährlich fortzuschreibenden Landesinvestitionsprogramms des Freistaates Sachsen für Maßnahmen des öffentlichen Personennahverkehrs mit.
 - Der Zweckverband unterstützt im Rahmen seiner finanziellen Möglichkeiten ein gemeinsames Marketing mit seinen ÖPNV-Vertragspartnern.
- (4) Der Zweckverband wird mit den angrenzenden sächsischen Zweckverbänden und den Aufgabenträgern für den Schienenpersonennahverkehr in Brandenburg, Sachsen-Anhalt und Thüringen das erforderliche Angebot des verbandsgrenzüberschreitenden SPNV abstimmen.
- (5) Zu den Aufgaben des ZVNL für den ÖSPV gehören die Ermittlung und Verteilung der Ausgleichsleistungen für den Ausbildungsverkehr an die Verkehrsunternehmen nach dem Gesetz zur Finanzierung des Ausbildungsverkehrs im Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNVFinAusG) einschließlich der Vorauszahlungen an die Verkehrsunternehmen. Der ZVNL ist berechtigt, die Anträge der Verkehrsunternehmen auf Ausgleichsleistungen gemäß ÖPNVFinAusG im eigenen Namen zu bescheiden und die Ausgleichsleistungen auf dieser Grundlage auszus zahlen.
- (6) Der ZVNL kann weitergehende Finanzierungen innerhalb des Verbandsgebietes und der ihm zur Verfügung stehenden Mittel ausschließlich im Rahmen der Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Wirtschaft und Arbeit zur Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNVFinVO) in der jeweils gültigen Fassung übernehmen.

Organigramm



Wirtschaftsdaten

Der ZVNL wendet aufgrund des Beschlusses der Verbandsversammlung vom 26.03.2007 gemäß § 131 Abs. 2 SächsGemO ab dem Haushaltsjahr 2009 die Regelungen zum neuen kommunalen Haushalts- und Rechnungswesen an.

Bilanz 2017

Aktivseite			Passivseite		
	Stand 31.12.2017 - T € -	Stand 31.12.2016 - T € -		Stand 31.12.2017 - T € -	Stand 31.12.2016 - T € -
Anlagevermögen	1.591,00	1.606,08	Kapitalposition	17.670,60	15.367,24
Immaterielle Vermögensgegenstände	15,24	35,89	Baiskapital	3.532,93	3.532,93
Sachanlagevermögen	45,89	47,87	Rücklagen	14.137,67	11.834,31
Finanzanlagevermögen	1.529,87	1.522,32	Ergebnis	0,00	0,00
Umlaufvermögen	18.467,30	15.180,28	Sonderposten	61,14	83,76
Öffentlich-rechtliche Forderungen	0,04	17,28	Rückstellungen	1.434,69	650,99
Privatrechtliche Forderungen	11.941,09	10.171,32	für Entgelt- zahlungen	36,23	48,60
Liquide Mittel	6.526,17	4.991,68	für drohende Verpflichtungen	352,62	362,44
Aktiver RAP	5,85	3,92	für vertragliche Verpflichtungen	1.045,84	239,95
			Verbindlichkeiten	897,72	688,29
			Passiver RAP	0,00	0,00
Bilanzsumme	20.064,15	16.790,28	Bilanzsumme	20.064,15	16.790,28

Ergebnisrechnung (Gewinn- und Verlustrechnung)

			Ergebnis 2017 - T € -	Ergebnis 2016 - T € -
1		Zuwendungen	140.057,13	135.404,90
2		öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00
3		Privatrechtliche Leistungsentgelte	6.249,70	5.456,93
4		Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0,00	15,79
5		Finanzerträge	43,84	74,20
6		sonstige ordentliche Erträge	71,94	63,15
7		ordentliche Erträge	146.422,61	141.014,97
8		Personalaufwendungen	643,21	674,09
9		Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	8.467,51	8.451,23
10		planmäßige Abschreibungen	34,79	53,91
11		Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,48	0,00
12		Transferaufwendungen	134.344,01	131.487,64

13		sonstige ordentliche Aufwendungen	629,25	601,45
14		ordentliche Aufwendungen	144.119,25	141.268,32
15		ordentliches Ergebnis	2.303,36	-253,35
16		Sonderergebnis	0,00	0,00
17		Gesamtergebnis	2.303,36	-253,35
18		Abdeckung von Fehlbeträgen aus Vorjahren	0,00	0,00
19		Verbleibendes Gesamtergebnis	2.303,36	-253,35

Ausgewählte Kennzahlen

Personalkosten

	2015 - T€ -	2016 - T€ -	2017 - T€ -
Löhne und Gehälter	486,07	567,77	538,65
Soziale Abgaben	91,55	106,32	98,21
Zuführung zu Rückstellungen	0,00	0,00	6,35
Personalaufwand gesamt	577,62	674,09	643,21

Anzahl der Beschäftigten

	2015 - VbÄ -	2016 - VbÄ -	2017 - VbÄ -
Angestellte, gesamt	9	10	10
Personalaufwand / VbÄ in TEUR	64,18	67,41	64,32
Entw. Personalaufwand gesamt z. Vj.	4,78%	16,70%	-4,58 %
Entw. Personalaufwand je VbÄ z. Vj.	4,78%	5,00%	-4,58 %

Umlagen

Der ZVNL kann gemäß § 15 Abs. 1 seiner Satzung eine Verbandsumlage zur Deckung seines Finanzbedarfs von den Verbandsmitgliedern erheben. Von dieser Möglichkeit wurde im Haushaltsjahr 2017 nicht Gebrauch gemacht.

Situationsbericht

Der Schwerpunkt der Tätigkeit des ZVNL lag im vergangenen Jahr auf der Stabilisierung und Weiterentwicklung des SPNV im Nahverkehrsraum Leipzig.

Seit Dezember 2013 fahren die Züge der S-Bahn Mitteldeutschland im neuen Mitteldeutschen S-Bahn-Netz mit seinem Herzstück, dem City-Tunnel Leipzig (CTL). Es wurden umfangreiche Abstimmungen im Zusammenhang mit der Betriebsdurchführung und Nachjustierung einzelner Systeme geführt. Die umfangreichen Baumaßnahmen der DB Netz AG im gesamten Verbandsgebiet, mit Auswirkungen auch im Schienenpersonenfernverkehr, zwangen den ZVNL zu Anpassungen der Linienführungen und Zustimmung zu geänderten Fahrplanlagen. Der MDSB I-Vertrag wurde entsprechend den Regelungen aus dem Verkehrsvertrag auf einen Netto-Vertrag umgestellt.

Das MDSB II-Netz mit der Linie S 9 (alt RB 118/75) Halle Hbf–Delitzsch oberer Bahnhof–Bf Eilenburg, der Linie RE 13 Leipzig Hbf–Magdeburg Hbf und der Linie S2 Gaschwitz–CTL–Leipzig Hbf (tief)–Delitzsch unterer

Bahnhof–Bitterfeld–Dessau/Wittenberg wurde zum großen Fahrplanwechsel im Dezember 2015 in Betrieb genommen. Aufgrund der umfangreichen und stark verzögerten Bauarbeiten im Bf Halle Hbf erfolgte für 2 Jahre der Betrieb der Linie RB 75/S9 in Kooperation zwischen der DB Regio AG und der Abellio Rail Mitteldeutschland GmbH. Weiterhin auftretende Qualitätsprobleme im Zusammenhang mit der Baumaßnahme Bf Halle Hbf, auch mit der temporären Nichtverfügbarkeit der DB-Werkstatt Halle, stellten hohe Anforderungen an die Umlaufplanung und an das Controlling.

Der außergewöhnlich hohe Reparaturstand der Fahrzeuge im MDSB I und II-Netz führte regelmäßig zu nicht vertragskonformen Kapazitätseinschränkungen.

Die Inbetriebnahme des Saale-Thüringen-Südharz-Netzes (STS) erfolgte ebenfalls zum großen Fahrplanwechsel im Dezember 2015. Im Zusammenhang mit dem Umbau des Bf Halle Hbf kam es weiterhin zu sehr erheblichen Störungen im Zuglauf. In enger Zusammenarbeit mit den betroffenen EVU und SPNV-Aufgabenträgern wurden zusammen mit der DB Netz AG Lösungen zur Stabilisierung des Zuglaufes umgesetzt und vertragliche Regelungen angepasst.

Die Linie RE 6 wurde mit einem neuen Betreiber (Transdev Regio Ost GmbH) zum Fahrplanwechsel 2015 in Betrieb genommen. Hier waren 2017 weiterhin erhebliche Qualitätsminderungen auch auf Seiten der Infrastruktur der DB Netz AG zu beobachten, die entsprechend pönalisiert wurden. Federführend für diesen Vertrag ist der ZVMS in Chemnitz.

Der Teil B und C des „Dieselnetzes Nordwestsachsen“ mit den Leistungen Leipzig Hbf–Bad Lausick–Geithain (RB 113) sowie Leipzig Hbf–Döbeln–Meißen (RB 110) wurden zum kleinen Fahrplanwechsel im Juni 2016 in Betrieb genommen. Insbesondere die Leistungen auf der RB 110 wurden nicht immer qualitätsgerecht erbracht und zwangen den ZVNL zusammen mit dem ebenfalls beteiligten Zweckverband Verkehrsverbund Mittelsachsen (ZVMS) zu erheblichen Anstrengungen und intensivem Controlling zur Stabilisierung des Betriebes. Durch die vergaberechtlich konforme Erweiterung der Fahrzeugflotte um zwei Fahrzeuge konnte die Linie stabilisiert werden.

Anhand der Linie RB 110 wurden die Möglichkeiten beim Einsatz alternativer Antriebsformen (hier Brennstoffzellen mit Wasserstoff als Energieträger) untersucht.

Das PlusBus-Programm sowie die Modellprojekte „Muldentail in Fahrt“ im Landkreis Leipzig in Kooperation mit dem MDV sowie „Nordsachsen bewegt“ des Landkreises Nordsachsen wurden weiter durch den ZVNL finanziell und ideell unterstützt.

Der ZVNL engagierte sich auch 2017 im Rahmen seines Aktionsprogramms für die Verbesserung der Zugangsbedingungen zu den Verkehrsstationen im Verbandsgebiet. Insbesondere die Verknüpfung der einzelnen Verkehrsträger und die Schaffung barrierefreier Anlagen standen dabei im Mittelpunkt. Im Rahmen des Aktionsprogramms 2017 wurden in der 1. Prioritätsstufe 2,5 Mio. € hierfür bereitgestellt. Weiterhin wurden 3.212.603€ für verbundbedingte Aufwendungen den Verbandsmitgliedern zur Verfügung gestellt. Aufgrund hoher Fahrgelderlöse, anfallender Überschüsse wegen Nicht- bzw. Schlechtleistungen aus den Verkehrsverträgen und positiver Abrechnung sehr lang zu verhandelnder Schlussrechnungen konnten im Aktionsprogramm zusätzlich in der Priorität 2 18.402.000 € zur Verfügung gestellt werden. Es konnten außerdem nach Genehmigung durch das LaSuV 704.191 € aus dem Jahr 2016 in das Jahr 2017 für konkrete Maßnahmen übertragen werden.

Die Arbeiten an den Maßnahmen zur Beschleunigung des ÖPNV in Leipzig wurden fortgeführt. Die vorbereitenden Arbeiten zum Umbau der Mobilitätszentralen in Wurzen, Grimma und Torgau wurden ebenfalls fortgeführt. Eine Vielzahl von investiven Maßnahmen der Leipziger Verkehrsbetriebe LVB zur Verbesserung des ÖPNV in der Stadt Leipzig wurde durchgeführt. Das RBL-Projekt (Rechnergestütztes Betriebsleitsystem) der PVM und der THÜSAC wurde abgeschlossen.

Das Programm zur Erneuerung aller Haltestellenschilder im sächsischen Teil des MDV auf ein einheitliches Layout des MDV wurde unter Federführung des ZVNL in die Realisierung überführt und mit der Aufstellung der Schilder abgeschlossen.

Im Stadtgebiet Leipzig sowie in den Landkreisen Nordsachsen und Leipzig konnte die Erneuerung von Haltestellen sowie die Planungen und der Bau an diversen Verkehrsanlagen zur Unterstützung der Busnetzreform gefördert werden.

Das Anti-Vandalismusprogramm mit dem Antigraffitiprojekt mit der DB AG wurde fortgesetzt.

Der Entwurf des ZVNL-Nahverkehrsplanes wurde vorgelegt.

Eine Untersuchung zum Fahrgastpotenzial sowie den Kapazitäten der P&R- und B&R-Anlagen im gesamten Verbandsgebiet wurde beauftragt (Potentialanalyse).

Der ZVNL klagt z.Z. vor dem Landgericht Frankfurt Main gegen die DB Netz AG. Anlass sind die aus seiner Sicht von der DB Netz AG unberechtigt erlangten Einnahmen aus den sogenannten Regionalfaktoren bei den Infrastrukturkosten, hier die Trassenentgelte sowie bei den sogenannten Remanenzkosten für nicht genutzte Leistungen. Die Verfahren sind zwar erstinstanzlich alle zugunsten bzw. im Sinne des ZVNL entschieden worden, aber u.a. wegen einer in einem Parallelverfahren erwarteten Entscheidung des EuGH noch nicht abgeschlossen. Ein weiteres Verfahren gegen die DB Station und Service AG wegen der Rückforderung rechtsgrundloser Leistungen bei den Stationsnutzungsentgelten ist beim Landgericht Berlin anhängig; auch dieses Verfahren wurde so lange ausgesetzt, bis der EuGH entschieden hat.

Ausblick

Das oberste Ziel des Zweckverbandes wird auch weiterhin die Schaffung und Erhaltung eines transparenten und diskriminierungsfreien Wettbewerbs sein. Nur so können die hohen Anforderungen der SPNV-Nutzer realisiert sowie die Qualität und Attraktivität der SPNV-Leistungen und deren Wirtschaftlichkeit im Verbandsgebiet gesteigert werden.

Gleichzeitig setzt sich der ZVNL für eine Optimierung der Qualität der Nahverkehrsleistung durch Ausschöpfung aller verkehrsvertraglichen Regelungen ein und wird auch zukünftig die Verbesserung und Harmonisierung der aktuellen Regelungen bestehender Vertragsverhältnisse verfolgen.

Nur durch das konsequente Vertragscontrolling und durch optimierte Vertragsverhältnisse kann der ZVNL unter Beachtung finanzpolitischer Rahmenbedingungen das SPNV-Angebot weiterentwickeln und verbessern. Bei der Inbetriebnahme und Umsetzung der Verkehrsverträge insbesondere der Netze MDSB I und II, STS und DNWS hat sich die vertrauensvolle und konstruktive Zusammenarbeit mit den benachbarten Aufgabenträgern in Sachsen-Anhalt, Thüringen und Brandenburg sowie mit den sächsischen Partnerverbänden bewährt. Diese soll insbesondere bei zukünftigen Vergabeverfahren weiter intensiviert werden.

Einer besonderen Betrachtung wird weiterhin die Entwicklung der Infrastruktur- und Energiekosten bedürfen, deren Anteil am Gesamtfinanzierungsvolumen stetig überproportional steigt. Auch ist die Entwicklung der Zuweisung der Regionalisierungsmittel sowie deren gesetzlichen Regelungen zu berücksichtigen, da hier in den nächsten Jahren deutliche Veränderungen mit mittelfristig geringeren Zuschüssen und veränderten Rahmenbedingungen zu erwarten sind.

Aufgrund bestehender Brutto-Verträge und der wachsenden Erlöse aus den Fahrgeldeinnahmen wird die Mitwirkung des ZVNL im Rahmen der EAV sowie des TB NE und der Semestertickets zunehmend bedeutungsvoll.

Beteiligungen

Der Zweckverband für den Nahverkehrsraum Leipzig ist seit dem 01.01.2001 an der Mitteldeutschen Verkehrsverbund GmbH beteiligt. Der ZVNL hat im Jahr 2017 einen Anteil von 3,53 % an der MDV GmbH gehalten. Dies entspricht einem Wert von 2.600 EUR.



Beteiligungsbericht des ZVNL 2018

Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH (MDV)

1. Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Adresse	Prager Straße 8 04103 Leipzig
E-Mail	post@mdv.de
Homepage	www.mdv.de
Gründungsjahr	1998

Unternehmensgegenstand/ Unternehmenszweck

Erfüllung von Aufgaben des öffentlichen Personennahverkehrs im Mitteldeutschen Verkehrsverbund, insbesondere auf dem Gebiet der konzeptionellen Planung und Koordinierung des betrieblichen Leistungsangebots. Herbeiführung und Sicherstellung der tariflichen Integration dieses Verkehrs durch einen Gemeinschaftstarif. Erfassen und Verteilen der im Rahmen des Verbundverkehrs von den Verbundunternehmen erzielten Einnahmen.

Rechtsform	GmbH
Stammkapital	73,5 T€
Geschäftsführung	Steffen Lehmann

Gesellschafter	Abellio Rail Mitteldeutschland GmbH, Halle (Saale)	1,16%
	Burgenlandkreis	3,54%
Gesellschafter	DB Regio AG, Frankfurt am Main	5,44%
	Erfurter Bahn GmbH, Erfurt	0,41%
	GbR der Verkehrsunternehmen RVB Regionalverkehr Bitterfeld-Wolfen GmbH, Zörbig OT Salzfurkapelle; Auto-Webel GmbH, Delitzsch; Omnibusverkehr Leupold OHG, Krostitz; Geißler-Reisen GbR, Eilenburg	1,50%
	Regionalbus Leipzig GmbH, Deuben	2,99%
	GbR der Verkehrsunternehmen Omnibusverkehrsgesellschaft mbH „Heide-land“ (OVH), Oschatz; Reiseverkehr Schulze OHG, Torgau; Döllnitzbahn GmbH, Mügeln	1,50%
	Hallesche Verkehrs-AG, Halle (Saale)	10,95%
	Landkreis Altenburger Land	1,02%
	Landkreis Leipzig	3,54%
	Landkreis Nordsachsen	3,54%
	Landkreis Saalekreis	3,54%
	Leipziger Verkehrsbetriebe (LVB) GmbH, Leipzig	17,55%

Nahverkehrsservice Sachsen-Anhalt GmbH, Magdeburg	2,99%
Nahverkehrsservicegesellschaft Thüringen mbH, Erfurt	1,02%
OBS Omnibusbetrieb Saalekreis GmbH, Halle (Saale)	1,50%
Personennahverkehrsgesellschaft Merseburg-Querfurt mbH, Merseburg	1,50%
Personenverkehrsgesellschaft Burgenlandkreis mbH, Weißenfels	2,99%
Stadt Halle (Saale)	12,45%
Stadt Leipzig	15,92%
THÜSAC Personennahverkehrsgesellschaft mbH, Windischleuba	1,02%
Transdev GmbH, Berlin	0,41%
Zweckverband für den Nahverkehrsraum Leipzig, Leipzig	3,54%

Beteiligungen	Keine
----------------------	-------

Gremien	Gesellschafterversammlung Aufsichtsrat Finanz- und Rechtsausschuss Personalausschuss Verkehrsausschuss
----------------	--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

Mitglieder Aufsichtsrat	<p>Frau Dorothee Dubrau - Vorsitzende, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Stadtentwicklung und Bau der Stadt Leipzig</p> <p>Herr Vinzenz Schwarz - 1. Stellvertreter, Vorstand Hallesche Verkehrs-AG</p> <p>Herr Ronny Thieme - 2. Stellvertreter, Fachbereichsleiter Sicherheit und Ordnung, Landratsamt LK Altenburger Land</p> <p>Herr Thomas Böhm, Leiter Wirtschaftsamt des Burgenlandkreises</p> <p>Herr Stephan Bog, Geschäftsführer THÜSAC Personennahverkehrsgesellschaft mbH</p> <p>Herr Frank-Peter Bretzger, Leiter Produktmanagement Mitteldeutschland, DB Regio AG, Region Südost (ab 01.12.2017)</p> <p>Herr Lutz Däumler, Geschäftsführer Personenverkehrsgesellschaft Burgenlandkreis mbH</p> <p>Frau Ute Elisabeth Gabelmann, selbständige Kommunikationstrainerin, Stadträtin Leipzig (ab 18.10.2017)</p> <p>Herr Thomas Grewing, Geschäftsführer Nahverkehrsservicegesellschaft Thüringen mbH (bis 31.03.2018)</p> <p>Herr Dr. Jan T. Halama, kaufmännischer Geschäftsführer Nahverkehrsservicegesellschaft Thüringen mbH (ab 02.05.2018)</p> <p>Herr Hartmut Handschak, Dezernent für Kreisentwicklung, LK Saalekreis</p> <p>Herr Joachim Hoffmann, Geschäftsführer Omnibus-Verkehrsgesellschaft mbH „Heideland“ (OVH)</p> <p>Herr Ronald Juhrs, Geschäftsführer für Technik und Betrieb der Leipziger Verkehrsbetriebe (LVB) GmbH</p> <p>Herr Andreas Kultscher, Geschäftsführer Regionalbus Leipzig</p> <p>Herr Ansbert Maciejewski, Fraktionsgeschäftsführer Stadtrat Leipzig</p> <p>Herr Klaus Rüdiger Malter, Geschäftsführer Nahverkehrsservice Sachsen-Anhalt GmbH</p> <p>Herr Dr. Norbert Menke, Geschäftsführer Leipziger Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH (in seiner Funktion als Aufsichtsratsvorsitzender der LVB GmbH) (bis 30.04.2018)</p> <p>Herr Ulf Middelberg, Geschäftsführer für Marketing/Vertrieb/Finanzen und Sprecher der Geschäftsführung der Leipziger Verkehrsbetriebe (LVB) GmbH</p> <p>Herr Oliver Mietzsch, Geschäftsführer des Zweckverbandes für den Nahverkehrsraum Leipzig (ZVNL)</p>
--------------------------------	----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

Frau Carmen Maria Parrino, Geschäftsführerin für Finanzen der Abellio rail Mitteldeutschland GmbH (bis 31.12.2017)

Herr Ulrich Peinhardt, Selbständiger IT-Berater, Stadtrat Halle (Saale)

Herr Konrad Riedel, Rentner, Stadtrat Leipzig (bis 18.10.2017)

Frau Franziska Riekewald, Betriebswirtin (VWA), Stadträtin Leipzig

Herr Lothar Riese, Geschäftsführer PNVG Personennahverkehrsgesellschaft Merseburg-Querfurt mbH

Frau Gundula Schäfer, Leiterin Vertrieb, Verbund und Erlöse, DB Regio AG, Region Südost (bis 30.11.2017)

Herr Karsten Schütze, Oberbürgermeister Stadt Markkleeberg, Kreisrat Landkreis Leipzig

Herr Uwe Stäglin, Beigeordneter für den Geschäftsbereich II, Stadtentwicklung und Umwelt der Stadt Halle (Saale)

Frau Angelika Stoye, Ordnungsdezernentin, Landratsamt Nordsachsen

Herr Heiko Tröger, Prokurist, Leiter Marketing, Vertrieb und Kundendienst Transdev Regio Ost GmbH (ab 01.01.2018)

Herr Andreas Völker, Bereichsleiter Marketing/Vertrieb/Kundenservice, Hallesche Verkehrs-AG

Herr Dr. Wolfgang Weinhold, Vorsitzender der Regionalleitung Südost, DB Regio AG, Region Südost und Sprecher Verkehrsbetrieb Mitteldeutschland

Beratende Mitglieder

Klaus Kummer, Ministerium für Landesentwicklung und Verkehr des Landes Sachsen-Anhalt

Edward Jendretzki, Referatsleiter im Thüringer Ministerium für Bau, Landesentwicklung und Verkehr

Bernd Sablotny, Abteilungsleiter im Sächsischen Staatsministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr

Abschlussprüfer KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Leipzig

Kurzworstellung des Unternehmens

Der Mitteldeutsche Verkehrsverbund erstreckt sich über die drei Ländergrenzen von Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen und umfasst ein Gebiet von fünf Landkreisen und zwei kreisfreien Städten. Mit einem Anteil von 51% halten die 10 Aufgabenträger die Mehrheit der Gesellschafteranteile. Die verbleibenden 49% werden von den im Verbundraum tätigen 14 Verkehrsunternehmen des straßen- und schienengebundenen öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) bzw. deren Zusammenschlüssen gehalten.

Finanzbeziehungen zwischen dem ZVNL und der MDV GmbH

Im Jahr 2017 wurden durch den ZVNL Betriebskostenzuschüsse in Höhe von insgesamt 87.431 € sowie im Rahmen der Kooperationsvereinbarung 125.619 € (netto 105.562,68 €) an den MDV ausgezahlt.

Weiterhin finanzierte der ZVNL anteilig die gemeinsamen Marketing-Maßnahmen mit insgesamt 55.000,00 €.

Außerdem erfolgte u.a. eine anteilige Förderung der Projekte:

- Muldental in Fahrt
- Verbunderweiterung.

Auszug aus dem Lagebericht für das Geschäftsjahr 2017

Auch 2017 hielt die positive Entwicklung der Fahrgastzahlen als auch der Fahrgeldeinnahmen an. Dies betraf die beiden kreisfreien Städte, aber auch die Landkreise im MDV. Insgesamt lagen die

Verbundeinnahmen 2017 mit EUR 9,6 Mio. (rd. 4,5 %) über dem um einen Sondereffekt bereinigten Vorjahr. Einen weiterhin anhaltenden Beitrag leisteten u.a. die in 2012 eingeführten neuen Tarifprodukte im Bereich der ABO-Monatskarten Jedermann sowie die Zuwächse im Jobticket mit einer weiteren Steigerung der Zahl dieser ABO-Nutzer im Dezember 2017 gegenüber Vorjahr um 4.300. Mit rd. 19.050 neuen Nutzern gegenüber dem Juli 2012 – vor Einführung der neuen Produkte – ist dies ein Zuwachs von 21,8 %.

Trotz der insgesamt positiven Fahrgast- und Einnahmeentwicklung musste auch im Jahr 2017 der **Verbundtarif** aufgrund der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen der Verkehrsunternehmen zusätzlich preislich fortgeschrieben werden. Darüber hinaus wurde Ende 2017 eine Tarif-Marktforschung begonnen mit dem Ziel, das ABO-Sortiment für Vielfahrer zu überprüfen und mögliche Ansätze zur weiteren Attraktivierung abzuleiten.

Im Zusammenhang mit der Entwicklung der **Nahverkehrsstrategie des Freistaats Sachsen** wurde im Jahr 2017 intensiv in Zusammenarbeit mit den anderen Verkehrsverbünden an einer Vereinheitlichung der Beförderungsbedingungen gearbeitet, die im Jahr 2018 zur Anwendung kommen werden. Gleichzeitig wurden im Rahmen der sächsischen Initiative verschiedene Möglichkeiten für die Einführung eines Bildungstickets gemeinsam mit den anderen Verkehrsverbünden und den MDV-Gesellschaftern analysiert und bewertet. Außerdem wurden 2017 zusammen mit den anderen Verkehrsverbünden intensive Zuarbeiten für ein sachsenweites ÖPNV-Netz geleistet.

In den Jahren 2016 und 2017 hat die Verbundgesellschaft in Zusammenarbeit mit den SPNV-Aufgabenträgern in Sachsen-Anhalt und Sachsen eine Gesamtkonzeption für eine **Verbunderweiterung** im Raum Sachsen-Anhalt (Stadt Dessau-Roßlau, Landkreise Anhalt-Bitterfeld und Wittenberg) erarbeitet. Damit soll das im Dezember 2015 eingeführte neue S-Bahnssystem (MDSB II) mit den Vorteilen eines Verbundtarifs verknüpft und noch attraktiver gemacht werden. Die Konzeption umfasst eine detaillierte und qualifizierte Kostenschätzung für die Umstellung sämtlicher Vertriebsgeräte und –systeme der Verkehrsunternehmen und weitere Vorbereitungsaufwendungen sowie eine Berechnung der erwarteten Durchtarifierungs- und Harmonisierungsverluste. Die Gesellschafter der MDV GmbH haben am 01.02.2018 die Umsetzung einer vorerst auf den SPNV beschränkten Verbunderweiterung zum Fahrplanwechsel im Dezember 2019 beschlossen. In den Jahren 2018 und 2019 sind alle notwendigen Voraussetzungen zu schaffen, was auch die Kommunikation gegenüber der Öffentlichkeit, den Fahrgästen im Alt- und Erweiterungsgebiet sowie den Verkehrsunternehmen einschließt.

Weitere Verzögerungen gab es im Jahr 2017 im Teilprojekt **Beschaffung neuer Bordrechner** für die nordsächsischen Verkehrsunternehmen. Anfang 2016 hatten sich die betreffenden Verkehrsunternehmen entschlossen, den Auftrag mit dem alten Lieferanten aufzulösen und eine neue Vergabe durchzuführen. Bis zum Sommer 2017 erfolgte der Rollout der Geräte auf die Fahrzeuge. Seit dem laufen Probetrieb, Fehlerbeseitigung und die Implementierung neuer Funktionalitäten. Aufgrund permanenter Lieferverzögerungen auf Seiten des Auftragnehmers ist von einem Projektabschluss im Jahr 2018 auszugehen.

Die Einbindung der nordsächsischen Verkehrsunternehmen in das **Regio-RBL des MDV** inklusive funktionaler Erweiterungen konnte in 2017 mit einer Abnahme weitestgehend abgeschlossen werden. Restarbeiten, insbesondere mit Bezug auf die Kommunikation mit den o.g. Bordrechnern werden voraussichtlich im 2. Quartal 2018 abgeschlossen werden.

Das System **Regionales eTicketing-System (ReTSy)** konnte Ende 2017 erfolgreich abgenommen werden; wenige Restleistungen werden Anfang 2018 erbracht. Alle Kunden- und Vertragsdaten der Abonnenten und Schüler der regionalen Verkehrsunternehmen im Teilbereich Sachsen und Thüringen wurden im neuen ABO- und Schülerverwaltungssystem ReTSy aufgenommen. Die Schüler erhielten neue Chipkarten statt der bisherigen Papiertickets. Für Abonnenten der regionalen Verkehrsunternehmen in den Landkreisen Leipzig, Nordsachsen und Altenburger Land wurden die bisherigen Wertmarken durch moderne Chipkarten ersetzt. Diese Chipkarten können bei jedem Fahrtantritt auf ihre Gültigkeit bei allen Verkehrsunternehmen im MDV kontrolliert werden. Außerdem ist bei Verlust eine Sperrung möglich und auch Änderungen von Tarifzonen oder anderen Produktmerkmalen können ohne großen Aufwand des Kunden bequem beim Einstieg im Bus oder an Automaten durchgeführt werden.

Der Ticketumsatz in **easy.Go** (handybasiertes Auskunft- und Ticketingsystem) stieg 2017 spürbar auf 2,4 Mio. Euro bzw. um 26 %. Der Nutzen als zuverlässiger und etablierter Auskunftsdienst für Fahrgäste

im MDV-Gebiet wird noch deutlicher, wenn man die knapp 40 Millionen Auskünfte via easy.GO im Jahr 2017 (7 Mio. mehr Auskünfte als in 2016) betrachtet.

Im Rahmen der Kooperation Verkehrsmanagement konzentrierten sich die Arbeiten am **Mobilitätsportal Mitteldeutschland** auf den Baustein Barrierefreiheit. Dazu waren Abstimmungen zur Lieferung angepasster Fahrplandaten durch die Verkehrsunternehmen, zu Haltestellenerhebungen und zur Datenaufbereitung im INSA-System notwendig.

Im Zusammenhang mit **Mobilitätslösungen in ländlichen Regionen** beschäftigt sich die Verbundgesellschaft mit der Schaffung einer mandantenfähigen Dispositionssoftware für (voll)flexible Bedienformen und führte dazu in Abstimmung mit den Landkreisen Gespräche mit Anbietern entsprechender Softwarelösungen. Durch die Vernetzung der Lösung mit INSA und easy.GO soll gewährleistet werden, dass der Fahrgast über seine App sowohl die Auskunft als auch Buchung und Bezahlung seiner kompletten Reisekette vornehmen kann.

Im August 2017 konnte das 2013 begonnene **Projekt „Muldentale in Fahrt“** (neues Verkehrskonzept für das Verkehrsgebiet zwischen den Städten Grimma, Colditz, Bad Lausick und Brandis) mit einem vertakteten System aus PlusBussen und Taktbussen, ergänzt durch weitere Linien sowie einer höheren Anzahl von Haltestellen vollständig umgesetzt werden. Der zweite Projektbaustein, die Stadtverkehre in den vier oben genannten Städten soll bis 2019 vollständig umgesetzt werden. Ein Kreistagsbeschluss für die Weiterentwicklung der oben genannten innerstädtischen Verkehrsleistungen soll in 2018 herbeigeführt werden.

Im Südraum von Leipzig wurde mit „**Neuseenland in Fahrt**“ die erste Stufe des neuen ÖPNV-Konzepts im März 2018 umgesetzt und vermarktet. Ein Netz von drei touristisch ausgerichteten, vertakteten ÖPNV-Linien verbindet den Cospudener, Markkleeberger, Zwenkauer, Störmthaler und Hainer See; in Böhlen und Markkleeberg besteht Anschluss an die S-Bahn.

Im Burgenlandkreis wurden 2017 die Konzeptplanungen für ein neues, systematisch vertaktetes Nahverkehrssystem abgeschlossen. Die Projektpartner Burgenlandkreis, PVG, NASA und MDV bereiten derzeit die Umsetzung unter dem Namen „**Clever unterwegs im Burgenlandkreis**“ vor.

Auf Grundlage der Kooperationsvereinbarung mit den ÖPNV-Aufgabenträger der Landkreise zur gemeinsamen Bearbeitung der jeweiligen **Nahverkehrspläne** wurde in 2017 der Nahverkehrsplan für den Saalekreis fertig gestellt und vom Kreistag beschlossen. Die Arbeiten an den Nahverkehrsplänen für Nordsachsen und den Burgenlandkreis sollen 2018 abgeschlossen werden. Ab Ende 2018 wird der Schwerpunkt der Bearbeitung beim Landkreis Leipzig liegen.

Im durch den Freistaat Thüringen geförderten Projekt „**Schmölln macht mobil**“ wurden in 2017 die Planungen für das Grobkonzept fertig gestellt.

Durch die letzte Novellierung des PBefG wurden strengere Anforderungen an die **Barrierefreiheit** des straßengebundenen ÖPNV gestellt. Für ein einheitliches Herangehen hat der MDV mit seinen Gesellschaftern in den Jahren 2016 und 2017 einen Leitfaden entwickelt.

In den Jahren 2016 und 2017 haben sich die Unternehmen und Aufgabenträger im MDV, die die Marke „**PlusBus**“ verwenden, zu Bandbreiten für die Einhaltung der Qualitätskriterien und einem Bewertungsraster verständigt. Neben dem MDV nutzen inzwischen auch mehrere Unternehmen im Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg, die Harzer Verkehrsbetriebe, der VMT und der VVO die MDV-Marke „PlusBus“. Zusätzlich dazu haben MDV und die NASA GmbH die Marke „TaktBus“ entwickelt, die als Qualitätsmarke auf Linien eingeführt werden kann, die zwar vertaktet sind, aber nicht den strikten 1h-Takt wie bei „PlusBus“ erfüllen.

Im Rahmen der **Kooperationsvereinbarung mit dem Zweckverband für den Nahverkehrsraum Leipzig (ZVNL)** wurden 2017 u.a. Zuarbeiten zum ZVNL-Nahverkehrsplan geleistet und Kapazitätsberechnungen für SPNV-/Bus-Schnittstellen in Böhlen, Grimma und Pegau erstellt.

Gefördert über die Fachkräfterichtlinie des Freistaates Sachsen wird seit 2017 für den Landkreis Leipzig das **betriebliche Mobilitätsmanagementprojekt „Betriebe in Fahrt“** durchgeführt, um das Thema bei den Unternehmen in der Region zu verankern und gleichzeitig Strukturen zur dauerhaften Implementierung aufzubauen.

2017 wurde ein Konzept zur **verbundweiten Marktbearbeitung** mit allen Geschäftsführern abgestimmt, welches Ende 2018 in die stufenweise Umsetzungsphase gehen soll. Außerdem wurde ein neues Lehrmodul „**Verkehrserziehung von Vorschulkindern**“ nebst Lehrmaterialien entwickelt. Auf dieser Basis werden 2018 gemeinsam mit den Verkehrsunternehmen verbundweite „Busschulen“ durchgeführt.

In Fortführung mehrerer Projekte, die die **verbundübergreifende und intermodale Mobilität** vereinfachen, soll 2018 nicht nur die übergreifende Reiseauskunft, sondern auch ein übergreifendes Ticketing ermöglicht werden.

(Quelle: Jahresabschluss zum 31. Dezember 2017 und Lagebericht der Mitteldeutschen Verbundgesellschaft mit beschränkter Haftung (MDV) Halle (Saale))

Bilanzdaten (in T€)

Aktiva								
	2017 Plan		2017 Ist		2016 Ist		2015 Ist	
Anlagevermögen	856,4	59%	807,6	40%	863,2	40%	771,4	40 %
Immaterielles Vermögen	751,6		706,7		762,6		675,0	
Sachanlagen	104,8		100,9		100,6		96,4	
Umlaufvermögen	593,0	40%	1.203,5	59%	1.295,1	59%	1.160,1	59 %
Forderungen und sonst. Vermögen	170,0		132,0		350,8		283,5	
Wertpapiere/Liquide Mittel	423,0		1.071,5		944,3		876,6	
Aktiver RAP	10,0	1%	13,0	1%	12,0	1%	19,3	1 %
Bilanzsumme	1.459,4	100%	2.024,1	100%	2.170,3	100%	1.950,8	100 %

Passiva								
	2017 Plan		2017 Ist		2016 Ist		2015 Ist	
Eigenkapital	544,8	37%	461,3	23%	461,3	21%	461,3	24 %
Gezeichnetes Kapital	73,5		73,5		73,5		73,5	
Rücklagen	387,8		387,8		387,8		387,8	
Gewinn- /Verlustvortrag	80,1		0,0		0,0		0,0	
Bilanzgewinn/-verlust	3,4		0,0		0,0		0,0	
Sonderposten	569,6	39%	604,1	30%	647,7	30%	573,4	29 %
Rückstellungen	120,0	8%	126,5	6%	130,2	6%	160,1	8 %
Verbindlichkeiten	225,0	16%	713,3	35%	800,8	37%	627,3	32 %
Verbindlichkeiten < 1 Jahr	225,0		713,3		800,8		627,3	
Passiver RAP	0,0	0%	118,8	6%	130,3	6%	128,7	7 %
Bilanzsumme	1.459,4	100%	2.024,1	100%	2.170,3	100%	1.950,8	100%

2. G & V – Daten (in T€)

	2017 Plan	2017 Ist	2016 Ist	2015 Ist
Umsatz	1.108,3	914,7	780,9	593,6
Zuschüsse der Gesellschafter	2.627,9	2.511,4	2.370,0	2.162,7
Andere aktivierte Eigenleistungen	0,0	0,0	44,0	43,6
Sonstige betr. Erträge	705,0	797,9	522,8	469,2
Gesamtleistung	4.441,2	4.224,0	3.717,7	3.269,1
Materialaufwand	-1.745,8	-1.568,2	-1.311,0	-1.211,4
Personalaufwand	-2.122,6	-2.085,7	-1.860,9	-1.658,3
Abschreibungen	-175,1	-182,2	-155,9	-77,1
Sonstige betr. Aufwendungen	-394,0	-386,4	-388,5	-355,3
Zwischenergebnis	3,7	1,5	1,4	-33,0
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,0	2,0	0,0	0,2
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,0	-3,2	-0,9	-1,9
Betriebsergebnis	3,7	0,3	0,5	-34,7
Außerordentliche Erträge	0,0	0,0	0,0	35,0
Sonstige Steuern	-0,3	-0,3	-0,5	-0,3
Jahresüberschuss	3,4	0	0	0
Entnahme aus Kapitalrücklage	0	0	0	0
Bilanzgewinn/-verlust	3,4	0	0	0

3. Bilanz- und Leistungskennzahlen

	2017 Plan	2017 Ist	2016 Ist	2015 Ist
Vermögenssituation				
Vermögensstruktur	51,50%	34,91%	39,8 %	39,5 %
Investitionsdeckung	71,39%	143,73%	62,9 %	22,8 %
Fremdfinanzierung	43,15%	56,41%	57,8 %	55,1 %
Kapitalstruktur				
Eigenkapitalquote	37,3%	22,8%	21,3 %	23,6 %
Liquidität				
Effektivverschuldung	keine	keine	keine	keine
Liquiditätsgrad I	188,00%	150,21%	117,9 %	139,7 %
Rentabilität				
Eigenkapitalrendite	0 %	0 %	0 %	0 %
Gesamtkapitalrendite	0 %	0 %	0 %	0 %
Geschäftserfolg				
Pro-Kopf-Umsatz (T€)	31	25	24	19
Personalaufwandsquote	191,52%	228,02%	238,3 %	279,4 %
Beschäftigte				
Im Jahresdurchschnitt (ohne Azubis)	36	36	33	32

Kulturraum Leipziger Raum

Beteiligungsübersicht

Stauffenbergstraße 4 04552 Borna		Tel.	03433 / 241 162
		Fax	03433 / 241 805
		Email	Kulturraum.LeipzigerRaum@t-online.de
Gründungsdatum	01.08.1994		
Rechtsform	Zweckverband		

Verbandsmitglieder / Stammkapital

Gesamtstimmen		4,00
Verbandsmitglieder	Anteil	Anteil
Landkreis Leipzig	50,0000 %	2,00

Unternehmensgegenstand / Unternehmenszweck

Der Kulturraum fördert im Rahmen der im Haushaltsplan zur Verfügung gestellten Mittel und nach näherer Maßgabe der Förderrichtlinien die jährlich festzulegenden kulturellen Einrichtungen und Maßnahmen von regionaler Bedeutung - unabhängig von ihrer Trägerschaft oder Rechtsform. Er koordiniert die Tätigkeit seiner Mitglieder, der übrigen Städte und Gemeinden seines Gebietes sowie der anderen Träger der kommunalen Kulturarbeit auf dem Gebiet der Kulturpflege, soweit dieser regionale Bedeutung zukommt.

Finanzbeziehungen

Leistungen des Zweckverbandes an den Landkreis	in €
Keine	

Leistungen des Landkreises an den Zweckverband	in €
Verlustabdeckung	1.920.282,90

Bürgschaften	in €
Zweckverband an den Landkreis	
Landkreis an den Zweckverband	

Darlehen	in €
Zweckverband an den Landkreis	
Landkreis an den Zweckverband	

Für den Zweckverband Kulturraum Leipziger Raum lagen die Jahresabschlüsse zum 31.12.2014, 31.12.2015, 31.12.2016 und 31.12.2017 sowie die Beteiligungsberichte bei Redaktionsschluss noch nicht vor.

Sachbericht 2013

Der Kulturraum Leipziger Raum - bestehend aus den Mitgliedern Landkreis Leipzig und Landkreis Nordsachsen - ist als Pflichtzweckverband nach § 1 Abs. 1 SächsKRG der Unterstützung der Träger kommunaler Kultur bei ihren Aufgaben von regionaler Bedeutung verpflichtet. Die Vermögensbildung des Kulturraumes dient daher nur der Ausgestaltung des Verfahrens zur o. g. Zielerreichung.

Für das Haushaltsjahr 2013 standen dem Kulturraum Landeszuweisungen des SMWK nach § 6 Abs. 2 a) SächsKRG von 5.243.635 EUR sowie Zuwendungen für Maßnahmen der Kulturellen Bildung von 38.500 EUR zur Verfügung.

Über die Kulturumlage der Mitglieder nach § 6 Abs. 3 SächsKRG standen finanzielle Mittel von 3.425.803 EUR zur Verfügung, welche in Höhe von 1.932.888 EUR aus dem Landkreis Leipzig sowie in Höhe von 1.492.915 EUR aus dem Landkreis Nordsachsen bereitgestellt wurden.

Die geplanten Zinserträge von 15.000 EUR realisierten sich in Höhe von 7.757 EUR.

Über die Förderliste, welche am 15.10.2013 durch den Konvent mit einer Fördersumme von 8.751.834 EUR beschlossen wurde, sind Einrichtungen und Maßnahmen in den Sparten „Museen“, „Professionelle Orchester und Musik, Kommunale Musikschulen“, „Öffentliche Bibliotheken“, „Kunst und Kultur“ sowie „Soziokulturelle Einrichtungen, Projekte sowie Projekte an Kulturhäusern“ in Höhe von 8.687.798 EUR gefördert wurden.

Mit den Aufwendungen für das Kultursekretariat und den Entschädigungen der ehrenamtlich tätigen Vertreter im Konvent, dem Beirat sowie den Sparten wurde mit einem Gesamtergebnis von - 421.446 EUR geplant. Aufgrund einer wirtschaftlichen und sparsamen Haushaltsführung, durchgesetzten Rückforderungsansprüchen infolge der Prüfung von Verwendungsnachweisen, nicht abgerufenen Mittel im laufenden Haushaltsjahr sowie Rückflüssen aufgrund von geänderten Kosten- und Finanzierungsplänen konnte der Fehlbetrag im Jahresergebnis auf 297.353 EUR reduziert werden.

Ermächtigungen für Aufwendungen und Auszahlungen, die in das Haushaltsjahr 2014 zu übertragen sind, werden im Haushaltsvollzug 2013 nicht angezeigt.

Liquide Mittel aus dem Vorjahr von 1.193.182 EUR wurden bis zur Höhe von 723.874 EUR im Jahresverlauf verbraucht.

Zu den bestehenden Rückstellungen der Eröffnungsbilanz kommen 4.000 EUR für die Prüfung des Jahresabschlusses 2013 hinzu.

Der Ausweis der Verbindlichkeiten zeigt eine Reduzierung um 121.908 EUR. Dabei wurden alle Zahlungsverpflichtungen im Jahresverlauf beglichen, welche zum 01.01.2013 bestanden. Der Wert zum Jahresabschluss weist demnach ausschließlich Verbindlichkeiten aus, die im Haushaltsjahr 2013 entstanden sind.

Das Ziel des Kulturraums Leipziger Raum war und ist es, eine stabile Kulturförderung auf gleichbleibendem Niveau zu gewährleisten. Die Instrumente zur Sicherstellung dieses Zieles bei schwankenden Landeszuweisungen sind die Anpassung der Kulturumlage der Landkreise sowie der Einsatz von Rücklagen. Die Vermögensausstattung des Kulturraumes lies die Erreichung dieses Zieles im Haushaltsjahr 2013 möglich werden.

Für die Folgejahre bewertet der Kulturraum seine Lage als gleichbleibend positiv. Langfristig wird auch im Vergleich der anderen Kulturräume im Freistaat Sachsen deutlicher die Abhängigkeit der Landeszuweisungen durch das SMWK von den kumulativen Kulturausgaben der Kommunen im Verbandsgebiet des Kulturraumes Leipziger Raum aufgezeigt werden müssen.

Regionaler Planungsverband Leipzig-Westsachsen

Beteiligungsübersicht

Bautzner Straße 67		Tel.	0341 / 33 74 16 - 0
04347 Leipzig		Fax	0341 / 33 74 16 - 33
Gründungsdatum	06.11.1992		
Rechtsform	Zweckverband		

Verbandsmitglieder / Stammkapital

Gesamtstimmen		15,00
Verbandsmitglieder	Anteil	Anteil
Landkreis Leipzig	33,3300 %	5,00

Unternehmensgegenstand / Unternehmenszweck

Die Regionalplanung als ein Teil der Landesplanung ist eine zusammenfassende, überörtliche und überfachliche Planung, die durch das Landesplanungsgesetz kommunal verfassten Regionalen Planungsverbänden übertragen wird.

Somit obliegt dem Regionalen Planungsverband Westsachsen die Regionalplanung für die Planungsregion Westsachsen, die mit dem Regierungsbezirk Leipzig deckungsgleich ist. Die regionalen Planungsverbände sind Körperschaften des öffentlichen Rechts und haben die Aufgabe, für das Gebiet ihrer Planungsregion den Regionalplan aufzustellen und fortzuschreiben sowie auf seine Umsetzung hinzuwirken. Regionalpläne enthalten Grundsätze und Ziele für die räumliche Ordnung und Entwicklung der jeweiligen Planungsregion, insbesondere in den Bereichen der Ökologie, der Wirtschaft, der Siedlung und der Infrastruktur. In den Regionalplan ist zugleich der Landesrahmenplan einbezogen. In den Braunkohlenplangebietern der Planungsregion Westsachsen sind darüber hinaus für jeden Braunkohlentagebau Braunkohlenpläne bzw. für stillgelegte oder stillzulegende Tagebaue Sanierungsrahmenpläne aufzustellen.

Hauptaufgaben des Verbandes sind:

- Erstellung und Fortführung des Regionalplanes
- Erstellung von Braunkohlen- und Sanierungsrahmenplänen für die 10 Tagebaue der Planungsregion
- Erarbeitung des Landschaftsrahmenplanes
- Regionalmanagement
- Raumb Beobachtung und Politikberatung
- Stellungnahmen zu raumbedeutsamen Vorhaben und im Rahmen der Bauleitplanung

Finanzbeziehungen

Leistungen des Zweckverbandes an den Landkreis	in €
------------------------------------------------	------

Leistungen des Landkreises an den Zweckverband	in €
Verlustabdeckung	10.300,00

Bürgschaften	in €
Zweckverband an den Landkreis	
Landkreis an den Zweckverband	

Darlehen	in €
Zweckverband an den Landkreis	
Landkreis an den Zweckverband	

Für den Regionalen Planungsverband Leipzig-Westsachsen lagen die Jahresabschlüsse zum 31.12.2016 und 31.12.2017 bei Redaktionsschluss noch nicht vor.

Lagebericht 2015

1. Allgemeines

Der Regionale Planungsverband war im Haushaltsjahr 2015 sowohl in finanzieller als auch in personeller Hinsicht und zu jedem Zeitpunkt in der Lage, seine Aufgaben stetig zu erfüllen.

Die Zielstellungen des Haushaltsplans konnten erfüllt werden. Die Ziele des Regionalen Planungsverbands Leipzig-West Sachsen für das Haushaltsjahr 2015 ergaben sich, wie in den Vorjahren auch, im Wesentlichen aus den Vorgaben des Sächsischen Landesplanungsgesetzes und des Raumordnungsgesetzes. Der Regionale Planungsverband ist Träger der Regionalplanung, die ihm als Teil der Landesplanung als Pflichtaufgabe übertragen worden ist. Dabei ist die Strategie des Verbands hauptsächlich auf die Erstellung, Fortschreibung und Verwirklichung des Regionalplans Westsachsen sowie der Braunkohlenpläne ausgerichtet. Hierzu zählten die begonnene Gesamtfortschreibung des Regionalplans Westsachsen aus dem Jahr 2008, die Erarbeitung des Fachbeitrags Naturschutz und Landschaftspflege zum Landschaftsrahmenplan sowie die gemeinsame Gesamtfortschreibung der Braunkohlepläne als Sanierungspläne „Tagebaubereich Goitzsche-Holzweißig-Rösa“ und „Tagebau Delitzsch-Südwest/Breitenfeld“, wobei die Interessen der Region unter Beachtung der vom Freistaat Sachsen durch den Landesentwicklungsplan gesetzten Handlungsaufträge abzustimmen waren. Gleichzeitig wurde das Monitoring zur Strategischen Umweltprüfung des Braunkohleplans „Tagebau Vereinigtes Schleenhain“ begonnen. Weitere wesentliche Schwerpunkte der Verbandsarbeit stellten die Fortführung der Regionalentwicklung und der Braunkohlesanierung dar.

Daneben übernahm der Regionale Planungsverband Leipzig-West Sachsen Aufgaben,

- an der Ausarbeitung und Aufstellung von Zielen der Raumordnung und Landesplanung durch Staatsbehörden nach Maßgabe der landesrechtlichen Vorschriften mitzuwirken,
- als Praxispartner im Rahmen von Forschungsprojekten mit Bezug zur Raumordnungsplanung,
- die Träger der Bauleitplanung, die anderen öffentlichen sowie sonstigen Planungsträger über die Erfordernisse der Raumordnung und Landesplanung in seinem Verbandsgebiet zu unterrichten, zu beraten und darauf hinzuwirken, dass raumbedeutsame Planungen und Maßnahmen im Verbandsgebiet miteinander im Einklang stehen,
- Stellungnahmen zu raumbedeutenden Planungen und Maßnahmen im Rahmen von raumordnungsverfahren, Zielabweichungsverfahren, anderen landesplanerischen Abstimmungen sowie Fachplanungen abzugeben,
- die Moderation von regionalen Planungsprozessen zum Ausgleich unterschiedlicher Interessenlagen nach Aufforderung wahrzunehmen und
- aktiv in den verschiedensten Arbeitsgremien zur regionalen Entwicklung mitzuarbeiten (z.B. FR Regio, Braunkohlesanierung, Steuerungsgruppe Leipziger Neuseenland, Arbeitsgruppe Gewässerverbund, Raumordnungskommission Sachsen/Sachsen-Anhalt).

Inhaltliche Änderungen im Aufgabenspektrum des Verbands gegenüber dem Vorjahr sind nicht eingetreten.

Nach fast 23jähriger Amtszeit erfolgte die Übergabe des Verbandsvorsitzes von Herrn Landrat Dr. Gerhard Gey, der in den Ruhestand ging, an seinen Nachfolger, Herrn Landrat Henry Graichen, welcher am 30.10.2015 einstimmig durch die Verbandsversammlung zum Verbandsvorsitzenden gewählt wurde.

Wesentliche Eckpunkte des Jahresabschlusses:

	Werte in EUR
Ordentliche Erträge	1.081.111
Ordentliche Aufwendungen	1.060.969
Außerordentliche Erträge	896
Außerordentliche Aufwendungen	896
Jahresergebnis	20.142
Liquiditätszufluss aus laufender Verwaltung	40.135
Investitionen	3.898

2. Ertragslage

Der Regionale Planungsverband konnte einen positiven Jahresverlauf 2015 verzeichnen. Eine geringfügig verbesserte Ertragssituation sowie geringere Aufwendungen stellen hierfür die Ursache dar.

Der Planungsverband weist in seiner Ergebnisrechnung einen Jahresüberschuss in Höhe von 20.142 EUR aus. Hierbei standen den Gesamterträgen in Höhe von 1.082.007 EUR Aufwendungen in Höhe von 1.061.865 EUR entgegen. Die Gesamtaufwendungen wurden demnach vollständig durch die Erträge gedeckt.

Die folgende Übersicht gibt einen Überblick über die Erträge und Aufwendungen und deren Abweichung zu den Planwerten:

Bereich	Plan 2015 in EUR	Ergebnis 2015 in EUR	Abweichung	
			in EUR	in %
Ordentliche Erträge	1.062.900	1.081.111	+ 18.211	+ 1,71
Ordentliche Aufwendungen	1.270.000	1.060.969	- 209.031	- 16,46
Ordentliches Ergebnis	- 207.100	20.142	+ 227.242	+ 109,73

Das in der Planung angenommene Haushaltsdefizit wurde nicht bestätigt, es konnte sogar ein positives Jahresergebnis erzielt werden. Dies ist insbesondere auf die Mehrerträge im Bereich der privatrechtlichen Leistungsentgelte (Schutzgebühren für Publikationen) und der Zinserträge sowie den Minderaufwendungen der sonstigen ordentlichen Aufwendungen zurückzuführen.

Die Überschüsse des ordentlichen und des Sonderergebnisses wurden gem. § 23 SächsKomHVO-Doppik getrennten Rücklagen zugeführt.

Die wesentlichen Positionen der Ergebnisrechnung im Vergleich zur Haushaltsplanung:

Bereich	Plan 2015 in EUR	Ergebnis 2015 in EUR	Abweichung	
			in EUR	in %
Erträge	1.062.900	1.082.007	+ 19.107	+ 1,79
Zuweisungen und Umlagen	1.054.400	1.057.917	+ 3.517	0,33
Privatrechtliche Leistungsentgelte	5.000	14.267	+ 9.267	+ 185,34
Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0	1.235	+ 1.235	+ 1.235
Finanzerträge	3.500	7.331	+ 3.831	+ 109,46
Sonstige ordentliche Erträge	0	361	+ 361	+ 361
Außerordentliche Erträge	0	896	+ 896	+ 896
Aufwendungen	1.270.000	1.061.865	- 208.135	- 16,39
Personalaufwendungen	910.000	877.840	- 32.160	- 3,53
Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	91.500	62.442	- 29.058	- 31,75
Planmäßige Abschreibungen	20.000	13.390	- 6.610	- 33,05
Sonstige ordentliche Aufwendungen	248.500	107.297	- 141.203	- 56,82
Außerordentliche Aufwendungen	0	896	+ 896	+ 896

Die Höhe des Mehrbelastungsausgleichs beträgt jährlich gleichbleibend 1.015.000,00 Euro. Besonders hervorzuheben waren im Haushaltsjahr die Mehrerträge im Bereich der Privatrechtlichen Leistungsentgelte (Schutzgebühren für Publikationen) sowie der Zinserträge. Zudem erhöhte sich aufgrund der positiven Bevölkerungsentwicklung der Stadt Leipzig die Verbandsumlage.

Bei den Aufwendungen dagegen dominiert die positive Entwicklung der geplanten sonstigen ordentlichen Aufwendungen. Hier sind insbesondere die Aufwendungen für Sachverständigen- und Gerichtskosten und die Aufwendungen für Bürobedarf und öffentliche Bekanntmachungen zu nennen,

die nicht in dem Umfang in Anspruch genommen werden mussten. Der Grund hierfür liegt darin, dass für die im Zuge der laufenden Fortschreibungsverfahren zu erstellenden Strategischen Umweltprüfungen nicht wie geplant erfolgt sind.

3. Finanzlage

Liquiditätsprobleme bestanden sowohl im Haushaltsjahr 2014 als auch im Haushaltsjahr 2015 nicht. Die liquiden Mittel zum 31.12.2015 betrugen 1.333.313 EUR.

Zahlungsmittelsaldo aus laufender Verwaltungstätigkeit:

Bereich	Plan 2015 in EUR	Ergebnis 2015 in EUR	Abweichung	
			in EUR	in %
Einzahlungen	1.062.900	1.079.879	+ 16.979	+ 1,6
Auszahlungen	1.250.000	1.039.744	- 210.256	- 16,82
Ergebnis	- 187.100	40.135	+ 227.235	+ 121,45

Zahlungsmittelsaldo aus Investitionstätigkeit:

Bereich	Plan 2015 in EUR	Ergebnis 2015 in EUR	Abweichung	
			in EUR	in %
Einzahlungen	0	0	0	0
Auszahlungen	17.500	3.898	- 13.602	- 77,73
Ergebnis	17.500	- 3.898	- 13.602	- 36,4

Für die Finanzrechnung ergibt der Plan-Ist-Vergleich folgendes Bild:

Bereich	Plan 2015 in EUR	Ergebnis 2015 in EUR	Abweichung	
			in EUR	in %
Einzahlungen	1.062.900	1.079.879	+ 16.979	+ 1,6
Auszahlungen	1.267.500	1.043.642	- 223.858	- 17,63
Ergebnis	- 204.600	36.237	+ 240.837	+ 117,71

Der Zahlungsmittelsaldo aus Investitionstätigkeit weist eine Abweichung in Höhe von 13.602 EUR auf. Dies liegt darin begründet, dass geplante Investitionen im IT-Bereich nicht getätigt werden mussten.

Der Saldo der Zahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit hingegen hat sich gegenüber den Planansatz erheblich verbessert. Der Grund hierfür liegt in der Nichtinanspruchnahme der geplanten Sachverständigen- und Gerichtskosten. Daraus resultiert das positive Gesamtergebnis der Finanzrechnung in Höhe von 36.237 EUR.

Es bestehen zudem keine übertragenen Ermächtigungen, die das Folgejahr belasten.

4. Vermögenslage

Die Bilanzsumme zum 31.12.2015 hat sich gegenüber der Vorjahresbilanz zum 31.12.2014 um 20.142 EUR (1,52 %) erhöht.

Aktiva

Das bilanzierte Anlagevermögen hat sich gegenüber dem Vorjahr 2014 auf 31.092 EUR verringert und macht 2,26 % (31.12.2014: 3,08 %) der Bilanzsumme aus. Die größte Position des Anlagevermögens ist das Sachanlagevermögen mit der Betriebs- und Geschäftsausstattung sowie den Maschinen und technischen Anlagen.

Im Anlagevermögen wurden entsprechende planmäßige Abschreibungen vorgenommen.

Im Haushaltsjahr wurde das Vermögen geringfügig vermehrt (nachträgliche Anschaffungskosten Homepage, Neuanschaffung Klimaanlage). Die bilanziellen Abschreibungen führten jedoch insgesamt zu einer Minderung des Anlagevermögens. Der im Haushaltsplan veranschlagte Erwerb von

immateriellen Vermögensgegenständen sowie von beweglichem Sachanlagevermögen war nicht erforderlich (Ausnahme: Klimaanlage).

Entwicklung der Hauptpositionen des Anlagevermögens

Bezeichnung	Wert in EUR	Anteil am AV in %	Anteil an der Bilanzsumme	Vorjahreswert in EUR	Abweichung Vorjahreswert in %
Immaterielle Vermögensgegenstände	6.660	21,42	0,48	7.467	10,80
Sachanlagevermögen	24.432	78,58	1,78	34.012	28,17

Die größte Position des Umlaufvermögens sind die liquiden Mittel in Höhe von 1.333.313 EUR. Diese spiegeln die Veränderung des Finanzmittelbestandes im Haushaltsjahr wieder. Weiterhin kommen die öffentlich-rechtlichen Forderungen in Höhe von 1.335 EUR sowie die privatrechtlichen Forderungen in Höhe von 2.190 EUR hinzu.

Passiva

Auf der Passivseite dominiert die Kapitalposition mit 1.347.963 EUR und bestimmt damit 98,12 % der Bilanzsumme. Die Kapitalposition des Planungsverbandes hat sich von 1.327.821 EUR auf 1.347.963 EUR erhöht. Weiterhin war ein Anstieg der Verbindlichkeiten von 5.021 EUR auf 9.601 EUR zu verzeichnen. Die Rückstellungen haben sich ebenfalls um 2.874 EUR auf 15.899 EUR erhöht. Der Grund hierfür liegt darin, dass die Auszahlungen der für die vorigen Haushaltsjahre gebildeten Rückstellungen noch nicht vollständig erfolgt sind und neue Rückstellungen für die Erstellung und Prüfung des Jahresabschlusses 2015 gebildet wurden. Die in der Vermögensrechnung ausgewiesenen Rückstellungen können vollständig durch die liquiden Mittel abgedeckt werden.

Entwicklung der Hauptpositionen der Passiva

Bezeichnung	Wert in EUR	Anteil an der Bilanzsumme in %	Vorjahreswert in EUR	Abweichung Vorjahreswert in %
Kapitalposition	1.347.963	98,12	1.327.821	1,52
Rückstellungen	15.899	1,18	13.025	22,07
Verbindlichkeiten	9.601	0,7	5.021	91,22

Lageplan 2016

1. Allgemeines

Der Regionale Planungsverband war im Haushaltsjahr 2016 sowohl in finanzieller als auch in personeller Hinsicht und zu jedem Zeitpunkt in der Lage, seine Aufgaben stetig zu erfüllen.

Die Zielstellungen des Haushaltsplans konnten erfüllt werden. Die Ziele des Regionalen Planungsverbands Leipzig-Westsachsen für das Haushaltsjahr 2016 ergaben sich, wie in den Vorjahren auch, im Wesentlichen aus den Vorgaben des Sächsischen Landesplanungsgesetzes und des Raumordnungsgesetzes. Der Regionale Planungsverband ist Träger der Regionalplanung, die ihm als Teil der Landesplanung als Pflichtaufgabe übertragen worden ist. Dabei ist die Strategie des Verbands hauptsächlich auf die Erstellung, Fortschreibung und Verwirklichung des Regionalplans Westsachsen sowie der Braunkohlenpläne ausgerichtet. Hierzu zählten die laufende Gesamtfortschreibung des Regionalplans Westsachsen aus dem Jahr 2008, die Erarbeitung des Fachbeitrags Naturschutz und Landschaftspflege zum Landschaftsrahmenplan und der Durchführung der Strategischen Umweltprüfung sowie die gemeinsame Gesamtfortschreibung der Braunkohlepläne als Sanierungspläne „Tagebaubereich Goitzsche-Holzweißig-Rösa“ und „Tagebau Delitzsch-Südwest/Breitenfeld“, wobei die Interessen der Region unter Beachtung der vom Freistaat Sachsen durch den Landesentwicklungsplan gesetzten Handlungsaufträge abzustimmen waren. Das Monitoring zur Strategischen Umweltprüfung des Braunkohleplans „Tagebau Vereinigtes Schleenhain“ wurde abgeschlossen. Weitere wesentliche Schwerpunkte der Verbandsarbeit stellten die Fortführung die Regionalentwicklung und der Braunkohlesanierung dar.

Daneben übernahm der Regionale Planungsverband Leipzig-West Sachsen Aufgaben,

- an der Ausarbeitung und Aufstellung von Zielen der Raumordnung und Landesplanung durch Staatsbehörden nach Maßgabe der landesrechtlichen Vorschriften mitzuwirken,
- als Praxispartner im Rahmen von Forschungsprojekten mit Bezug zur Raumordnungsplanung,
- die Träger der Bauleitplanung, die anderen öffentlichen sowie sonstigen Planungsträger über die Erfordernisse der Raumordnung und Landesplanung in seinem Verbandsgebiet zu unterrichten, zu beraten und darauf hinzuwirken, dass raumbedeutsame Planungen und Maßnahmen im Verbandsgebiet miteinander im Einklang stehen,
- Stellungnahmen zu raumbedeutenden Planungen und Maßnahmen im Rahmen von raumordnungsverfahren, Zielabweichungsverfahren, anderen landesplanerischen Abstimmungen sowie Fachplanungen abzugeben,
- die Moderation von regionalen Planungsprozessen zum Ausgleich unterschiedlicher Interessenlagen nach Aufforderung wahrzunehmen und
- aktiv in den verschiedensten Arbeitsgremien zur regionalen Entwicklung mitzuarbeiten (z.B. FR Regio, Braunkohlensanierung, Steuerungsgruppe Leipziger Neuseenland, Arbeitsgruppe Gewässerverbund, Raumordnungskommission Sachsen/Sachsen-Anhalt).

Inhaltliche Änderungen im Aufgabenspektrum des Verbands gegenüber dem Vorjahr sind nicht eingetreten.

Wesentliche Eckpunkte des Jahresabschlusses:

	Werte in EUR
Ordentliche Erträge	1.081.279,77
Ordentliche Aufwendungen	1.205.165,48
Außerordentliche Erträge	709,24
Außerordentliche Aufwendungen	640,06
Jahresergebnis	- 123.816,53
Liquiditätszufluss aus laufender Verwaltung	- 99.515,45
Investitionen	5.312,47

2. Ertragslage

Der Regionale Planungsverband hat einen negativen Jahresverlauf 2016 verzeichnet. Gestiegene Aufwendungen bei einer nahezu gleichbleibenden Ertragssituation stellen hierfür die Ursache dar.

Der Planungsverband weist in seiner Ergebnisrechnung einen Jahresfehlbetrag in Höhe von 123.816,53 EUR aus. Hierbei standen den Gesamterträgen in Höhe von 1.081.989,01 EUR Aufwendungen in Höhe von 1.205.805,54 EUR entgegen. Die Gesamtaufwendungen konnten demnach nicht vollständig durch die Erträge gedeckt werden.

Die folgende Übersicht gibt einen Überblick über die Erträge und Aufwendungen und deren Abweichung zu den Planwerten:

Bereich	Plan 2016 in EUR	Ergebnis 2016 in EUR	Abweichung	
			in EUR	in %
Ordentliche Erträge	1.058.570,00	1.081.279,77	+ 22.709,77	+ 2,15
Ordentliche Aufwendungen	1.356.700,00	1.205.165,48	- 151.534,52	- 11,17
Ordentliches Ergebnis	- 298.130,00	- 123.885,71	+ 174.244,29	+ 140,65

Das in der Planung angenommene Haushaltsdefizit hat sich nicht in der Höhe bestätigt, wie erwartet, blieb jedoch trotzdem negativ. Dies ist insbesondere auf die Mehrerträge im Bereich der Kostenerstattungen von privaten Unternehmen und der Zinserträge sowie den Minderaufwendungen der sonstigen ordentlichen Aufwendungen zurückzuführen.

Die wesentlichen Positionen der Ergebnisrechnung im Vergleich zur Haushaltsplanung:

Bereich	Plan 2016 in EUR	Ergebnis 2016 in EUR	Abweichung	
			in EUR	in %
Erträge	1.058.570,00	1.081.279,77	+ 23.419,01	+ 2,21
Zuweisungen und Umlagen	1.055.070,00	1.053.626,71	- 1.443,29	- 0,14
Privatrechtliche Leistungsentgelte	500,00	1.119,67	+ 619,67	+ 123,93
Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0,00	15.876,33	+ 15.876,33	+ 15.876,33
Finanzerträge	3.000,00	10.657,06	+ 7.657,06	+ 255,24
Sonstige ordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00
Außerordentliche Erträge	0,00	709,24	+ 709,24	+ 709,24
Aufwendungen	1.356.700,00	1.205.805,54	- 150.894,46	- 11,12
Personalaufwendungen	944.500,00	900.552,84	- 43.947,16	- 4,65
Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	84.500,00	63.371,44	- 21.128,56	- 25,00
Planmäßige Abschreibungen	16.200,00	13.125,84	- 3.074,16	- 18,98
Sonstige ordentliche Aufwendungen	311.500,00	228.115,36	- 83.384,64	- 26,77
Außerordentliche Aufwendungen	0,00	640,06	+ 640,06	+ 640,06

Die Höhe des Mehrbelastungsausgleichs beträgt jährlich gleichbleibend 1.015.000,00 Euro. Besonders hervorzuheben waren im Haushaltsjahr die Mehrerträge im Bereich der Kostenerstattungen und Kostenumlagen von privaten Unternehmen sowie im Bereich der Zinserträge.

Bei den Aufwendungen dagegen dominiert die positive Entwicklung der Personalaufwendungen sowie der sonstigen ordentlichen Aufwendungen. Bei letzterer Aufwandsposition sind insbesondere die Minderaufwendungen für Kopierleistungen und Sachverständigenkosten zu nennen, die nicht im geplanten Umfang in Anspruch genommen werden mussten. Dies lag im Wesentlichen daran, dass geplante Verfahrensstände der laufenden Fortschreibungsverfahren nicht den geplanten Stand erreichten und dadurch geplante Druckleistungen und Gutachten ins Haushaltsjahr 2017 verschoben werden mussten.

Entwicklung Fehlbetrag

Haushaltsjahr	Haushaltsplan	Ergebnis	
		Fehlbetrag	Überschuss
Doppisch			
2013	-137.130		79.903
2014	-88.700		116.862
2015	- 207.100		20.142
2016	20.142	123.817	

Im Gegensatz zu den Vorjahren wurde im Haushaltsjahr 2016 ein Fehlbetrag festgestellt. Dieser konnte jedoch vollständig mit der Rücklage verrechnet werden.

3. Finanzlage

Liquiditätsprobleme bestanden sowohl im Haushaltsjahr 2015 als auch im Haushaltsjahr 2016 nicht. Die liquiden Mittel zum 31.12.2016 betrugen 1.233.797,47 EUR.

Zahlungsmittelsaldo aus laufender Verwaltungstätigkeit:

Bereich	Plan 2016 in EUR	Ergebnis 2016 in EUR	Abweichung	
			in EUR	in %
Einzahlungen	1.058.400,00	1.083.863,88	+ 25.463,88	+ 2,41
Auszahlungen	1.340.500,00	1.176.205,70	- 164.294,30	- 13,97
Ergebnis	- 282.100,00	- 92.341,82	+ 189.758,18	+ 67,27

Der Saldo der Zahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit hingegen hat sich gegenüber den Planansatz erheblich verbessert. Der Grund hierfür liegt in der Nichtinanspruchnahme der geplanten Sachverständigen- und Gerichtskosten. Dennoch wurde Im ein negatives Gesamtergebnis erzielt.

Zahlungsmittelsaldo aus Investitionstätigkeit:

Bereich	Plan 2016 in EUR	Ergebnis 2016 in EUR	Abweichung	
			in EUR	in %
Einzahlungen	0,00	709,24	+ 709,24	+ 709,24
Auszahlungen	17.500,00	7.882,87	- 9.617,13	- 54,96
Ergebnis	- 17.500,00	- 7.173,63	+ 10.326,37	+ 59,01

Der Zahlungsmittelsaldo aus Investitionstätigkeit weist eine Abweichung in Höhe von 10.362,37 EUR auf. Dies liegt darin begründet, dass geplante Ersatzinvestitionen im IT-Bereich nicht wie geplant getätigt werden mussten und auf folgende Haushaltsjahre verschoben werden konnten.

Für die Finanzrechnung ergibt der Plan-Ist-Vergleich folgendes Bild:

Bereich	Plan 2016 in EUR	Ergebnis 2016 in EUR	Abweichung	
			in EUR	in %
Einzahlungen	1.058.400,00	1.084.573,12	+ 26.173,12	+ 2,47
Auszahlungen	1.358.000,00	1.184.088,57	- 173.911,43	- 12,81
Ergebnis	- 299.600,00	- 99.515,45	+ 200.084,55	+ 66,78

Es bestehen keine übertragenen Ermächtigungen, die das Folgejahr belasten.

4. Vermögenslage

Die Bilanzsumme zum 31.12.2016 hat sich gegenüber der Vorjahresbilanz zum 31.12.2015 um insgesamt 107.305,54 EUR (7,81 %) vermindert.

Aktiva

Das bilanzierte Anlagevermögen hat sich gegenüber dem Vorjahr 2015 auf 25.208,64 EUR verringert und macht 1,99 % (31.12.2015: 2,26 %) der Bilanzsumme aus. Die größte Position des Anlagevermögens ist das Sachanlagevermögen mit der Betriebs- und Geschäftsausstattung sowie den Maschinen und technischen Anlagen.

Im Anlagevermögen wurden entsprechende planmäßige Abschreibungen vorgenommen. Außerplanmäßige Abschreibungen fielen lediglich bei dem Vermögensabgang eines defekten Vervielfältigungsgerätes an. Analog dazu erfolgte die ertragswirksame Auflösung des passiven Sonderpostens.

Im Haushaltsjahr wurde das Vermögen geringfügig vermehrt (Upgrades, Neuanschaffung Drucker). Die bilanziellen Abschreibungen führten jedoch insgesamt zu einer Minderung des Anlagevermögens. Insgesamt wurde weniger neues Vermögen erworben als in der Haushaltsplanung angenommen.

Entwicklung der Hauptpositionen des Anlagevermögens

Bezeichnung	Wert in EUR	Anteil am AV in %	Anteil an der Bilanzsumme	Vorjahreswert in EUR	Abweichung Vorjahreswert in %
Immaterielle Vermögensgegenstände	4.152,02	21,42	0,33	6.660,03	4,95
Sachanlagevermögen	21.056,62	78,58	1,66	24.431,64	4,95

Die größte Position des Umlaufvermögens sind die liquiden Mittel in Höhe von 1.233.797,47 EUR. Diese spiegeln die Veränderung des Finanzmittelbestandes im Haushaltsjahr wieder. Darauf folgen die privatrechtlichen Forderungen in Höhe von 1.298,29 EUR.

Passiva

Auf der Passivseite dominiert die Kapitalposition mit 1.224.146,13 EUR und bestimmt damit 96,65 % der Bilanzsumme. Die Kapitalposition des Planungsverbandes hat sich um 123.816,53 EUR vermindert. Weiterhin war ein Anstieg der Verbindlichkeiten von 9.600,96 EUR auf 26.665,72 EUR zu verzeichnen. Die Rückstellungen haben sich minimal verringert (492,50 EUR). Die in der Vermögensrechnung ausgewiesenen Rückstellungen können vollständig durch die liquiden Mittel abgedeckt werden.

Entwicklung der Hauptpositionen der Passiva

Bezeichnung	Wert in EUR	Anteil an der Bilanzsumme in %	Vorjahreswert in EUR	Abweichung Vorjahreswert in %
Kapitalposition	1.224.146,13	96,65	1.347.962,66	1,47
Rückstellungen	15.406,17	1,22	15.898,67	0,04
Verbindlichkeiten	26.665,72	2,11	9.600,96	4,87

Lageplan 2017

1. Wesentliche Eckpunkte des Jahresabschlusses:

	Werte in EUR
Ordentliche Erträge	1.082.022,30
Ordentliche Aufwendungen	1.126.792,84
Außerordentliche Erträge	2,00
Außerordentliche Aufwendungen	728,18
Jahresergebnis	- 45.496,72
Liquiditätszufluss aus laufender Verwaltung	-44.840,59
Investitionen	10.927,03

2. Ertragslage

Der Planungsverband weist in seiner Ergebnisrechnung einen Jahresfehlbetrag in Höhe von 45.496,72 EUR aus. Hierbei standen den Gesamterträgen in Höhe von 1.082.024,30 EUR Aufwendungen in Höhe von 1.127.521,02 EUR entgegen. Die Gesamtaufwendungen konnten demnach nicht vollständig durch die Erträge gedeckt werden.

Die folgende Übersicht gibt einen Überblick über die Erträge und Aufwendungen und deren Abweichung zu den Planwerten:

Bereich	Plan 2017 in EUR	Ergebnis 2017 in EUR	Abweichung	
			in EUR	in %
Ordentliche Erträge	1.060.165,00	1.082.022,30	+ 21.857,30	+ 2,06
Ordentliche Aufwendungen	1.340.000,00	1.126.792,84	- 213.207,16	- 15,91
Ordentliches Ergebnis	- 279.835,00	- 44.770,54	+ 235.064,46	+ 525,04

Das in der Planung angenommene Haushaltsdefizit hat sich nicht in der Höhe bestätigt, wie erwartet, blieb jedoch trotzdem negativ.

Die wesentlichen Positionen der Ergebnisrechnung im Vergleich zur Haushaltsplanung:

Bereich	Plan 2017 in EUR	Ergebnis 2017 in EUR	Abweichung	
			in EUR	in %
Erträge	1.060.165,00	1.080.024,30	+ 19 419,30	+ 1,83
Zuweisungen und Umlagen	1.055.665,00	1.053.661,27	- 2.003,73	- 0,19
Privatrechtliche Leistungsentgelte	200,00	3.616,50	+ 3.416,50	+ 1.708,25
Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0,00	15.666,71	+ 15.666,71	+ 100
Finanzerträge	4.300,00	4.330,49	+ 30,49	+ 0,71
Sonstige ordentliche Erträge	0,00	2.747,33	+ 2.747,33	+ 100
Außerordentliche Erträge	0,00	2,00	+ 2,00	+ 100
Aufwendungen	1.340.000,00	1.025.079,14	- 314.923,86	- 23,50
Personalaufwendungen	969.000,00	922.480,43	- 46.519,57	- 4,80
Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	117.000,00	87.513,20	- 29.486,80	- 25,20
Planmäßige Abschreibungen	10.500,00	14.354,33	+ 3.854,33	+ 36,71
Sonstige ordentliche Aufwendungen	243.500,00	102.444,88	- 141.055,12	- 57,93
Außerordentliche Aufwendungen	0,00	728,18	+ 728,18	+ 100

Die Höhe des Mehrbelastungsausgleichs beträgt jährlich gleichbleibend 1.015.000,00 Euro. Die Abweichungen zum Haushaltsplan resultieren bei den Erträgen hauptsächlich aus fehlenden Planansätzen. Dies ist insbesondere bei den Kostenerstattungen festzustellen. Zum Zeitpunkt der Erstellung des Haushaltsplanes war jedoch noch nicht bekannt, in welcher Höhe sich die anderen Planungsverbände an den Kosten der Regionalplanertagung Sachsen beteiligen. Weiterhin sind die Erträge aus dem Verkauf von Druckerzeugnissen schwer planbar.

Bei den Aufwendungen dagegen dominiert die positive Entwicklung der Personalaufwendungen sowie der sonstigen ordentlichen Aufwendungen. Bei letzterer Aufwandsposition stellt der Planungsverband im Haushaltsplan eine sog. „Sicherheitsposition“ für eventuelle Klageverfahren ein, deren Inanspruchnahme nicht erforderlich war. Ebenfalls wurden die geplanten Kosten f. Kopierleistungen nicht realisiert (Abweichung: 32.586,80 EUR).

Entwicklung Fehlbetrag

Haushaltsjahr	Haushaltsplan	Ergebnis	
		Fehlbetrag	Überschuss
Doppisch			
2013	-137.130		79.903
2014	-88.700		116.862
2015	- 207.100		20.142
2016	20.142	123.817	
2017	- 279.835	45.497	

Wie bereits im Vorjahr wurde auch im Haushaltsjahr 2017 ein Fehlbetrag festgestellt. Dieser kann jedoch vollständig mit der Rücklage verrechnet werden.

3. Finanzlage

Liquiditätsprobleme bestanden sowohl im Haushaltsjahr 2016 als auch im Haushaltsjahr 2017 nicht. Die liquiden Mittel zum 31.12.2017 betragen 1.188.332,06 EUR.

Zahlungsmittelsaldo aus laufender Verwaltungstätigkeit:

Bereich	Plan 2017 in EUR	Ergebnis 2017 in EUR	Abweichung	
			in EUR	in %
Ein- zahlungen	1.060.100,00	1.078.615,64	+ 18.515,64	+ 1,75
Aus- zahlungen	1.329.500,00	1.112.529,20	- 216.970,80	- 16,32
Ergebnis	- 269.400,00	- 33.913,56	+ 235.486,44	+ 87,41

Der Saldo der Zahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit hat sich gegenüber den Planansatz erheblich verbessert. Der Grund hierfür liegt in der Nichtinanspruchnahme der geplanten Kopierleistungen und Sachverständigen- und Gerichtskosten. Dennoch wurde ein negatives Gesamtergebnis erzielt.

Zahlungsmittelsaldo aus Investitionstätigkeit:

Bereich	Plan 2017 in EUR	Ergebnis 2017 in EUR	Abweichung	
			in EUR	in %
Ein- zahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00
Aus- zahlungen	17.500,00	10.927,03	- 6.572,97	- 37,56
Ergebnis	- 17.500,00	- 10.927,03	+ 6.572,97	37,56

Der Zahlungsmittelsaldo aus Investitionstätigkeit weist eine Abweichung in Höhe von 6.572,97 EUR auf.

Für die Finanzrechnung ergibt der Plan-Ist-Vergleich folgendes Bild:

Bereich	Plan 2017 in EUR	Ergebnis 2017 in EUR	Abweichung	
			in EUR	in %
Ein- zahlungen	1.060.100,00	1.078.615,64	+ 18.515,64	+ 1,75

Bereich	Plan 2017 in EUR	Ergebnis 2017 in EUR	Abweichung	
			in EUR	in %
Aus- zahlungen	1.347.000,00	1.123.456,23	- 223.543,77	- 16,6
Ergebnis	- 286.900,00	- 45.465,41	- 241.434,59	-84,15

Es bestehen keine übertragenen Ermächtigungen, die das Folgejahr belasten.

4. Vermögenslage

Die Bilanzsumme zum 31.12.2017 hat sich gegenüber der Vorjahresbilanz zum 31.12.2016 um 44.770,54 EUR (3,71 %) vermindert.

Aktiva

Das bilanzierte **Anlagevermögen** hat sich gegenüber dem Vorjahr 2016 auf 21.053,16 EUR verringert und macht 1,72 % (31.12.2016: 1,99 %) der Bilanzsumme aus. Die größte Position des Anlagevermögens ist das Sachanlagevermögen mit der Betriebs- und Geschäftsausstattung (13.094,83 EUR) und den Maschinen und technischen Anlagen (3.204,46 EUR).

Im Anlagevermögen wurden entsprechende planmäßige Abschreibungen vorgenommen.

Im Haushaltsjahr wurde das Vermögen geringfügig vermehrt. Insgesamt wurde weniger neues Vermögen erworben als in der Haushaltsplanung angenommen. Weiterhin waren sechs Vermögensabgänge festzustellen (Restbuchwert: 728,18 EUR). Analog dazu erfolgte die ertragswirksame Auflösung der passiven Sonderposten.

Entwicklung der Hauptpositionen des Anlagevermögens

Bezeichnung	Wert in EUR	Anteil am AV in %	Anteil an der Bilanzsumme	Vorjahreswert in EUR	Abweichung Vorjahreswert in %
Immaterielle Vermögensgegenstände	4.753,87	22,58	0,39	4.152,02	14,50
Sachanlagevermögen	16.299,29	77,42	1,33	21.056,62	22,59

Die größte Position des **Umlaufvermögens** sind die liquiden Mittel in Höhe von 1.188.332,06 EUR. Diese spiegeln die Veränderung des Finanzmittelbestandes im Haushaltsjahr wieder. Darauf folgen die privatrechtlichen Forderungen in Höhe von 2.101,57 EUR.

Passiva

Auf der Passivseite dominiert die Kapitalposition mit 1.179.549,41 EUR und bestimmt damit 96,51 % der Bilanzsumme. Die Kapitalposition des Planungsverbandes hat sich um 45.496,72 EUR vermindert. Weiterhin war ein Anstieg der Verbindlichkeiten von 26.665,72 EUR auf 29.648,96 EUR zu verzeichnen. Die Rückstellungen haben sich von 15.406,17 EUR auf 13.600,00 EUR verringert (1.806,17 EUR). Die in der Vermögensrechnung ausgewiesenen Rückstellungen können vollständig durch die liquiden Mittel abgedeckt werden.

Entwicklung der Hauptpositionen der Passiva

Bezeichnung	Wert in EUR	Anteil an der Bilanzsumme in %	Vorjahreswert in EUR	Abweichung Vorjahreswert in %
Kapitalposition	1.179.549,41	96,51	1.224.146,13	3,64
Rückstellungen	13.600,00	1,11	15.406,17	11,72
Verbindlichkeiten	29.648,96	2,43	26.665,72	8,84

Kommunaler Sozialverband Sachsen

Beteiligungsübersicht

Thomasiusstraße 1
04109 Leipzig

Tel. 0341 / 1266-0
Fax 0341 / 1266 700/ 1266800
Email post@ksv-sachsen.de
Internet http://www.ksv-sachsen.de

Gründungsdatum 22.01.1993
Rechtsform Zweckverband

Verbandsmitglieder / Stammkapital

Gesamtstimmen		47,00
Verbandsmitglieder	Anteil	Anteil
Landkreis Leipzig	6,3800 %	3,00

Unternehmensgegenstand / Unternehmenszweck

Dem LWV Sachsen wurde per Gesetz eine Ausgleichs- und Bündelungsfunktion übertragen. Er koordiniert und erfüllt als überörtlicher Träger der Sozialhilfe eine Vielzahl von Aufgaben der Sozialhilfe und gewährleistet eine überregionale, bedarfsgerechte Versorgung behinderter Menschen. Nach dem BSHG sind örtliche und überörtliche Träger der Sozialhilfe für Leistungen zuständig, die unter Beachtung der Nachrangigkeit der Sozialhilfe berechtigten Personen als Hilfe in besonderen Lebenslagen oder Hilfe zum Lebensunterhalt gewährt werden.

Das Hauptaufgabengebiet des LWV Sachsen als überörtlicher Träger der Sozialhilfe, und damit der Kostenträger für stationäre und teilstationäre Maßnahmen, ist die Hilfe in besonderen Lebenslagen mit dem Schwerpunkt der Eingliederungshilfe für behinderte Menschen nach dem BSHG.

Die Aufgaben und Ziele des LWV Sachsen sind:

Kostenträger von stationären und teilstationären Hilfsangeboten für körperlich, geistig oder seelisch behinderte Personen nach dem BSHG und dem SGB IX;

Verhandlungsführung über Entgelte für Einrichtungen nach dem BSHG und dem Pflegeversicherungsgesetz (SGB XI);

Wahrnehmung der Aufgaben der überörtlichen Betreuungsbehörde und Prüfungsbehörde;

Förderung der Zusammenarbeit zwischen öffentlicher und freier Wohlfahrtspflege und Beteiligung an der Planung und Förderung von Einrichtungen im Freistaat Sachsen;

Der LWV als höherer Kommunalverband erhebt seine Umlage nach der Umlagekraft seiner Mitglieder. Damit wird gesichert, dass allen Hilfeempfängern, unabhängig von ihrem gewöhnlichen Aufenthalt und dem Ort ihrer Betreuung und Unterbringung in gleicher Weise und nach einheitlichen Standards die erforderliche Hilfe gewährt werden kann. Durch das Gesetz zur Umsetzung des Gesetzes zur Einordnung des Sozialhilferechts in das Sozialgesetzbuch (AGSGB vom 14.Juli 2005) wurde am 30. Juli 2005 der Landeswohlfahrtsverband (LWV) als Kommunaler Sozialverband Sachsen (KSV) gegründet.

Finanzbeziehungen

Leistungen des Zweckverbandes an den Landkreis	in €
Keine	

Leistungen des Landkreises an den Zweckverband	in €
Verlustabdeckung	25.248.213,45

Bürgschaften	in €
Zweckverband an den Landkreis	
Landkreis an den Zweckverband	

Darlehen	in €
Zweckverband an den Landkreis	
Landkreis an den Zweckverband	



1. Vorbemerkungen Gesamthaushalt

Mit Bescheid vom 24. März 2015 wurde vom Sächsischen Staatsministerium des Innern (SMI) festgelegt, dass die Ausgleichsabgabe als Sondervermögen zu betrachten ist und zusammen mit dem Haushaltsplan des KSV Sachsen festzusetzen ist. Beginnend mit dem Haushaltsjahr 2016 wurde die Ausgleichsabgabe als Teilhaushalt in den Gesamthaushalt des KSV Sachsen integriert. Folgendes Gesamtergebnis wurde 2017 erzielt:

Ergebnisrechnung

Gesamtbetrag der ordentlichen Erträge	628.079.198,78 EUR
Gesamtbetrag der ordentlichen Aufwendungen	633.170.412,29 EUR
Ordentliches Ergebnis	-5.091.213,51 EUR
Gesamtbetrag der außerordentlichen Erträge	32,38 EUR
Gesamtbetrag der außerordentlichen Aufwendungen	31,00 EUR
Sonderergebnis	1,38 EUR
Gesamtergebnis	-5.091.212,13 EUR

Finanzrechnung

Zahlungsmittelsaldo aus laufender Verwaltungstätigkeit	-10.732.105,72 EUR
Gesamtbetrag der Einzahlungen für Investitionstätigkeit	9.112,22 EUR
Gesamtbetrag der Auszahlungen für Investitionstätigkeit	10.622.844,66 EUR
Saldo der Einzahlungen und Auszahlungen für Investitionstätigkeit	-10.613.732,44 EUR

Finanzierungsmittelüberschuss oder -fehlbetrag als Saldo aus Zahlungsmittelüberschuss oder -fehlbetrag und dem Saldo der Gesamtbeträge der Einzahlungen und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit

-21.345.838,16 EUR

Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit	0,00 EUR
Gesamtbetrag der Auszahlungen für Finanzierungstätigkeit	0,00 EUR
Saldo der Einzahlungen und Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit	0,00 EUR

Saldo aus Zahlungsmittelüberschuss oder -fehlbetrag und Saldo der Einzahlungen und Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit als Änderung des Finanzierungsmittelbestandes

-21.345.838,16 EUR

Vermögensrechnung

Aktiva:

Anlagevermögen:	60.964.383,41 EUR
Umlaufvermögen:	57.958.275,61 EUR
Aktive Rechnungsabgrenzungsposten:	2.747.242,71 EUR

Passiva:

Kapitalposition:	60.480.424,65 EUR
Sonderposten:	5.847,53 EUR
Rückstellungen:	6.380.558,53 EUR
Verbindlichkeiten:	50.926.657,49 EUR
Passive Rechnungsabgrenzungsposten:	3.876.413,53 EUR
Bilanzsumme des Gesamthaushaltes KSV Sachsen:	121.669.901,73 EUR

Stand: 30.06.2018

2. Allgemeine Erläuterungen zum Kommunalhaushalt – Rechtsgrundlagen

Nach § 53 SächsKomHVO-Doppik ist die Jahresrechnung durch einen Rechenschaftsbericht zu ergänzen. Insbesondere sind die wichtigsten Ergebnisse des Jahresabschlusses und erhebliche Abweichungen der Jahresergebnisse von den Haushaltsansätzen zu erläutern. Im Gesetz über den KSV Sachsen (SächsKomSozVG) werden im § 3 die durch den Verband zu erfüllenden Aufgaben definiert.

Haushaltssatzung

Nach § 21 SächsKomSozVG finden auf die Wirtschaftsführung des KSV Sachsen die für die Landkreise geltenden Vorschriften über die Gemeindeführung mit Ausnahme der Vorschriften über die Auslegung des Entwurfs der Haushaltssatzung und des Haushaltsplanes sowie der Jahresabschluss entsprechend Anwendung, soweit gesetzlich nichts anderes bestimmt ist.

Die Haushaltssatzung und der Haushaltsplan 2017 sind von der Verbandsversammlung in der Sitzung vom 05.12.2016 beschlossen worden.

Das SMI hat als Rechtsaufsichtsbehörde mit Bescheid vom 10.02.2017 die Gesetzmäßigkeit der Haushaltssatzung bestätigt und die in § 5 festgesetzte Sozialumlage i. H. v. 8,82344847758 v. H. der Umlagegrundlagen der Landkreise und kreisfreien Städte genehmigt. Die öffentliche Bekanntmachung der Haushaltssatzung erfolgte im Sächsischen Amtsblatt, Amtlicher Anzeiger Nr. 10 vom 09.03.2017.

Im Beschluss zur Haushaltssatzung 2017 wurde die Festlegung getroffen, eine Nachtragshaushaltssatzung zur Anpassung des Umlagesatzes zu erlassen, sofern es nach Festsetzung der endgültigen Umlagegrundlagen 2017 bei der Ermittlung der Sozialumlage unter Anwendung des Vorhundertssatzes aus der Haushaltssatzung zu einer absoluten Abweichung von mehr als 5 Mio. EUR von der veranschlagten Sozialumlage in Höhe von 448,9 Mio. EUR kommt.

Mit Datum vom 23.02.2017 hatte das Sächsische Staatsministerium der Finanzen die Umlagegrundlagen für 2017 bekannt gemacht. Hätte man diese unter Beibehaltung des Umlagesatzes von 8,82344847758 v. H. der Berechnung der Sozialumlage zu Grunde gelegt, wäre diese um 21,0 Mio. EUR auf 469,9 Mio. EUR gestiegen.

Auf Grund der o. g. Festlegung wurde eine Nachtragssatzung mit Anpassung des Umlagesatzes erforderlich. Auf Basis des von der Verbandsversammlung beschlossenen Haushaltsplanes 2017 festgelegten Absolutbetrages der Sozialumlage i. H. v. 448.937.857 EUR und der Umlagegrundlagen 2017 ergibt sich ein Umlagesatz von 8,43059063103 v. H. der Umlagegrundlagen 2017 i. H. v. 5.325.105.637,88 EUR.

Am 19.06.2017 beschloss die Verbandsversammlung die erste Nachtragssatzung für das Haushaltsjahr 2017 mit o. g. Umlagesatz.

Das SMI hat als Rechtsaufsichtsbehörde mit Bescheid vom 07.07.2017 die in § 5 der Nachtragssatzung geregelte Sozialumlage i. H. v. 8,82344847758 v. H. der Umlagegrundlagen der Landkreise und kreisfreien Städte genehmigt. Die Veröffentlichung fand im Sächsischen Amtsblatt, Amtlicher Anzeiger Nr. 30 vom 27.07.2017 statt.

Stand: 30.06.2018

Das Haushaltsjahr 2017 des **Kommunalhaushaltes** wurde mit folgendem Ergebnis abgeschlossen:

Ergebnisrechnung

Gesamtbetrag der ordentlichen Erträge	590.857.927,97 EUR
Gesamtbetrag der ordentlichen Aufwendungen	599.261.534,30 EUR
Ordentliches Ergebnis	-8.403.606,33 EUR
Gesamtbetrag der außerordentlichen Erträge	32,38 EUR
Gesamtbetrag der außerordentlichen Aufwendungen	31,00 EUR
Sonderergebnis	1,38 EUR
Gesamtergebnis	-8.403.604,95 EUR

Finanzrechnung

Zahlungsmittelsaldo aus laufender Verwaltungstätigkeit	-13.899.987,23 EUR
Gesamtbetrag der Einzahlungen für Investitionstätigkeit	9.112,22 EUR
Gesamtbetrag der Auszahlungen für Investitionstätigkeit	10.622.844,66 EUR
Saldo der Einzahlungen und Auszahlungen für Investitionstätigkeit	-10.613.732,44 EUR
Finanzierungsmittelüberschuss oder -fehlbetrag als Saldo aus Zahlungsmittelüberschuss oder -fehlbetrag und dem Saldo der Gesamtbeträge der Einzahlungen und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	-24.513.719,67 EUR
Saldo aus haushaltsunwirksamen Vorgängen	1.562.538,74 EUR
Überschuss oder Bedarf an Zahlungsmitteln im Haushaltsjahr	-22.951.180,93 EUR

Stand: 30.06.2018

Vermögensrechnung

Bilanzsumme des KSV Sachsen: 60.885.276,07 EUR

In der Haushaltssatzung des KSV Sachsen waren im Teil Kommunalhaushalt für das Haushaltsjahr 2017 festgesetzt:

- > im Ergebnishaushalt
 - Gesamtbetrag der ordentlichen Erträge auf 584.511.523 EUR
 - Gesamtbetrag der ordentlichen Aufwendungen auf 584.511.523 EUR
 - Entnahmen aus Rücklagen auf 0,00 EUR
- > im Finanzhaushalt
 - Zahlungsmittelsaldo aus laufender Verwaltungstätigkeit 27.200 EUR
 - Saldo der Einzahlungen und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit -308.000 EUR
 - Finanzierungsfehlbetrag als Saldo aus Zahlungsmittelüberschuss und dem Saldo der Gesamtbeträge der Einzahlungen und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit 219.200 EUR
 - Saldo aus Finanzierungsmittelüberschuss und Saldo der Einzahlungen und Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit als Änderung des Finanzierungsmittelbestandes 219.200 EUR
- > Höchstbetrag der Kassenkredite 116.900.000 EUR
- > Höhe der Sozialumlage v. H. der Umlagegrundlagen der Landkreise und kreisfreien Städte 8,82344847758 v. H.

Zusammengefasste Ergebnisse des Jahresabschlusses Kommunalhaushalt

Die Jahresrechnung 2017 schließt in der Ergebnisrechnung mit einem veranschlagten Gesamtergebnis i. H. v. minus 8.403.604,95 EUR ab.

Die Jahresrechnung 2017 schließt in der Finanzrechnung mit einem Endbestand an Zahlungsmitteln i. H. v. -27.779,43 EUR ab. Er verringert sich gegenüber dem Vorjahr um 12.951.180,93 EUR.

Gegenüber dem Haushaltsplan ergaben sich folgende Veränderungen:

in der Ergebnisrechnung

beim Gesamtbetrag der ordentlichen Erträge ein Mehrbetrag von 5.654.024,97 EUR
 beim Gesamtbetrag der ordentlichen Aufwendungen ein Mehrbetrag von 13.607.631,30 EUR

in der Finanzrechnung

beim Zahlungsmittelsaldo aus laufender Verwaltungstätigkeit -13.977.187,23 EUR
 beim Zahlungsmittelsaldo aus Investitionstätigkeit -146.748,05 EUR
 beim Bedarf an Zahlungsmitteln -14.123.935,28 EUR

Stand: 30.06.2018

In der Vermögensrechnung

erhöhte sich die Bilanzsumme gegenüber dem Vorjahr von 52.602.552,47 EUR
auf 60.885.276,07 EUR

3. Erläuterungen zur Ergebnisrechnung

3.1. Ordentliche Erträge der Ergebnisrechnung

3.1.1. Zuwendungen und Umlagen nach Arten und aufgelösten Sonderposten

Diese Position enthält die mit rd. 76 % gemessen an den Gesamterträgen stärkste Ertragsposition im Haushalt, die Sozialumlage. Mit der 1. Nachtragssatzung vom 19.06.2017 wurde der Umlagesatz nach Bekanntgabe der Umlagegrundlagen an den Planwert der Sozialumlage angepasst, so dass für das Haushaltsjahr 2017 der geplante Umlagebetrag vollständig eingegangen ist.

Weiterhin werden unter dieser Position Erträge in geringem Umfang aus der Auflösung von Sonderposten erfasst.

3.1.2. Sonstige Transfererträge

Position 3 beinhaltet den Ersatz sozialer Leistungen durch vorrangige Sozialleistungsträger und Dritte an den KSV Sachsen. Sie ist nach der Sozialumlage die zweite Hauptertragsquelle im Kommunalhaushalt. Dem Plan von 82,1 Mio. EUR stehen im Ergebnis 87,4 Mio. EUR gegenüber.

Die größten Abweichungen gegenüber dem Plan finden sich bei folgenden Erträgen:

	Plan 2017	Ist 2017
Ersatz von Pflegekassen i. E.	13,0 Mio. EUR	18,3 Mio. EUR
Ersatz von Rentenversicherungsträgern i. E.	47,5 Mio. EUR	48,5 Mio. EUR

Wie bereits im Haushaltsplan 2017 unter dem Punkt Haushaltsrisiken bemerkt wurde, konnten die Auswirkungen des zweiten Pflegestärkungsgesetzes zum Planungszeitpunkt ertrags- und aufwandsseitig noch nicht beziffert werden (siehe dazu auch Punkt 3.2.5).

Weiterhin zeigte sich, dass der Plan 2017 für den Ersatz von Rentenversicherungsträgern trotz Plananhebung zum Vorjahr auf Grund der deutlichen Rentenerhöhungen zu niedrig angesetzt war.

3.1.3. Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte

Im Haushaltsjahr 2017 konnten 130 TEUR mehr Verwaltungsgebühren als geplant und 30 TEUR mehr als im Vorjahr eingenommen werden. Diese Mehreinnahme gegenüber dem Plan entstand hauptsächlich bei der Erhebung von Gebühren im Ergebnis der Tätigkeit der Heimaufsicht. Die steigenden Gebühreneinnahmen sind das Ergebnis einer höheren Begegnungsquote.

Der Planwert der Gebühren für die Anerkennung der Gesundheitsfachberufe wurde mit 123 % erfüllt.

Stand: 30.06.2018

3.1.4. Privatrechtliche Leistungsentgelte

Das Ergebnis 2017 liegt mit 58 TEUR über dem Planansatz. Diese Mehrerträge resultieren aus der Jahresabrechnung der Heizkosten und der Betriebskostenerstattung zur Jahresabrechnung 2016.

3.1.5. Kostenerstattungen und Kostenumlagen

Der Ansatz dieser Position wurde mit 1,1 Mio. EUR unterschritten. Die Mindererträge resultieren im Wesentlichen aus Mindererträgen bei den Erstattungen von Übrigen (0,7 Mio. EUR) sowie geringeren Erstattungen infolge geringerer Aufwendungen bei der neu errichteten Stiftung Anerkennung und Hilfe (0,6 Mio. EUR). Mindererträge bei der Erstattung von Grundsicherungsleistungen in Höhe von 2,9 Mio. EUR konnten durch ungeplante Mehrerträge für die Barbetragserstattung nach dem BTHG in Höhe von 3,0 Mio. EUR kompensiert werden.

3.1.6. Finanzerträge (Zinsen, Erträge aus Beteiligungen u. ä. Erträge)

Aus kurzfristigen Geldanlagen für zeitweilig nicht benötigte Finanzmittel konnten 2017 keine Zinserträge von Kreditinstituten erwirtschaftet werden, was durch die anhaltende Niedrigzinssituation am Kapitalmarkt verursacht wird (siehe hierzu auch Punkt 3.2.4). Längerfristige zinsbringende Geldanlagen sind durch die Gewährleistung der kurzfristigen Abrufbereitschaft der liquiden Mittel nicht möglich.

3.1.7. Sonstige ordentliche Erträge

Mehreinnahmen i. H. v. 1,3 Mio. EUR wurden unter dieser Position hauptsächlich bei den Erträgen aus der Auflösung oder Herabsetzung von Wertberichtigungen auf Forderungen, weiterhin in geringem Umfang bei den Erträgen aus der Auflösung von Rückstellungen für sonstige vertragliche Verpflichtungen gegenüber Dritten sowie aus sonstigen öffentlich-rechtlichen Verwaltungs- und Betriebseinnahmen erzielt. Des Weiteren stehen 0,25 Mio. EUR Erträge aus der Auflösung des passiven Rechnungsabgrenzungspostens aus der Abzinsung von Forderungen zu Buche.

Im Haushaltsjahr 2017 wurden für die Einzelwertberichtigung und Pauschalwertberichtigung von Forderungen nach Hinweis des Rechnungsprüfungsamtes je ein Sachkonto zur Trennung der Wertberichtigungen eingerichtet und bebucht. Dies konnte zum Planungszeitpunkt für 2017 noch nicht berücksichtigt werden, so dass sich der Planwert als Summe aller Wertberichtigungen noch auf dem Sachkonto Einzelwertberichtigungen befindet. Im Saldo wurden 1,1 Mio. EUR Mehrerträge aus Wertberichtigungen von Forderungen erzielt.

3.2. Ordentliche Aufwendungen der Ergebnisrechnung

3.2.1 Personalaufwendungen

Bei den Personalaufwendungen wurden gegenüber der Plansumme 3,3 % bzw. 0,9 Mio. EUR weniger in Anspruch genommen.

Von den außerplanmäßig eingestellten Personalkosten für die Stiftung Anerkennung und Hilfe i. H. v. 0,6 Mio. EUR wurden nur 43,8 TEUR in Anspruch genommen, da das dafür vorgesehene Personal 2017 sukzessive eingestellt wurde.

Ursächlich für die verbleibenden Minderaufwendungen sind die Einstellung der Entgeltfortzahlung bei Langzeiterkrankungen, Erkrankung des Kindes und auf Grund von Freistellungen nach dem PflegeZG sowie vorübergehend freie Stellen bzw. deren zeitlich versetzte Nachbesetzung bei Arbeitnehmerkündigungen, Auflösungsverträgen, Mutterschutz- und Elternzeiten.

Für die im Jahr 2017 abgeschlossenen Verträge über Altersteilzeit wurden Rückstellungen in Höhe von 323,3 TEUR gebildet.

3.2.2. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen

Sach- und Dienstleistungen werden unter den Positionen 13 und 17 veranschlagt. Die Position 13 beinhaltet alle Leistungen, welche sich auf die Unterhaltung und Bewirtschaftung von beweglichem und unbeweglichem Vermögen, den Erwerb von Ausrüstungsgegenständen bis zu einem Wert von 410 EUR und deren Unterhaltung beziehen. Weiterhin sind Mieten und Pachten, Fortbildungskosten, Dienstreisen und Aufwendungen für Ausbildung erfasst. Der Planwert für diesen Teil der Sachaufwendungen wurde mit 0,57 Mio. EUR unterschritten, davon mit 0,47 Mio. EUR bei den Aufwendungen für die Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen. Diese Mittel wurden für Renovierungsmaßnahmen im neuen Dienstgebäude bevorratet und werden deshalb in das Haushaltsjahr 2018 übertragen.

Beim zweiten Teil der Sachaufwendungen handelt es sich um alle Aufwendungen, die dem Ergebnis aus laufender Verwaltungstätigkeit zugerechnet werden. Im Wesentlichen sind dies Aufwendungen für Bücher und Zeitschriften, Steuern, Versicherung, Schadensfälle, Gerichts- und Vollstreckungskosten, Post- und Fernmeldegebühren, Büromaterial, Mitgliedsbeiträge, Datenverarbeitung, ehrenamtliche Tätigkeit und sonstige Personal- und Versorgungsaufwendungen. Im Ergebnis der Einzelpositionen liegen die Aufwendungen in Höhe des Planansatzes. Mehraufwendungen in der Datenverarbeitung werden durch Minderaufwendungen bei den anderen Planansätzen kompensiert.

Im Ergebnis der Betrachtung beider Positionen entspricht das Jahresergebnis der Sachaufwendungen den Planansätzen.

Die Planunterschreitung bei Position 17 resultiert aus Erstattungen und wird unter 3.2.6 betrachtet.

3.2.3. Planmäßige Abschreibungen

In dieser Position wurden 1,0 Mio. EUR mehr als geplant aufgewendet. Hauptursache sind Mehraufwendungen für Wertberichtigungen von Forderungen (0,9 Mio. EUR). Anpassungen bei der Bildung von Forderungsgruppen mit dem Jahresabschluss 2016 können erst bei der Planung 2018 berücksichtigt werden.

3.2.4. Zinsen und ähnliche Aufwendungen

Der Planwert der Zinsaufwendungen für Kassenkredite wurde nur zu 7 % (7,1 TEUR) in Anspruch genommen. Dabei profitierte der KSV Sachsen vom niedrigen Zinsniveau am Kreditmarkt und einer aktiven Liquiditätssteuerung.

3.2.5. Transferaufwendungen

Die sozialen Transferaufwendungen (Aufwendungen der Sozialhilfe) bilden mit 553,6 Mio. EUR Jahresergebnis die mit Abstand größte Aufwandsposition im Ergebnishaushalt. Der Planwert wurde mit 14,7 Mio. EUR (2,7 %) überschritten. Zum Ist des Vorjahres beträgt der Zuwachs 26,0 Mio. EUR.

Stand: 30.06.2018

In den Produktuntergruppen stellt sich das Rechnungsergebnis wie folgt dar:

Produkt- unter- gruppe	Hilfeart	Plan Auf- wendungen (Mio. EUR)	IST Auf- wendungen (Mio. EUR)	Vergleich Plan – IST (Mio. EUR)
31.11	Hilfe zum Lebensunter- halt	15,3	16,1	0,8
31.12	Hilfe zur Pflege	24,0	21,3	-2,7
31.13	Eingliederungshilfe für behinderte Menschen	452,3	471,3	19,0
31.14	Hilfen zur Gesundheit	2,3	1,5	-0,8
31.15	Hilfe zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten	3,4	3,3	-0,1
31.16	Hilfe in anderen Lebens- lagen	0,5	0,4	-0,1
31.17	Grundsicherung im Alter u. bei Erwerbsminderung	45,1	44,9	-0,2
31.18	Hilfe f. Deutsche im Aus- land	0,2	0,1	-0,1
32.11-32.18	Kriegsopferfürsorge	0,3	0,3	0,0

Die in der Tabelle ausgewiesenen Aufwendungen umfassen auch den Teil Erstattungen der Sozialhilfe, welche Inhalt der Position „sonstige ordentliche Aufwendungen“ sind. Des Weiteren sind Wertberichtigungen von Forderungen und Rückstellungen enthalten. So ist ein Gesamtüberblick der Sozialhilfeaufwendungen pro Produktuntergruppe möglich (siehe auch Erläuterungen Punkt 5.2.6.).

Die Mehraufwendungen in der Eingliederungshilfe haben folgende Ursachen:

Der Planansatz für die Wohnheimkosten wurde aufgrund des geringeren Jahresergebnisses 2015 zu vorsichtig geplant. Hinzu kommt, dass im Jahr 2017 noch Abrechnungen aus 2016 in Höhe von 6,5 Mio. EUR abgerechnet werden mussten, die im Ergebnis langwieriger Vergütungsverhandlungen, teilweise mit Schiedsstellenverfahren erst nachträglich entstanden sind. Insgesamt führen diese beiden Gründe zu einer Planüberschreitung von 11 Mio. EUR.

Weitere knapp 5 Mio. EUR resultierten aus der Verdoppelung des Arbeitsförderungsgeldes durch das BTHG, welches erst nach der Haushaltsplanung beschlossen wurde. Andere durch das BTHG verursachte zusätzliche Aufwendungen schlagen mit 0,5 Mio. EUR zu Buche.

Die Minderaufwendungen der Produktgruppe Hilfe zur Pflege in Höhe von 2,7 Mio. EUR resultieren aus vorübergehenden Entlastungswirkungen durch das Pflegestärkungsgesetz II.

Stand: 30.06.2018

3.2.6. Sonstige ordentliche Aufwendungen

Bestandteile der sonstigen ordentlichen Aufwendungen sind neben dem zweiten Teil der Sachaufwendungen (siehe dazu Punkt 3.2.2.) die Erstattungen an den Bund, das Land u. a. Gebietskörperschaften sowie Sozialleistungsträger. Insgesamt wurde der Planwert für Erstattungen mit knapp 0,6 Mio. EUR unterschritten. Hauptursache sind geringere Erstattungsbeiträge an den Freistaat Sachsen für das Landesblindengeld. Bei den anderen Erstattungspositionen halten sich Mehr- und Minderaufwendungen im Wesentlichen die Waage.

3.3 Außerordentliche Erträge und Aufwendungen

Den außerordentlichen Erträgen aus der Bagatellbetragsbereinigung und der außerplanmäßigen Auflösung von Sonderposten stehen außerordentliche Aufwendungen aus Abschreibung wegen der Aussonderung von beweglichen Vermögensgegenständen gegenüber. Das daraus resultierende Sonderergebnis i. H. v. 1,38 EUR wird mit dem Fehlbetrag des ordentlichen Ergebnisses verrechnet.

4. Erläuterungen zur Finanzrechnung

4.1. Einzahlungen

4.1.1 Zuwendungen und Umlagen für laufende Verwaltungstätigkeit

In der Finanzrechnung sind unter der Position 2 die Einzahlungen für die Sozialumlage erfasst. An dieser Stelle wird auf Punkt 3.1.1. der Ergebnisrechnung verwiesen.

4.1.2. Sonstige Transfereinzahlungen

Im Haushaltsjahr 2017 wurden gegenüber dem Plan 3,4 Mio. EUR mehr Einzahlungen für Sozialhilfeerträge getätigt. Dazu wird auf die Ausführungen im Punkt 3.1.2. verwiesen.

4.1.3. Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte

Den Sollstellungen i. H. v. 0,47 Mio. EUR für die Gebührenerhebung für die Anerkennung von Gesundheitsfachberufen und der Heimaufsicht (siehe Gliederungspunkt 3.1.3.) stehen im Haushaltsjahr 2017 Geldeingänge in annähernd gleicher Höhe gegenüber.

4.1.4. Privatrechtliche Leistungsentgelte

Diese Position steht im direkten Zusammenhang mit Position 5 der Ergebnisrechnung. Deshalb wird auf Gliederungspunkt 3.1.4. verwiesen.

4.1.5. Kostenerstattungen und Kostenumlagen

Gegenüber dem Planwert von 50,0 Mio. EUR wurden Geldeingänge i. H. v. 40,4 Mio. EUR verzeichnet. Ursache für die Mindereinzahlungen i. H. v. 9,7 Mio. EUR gegenüber der Ergebnisrechnung ist im jahresübergreifenden Auseinanderfallen der Sollstellung und der Einzahlung der letzten Rate der Grundsicherung für Leistungen 2017 zu sehen.

Auf Grund des von der Landesdirektion ungeplant geänderten Abrechnungsmodus für das IV. Quartal erfolgt die Zahlung des gesamten IV. Quartals (bisher nur der Monat Dezember) im nächsten Haushaltsjahr. Außerdem erfolgt die Erstattung des Barbetragsanteils für das 2. Halbjahr 2017 erst im Jahr 2018. Zwischen Ergebnis- und Finanzrechnung besteht deshalb eine Differenz von knapp 10 Mio. EUR.

4.1.6. Zinsen u. ä. Einzahlungen

Hier wird verwiesen auf den Gliederungspunkt 3.1.6. bzw. 3.3.

4.1.7. Sonstige haushaltswirksame Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit

Neben Geldeingängen von Säumniszuschlägen i. H. v. 14,2 TEUR sind in Position 8 die sonstigen öffentlich-rechtlichen Verwaltungs- und Betriebseinnahmen i. H. v. 26,8 TEUR abgebildet.

4.1.8. Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit

Die Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit liegen mit 575,4 Mio. EUR 1,0 % bzw. 6,1 Mio. EUR unter dem Planwert. Die hauptsächliche Ursache dafür liegt in den fehlenden Erstattungen (siehe Punkt 4.1.5.).

4.2. Auszahlungen

4.2.1 Personalauszahlungen

Der Planansatz wurde mit 1,1 Mio. EUR unterschritten. Dazu wird auf Punkt 3.2.1. verwiesen.

4.2.2. Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen (Position 12) sowie sonstige haushaltswirksame Auszahlungen (Position 15)

In Bezug auf Gliederungspunkt 3.2.2. findet auch für den Finanzhaushalt eine entsprechende Gesamtbetrachtung beider Positionen statt. Da die Ergebnisse der Auszahlungen im Finanzhaushalt im Wesentlichen den Ergebnissen des Ergebnishaushaltes entsprechen, wird inhaltlich auf o. g. Gliederungspunkt verwiesen. Die Abweichungen zwischen Finanz- und Ergebnisrechnung sind gering und resultieren vorrangig aus Periodenabweichungen zwischen Aufwand und Auszahlung am Jahresanfang bzw. Jahresende.

4.2.3. Zinsen und ähnliche Auszahlungen

Bei der Position 13 wird auf die Ausführungen im Gliederungspunkt 3.2.4. verwiesen. Die Zinsauszahlungen entsprechen zu 100 % den Aufwendungen im Ergebnishaushalt.

4.2.4. Transferauszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit

Bei den Sozialhilfeauszahlungen wurden 10,5 Mio. EUR mehr als geplant ausgezahlt. Ursache sind die unter 3.2.5. beschriebenen höheren Transferaufwendungen.

4.2.5. Sonstige haushaltswirksame Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit

Bei dieser Position wird auf Punkt 3.2.6. verwiesen. Die Höhe der Auszahlungen entspricht annähernd der Höhe der Aufwendungen in dieser Position.

4.2.6. Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit

Der Ist-Wert für die Summe der Auszahlungen liegt um 7,9 Mio. EUR höher als geplant. Hauptursache sind Mehrauszahlungen für Sozialhilfe in Position 14 infolge höherer Transferaufwendungen (vgl. Punkt 3.2.5.).

4.2.7. Zahlungsmittelsaldo aus laufender Verwaltungstätigkeit als Zahlungsmittelbedarf

Der Saldo aus Einzahlungen (Position 9 – Gliederungspunkt 4.1.8.) und Auszahlungen (Position 16 – Gliederungspunkt 4.2.6.) aus laufender Verwaltungstätigkeit ergibt als Zwischenergebnis einen Zahlungsmittelbedarf i. H. v. 14,0 Mio. EUR.

4.2.8. Einzahlungen und Auszahlungen für den Erwerb von immateriellen und übrigen Sachanlagevermögen

Der Verbandsausschuss beschloss am 06.10.2016 in seiner 8. Sitzung außerplanmäßige Ausgaben i. H. v. 10,2 Mio. EUR für den Erwerb eines neuen Dienstgebäudes. Diese Mittel wurden in 2016 auf der Finanzrechnungsposition 27 – Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden – eingestellt und nicht verbrauchte Mittel i. H. v. 10,16 Mio. EUR nach 2017 für die Bezahlung des Gebäudes übertragen. Die Auszahlung für den Kauf des Dienstgebäudes erfolgte 2017, wobei von den übertragenen Mitteln 67,7 TEUR nicht verbraucht wurden.

Dem Planansatz für Investitionen (ohne Dienstgebäudeinvestition) i. H. v. 0,31 Mio. EUR stehen Auszahlungen i. H. v. 0,29 Mio. EUR gegenüber.

Auszahlungen für sonstige Investitionstätigkeit (Gewährung von Ausleihungen sowie Abschläge an stationäre Einrichtungen) wurden i. H. v. 0,24 Mio. EUR getätigt.

Im Saldo stehen 155,9 TEUR Mehrauszahlungen für Investitionstätigkeit Mehreinzahlungen von 9,1 TEUR gegenüber.

4.2.9. Finanzierungsmittelbedarf

Der Zahlungsmittelbedarf aus laufender Verwaltungstätigkeit erhöht sich durch die Inanspruchnahme von Investitionsmitteln um 10,6 Mio. EUR auf 24,5 Mio. EUR. Gegenüber dem Plan ergibt sich ein Mehrbedarf von 14,1 Mio. EUR aus dem Mehrbedarf an Zahlungsmitteln für laufende Verwaltungstätigkeit i. H. v. 13,9 Mio. EUR und Minderauszahlungen von 0,15 Mio. EUR für Investitionen.

4.2.10. Änderung des Finanzmittelbestandes

Der Finanzmittelbestand sinkt um 24,5 Mio. EUR.

Stand: 30.06.2018

4.2.11 Einzahlungen aus durchlaufenden Geldern und Auszahlungen aus durchlaufenden Geldern

Position 44 beinhaltet im Wesentlichen die Einzahlungen der vom Bund getragenen Sozialversicherungsbeiträge für in Werkstätten beschäftigte Leistungsberechtigte sowie Rückzahlungen von Abschlägen.

Position 45 beinhaltet im Wesentlichen die Auszahlungen der in Position 44 enthaltenen Einzahlungen SV-Beiträge sowie die Auszahlung von Abschlägen zur Liquiditätssicherung der Behinderten- und Pflegeeinrichtungen.

Die Differenz zwischen Einzahlungen und Auszahlungen der durchlaufenden Gelder bildet ein Zahlungsmittelüberschuss als Saldo aus haushaltsunwirksamen Vorgängen i. H. v. 1,6 Mio. EUR (Position 46).

4.2.12. Liquidität am Ende des Haushaltsjahres

Die Liquidität (Position 52) hat sich auf Grund des negativen Zahlungsmittelbestandes, welcher dem Zahlungsmittelbedarf im abgelaufenen Haushaltsjahr entspricht, um 23,0 Mio. EUR reduziert. Zum 31.12.2017 musste deshalb ein Kassenkredit von 10,0 Mio. EUR. aufgenommen werden. Der negative Saldo im Finanzhaushalt zum Jahresabschluss 2017 ist als einmaliger Effekt anzusehen. Allein dem Verkauf des Dienstgebäudes Thomasiusstraße 1 und die Zahlungseingänge zu den Erstattungen des Barbetrages und der Grundsicherung ist eine Verbesserung der Liquidität um 15 Mio. EUR verbunden.

5. Erläuterungen zur Vermögensrechnung

Mit dem Jahresabschluss 2017 wird die Vermögenssituation des KSV Sachsen zum Abschluss des Haushaltsjahres 2017 dargestellt.

Die Bilanzsumme des Teiles Kommunalhaushalt am 31.12.2017 beträgt 60.885.276,07 EUR und ist damit 7,6 Mio. EUR höher als am 31.12.2016. Hauptursache dafür ist die Erhöhung des Anlagevermögens durch die Aktivierung des neuen Dienstgebäudes am Standort Leipzig.

Im Einzelnen stellt sich die Bilanz folgendermaßen dar:

5.1. Aktiva

5.1.1. Anlagevermögen

Das Anlagevermögen hat sich im Vergleich zur Vorjahresbilanz von 20,2 Mio. EUR auf 30,5 Mio. EUR erhöht. Die Erhöhung resultiert in erster Linie aus dem Zuwachs im Sachanlagevermögen durch den Erwerb des neuen Dienstgebäudes für den KSV Sachsen in Leipzig. Das bisherige Dienstgebäude in der Thomasiusstraße 1 ist noch in der Bilanz enthalten, da der Verkauf und Eigentumsübergang erst in 2018 erfolgt. Das Anlagevermögen für die Betriebs- und Geschäftsausstattung erhöhte sich um 0,1 Mio. EUR auf nunmehr 0,5 Mio. EUR.

Der Wert der immateriellen Vermögensgegenstände verringerte sich geringfügig auf 0,25 Mio. EUR. Das Finanzanlagevermögen veränderte sich nur marginal von 17,6 Mio. EUR auf 17,7 Mio. EUR.

Das gemäß § 72 Abs. 3 SächsGemO per 31.12.2017 festgestellte Anlagevermögen, welches die Grundlage für die Verrechnung von Fehlbeträgen aus Abschreibungen mit dem Basiskapital im Haushaltsjahr 2018 bildet, beträgt 30.474.653,27 EUR.

Bei der Verrechnung darf ein Drittel des zum 31.12.2017 festgestellten Basiskapitals in Höhe von 10.713.103,96 EUR nicht unterschritten werden.

5.1.2. Umlaufvermögen

Das Umlaufvermögen hat sich gegenüber der Vorjahresbilanz von 30,0 Mio. EUR auf 26,1 Mio. EUR verringert.

Diese letztlich geringe Veränderung in der Bilanz stellt sich in den einzelnen Bilanzpositionen sehr komplex dar.

Die öffentlich-rechtlichen Forderungen und Forderungen aus Transferleistungen sind von 17,3 Mio. EUR auf 25,7 Mio. EUR gestiegen. Hier wirken sich die offenen Erstattungsleistungen aus Grundsicherung und Barbetrag aus.

Zum anderen lag der Bestand an liquiden Mitteln zum Bilanzstichtag bei lediglich 6.503,78 EUR im Vergleich des Vorjahreswertes von 12,9 Mio. EUR. Zu den Gründen wird auf die Ausführungen zur Finanzrechnung unter Punkt 4. verwiesen.

5.1.3. Aktive Rechnungsabgrenzungsposten

Hier wurden die Sozialhilfefaufwendungen mit Fälligkeit 01.01.2018 sowie die Beamtenbesoldung für den Monat Januar 2018 ausgewiesen, bei denen die Auszahlung wegen der Fälligkeit bereits Ende Dezember 2017 erfolgte, die Aufwendungen aber erst im Folgejahr gebucht wurden. Der Wert erhöhte sich im Vergleich zum Vorjahr um 0,3 Mio. EUR auf 2,6 Mio. EUR.

5.1.4. Nicht durch Kapitalposition gedeckter Fehlbetrag

Trotz Erhöhung der Bilanzsumme und des Anlagevermögens ergibt sich ein nicht durch Kapitalposition gedeckter Fehlbetrag in Höhe von 1,7 Mio. EUR. Dieser resultiert aus gestiegenen Verbindlichkeiten infolge der Aufnahme eines Kassenkredites (siehe 5.2.4) und ist deshalb als vorübergehend zu betrachten. Durch die Konsolidierung der Bilanz mit der Ausgleichsabgabe ist die Gesamtbilanz des KSV Sachsen nicht überschuldet und damit auch ein Haushaltssicherungskonzept nach § 72 Abs. 5 SächsGemO entbehrlich.

5.2. Passiva

5.2.1. Kapitalpositionen

Das Basiskapital verändert sich gegenüber dem Vorjahr nicht, es beträgt 10,7 Mio. EUR. Wegen des Fehlbetrages aus dem Jahr 2016 in Höhe von 4,0 Mio. EUR, welcher im Jahr 2018 ausgeglichen wird und einem Fehlbetrag aus dem Jahresabschluss 2017 in Höhe von 8,4 Mio. EUR ergibt sich eine negative Kapitalposition von 1,7 Mio. EUR (vgl. 5.1.4).

5.2.2. Sonderposten

Durch die Neuanschaffung von geförderten beweglichen Vermögensgegenständen hat sich der Betrag der Sonderposten trotz Abschreibungen von sonderpostenrelevanten Anlagegütern um 200 EUR auf 5,8 TEUR erhöht.

5.2.3. Rückstellungen

Nach dem Abschluss von neuen Altersteilzeitverträgen wurden 2017 entsprechende Rückstellungen für Entgeltzahlungen für Zeiten der Freistellung von der Arbeit im Rahmen von Altersteilzeit in Höhe von 323 TEUR unter Position Nr. 3 a) gebildet.

Unter Nr. 3 f) sind die Rückstellungen für drohende Verpflichtungen aus anhängigen Verwaltungs- und Gerichtsverfahren gebildet. Hier wurden die Rückstellungen für alle Verfahren ergebniswirksam aufgelöst. In Abhängigkeit davon, ob aus den Verfahren Zahlungsverpflichtungen für den KSV Sachsen entstanden sind oder nicht, erfolgte eine aufwands- bzw. ertragswirksame Auflösung. Für neue Gerichtsverfahren, die im Jahr 2017 begonnen haben und für Altverfahren, welche in 2017 noch anhängig waren, wurden Rückstellungen gebildet. Die Höhe der Rückstellungen ergibt sich aus einer Erfolgsquote, errechnet aus dem Verhältnis der aufwandswirksamen Auflösung zur Gesamtauflösung der Rückstellungen anhand der letzten 3 Jahre. Dadurch erhöhte sich diese Bilanzposition gegenüber dem Vorjahr um 237 TEUR.

Auf Grund der Abrechnungszyklen für die WfbM-Fahrtkosten sind Rückstellungen insbesondere für Abrechnungen des 4. Quartals zu bilden und entsprechend der Abrechnung aufzulösen. Im Haushaltsjahr 2017 wurden 0,2 Mio. EUR weniger Rückstellungen gebildet als aufgelöst. Damit verringerte sich der Wert für Rückstellungen für sonstige vertragliche Verpflichtungen um 0,2 Mio. EUR auf 4,5 Mio. EUR gegenüber dem Vorjahr.

5.2.4. Verbindlichkeiten

Erstmals 2017 werden unter 4 b) Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen in Höhe von 10,0 Mio. EUR ausgewiesen. Die Ursachen für die Verschlechterung der Liquidität wurden unter Punkt 4. Finanzrechnung erläutert

Unter 4 d) wurden die Beträge aus fiskalischem Behördenhandeln veranschlagt, bei denen die Leistungserbringung im Jahr 2017 erfolgte, die Rechnungslegung aber erst im Jahr 2018.

Es werden 0,14 Mio. EUR weniger als in der Vorjahresbilanz ausgewiesen. Grund dafür war das gegenüber 2016 verringerte Leistungsvolumen am Ende des Haushaltsjahres 2017.

Heimkostenabrechnungen, insbesondere Nachberechnungen und -zahlungen, welche in die Abrechnungsperioden der Jahre 2017 und früher gehören und vor dem Schließen der Bücher des Jahres 2017 am 28.02.2018 zur Auszahlung gebracht wurden, fallen unter die Position Verbindlichkeiten aus Transferleistungen (Punkt 4 e). Auf Grund der planmäßigen nachträglichen Abrechnung der Heimkosten in Behinderteneinrichtungen, wird bei dieser Position ein Betrag von 39,6 Mio. EUR ausgewiesen, 4,8 Mio. EUR mehr als 2016. In den ersten beiden Monaten 2018 wurden insbesondere im Wohnheimbereich 3,7 Mio. EUR mehr für den Leistungszeitraum 2017 abgerechnet, als im Vergleichszeitraum des Vorjahres. Es handelt sich hierbei zum großen Teil um Nachberechnungen und Nachzahlungen aus Tarifsteigerungen 2017 wegen langwierigen Vergütungsverhandlungen. Unter den sonstigen Verbindlichkeiten, (Punkt 4 f) werden die Verbindlichkeiten ausgewiesen, welche nicht aus Lieferungen und Leistungen bzw. Transferleistungen resultieren. Sie haben sich gegenüber dem Vorjahr um 0,2 Mio. EUR auf 0,9 Mio. EUR erhöht. Grund dafür waren zum einen die Auszahlung von SV-Abrechnungen für WfbM für das Jahr 2017 nach Kassenschluss der Bundeskasse sowie die Zunahme der nicht zugeordneten Geldeingänge zum Jahresabschluss 2017.

5.2.5. Passive Rechnungsabgrenzungsposten

Hier wurden die Einzahlungen ausgewiesen, die im Jahr 2017 eingegangen sind, aber erst die Leistungsperiode 01/2018 betreffen. Hierbei handelt es sich im Wesentlichen um Sozialleistungen, insbesondere Rente, Leistungen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz und Wohngeld für den Leistungsmonat Januar 2018. Weiterhin ist darin die Abzinsung von Forderungen mit einer Restlaufzeit von mindestens drei Jahren und geringer bzw. keiner Verzinsung enthalten. Mit 3,87 Mio. EUR entspricht der Betrag annähernd dem Vorjahresniveau.

6. Betrachtungen gemäß § 53 Abs. 2 SächsKomHVO-Doppik

Abweichend von den Aufgaben der kommunalen Gebietskörperschaften leistet der KSV Sachsen als überörtlicher Träger der Sozialhilfe zu fast 100 % gesetzliche Pflichtaufgaben. Ziel der Haushaltsführung des KSV Sachsen ist es dabei, bereits die Haushaltsplanung unter Einbeziehung aller Wirkfaktoren so genau wie möglich zu gestalten, um einerseits Fehlbeträge im Jahresabschluss zu vermeiden, andererseits die von den Mitgliedskörperschaften aufzubringenden Haushaltsmittel in Form der Sozialumlage nur in der unbedingt benötigten Größenordnung zu beanspruchen.

Das erzielte Gesamtergebnis i. H. v. -8,4 Mio. EUR entspricht bei einem Haushaltsvolumen von rd. 600 Mio. EUR einer Planabweichung von 1,4 %. Ursache des Fehlbetrages i. H. v. rd. 8,0 Mio. EUR (Abweichung zum Gesamtergebnis Plan) ist als Einmaleffekt bereits unter Punkt 3.2.5. beschrieben worden. Eine präzise Haushaltsplanung sowie ein kontrollierter und gesteuerter Haushaltsvollzug sind Voraussetzung für eine geringe Gesamtplanabweichung, wie sie 2016 und auch in den zurückliegenden Jahren der Fall war. Für 2016 war eine Rücklagenentnahme von 5,0 Mio. EUR geplant. Durch den einhundertprozentigen Einsatz der noch vorhandenen Rücklagemittel konnte der im Jahr 2016 entstandene Fehlbetrag lediglich zu 52 % gedeckt werden. So erfolgt ein Ausgleich des Jahresfehlbetrages von 4,02 Mio. EUR im Jahr 2018, die Beschlussfassung zum Haushaltsplanentwurf 2018 erfolgte am 11.06.2018 in der Verbandsversammlung.

So ergibt sich ein Gesamtfehlbetrag von 12,4 Mio. EUR, der nicht durch das Basiskapital in Höhe von 10,7 Mio. EUR gedeckt ist. Es ist somit eine bilanzielle Überschuldung i. S. § 73 Abs. 5 SächsKomHVO-Doppik für den Teilhaushalt Kommunalhaushalt festzustellen. Wie aus der Aufstellung im Punkt 1 ersichtlich, beträgt für den Gesamthaushalt die Kapitalposition 60,5 Mio. EUR. Eine bilanzielle Überschuldung im Gesamthaushalt besteht somit nicht. Die Verpflichtung zur Aufstellung eines Haushaltsstrukturkonzeptes wird somit nicht gesehen.

Der Planentwurf 2018 sieht einen Ausgleich des Fehlbetrages aus 2016 und ein veranschlagtes Gesamtergebnis von 1,1 Mio. EUR vor.

Der Fehlbetrag aus 2017 ist spätestens 2019 zu decken. Aus dem Haushaltsvollzug der ersten 5 Monate 2018 und der sich daraus ergebenden Prognose zum 31.12.2018 ist ein geringerer Aufwand von 30 Mio. EUR der geplanten BTHG-bedingten Kosten zu erwarten. Da sich dieser Trend im Jahr 2019 fortsetzen wird, stehen genügend Deckungsmittel zur Verfügung, um den Fehlbetrag ohne zusätzliche Erhöhung der Sozialumlage über die mittelfristige Finanzplanung hinaus auszugleichen.

Die Aufwendungen vollzogen sich nahezu planmäßig mit einer Planabweichung von 2,3 %. Bei den Transferaufwendungen sind die Steigerungen fast vollständig auf Entgeltentwicklungen zurückzuführen. Der Trend der stagnierenden Fallzahlentwicklungen hat sich auch in 2017 fortgesetzt:

Stand: 30.06.2018

Im Einzelnen stellt sich die Fallzahlentwicklung wie folgt dar:

Leistungen in anerkannten Werkstätten für behinderte Menschen	+0,3 %
Wohnheimbereich für behinderte Menschen (stationärer Bereich)	-0,1 %
Bereich des ambulant betreuten Wohnens	+2,8 %

Mögliche Haushaltsrisiken bestehen durch noch nicht vollständig bezifferbare Auswirkungen des Bundesteilhabegesetzes sowie den Pflegestärkungsgesetzen II und III.

7. Schlüsselprodukte

7.1 Leistungen in anerkannten Werkstätten für behinderte Menschen

Wenn wegen der Art und Schwere der Behinderung die Beschäftigung auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt oder Berufsvorbereitung, berufliche Anpassung und Weiterbildung bzw. berufliche Ausbildung nicht, noch nicht oder noch nicht wieder in Betracht kommen, werden die Kosten für den Arbeitsbereich in der Werkstatt für behinderte Menschen übernommen.

Die Kosten beinhalten vier Bestandteile:

1. Maßnahmekosten
2. Fahrtkosten
3. Arbeitsförderungsgeld
4. Erstattung von Sozialversicherungsbeiträgen

Für alle 4 Kostenbestandteile wurden für das Haushaltsjahr 2017 183,5 Mio. EUR geplant. Im Ergebnis wurden Leistungen i. H. v. 184,0 Mio. EUR erbracht. Das entspricht einer Planerfüllung von 100 % für diesen Leistungsbereich.

Folgende Entwicklung dokumentiert sich im abgelaufenen Haushaltsjahr 2017 gegenüber 2016 bei dem mit Abstand größten Kostenbestandteil, den Maßnahmekosten für den Arbeitsbereich:

Fallzahlen 31.12.2016: 15.402 Leistungsberechtigte, 122,9 Mio. EUR Aufwendungen
Fallzahlen 31.12.2017: 15.454 Leistungsberechtigte, 130,7 Mio. EUR Aufwendungen

Fallzahlsteigerung: 0,3 % (Vorjahr -0,2 %)

Durchschnittliche Aufwendungen pro Leistungsberechtigter 2016: 7.977 EUR

Durchschnittliche Aufwendungen pro Leistungsberechtigter 2017: 8.457 EUR

Aufwandssteigerung pro Leistungsberechtigter: 6,0 % (Vorjahr 2,6 %)

Nach der geringfügig negativen Fallzahlentwicklung im Jahr 2016 zeigt sich 2017 wieder eine geringfügig positive Fallzahlentwicklung bei höheren Entgeltsteigerungsraten. Die Kostensteigerungen resultieren fast ausschließlich aus gestiegenen Kosten je Fall. Aus der Fallzahlsteigerung resultieren nur 440 TEUR Steigerung der Gesamtkosten i. H. v. 130,7 Mio. EUR. Das sind bei einer Ausgabenentwicklung 2017 zu 2016 i. H. v. 7,8 Mio. EUR 6 % Anteil Kostensteigerung aus Fallzahlerhöhung.

7.2. Leistungen zur Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft, hier Hilfen zu selbstbestimmtem Leben in betreuten Wohnmöglichkeiten

Die Kosten, die in stationären Wohnformen die Befähigung vermitteln sollen, ein selbstständiges Leben zu führen, werden übernommen.

Im Bereich der **vollstationären Eingliederungshilfe** als Hauptbestandteil des Schlüsselproduktes wurden für das Haushaltsjahr 2017 205,8 Mio. EUR geplant und Leistungen i. H. v. 216,9 Mio. EUR erbracht. Das entspricht einer Planerfüllung von 105,4 %. An dieser Stelle wird auf die Ausführungen im Punkt 3.2.5. verwiesen.

Im Wohnheimbereich für behinderte Menschen stellt sich folgende Entwicklung des Haushaltsjahres 2017 im Vergleich zu 2016 dar:

Fallzahl per 31.12.2016: 8.635 Leistungsberechtigte, 203,9 Mio. EUR Aufwendungen
Fallzahl per 31.12.2017: 8.627 Leistungsberechtigte, 216,9 Mio. EUR Aufwendungen
(Aufwendungen 2017 unter Berücksichtigung der Überhänge aus 2016 = 8,0 Mio. EUR)

Durchschnittliche Aufwendungen pro Leistungsberechtigter 2016: 23.613 EUR
Durchschnittliche Aufwendungen pro Leistungsberechtigter 2017: 25.142 EUR

Ohne Einbeziehung des Leistungsbestandteiles Grundsicherung ist hier eine Aufwandssteigerung von 6,5 % bei leicht konstanter Fallzahl zu verzeichnen.

Kostensteigerungen bei dieser Leistungsart sind damit im abgelaufenen Haushaltsjahr 2017 wie auch schon 2016 ausschließlich auf steigende Kosten pro Fall zurückzuführen.

Im Bereich des **ambulant betreuten Wohnens** als weiteren wesentlichen Bestandteil des Schlüsselproduktes wurden für das Haushaltsjahr 2017 34,0 Mio. EUR geplant und Leistungen i. H. v. 33,3 Mio. EUR erbracht. Das entspricht einer Planerfüllung von 97,9 %.

Hier stellt sich folgende Entwicklung des Haushaltsjahres 2017 im Vergleich zu 2016 dar:

Fallzahl per 31.12.2016: 5.442 Leistungsberechtigte, 29,5 Mio. EUR Aufwendungen
Fallzahl per 31.12.2017: 5.592 Leistungsberechtigte, 33,3 Mio. EUR Aufwendungen
Fallzahlentwicklung: 2,8 % (Vorjahr 3,7 %)

Durchschnittliche Aufwendungen pro Leistungsberechtigter 2016: 5.421 EUR
Durchschnittliche Aufwendungen pro Leistungsberechtigter 2017: 5.955 EUR

Aufwandssteigerung pro Leistungsberechtigter: 9,9 % (Vorjahr 8,3 %)

Im Bereich ambulant betreutes Wohnen zeigt sich im Gegensatz zu den anderen Leistungsbereichen ein Fallzahlzuwachs mit degressiver Tendenz. Hinzu kommt wieder ein deutlicher Anstieg der Kosten pro Fall, der den ununterbrochenen Anstieg der Aufwandskosten untermauert.

8. Vorbemerkungen Ausgleichsabgabe

Die Ausgleichsabgabe wird vom Integrationsamt auf der Grundlage des § 77 Neuntes Buch Sozialgesetzbuch (SGB IX) verwaltet. Gemäß § 77 Abs. 7 SGB IX sind die Mittel getrennt vom übrigen Haushalt der Behörde zu verwalten unter Beachtung der für die Verwaltung der Ausgleichsabgabe zuständigen Behörde geltenden Haushaltsvorschriften (kommunales Haushaltsrecht des Freistaates Sachsen).

Mit der Funktionalreform im Freistaat Sachsen ist der KSV Sachsen seit 01.08.2008 die sachlich zuständige Behörde und hat die Verwaltung der Ausgleichsabgabe zu diesem Zeitpunkt vom Freistaat Sachsen übernommen. Das Kassengeschäft wurde bis zum Ende des Haushaltsjahres 2008 von der Hauptkasse des Freistaates Sachsen fortgeführt und befindet sich seit 01.01.2009 in der Zuständigkeit des KSV Sachsen. Nach einjähriger kameraler Rechnungsführung wurde mit Beginn des Haushaltsjahres 2010 das Rechnungswesen der Ausgleichsabgabe auf die Doppik gemäß § 61 i. V. m. § 52 der Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums des Innern über die kommunale Haushaltswirtschaft nach den Regeln der Doppik (SächsKomHVO-Doppik) vom 08.02.2008 umgestellt.

Mit Artikel 5 des Haushaltsbegleitgesetzes 2011/2012 (SächsGVBl 2010 S. 387) wurde das Gesetz über die Errichtung des Sondervermögens „Ausgleichsabgabe nach dem Neunten Buch Sozialgesetzbuch“ mit Wirkung vom 01.01.2011 ersatzlos aufgehoben. Somit hat der Freistaat Sachsen ab diesem Zeitpunkt formal das Eigentum an der Ausgleichsabgabe auf den KSV Sachsen übertragen.

Im Ergebnis der Prüfung des Rechtscharakters der Ausgleichsabgabe durch das SMI handelt es sich bei dieser um ein Sondervermögen i. S. v. § 91 SächsGemO (Schreiben des SMI vom 13.08.2014). Ab dem Haushaltsjahr 2016 wird die Ausgleichsabgabe deshalb als Teil des Kommunalhaushaltes ausgewiesen.

Das Haushaltsjahr 2017 der **Ausgleichsabgabe** nach § 77 SGB IX wurde mit folgendem Ergebnis abgeschlossen:

Vermögensrechnung

Bilanzsumme des Sondervermögens	62.494.351,94 EUR
---------------------------------	-------------------

Ergebnisrechnung

Gesamtbetrag der ordentlichen Erträge	37.221.270,81 EUR
Gesamtbetrag der ordentlichen Aufwendungen	33.908.877,99 EUR
Ordentliches Ergebnis	3.312.392,82 EUR
Gesamtbetrag der außerordentlichen Erträge	0,00 EUR
Gesamtbetrag der außerordentlichen Aufwendungen	0,00 EUR
Außerordentliches Ergebnis	0,00 EUR
Gesamtergebnis	3.312.392,82 EUR

Finanzrechnung

Zahlungsmittelsaldo aus laufender Verwaltungstätigkeit	3.167.881,51 EUR
Gesamtbetrag der Einzahlungen für Investitionstätigkeit	0,00 EUR
Gesamtbetrag der Auszahlungen für Investitionstätigkeit	0,00 EUR
Saldo der Einzahlungen und Auszahlungen für Investitionstätigkeit	0,00 EUR
Finanzierungsmittelüberschuss oder -bedarf als Saldo aus Zahlungsmittelüberschuss oder -fehlbetrag und dem Saldo der Gesamtbeträge der Einzahlungen und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	3.167.881,51 EUR

Stand: 30.06.2018

Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit	0,00 EUR
Gesamtbetrag der Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit	0,00 EUR
Saldo der Einzahlungen und Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit	0,00 EUR
Saldo aus haushaltsunwirksamen Vorgängen	-2.916,74 EUR
Saldo aus Zahlungsmittelüberschuss oder -fehlbetrag und Saldo der Einzahlungen und Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit als Veränderung des Bestandes an Zahlungsmitteln	3.164.964,77 EUR

Im Gesetz über den KSV Sachsen (SächsKomSozVG) wird im § 3 Abs. 1 Nr. 11 die Zuständigkeit für die Aufgaben des Integrationsamtes nach dem Neunten Buch Sozialgesetzbuch geregelt. Gemäß § 77 Abs. 7 SGB IX werden die bei den Integrationsämtern verbleibenden Mittel der Ausgleichsabgabe von diesen gesondert verwaltet. Die Rechnungslegung und die formelle Einrichtung der Rechnungen und Belege regeln sich nach den Bestimmungen, die für diese Stellen allgemein maßgebend sind. Nach § 21 Abs.1 SächsKomSozVG gelten für die Wirtschaftsführung die für die Landkreise geltenden Vorschriften über die Gemeindeführung.

Die materiellen Rechtsgrundlagen für die Ausgleichsabgabe bilden das SGB IX in Verbindung mit der Ausgleichsabgabenverordnung.

Mit Bescheid vom 24.03.2015 wurde vom SMI festgelegt, dass die Ausgleichsabgabe spätestens mit dem Haushaltsjahr 2016 zusammen mit dem Haushaltsplan des KSV Sachsen festzusetzen ist. Deshalb wurden die Produkte und Konten in der Ausgleichsabgabe beginnend mit dem Haushaltsjahr 2016 und unter Beachtung der Verwaltungsvorschrift Kommunale Haushaltssystematik als Teilhaushalt 3519 in den Gesamthaushalt des KSV Sachsen integriert.

In der Haushaltssatzung des KSV Sachsen waren im Teil Ausgleichsabgabe für das Haushaltsjahr 2017 festgesetzt:

> im Ergebnishaushalt	
Gesamtbetrag der ordentlichen Erträge auf	37.276.600 EUR
Gesamtbetrag der ordentlichen Aufwendungen auf	40.418.300 EUR
Entnahmen aus Rücklagen auf	3.141.700 EUR
> im Finanzhaushalt	
Zahlungsmittelsaldo aus laufender Verwaltungstätigkeit	-3.047.700 EUR
Saldo der Einzahlungen und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	-100.000 EUR
Finanzierungsfehlbetrag als Saldo aus Zahlungsmittelüberschuss und dem Saldo der Gesamtbeträge der Einzahlungen und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	-3.147.700 EUR
Saldo aus Finanzierungsmittelüberschuss und Saldo der Einzahlungen und Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit als Änderung des Finanzierungsmittelbestandes	-3.147.700 EUR

Stand: 30.06.2018

9. Erläuterungen zur Ergebnisrechnung der Ausgleichsabgabe

9.1. Ordentliche Erträge der Ergebnisrechnung

9.1.1. Sonstige Transfererträge

Auf dieser Position werden Rückzahlungen gewährter Hilfen geplant und abgerechnet. Darunter befinden sich Rückeinnahmen aus begleitenden Hilfen. Es handelt sich hierbei um Rückerstattungen von anderen Leistungsträgern, bei denen der KSV Sachsen in Vorleistung gegangen ist bzw. um Rückeinnahmen nach Widerruf des Bewilligungsbescheides und Rückforderung der Leistungen. Weiterhin befinden sich darunter Zuschüsse an Integrationsfachdienste (IFD) sowie „Rückeinnahmen aus institutionellen Förderungen“. Diese Rückerstattungen gewährter Zuwendungen, z. B. durch Rückforderungen im Rahmen der Verwendungsnachweisprüfung IFD und aus der Beauftragung durch Rehabilitationsträger (im Folgenden Rehaträger genannt) können zum Planungszeitpunkt nur schwer eingeschätzt werden, da die Ereignisse, die zur Rückzahlung der Hilfe führen, erst im laufenden Haushaltsjahr bekannt werden. Der Planwert orientiert sich deshalb an den Vorjahres-Istwerten. Von den 1,21 Mio. EUR geplanten Rückzahlungen konnten rd. 40 % bzw. 0,48 Mio. EUR realisiert werden, was annähernd dem Istwert des Vorjahres entspricht.

Weiterhin sind auf dieser Position Rückzahlungen aus Projekten und Programmen enthalten und es werden Rückzahlungen von darlehensweise gewährten Leistungen, Erstattungen von gewährten Hilfen aufgrund eines Rücknahme- bzw. Widerrufsbescheides, Erträge aus dem Ergebnis der Verwendungsnachweisprüfung der IFD und aus der Beauftragung durch Rehaträger auf dieser Position geplant und abgerechnet.

Insgesamt beträgt das Ergebnis der sonstigen Transfererträge nur rd. 1 % der Gesamterträge.

9.1.2. Kostenerstattungen und Kostenumlagen

Unter dieser Position werden Erträge im Rahmen des Finanzausgleichs gemäß § 77 Abs. 6 SGB IX sowie weitere Bundeszuweisungen für Projekte, an denen sich der Bund finanziell beteiligt, geplant und abgerechnet. Im abgelaufenen Haushaltsjahr halten diese Erträge einen Anteil von rd. 13 % an den Gesamterträgen. Im Vergleich zum Vorjahr wurden 0,2 Mio. EUR Mindererträge verbucht. Diese Mindererträge resultieren zum größten Teil aus dem Finanzausgleich nach § 77 Abs. 6 SGB IX. Der Planwert des Finanzausgleichs kann nur sorgfältig geschätzt werden, da die tatsächliche Höhe des Ausgleichs erst am Ende des aktuellen Haushaltsjahres bekannt gegeben wird. Der jährliche Finanzausgleich wird in Abhängigkeit der Wohnbevölkerung im Geltungsbereich des SGB IX und der Zahl der im Zuständigkeitsbereich des Integrationsamtes beschäftigten und bei der Agentur für Arbeit gemeldeten Schwerbehinderten bzw. diesen gleichgestellten behinderten Menschen ermittelt.

Sonstige Erstattungen vom Bund wurden 2017 mit 170,0 TEUR geplant. Demgegenüber steht ein Ist-Wert von 193,9 TEUR.

9.1.3. Zinsen und sonstige Finanzerträge

Aus den Geldern der nicht verbrauchten Mittel der Ausgleichsabgabe werden Geldanlagen getätigt, welche zu den hier veranschlagten Finanzerträgen führen. In der 2. Jahreshälfte 2016 wurde für Zinserträge aus der langfristigen Geldanlage ein separates Konto angelegt.

Deshalb konnte dieses Konto für 2017 (Redaktionsschluss Plan vor Kontoanlage) noch nicht geplant werden. Im Ist stehen 129,5 TEUR zu Buche. Zinserträge aus Spargbuchkonten wurden in Höhe von 5,7 TEUR getätigt. In Summe konnten 35,2 TEUR mehr Zinserträge als geplant, jedoch aber 38,0 TEUR weniger als im Vorjahr erwirtschaftet werden.

Kurzfristige Geldanlagen unter 3 Monaten waren auf Grund der Kapitalmarktlage im Rahmen einer sicheren Geldanlage nicht möglich. Für längerfristig nicht benötigte Finanzmittel wurde seit 2013 die Sparkasse mit einer Vermögensverwaltung mit einer durchschnittlichen Laufzeit von 5 Jahren beauftragt. Der dabei angelegte Betrag beläuft sich gegenwärtig auf 30 Mio. EUR zuzüglich der jährlich in der Anlagemasse belassenen aber realisierten Zinserträge, welche Bestandteil der Position Finanzerträge der Ergebnisrechnung sind. Rund 96 % des Gesamtzinsertrages dieser Position konnten mit dieser längerfristigen Geldanlage realisiert werden.

9.1.4. Sonstige ordentliche Erträge

Hier werden die Erträge aus der Erhebung der Ausgleichsabgabe einschließlich Säumniszuschläge i. H. v. ca. 26,5 Mio. EUR sowie Erträge aus der Auflösung von Wertberichtigungen und Niederschlagungen i. H. v. ca. 5,2 Mio. EUR erfasst. Letzteren Erträgen stehen Aufwendungen für Wertberichtigungen entgegen. Die Höhe der sonstigen ordentlichen Erträge liegt mit 31,7 Mio. EUR 2,1 Mio. EUR über dem Vorjahresniveau. Gegenüber dem Plan wurden rd. 0,7 Mio. EUR Mehrerträge in dieser Position erzielt. Davon entfallen rd. 1,4 Mio. EUR Mehrerträge auf das gestiegene Aufkommen der Ausgleichsabgabe, welche mit Abstand die wichtigste Ertragsposition mit 83 % darstellt. Die Planzahl des Aufkommens der Ausgleichsabgabe kann nur unter Berücksichtigung der Erfahrungen der Vorjahre gewissenhaft geschätzt werden, da diese von verschiedenen externen Faktoren, bspw. der Arbeitsmarktentwicklung abhängig und somit im Planungsvorfeld nicht exakt vorhersehbar ist.

Seit dem Haushaltsjahr 2017 werden Wertberichtigungen getrennt nach Einzelwert- und Pauschalwertberichtigungen gebucht. Dies stand zum Planungszeitpunkt noch nicht fest, so dass der Planwert für beide Wertberichtigungen noch auf einem Konto ausgewiesen ist.

Aufgrund der vorhandenen Erfahrungen zur Größenordnung von Wertberichtigungen von Forderungen wurde im Jahr 2017 ein Planansatz i. H. v. 5,8 Mio. EUR getätigt, welcher um 0,6 Mio. EUR unterboten wurde. In Summe beliefen sich die Erträge aus der Auflösung von Forderungen aus dem Jahr 2016 auf 5,2 Mio. EUR.

9.2. Ordentliche Aufwendungen der Ergebnisrechnung

9.2.1. Personalaufwendungen, Versorgungsaufwendungen, Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen

Gemäß § 77 Abs. 5 S. 2 SGB IX dürfen aus dem Aufkommen der Ausgleichsabgabe persönliche und sächliche Kosten der Verwaltung und Kosten des Verfahrens nicht bestritten werden. Diese Kosten werden deshalb im Kommunalhaushalt des KSV Sachsen veranschlagt.

9.2.2. Planmäßige Abschreibungen

Unter dieser Aufwandsposition werden insbesondere Aufwendungen für Wertberichtigungen aus Forderungen ausgewiesen. Wegen der hohen Zahl von ausstehenden Zahlungen aus der Erhebung der Ausgleichsabgabe von Firmen, welche sich im Insolvenzverfahren befinden, besteht auch 2017 ein hohes Wertberichtigungsvolumen, welches aber im Vergleich zum Vorjahr um 10 % gesunken ist. Durch Erträge aus der Auflösung von Wertberichtigungen wird der Aufwand der Wertberichtigungen kompensiert. Hier sind geringere Aufwendungen von 0,3 Mio. EUR zu verzeichnen.

9.2.3. Zinsen und ähnliche Aufwendungen

Bei diesen Aufwendungen handelt es sich um Zinsforderungen im Zusammenhang mit Ausgleichsabgaberückzahlungen an Insolvenzverwaltungen. Die Aufwendungen dafür beliefen sich 2017 auf 0,7 TEUR.

9.2.4. Transferaufwendungen

Die verbuchten Aufwendungen werden nach § 108 SGB IX i. V. m. der Schwerbehinderten-Ausgleichsabgabeverordnung gewährt. Diese Leistungen können als Zuschuss oder als Darlehen gewährt werden. Da es sich bei den Darlehen um Sozialdarlehen handelt, erfolgt deren Buchung ergebniswirksam (vgl. FAQ 5.27 des SMI). Im Einzelnen handelt es sich um Leistungen für schwerbehinderte Menschen, Leistungen für Arbeitgeber einschl. Integrationsprojekte, Zuschüsse für Einrichtungen, Zuschüsse für Sonderprogramme und Zuschüsse an Integrationsfachdienste. Diese Aufwandsposition ist mit 68 % die größte Einzelposition und bewegt sich auf dem Niveau des Vorjahres.

Unter Berücksichtigung der Ausführungen im Punkt 9.2.5. wurden im Saldo aller Aufwendungen 1,3 Mio. EUR weniger als geplant aufgewandt. Das entspricht einer Planabweichung von 4,3 %.

Wesentliche Minderaufwendungen im Vergleich zum Planansatz sind bei folgenden Positionen zu verzeichnen:

§ 15 Abs. 1 SchwbAV – Arbeitgeberzuschuss 0,34 Mio. EUR

Bei dieser Leistung lag der Planansatz rd. 365 TEUR über dem Mittelabfluss. Auf Grund der Förderoffensive des SMS zur Einstellung und Beschäftigung von schwerbehinderten Menschen auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt wurden die Haushaltsmittel dafür entsprechend geplant. Die Antragszahlen haben sich jedoch nicht in dem Maße entwickelt.

Darüber hinaus ist die Situation am Arbeitsmarkt derzeit vom stetig wachsenden Fachkräftemangel geprägt. Dies findet auch seinen Niederschlag bei der Suche der Unternehmen nach gut ausgebildeten schwerbehinderten oder gleichgestellten Arbeitnehmern und hat u. a. Auswirkungen auf die Förderung von neu geschaffenen Arbeitsplätzen für schwerbehinderte Menschen.

§ 27 Abs. 2 SchwbAV – Arbeitgeberzuschuss Minderleistung 0,42 Mio. EUR

Ab 2016 wurden auf Grund der geänderten Dienstanweisung auch die monatlichen Förderbeträge reduziert. In der Haushaltsplanung für 2017 konnte das sich dadurch ergebende Einsparpotenzial noch nicht sicher abgeschätzt werden. Darüber hinaus nahmen 2017 einige der schwerbehinderten Arbeitnehmer die vorzeitige Rente mit 63 in Anspruch. Damit entfielen entsprechend geförderte Arbeitsplätze.

Stand: 30.06.2018

§ 27 SchwbAV – personelle Unterstützung und Minderleistung 2,7 Mio. EUR

Hier sind die gleichen Gründe für die Minderleistung wie beim Arbeitgeberzuschuss zu nennen.

Die hier deutlich größere Abweichung zwischen Plan- und Istwert resultiert daraus, dass die Förderbeiträge im Bereich der personellen Unterstützung stärker reduziert wurden, als die bei der Minderleistung.

§ 17 Abs. 1a SchwbAV Zuschuss an schwerbehinderte Menschen 1,0 Mio. EUR

Da es sich hier um einen Rechtsanspruch handelt, wurden die Haushaltsmittel entsprechend geplant. Dabei fand auch die tarifliche Erhöhung der Stundenlöhne bei Dienstleistern Beachtung. Es wurde analog der bisherigen Erfahrungen auch ein Aufwuchs an Anträgen eingeplant, der sich jedoch nicht bestätigte.

IP Zuschuss Aufbau 91,1 TEUR

Die geplanten Aufwendungen konnten vollumfänglich aus dem Bundesprogramm „AlleimBetrieb“ finanziert werden. Diese finanziellen Mittel sind vorrangig vor den Mitteln der Ausgleichsabgabe zu verwenden.

Leistungen für Programme Inklusionsinitiative II – „AlleimBetrieb“ 1,0 Mio. EUR

Die Haushaltsmittel der ersten Tranche i. H. v. 2,3 Mio. EUR wurden im Haushaltsjahr 2017 an Bescheide gebunden. Die Auszahlung dieser gebundenen Mittel wird jedoch erst im folgenden Haushaltsjahr kassenwirksam. Darüber hinaus kann das Integrationsamt keine Teilzahlungen der Mittel des Bundesprogrammes in Anspruch nehmen, da die Auszahlung der Mittel in drei Tranchen zu je 2,3 Mio. EUR im Bundesprogramm festgelegt ist.

Mehraufwendungen sind u. a. bei folgenden Positionen zu verzeichnen:

Sächsisches Arbeitsmarktprogramm 0,2 Mio. EUR

Der gestiegene Bedarf beim Sächsischen Arbeitsmarktprogramm ist insbesondere auf die zu zahlenden Drittpremien bei der Arbeits- und Ausbildungsplatzförderung und Prämien bei der Übernahme nach Ausbildung schwerbehinderter Menschen zurückzuführen, die positiv zu verzeichnen waren. Diese Mehrausgaben sind in ungeplanten und nicht absehbaren Bedarfen der Arbeitgeber begründet gewesen.

Sonderprogramm Integrationsprojekte 0,5 Mio. EUR

Bei der Planung 2017 konnte nicht vollumfänglich berücksichtigt werden, dass sich die Förderung eines komplexen Falles über mehrere Jahre erstreckt und dass durch die Abfinanzierung von Bewilligungen aus vorangegangenen Haushaltsjahren erheblich mehr Mittel benötigt werden, als bei der Haushaltsplanung voraussehbar berücksichtigt werden konnten. Darüber hinaus führten die Anforderungen des Mindestlohngesetzes in den Unternehmen teilweise zu betriebswirtschaftlichen Umstrukturierungen. Diese Prozesse wurden durch eine notwendige betriebswirtschaftliche Begutachtung verzögert, so dass es im Jahr 2016 zu einer geringeren Beanspruchung der geplanten Mittel kam, deren Auszahlung im Haushaltsjahr 2017 erfolgte.

Weitere Mehraufwendungen, deren Beträge im Verhältnis zu den Gesamtaufwendungen als geringfügig eingeschätzt werden können und deren Leistungsumfänge im Planungsvorfeld nicht berechenbar waren, entstanden u. a. in folgenden Positionen:

Abführungen an den Ausgleichsfonds	0,18 Mio. EUR
Landesdolmetscherzentrale	0,31 Mio. EUR
IP Zuschuss Erweiterung	0,65 Mio. EUR
Leistungen für Projekte Schritt für Schritt	0,31 Mio. EUR
Sächs. Arbeitsmarktprogramm	0,18 Mio. EUR

Für die Abführungen an den Ausgleichsfonds wurden 2017 0,18 Mio. EUR mehr als geplant und 0,5 Mio. EUR mehr als im Vorjahr aufgewandt.

Die tatsächliche Höhe des Abführungsbetrages an den Ausgleichsfonds kann das Integrationsamt erst in der Mitte des laufenden Haushaltsjahres ermitteln. Dazu werden 20 % des Aufkommens an Ausgleichsabgabe, das zwischen dem 01.06. des vorangegangenen Jahres und dem 31.05. des laufenden Haushaltsjahres eingegangen ist, an den Ausgleichsfonds weitergeleitet. Aufgrund der 2017 eingegangenen höheren Erträge aus der Ausgleichsabgabe stieg entsprechend die Abführung an den Ausgleichsfonds an.

Zu dieser Aufwandsposition wird im Übrigen auf Punkt 9.2.5. verwiesen.

9.2.5. Sonstige ordentliche Aufwendungen

Zu dieser Aufwandsposition i. H. v. insgesamt 35,3 TEUR zählen Mitgliedsbeiträge, Verwaltungsgebühren des KSV Sachsen sowie Erstattungen an kommunale Gebietskörperschaften. Im Haushaltsjahr 2017 wurde für die Aufwandsposition „Abführungen an den Ausgleichsfonds“ ein neues Konto gemäß der Kommunalen Haushaltssystematik „Sonstige Rückzahlungen Bund“ angelegt und bebucht. Dieses Konto ist neu der Position 16 der Ergebnisrechnung zugeordnet. Geplant wurde die Abführung an den Ausgleichsfonds noch auf dem Konto „Erstattungen an Übrige“, welches den sonstigen ordentlichen Aufwendungen (Position 17 Ergebnisrechnung) zugeordnet ist. Somit fallen der Planwert und Istwert des Aufwandes in der Ergebnisrechnung des Haushaltsjahres 2017 positionsmäßig auseinander. Das erklärt den Minderaufwand in Höhe von 5,0 Mio. EUR in Position 17.

9.3. Außerordentliche Erträge und Aufwendungen

Außerordentliche Erträge und Aufwendungen liegen nicht vor.

9.4. Ordentliches Ergebnis

Das ordentliche Ergebnis für 2017 stellt sich als Überschuss i. H. v. 3,3 Mio. EUR dar. Als Planwert wurde ein Fehlbetrag i. H. v. 3,14 Mio. EUR angesetzt. Damit weicht das Ergebnis um rd. 6,4 Mio. EUR vom Planwert ab. Maßgeblich dafür sind die unter Punkt 9.2.4. aufgeführten Minderaufwendungen im Umfang von ca. 6,5 Mio. EUR.

10. Erläuterungen zur Finanzrechnung der Ausgleichsabgabe

10.1. Einzahlungen

10.1.1. Sonstige Transfereinzahlungen

Differenzen zwischen den Ist-Werten der Finanz- und Ergebnisrechnung ergeben sich aus dem Auseinanderfallen der Sollstellungen (frühere Haushaltsjahre) und dem Geldeingang dazu. Dies betrifft insbesondere ausgereichte Darlehen und deren Rückzahlung sowie die Rückzahlung gewährter Hilfen.

10.1.2. Kostenerstattungen und Kostenumlagen

Zum Inhalt dieser Einzahlungsposition wird auf Punkt 9.1.2. verwiesen. Da entgegen den sonstigen Transfereinzahlungen hier Sollstellung und Geldeingang zeitgleich erfolgen, ist in der Finanzrechnung der gleiche Betrag wie in der Ergebnisrechnung ausgewiesen.

10.1.3. Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen

Hier wird verwiesen auf den Gliederungspunkt 9.1.3. Die Erträge aus der langfristigen Geldanlage sind ergebniswirksam, jedoch nicht zahlungswirksam, da sie in der Geldanlagemasse verbleiben.

10.1.4. Sonstige haushaltswirksame Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit

Diese Position beinhaltet die Einzahlungen aus der Erhebung der Ausgleichsabgabe sowie aller damit im Zusammenhang stehenden Einzahlungen (vgl. 9.1.4.). Die Differenz zur Ergebnisrechnung resultiert zum größten Teil aus der nicht zahlungswirksamen Auflösung von Wertberichtigungen (5,2 Mio. EUR), welche in der Ergebnisrechnung an der vergleichbaren Position ausgewiesen wird.

10.1.5. Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit

Im abgelaufenen Haushaltsjahr verzeichnen die Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit einen fast ausgeglichenen Saldo zwischen den Minder- und den Mehrauszahlungen. Es waren rd. 31,5 Mio. EUR Einzahlungen geplant. Im Ist sind rd. 31,5 Mio. EUR Einzahlungen gebucht. Die Planabweichung beträgt 11 TEUR. Den Mindereinzahlungen bei den Transfereinzahlungen (Rückzahlung gewährter Hilfen) sowie Zinsen und sonstigen Finanzeinzahlungen i. H. v. 1,0 Mio. EUR stehen Mehreinzahlungen im Rahmen des Finanzausgleichs nach § 77 SchwbAV, des Aufkommens an Ausgleichsabgabe in gleicher Größenordnung gegenüber.

10.2. Auszahlungen

10.2.1. Transferauszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit

Die Auszahlungen liegen analog der Aufwendungen mit 28,2 Mio. EUR um 1,3 Mio. EUR unter dem Planansatz. Zu den Ursachen für die Planabweichungen wird auf die Ausführungen unter 9.2.4. verwiesen.

10.2.2. Sonstige haushaltswirksame Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit

Bei dieser Position wird auf die Ausführungen unter 9.2.5. verwiesen. Die Auszahlungen liegen mit 4,9 Mio. EUR unter dem Planansatz.

10.2.3. Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit

Im Jahr 2017 sind im Saldo aller Auszahlungen 18,0 % bzw. 6,2 Mio. EUR weniger Auszahlungen zu verzeichnen. Dem Planwert von 34,5 Mio. EUR steht ein Ist von 28,3 Mio. EUR gegenüber.

10.2.4. Zahlungsmittelsaldo aus laufender Verwaltungstätigkeit als Zahlungsmittelüberschuss

Der geplante Zahlungsmittelbedarf i. H. v. 3,15 Mio. EUR fiel um rd. 6,3 Mio. EUR geringer aus. Ursachen dafür sind einerseits die Minderauszahlungen bei den Auszahlungspositionen (6,2 Mio. EUR) sowie die Minderauszahlungen für Investitionstätigkeit i. H. v. 0,1 Mio. EUR. Im Ergebnis ergibt sich ein Zahlungsmittelüberschuss i. H. v. 3,2 Mio. EUR.

10.2.5. Auszahlungen für den Erwerb von immateriellen Vermögensgegenständen

Im Haushaltsjahr 2017 waren für die Neuanschaffung von Software für die Integrationsfachdienste 100,0 TEUR geplant. Eine Auszahlung von Mitteln fand aus folgendem Grund nicht statt. Auftraggeber des Projektes ist das Integrationsamt des KVJS Baden-Württemberg. Die Nutzungsrechte an der IFD-spezifischen Konfiguration von 3IN liegen demnach beim KVJS Baden-Württemberg. Die Nutzung des Projektes durch den KSV Sachsen - Integrationsamt - erfolgt auf Basis einer Verwaltungsvereinbarung, die den Zusammenschluss zu einer Entwicklungs- und Betriebsgemeinschaft regelt. Auf Grund der Beteiligung weiterer Bundesländer an dem Projekt kam es bezüglich des Abschlusses der Verwaltungsvereinbarung zu unvorhersehbaren Verzögerungen. Damit war der Einführungstermin in Sachsen nicht umsetzbar.

10.2.6. Veränderung des Bestandes an Zahlungsmitteln im Haushaltsjahr

Unter Berücksichtigung des Zahlungsmittelbedarfs aus laufender Verwaltungstätigkeit und des Saldos aus haushaltsunwirksamen Vorgängen ergibt sich eine Erhöhung des Zahlungsmittelbestandes um 3,1 Mio. EUR auf 31,1 Mio. EUR.

10.2.7. Endbestand an liquiden Mitteln

Der Anfangsbestand an liquiden Mitteln beträgt 28,0 Mio. EUR. In Folge des positiven Ergebnisses des Finanzmittelbestandes i. H. v. 3,1 Mio. EUR im abgelaufenen Haushaltsjahr steigt der Endbestand an liquiden Mitteln auf 31,1 Mio. EUR.

11. Erläuterungen zur Vermögensrechnung

11.1. Aktiva

11.1.1. Anlagevermögen

Die Bilanz der Ausgleichsabgabe weist zum 31.12.2017 Anlagevermögen i. H. v. 30.489.730,14 EUR aus. Hierbei handelt es sich bis auf 1,00 EUR um Finanzanlagevermögen. Das bis zum Jahr 2014 in der Bilanz ausgewiesene, in 2010 angeschaffte Schulungsmaterial wurde 2015 vollständig abgeschrieben und wird in der Abschlussbilanz 2017 mit einem Erinnerungswert von 1,00 EUR ausgewiesen.

Die Vermögensgegenstände, die aus Mitteln der Ausgleichsabgabe finanziert werden, sind ausschließlich für besondere Leistungen zur Förderung der Teilhabe schwerbehinderter Menschen am Arbeitsleben einschließlich begleitender Hilfe im Arbeitsleben nach § 102 Abs. 1 Nr. 3 SGB IX bestimmt. Auch wenn der KSV Sachsen während der Bindungsfrist des Bewilligungsbescheides rechtlicher Eigentümer bleibt und eigentumsvorbehaltende Maßnahmen trifft, kann in jedem Fall unterstellt werden, dass das wirtschaftliche Eigentum ausschließlich beim Leistungsempfänger besteht. Deshalb werden diese Vermögensgegenstände nicht in der Ausgleichsabgabe aktiviert.

Das o. a. Finanzanlagevermögen i. H. v. 30,5 Mio. EUR wird extern von der Sparkasse Leipzig verwaltet. Seit dem Anlagebeginn 13.06.2013 konnte per 31.12.2017 ein Gewinn von 2,7 % des ursprünglichen Anlagewertes in Höhe von 30 Mio. EUR erwirtschaftet werden. Das sind 851,5 TEUR.

11.1.2. Umlaufvermögen

11.1.2.1. Öffentlich-rechtliche Forderungen und Forderungen aus Transferleistungen

Unter dieser Bilanzposition wurden alle Forderungen aus der Erhebung und Verwendung der Ausgleichsabgabe ausgewiesen. Hierbei handelt es sich um Forderungen gegenüber Betrieben, welche die Ausgleichsabgabe nicht oder nicht in voller Höhe gezahlt haben, außerdem Forderungen aus der Rückforderung von gewährten Leistungen aus der Ausgleichsabgabe, bei denen der Bewilligungsbescheid ganz oder teilweise widerrufen wurde. Außerdem werden die Forderungen aus Mahn- und Vollstreckungskosten hier ausgewiesen. Die Forderungen wurden nach den unter – IV Anhang – erläuterten Kriterien wertberichtigt. Im abgelaufenen Haushaltsjahr stehen gegenüber dem Vorjahr rd. 18 % weniger Forderungen zu Buche.

11.1.2.2. Liquide Mittel

Die liquiden Mittel der Ausgleichsabgabe haben sich im Vergleich zum Vorjahr um rd. 3,2 Mio. EUR erhöht. Dies entspricht dem Zahlungsmittelsaldo (Zahlungsmittelüberschuss) in der Finanzrechnung.

11.1.3. Aktive Rechnungsabgrenzungsposten

Hierin enthalten sind vorwiegend Zahlungen für Arbeitsassistenzen im Jahr 2017 mit Fälligkeiten 2018.

Stand: 30.06.2018

11.2. Passiva

11.2.1. Kapitalpositionen

Gemäß Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums des Innern zur Neuregelung gemeindefinanzrechtlicher Bestimmungen vom 28. September 2017 ist das Basiskapital in Höhe des Wertes der Eröffnungsbilanz in eine zweckgebundene Rücklage zu überführen. Dies wurde mit dem Jahresabschluss 2017 vollzogen. Damit weist die Position Basiskapital per 31.12.2017 einen Wert von 0 EUR aus. Der Betrag des Basiskapitals in Höhe von 44.347.596,63 EUR findet sich nunmehr unter der Position zweckgebundene und sonstige Rücklagen.

Der Betrag des positiven Ergebnisses 2017 i. H. v. 3,3 Mio. EUR wurde zum Haushaltsausgleich der Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses zugeführt, die zum 31.12.2017 einen Stand i. H. v. 17,8 Mio. EUR ausweist.

11.2.2. Sonderposten

Sachverhalte, welche die Bildung von Sonderposten gemäß § 40 SächsKomHVO-Doppik begründen, sind nicht vorhanden.

11.2.3. Rückstellungen

Rückstellungen wurden gemäß § 41 Abs. 1 Nr. 6 SächsKomHVO-Doppik für drohende Verpflichtungen aus anhängigen Gerichts- und Verwaltungsverfahren gebildet. Alle zum jewei-

gen Bilanzstichtag anhängigen Gerichts- und Widerspruchsverfahren wurden aufgelistet und die zum Zeitpunkt der Klageerhebung erwarteten finanziellen Auswirkungen bei negativem Ausgang einzelfallbezogen ermittelt.

Rückstellungen für abgeschlossene Gerichtsverfahren wurden ergebniswirksam aufgelöst, aufwandswirksam insoweit finanzielle Aufwendungen für die Ausgleichsabgabe entstanden. Im Übrigen erfolgte die Auflösung ertragswirksam. Der Saldo aus Auflösung und Bildung von Rückstellungen erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr (-63,8 T EUR) um 99,5 T EUR auf 35,7 TEUR. Tatbestände für die Bildung weiterer Rückstellungen liegen nicht vor.

11.2.4. Verbindlichkeiten

Die Ausgleichsabgabe war zum Bilanzstichtag schuldenfrei.

Sonstige Verbindlichkeiten i. H. v. 0,14 Mio. EUR resultieren aus der Abführungspflicht aus der Erhebung der Ausgleichsabgabe an den Ausgleichsfonds. Da der jährliche Abrechnungstichtag der 31.05. ist, wurden 20 % der Einzahlungen im Zeitraum vom 01.06. bis zum 31.12.2017 als Verbindlichkeiten ausgewiesen.

Weitere Verbindlichkeiten wurden für kreditorische Debitoren und ausstehende Mahngebühren bzw. Vollstreckungskosten ausgewiesen.

11.2.5. Passive Rechnungsabgrenzungsposten

Hierbei handelt es sich um Einzahlungen, welche für Forderungen des Folgejahres bestimmt, aber bereits im abgelaufenen Haushaltsjahr eingegangen sind.

Im abgelaufenen Haushaltsjahr sind keine Forderungen mit Restlaufzeiten über 3 Jahren vorhanden. Somit sind keine Abzinsungen notwendig.

Stand: 30.06.2018

12. Darstellungen gemäß § 53 Abs. 2 SächsKomHVO-Doppik

Die Verwendung der Mittel der Ausgleichsabgabe ergibt sich aus § 108 SGB IX in Verbindung mit der Schwerbehinderten-Ausgleichsabgabeverordnung. Ziel ist es, die Teilhabe schwerbehinderter Menschen am Arbeitsleben auf dem 1. Arbeitsmarkt zu fördern und zu erhalten. Die durch die Erhebung der Ausgleichsabgabe eingenommenen finanziellen Mittel sind ausreichend, um das o. g. Ziel vollumfänglich zu erfüllen. Auf Grund der vollständig durch Liquidität gesicherten Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses i. H. v. 17,8 Mio. EUR wäre eine lt. Planansatz 2017 vorübergehende, die Erträge übersteigende Förderung der Teilhabe am Arbeitsleben unproblematisch. Wie sich jedoch am Ergebnis 2017 zeigt, waren die Erträge der Ausgleichsabgabebzahlungen 2017 für die erbrachten finanziellen Leistungen zur Förderung der Teilhabe am Arbeitsleben auskömmlich ohne die Rücklage zu beanspruchen. Der 2017 entstandene Überschuss i. H. v. 3,3 Mio. EUR wird der Rücklage zugeführt.

Tatbestände des § 53 Abs. 2 Nr. 3, 5 und 6 SächsKomHVO-Doppik liegen nicht vor. Schlüsselprodukte wurden nicht gebildet.

13. Aufstellung nach § 88 Abs. 3 SächsGemO

Verbandsdirektor

Werner, Andreas

Fachbediensteter für das Finanzwesen

Schlegel, Olaf

Verbandsräte der Verbandsversammlung des KSV Sachsen

- | | |
|----------------------------|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| - Albrecht, Karsten | AR SWL
BA Soziales Leipzig |
| - Barkow, Pia | |
| - Bartholomäus, Hans-Jörg | Verbandsrat im Abfallwirtschafts-Verband Chemnitz (AWVC) |
| - Dr. Brunzlaff, Roswitha | Aufsichtsrat der Muldentalkliniken GmbH |
| - Büchner, Ralph | Aufsichtsrat Wohnungsgesellschaft Hoyerswerda |
| - Dr. Drechsel, Uwe | |
| - Drews, Vincent | keine Angaben zu § 88 Abs. 3 Nr. 2-4 SächsGemO gemacht |
| - Emanuel, Kai | Beiratsvorsitzender OVH (Omnibus-Verkehrsgesellschaft mbH „Heideland“)
Verwaltungsratsmitglied SAKD (Sächsische Anstalt für kommunale Datenverarbeitung) |
| - Prof. Dr. Fabian, Thomas | Vorsitzender des Aufsichtsrates des Klinikum St. Georg gGmbH
Vorsitzender des Aufsichtsrates der Städtischen Altenheime Leipzig gGmbH
Mitglied des Vorstandes der Bürgerstiftung Leipzig |
| - Frommelt, Bernd | keine Angaben zu § 88 Abs. 3 Nr. 2-4 SächsGemO gemacht |
| - Gampe, Thomas | MGLG mbH
TRIXI-Park GmbH
BGG mbH
GHT mbH
EGLZ mbH
EWK GmbH
GF der Beteiligungsgesellschaft des LK Görlitz mbH |

Stand: 30.06.2018

- Graichen, Henry
 - Mitglied Zweckverband Stadt- und Kreissparkasse
 - Mitglied Trägerversammlung Stadt- und Kreissparkasse Leipzig
 - Mitglied Verwaltungsrat Stadt- und Kreissparkasse Leipzig
 - Vorsitzender Verwaltungsrat Sparkasse Muldentäl
 - Vorsitzender Kulturraum Leipziger Raum
 - Vorsitzender Regionaler Planungsverband Westsachsen
 - Mitglied VR und VV ZVNL – Zweckverband für den Nahverkehrsraum Leipzig
 - Vorsitzender Rettungszweckverband Landkreis Leipzig und Mittelsachsen
 - Vorsitzender Aufsichtsrat WILL LK Leipzig GmbH
 - Mitglied Aufsichtsrat IRL – Invest Region Leipzig GmbH
 - Vorsitzender Aufsichtsrat Muldentalkliniken GmbH
 - Vorsitzender WEV – Westsächsische Entsorgungs- und Verwertungs mbH
 - Mitglied Landkreisversammlung Sächs. Landkreistag
 - Mitglied Sozialausschuss des Deutschen Landkreistages
 - Mitglied Verwaltungsrat ZV für Tierkörperbeseitigung Sachsen
 - Vorsitzender Sozial- und Bildungsausschuss im Sächs. Landkreistag

- Harig, Michael
 - AR-Vorsitz Oberlausitz-Kliniken gGmbH
 - AR-Vorsitz Oberlausitz Pflegeheim & Kurzzeitpflege gGmbH
 - AR-Vorsitz Marketinggesellschaft Oberlausitz-Niederschlesien mbH
 - stellv. AR-Vorsitz Regionalbus Oberlausitz GmbH
 - AR-Vorsitz Verkehrsverbund Oberlausitz-Niederschlesien GmbH
 - AR-Mitglied Verkehrsverbund Oberelbe GmbH

- Hänsel, Ralf
 - stellv. Verbandsvorsitzender Abwasserzweckverband Elbe-Röder Floßkanal
 - Geschäftsführer EVGZ mbH

- Hille, Kati
- Hillinger, Antje
- Höllmüller, Jörg

Stand: 30.06.2018

-
- | | |
|--------------------------------|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| - Hölzel, Angelika | Aufsichtsratsmitglied Heimbetriebsgesellschaft mbH Kirchberg
Rudolf Virchow Klinikum Glauchau, Pleißen-Klinik GmbH |
| - Jordan, Günter | Aufsichtsrat Verkehrsgesellschaft Meißen mbH
Geschäftsführer der Armierungsbau Coswig GmbH |
| - Kador-Probst, Martina | keine Mitgliedschaften nach § 88 Abs. 3 SächsGemO |
| - Dr. Kristin Klaudia Kaufmann | Aufsichtsrat STESAD, DVB AG |
| - Kragl, Herbert | keine Mitgliedschaften nach § 88 Abs. 3 SächsGemO |
| - Lemm, Gerhard | keine Angaben zu § 88 Abs. 3 Nr. 2-4 SächsGemO gemacht |
| - Putz, Janet | |
| - Pritscha, Katrin | keine Mitgliedschaften nach § 88 Abs. 3 SächsGemO |
| - Rausch, David | keine Angaben zu § 88 Abs. 3 Nr. 2-4 SächsGemO gemacht |
| - Reusch, Ingrid | Mitglied im Aufsichtsrat der gemeinnützigen Heimbetriebsgesellschaft mbH Kirchberg
Vorstandsmitglied DRK Schwesternschaft Sachsen e. V. |
| - Rochold, Philipp | bis Sept. 2015 Aufsichtsratsvorsitzender Fortbildungszentrum Chemnitz gGmbH |
| - Rudler, Joachim | keine Angaben zu § 88 Abs. 3 Nr. 2-4 SächsGemO gemacht |
| - Salzwedel, Marina | keine Mitgliedschaften nach § 88 Abs. 3 |
| - Dr. Scheurer, Christoph | Kommunale Datennetz GmbH
Verwaltungsrat der Sparkasse Chemnitz
Verwaltungsrat der Sparkasse Zwickau
Gemeinnützige Heimbetriebsgesellschaft mbH Kirchberg
Management- und Beteiligungsgesellschaft Zwickauer Land mbG
Entsorgungsgesellschaft Zwickauer Land mbH
Kommunale Entsorgungsgesellschaft Chemnitzer Land mbH
Tourismus- und Sport GmbH
Kreiskrankenhaus Glauchau gGmbH
Verkehrssicherheitszentrum Verwaltungs GmbH
Verkehrssicherheitszentrum am Sachsenring GmbH & Co. KG |
-

Stand: 30.06.2018

- Schmelich, Michael	keine Angaben zu § 88 Abs. 3 Nr. 2-4 SächsGemO gemacht
- Schmidt, Heike	
- Schütze, Karsten	keine Angaben zu § 88 Abs. 3 Nr. 2-4 SächsGemO gemacht
- Schulze, Christian	Verwaltungsrat Sparkasse Leipzig AR SAH (Städtische Altenhilfe Leipzig) Mitglied BaJSG Leipzig (Betriebsausschuss Jugend, Soziales Gesundheit) AR St. Georg – Krankenhaus / VKKJ/SEB/St. Georg
- Schumann, Klaus	Aufsichtsrat Stadtwerke Oelsnitz GmbH
- Schwab, Nicole	keine Mitgliedschaften nach § 88 Abs. 3 SächsGemO
- Tirpitz, Michael ßung,	LESG – Gesellschaft der Stadt Leipzig zur Erschließung und Sanierung von Baugebieten mbH
- Utech, Cornelia	keine Mitgliedschaften nach § 88 Abs. 3 SächsGemO
- Vogel, Frank	Erzgebirgssparkasse Tourismus- und Marketinggesellschaft Sachsen mbH FC Erzgebirge Aue e. V. Gesellschaftervertreter des Erzgebirgskreises in der Gesellschafterversammlung in folgenden Unternehmen: ◦ Krankenhaus-Gesundheitsholding Erzgebirge GmbH ◦ Wirtschaftsförderung Erzgebirge GmbH ◦ Naturschutzzentrum Erzgebirge gemeinnützige GmbH ◦ Regionalverkehr Erzgebirge GmbH ◦ Erzgebirgische Theater- und Orchester GmbH ◦ CAP Oelsnitz GmbH – Technologieorientiertes Gründerzentrum des Erzgebirgskreises ◦ Verkehrslandeplatz Chemnitz/Jahnsdorf GmbH ◦ Freizeitbad An der Silberstraße GmbH ◦ Sozialpädiatrisches Zentrum am HELIOS Klinikum Aue gGmbH ◦ EKA Erzgebirgsklinikum Annaberg gemeinnützige GmbH ◦ Kreiskrankenhaus Stollberg gemeinnützige GmbH ◦ Wirtschaftsregion Chemnitz-Zwickau GmbH Wirtschaftsförderungsgesellschaft i. L. ◦ Tourismusverband Erzgebirge e. V. ◦ Landestourismusverband Sachsen e. V.
- Vorjohann, Hartmut	Energieverbund Dresden GmbH, Vorsitzender im Aufsichtsrat Wasserversorgung Brockwitz-Rödern GmbH – Mitglied

Stand: 30.06.2018

- | | |
|-----------------------|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| | ENSO Energie Sachsen Ost AG – Vorsitzender im Aufsichtsrat
STESAD GmbH – Vorsitzender im Aufsichtsrat
Kommunale Immobilien Dresden GmbH & Co.KG – Vorsitzender im Aufsichtsrat

Stiftungsrat Frauenkirche Dresden
Stiftungsrat Deutsches Hygienemuseum Dresden
Sozialstiftung der Stadt Dresden
Kreuzchorstiftung der Stadt Dresden |
| - Walter, Daniela | Mitglied im Aufsichtsrat der Dresdner Bäder GmbH |
| - Weber, Martina | Aufsichtsrat – Krankenhäuser – KH Weißwasser – KH KOB der Gesundheitszentren im LK GR |
| - Willuhn, Stefanie | keine Angaben zu § 88 Abs. 3 Nr. 2-4 SächsGemO gemacht |
| - Witte, Naomi-Pia | Aufsichtsrat Leipziger Wohnungs- und Baugesellschaft mbH (LWB) |
| - Wünschmann, Martina | Kreisrätin LK Sächsische Schweiz-Osterzgebirge
Gemeinderätin Gemeinde Bannewitz |
| - Zettwitz, Wolfgang | keine Mitgliedschaften nach § 88 Abs. 3 SächsGemO |
| - Zschommler, Gunther | Aufsichtsrat EKM (Entsorgung LK Mittelsachsen) |

14. Abschlussbeurkundung

Die Vollständigkeit und Richtigkeit des Jahresabschlusses 2017 wird hiermit bestätigt.

Leipzig, den 30.06.2018

Andreas Werner
Verbandsdirektor

Olaf Schlegel
Fachbereichsleiter Allg. Verwaltung

Stand: 30.06.2018



Kommunaler Sozialverband Sachsen



Impressum

Herausgeber
Kommunaler Sozialverband Sachsen
Büro des Verbandsdirektors
Humboldtstraße 18
04105 Leipzig

Telefon: 0341 1266 306
Telefax: 0341 1266 9306
E-Mail: post@ksv-sachsen.de
Internet: www.ksv-sachsen.de

Allgemeine Angaben

Dienstsitz des KSV Sachsen

Adresse: Humboldtstraße 18
04105 Leipzig
Telefon: 0341 1266 0
Fax: 0341 1266 9700

Adresse: Reichsstraße 3
09112 Chemnitz
Telefon: 0371 577 0
Fax: 0371 577 282

E-Mail: post@ksv-sachsen.de
Internet: www.ksv-sachsen.de

Gründungsjahr: 1993 (SächsLWVG vom 22.01.1993)

Rechtsform: Körperschaft des öffentlichen Rechts

- Aufgaben:**
1. Überörtlicher Träger der Sozialhilfe
Leistungen an Menschen mit Behinderungen zwischen 18 und 65 Jahren
 - 1.1 Hilfe zur Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft
 - Ambulant betreutes Wohnen einschl. Leistungen der Grundsicherung und Hilfe zum Lebensunterhalt
 - teilstationäres und stationäres Wohnen
 - 1.2 Hilfe zur Teilhabe am Arbeitsleben
Beschäftigung in Werkstätten für behinderte Menschen (WfbM) einschl. Förder- und Betreuungsbereich
 - 1.3 Leistungen der Hilfe zur Pflege
 - 1.4 Leistungen an Personen mit besonderen sozialen Schwierigkeiten
 - Ambulant betreutes Wohnen einschl. Leistungen der Grundsicherung und Hilfe zum Lebensunterhalt teilstationäres und stationäres Wohnen
 - 1.5 Leistungen zum Besuch einer Hochschule sowie zur Beschaffung eines Kfz
 - 1.6 Abschluss von Vereinbarungen nach SGB XI und SGB XII
 - 1.7 Sozialplanung einschl. Beratung und Unterstützung der Landkreise und kreisfreien Städte
 2. Überörtliche Betreuungsbehörde

3. Zuständige Behörde für nicht geförderte Investitionskosten in Pflegeeinrichtungen
4. Betreuungsangebote für die Anerkennung und Förderung niedrigschwelliger Betreuungsangebote und/oder Entlassungsangeboten (auch Angebote zur Unterstützung im Alltag genannt)
5. Erteilung einer Erlaubnis zum Führen der Berufsbezeichnung für die Gesundheitsfachberufe/Anerkennung von ausländischen Berufsqualifikationen in nichtakademischen Gesundheitsfachberufen
6. Integrationsamt einschl. Fahrgelderstattungen und Ansprechpartner für Betriebe zu Erhebung/Einnahme/Verwendung der Ausgleichsabgabe und zum Kündigungsschutz
7. Zuständige Stelle nach Aufwendungserstattungsverordnung
8. Soziales Entschädigungsrecht für Anspruchsberechtigte nach dem
 - Bundesversorgungsgesetz (BVG)
 - Opferentschädigungsgesetz (OEG)
 - Zivildienstgesetz (ZDG)
 - Infektionsschutzgesetz (IfSG)
 - Strafrechtliches Rehabilitierungsgesetz (StrRehaG)
 - Häftlingshilfegesetz (HHG)
 - Anti-D-Hilfegesetz (AntiDHG)
 - Verwaltungsrechtliches Rehabilitierungsgesetz (VwRehaG)
- 8.1 Heil- und Krankenbehandlung, orthopädische Versorgung
- 8.2 Hauptfürsorgestelle:
Leistungen der Kriegsofferfürsorge einschl. beruflicher Rehabilitation
- 8.3 Landesblindengeld und Feststellungsverfahren nach dem SGB IX
Grundsatzfragen, Rechtsaufsicht, Widerspruchsbehörde
- 8.4 Sächs. Landeserziehungsgeld, Gesetz zum Elterngeld und zur Elternzeit
Grundsatzfragen, Fachaufsicht, EDV-Verfahrensgestaltung und -betreuung, Widerspruchsbehörde
9. Anlauf- und Beratungsstelle des Freistaates Sachsen zum Fonds „Heimerziehung in der DDR in den Jahren 1949 - 1990“
10. Vollzug von Förderrichtlinien SGB VIII/Landesjugendhilfegesetz
11. Aufgaben der Heimaufsicht
12. Anlauf- und Beratungsstelle der Stiftung Anerkennung und Hilfe

Zusammensetzung der Siebenten Verbandsversammlung (01.01.2017 - 31.12.2017)

Vorsitzender der Verbandsversammlung: Henry Graichen, Landrat Leipziger Land

Mitglieder des KSV Sachsen: (48)	Landkreis	Vertreter in der Siebenten Verbandsversammlung
	Nordsachsen	2
	Leipzig	3
	Mittelsachsen	4
	Zwickau	4
	Erzgebirgskreis	4
	Vogtlandkreis	3
	Meißen	3
	Sächsische Schweiz-Osterzgebirge	3
	Bautzen	4
	Görlitz	3
	<u>Kreisfreie Stadt</u>	
	Chemnitz	3
	Dresden	6
	Leipzig	6

Verbandsdirektor: Andreas Werner

Beteiligungen: Der Kommunale Sozialverband Sachsen ist an der Kommunalen Informationsverarbeitung Sachsen (KISA) unmittelbar beteiligt.

Organe: Verbandsversammlung
Verbandsausschuss
Verbandsdirektor

Kurzvorstellung des Verbandes: Der am 30. Juli 2005 durch das Sächsische Gesetz zur Ausführung des Sozialgesetzbuches (Sächs. AGSGB) in Kommunalen Sozialverband Sachsen (KSV Sachsen) umbenannte Landeswohlfahrtsverband Sachsen (LWV Sachsen) wurde als Höherer Kommunalverband aller Landkreise und kreisfreien Städte des Freistaates Sachsen am 22.01.1993 durch die Verabschiedung des Gesetzes über den LWV Sachsen im Landtag des Freistaates Sachsen gegründet. Der KSV Sachsen war zu diesem Zeitpunkt der einzige kommunal organisierte überörtliche Träger der Sozialhilfe in den neuen Bundesländern. Die Landkreise und kreisfreien Städte gehören als juristische Personen des öffentlichen Rechts dem Verband an, der Körperschaft des öffentlichen Rechts ist. Dem KSV Sachsen wurde per Gesetz eine Ausgleichs- und Bündelungs-/Dienstleistungsfunktion übertragen.

Er koordiniert und erfüllt als überörtlicher Träger der Sozialhilfe eine Vielzahl von Aufgaben der Sozialhilfe und gewährleistet eine überregionale, bedarfsgerechte Versorgung für Menschen mit Behinderungen. Nach dem SGB XII sind örtliche und überörtliche Träger der Sozialhilfe für Leistungen zuständig, die unter Beachtung der Nachrangigkeit der Sozialhilfe berechtigten Personen als Hilfe in besonderen Lebenslagen oder Hilfe zum Lebensunterhalt gewährt werden.

Das Hauptaufgabengebiet des KSV Sachsen als überörtlicher Träger der Sozialhilfe ist die Hilfe in besonderen Lebenslagen mit dem Schwerpunkt der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen nach dem SGB IX und SGB XII.

Mit dem oben genannten Sächs. AGSGB traten zum 01.01.2006 Veränderungen in der sachlichen Zuständigkeit des KSV Sachsen ein.

Mit dem In-Kraft-Treten des Gesetzes zur Neuordnung der Sächsischen Verwaltung (Sächs.VwNG) wurden dem KSV Sachsen zum 01.08.2008 weitere Aufgaben übertragen.

Anzahl der Mitarbeiter ca. 500

Gesamthaushalt des Kommunalen Sozialverbandes Sachsen
(vorläufiges Rechnungsergebnis 2017 Stand: 03.07.2018 in EUR)

1. Ergebnisrechnung	
ordentliche Erträge:	628.079.198,78
ordentliche Aufwendungen:	633.170.412,29
Ordentliches Ergebnis:	- 5.091.213,51
Sonderergebnis:	1,38
<u>Gesamtergebnis:</u>	<u>- 5.091.212,13</u>
2. Finanzrechnung	
Einzahlungen	
aus laufender Verwaltungstätigkeit:	606.804.697,52
Auszahlungen	
aus laufender Verwaltungstätigkeit:	617.536.803,24
Einzahlungen	
aus Investitionstätigkeit:	9.112,22
Auszahlungen	
für Investitionstätigkeit:	10.622.844,66
Auszahlungen	
für Finanzierungstätigkeit:	0,00
Saldo aus	
haushaltsunwirksamen Vorgängen:	1.559.622,00
<u>Zahlungsmittelfehlbedarf:</u>	<u>- 19.786.216,16</u>
3. Vermögensrechnung (Bilanz)	
<u>Aktiva:</u>	
Anlagevermögen:	60.964.383,41
Umlaufvermögen:	57.958.275,61
Aktive Rechnungsabgrenzungsposten:	2.747.242,71
<u>Passiva:</u>	
Kapitalposition:	62.190.150,93
Sonderposten:	5.847,53
Rückstellungen:	6.380.558,53
Verbindlichkeiten:	50.926.657,49
Passive Rechnungsabgrenzungsposten:	3.876.413,53
<u>Bilanzsumme:</u>	<u>123.379.628,01</u>

Kommunalhaushalt des Kommunalen Sozialverbandes Sachsen
(vorläufiges Rechnungsergebnis 2017 Stand: 03.07.2018 in EUR)

1. Ergebnisrechnung

ordentliche Erträge:	590.857.927,97
ordentliche Aufwendungen:	599.261.534,30
Ordentliches Ergebnis:	- 8.403.606,33
Sonderergebnis:	1,38
<u>Gesamtergebnis:</u>	<u>- 8.403.604,95</u>

2. Finanzrechnung

Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit:	575.359.026,76
Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit:	589.259.013,99
Einzahlungen aus Investitionstätigkeit:	9.112,22
Auszahlungen für Investitionstätigkeit:	10.622.844,66
Auszahlungen für Finanzierungstätigkeit:	0,00
Saldo aus haushaltsunwirksamen Vorgängen:	1.562.538,74
<u>Zahlungsmittelfehlbedarf:</u>	<u>- 22.951.180,93</u>

3. Vermögensrechnung (Bilanz)

<u>Aktiva:</u>	
Anlagevermögen:	30.474.653,27
Umlaufvermögen:	26.056.650,67
Aktive Rechnungsabgrenzungsposten:	2.644.245,85
Nicht durch Kapitalposition gedeckter Fehl- betrag	1.709.726,28
<u>Passiva:</u>	
Kapitalposition:	0,00
Sonderposten:	5.847,53
Rückstellungen:	6.298.044,76
Verbindlichkeiten:	50.710.345,25
Passive Rechnungsabgrenzungsposten:	3.871.038,53
<u>Bilanzsumme:</u>	<u>60.885.276,07</u>

Haushalt der Ausgleichsabgabe des Kommunalen Sozialverbandes Sachsen
(vorläufiges Rechnungsergebnis 2017 Stand: 03.07.2018 in EUR)

1. Ergebnisrechnung	
ordentliche Erträge:	37.221.270,81
ordentliche Aufwendungen:	33.908.877,99
Ordentliches Ergebnis:	3.312.392,82
<u>Gesamtergebnis:</u>	<u>3.312.392,82</u>
2. Finanzrechnung	
Einzahlungen	
aus laufender Verwaltungstätigkeit:	31.445.670,76
Auszahlungen	
aus laufender Verwaltungstätigkeit:	28.277.789,25
Einzahlungen	
aus Investitionstätigkeit:	0,00
Auszahlungen	
für Investitionstätigkeit:	0,00
Auszahlungen	
für Finanzierungstätigkeit:	0,00
Saldo aus	
haushaltsunwirksamen Vorgängen:	- 2.916,74
<u>Zahlungsmittelüberschuss:</u>	<u>3.164.964,77</u>
3. Vermögensrechnung (Bilanz)	
<u>Aktiva:</u>	
Anlagevermögen:	30.489.730,14
Umlaufvermögen:	31.901.624,94
Aktive Rechnungsabgrenzungsposten:	102.996,86
<u>Passiva:</u>	
Kapitalposition:	62.190.150,93
Sonderposten:	0,00
Rückstellungen:	82.513,77
Verbindlichkeiten:	216.312,24
Passive Rechnungsabgrenzungsposten:	5.375,00
<u>Bilanzsumme:</u>	<u>62.494.351,94</u>

Sparkassenzweckverband für die Stadt- und Kreissparkasse Leipzig

Beteiligungsübersicht

Humboldtstraße 25
04105 Leipzig

Tel. 0341 9860
Fax 0341 9861109
Email info@sparkasse-leipzig.de
Internet

Gründungsdatum 01.01.1990
Rechtsform Zweckverband

Verbandsmitglieder / Stammkapital

Gesamtstimmen		25,00
Verbandsmitglieder	Anteil	Anteil
Landkreis Leipzig	40,0000 %	10,00

Unternehmensgegenstand / Unternehmenszweck

Der Zweckverband fördert das Sparkassenwesen im Zweckverbandsgebiet. Der Zweckverband ist Träger der Stadt- und Kreissparkasse Leipzig; die kommunale Trägerschaft an der Stadt- und Kreissparkasse Leipzig haben der Zweckverband und der Landkreis Nordsachsen gemeinsam inne. Die Sparkassenträgerschaft, die Ausübung der Trägerbefugnisse und sonstige trägerschaftliche Beziehungen bestimmen sich nach dem ÖRKSF-G und/oder gesondert zwischen den Trägern getroffenen Vereinbarungen. Die Zweckverbandsmitglieder dürfen keine weitere Sparkasse oder ähnliche Unternehmen errichten oder sich an solchen beteiligen. Bestehende Trägerschaften gemäß § 1 Abs. 1 ÖRKSF-G bleiben unberührt.

Finanzbeziehungen

Leistungen des Zweckverbandes an den Landkreis	in €
------------------------------------------------	------

Leistungen des Landkreises an den Zweckverband	in €
------------------------------------------------	------

Bürgschaften	in €
Zweckverband an den Landkreis	
Landkreis an den Zweckverband	

Darlehen	in €
Zweckverband an den Landkreis	
Landkreis an den Zweckverband	

Lagebericht 2017

Adresse

Stadt- und Kreissparkasse Leipzig
Humboldtstr. 25
04105 Leipzig

E-Mail

info@sparkasse-leipzig.de

Gründungsjahr

1990 (Sicherheitsneugründung 2003)

Rechtsform

Zweckverband, Körperschaft des öffentlichen Rechts

Mitglieder/Stimmenanteile

Stadt Leipzig
Landkreis Leipzig

15 von 25

10 von 25

Organe

Verbandsversammlung
Verbandsvorsitzender

Verbandsvorsitzender

Burkhard Jung

Beteiligungen

Stadt- und Kreissparkasse Leipzig (kommunale Trägerschaft gemeinsam mit dem Landkreis Nordsachsen) anteilig (gerundet) 85,85 %

Vertreter in der Verbandsversammlung

- Burkhard Jung (Verbandsvorsitzender)
- Henry Graichen (Stellvertretender Verbandsvorsitzender)
- Adam Bednarsky
- Petra Cagalj Sejdi
- Falk Dossin (seit 18.10.2017)
- Andreas Faulhaber
- Andreas Habicht
- Holger Hentschel
- Margitta Hollick
- Annette Körner
- Jens Lehmann (seit 18.10.2017)
- Birgitt Mai
- Claus-Uwe Rothkegel
- Christian Schulze
- Sebastian Walther
- Steffen Wehmann
- Christopher Zenker
- Maik Kunze
- Hartmut Harbisch
- Frank Rudolph
- Eberhard Kupfer
- Dr. Gabriela Lantzsch
- Uwe Wellmann
- Gabriele Sporbart
- Siegfried Runkwitz
- Simone Luedtke

Aufgaben

Gemäß § 2 der Verbandssatzung hat der Zweckverband folgende Aufgabe:

"(1) Der Zweckverband fördert das Sparkassenwesen im Zweckverbandsgebiet.

(2) Der Zweckverband ist Träger der Stadt- und Kreissparkasse Leipzig; die kommunale Trägerschaft an der Stadt- und Kreissparkasse Leipzig haben gemäß § 1 Abs. 1 und Abs. 3 des Gesetzes über die öffentlich-rechtlichen Kreditinstitute im Freistaat Sachsen und die Sachsen-Finanz-gruppe (im Nachfolgenden "ÖRKSF-G") der Zweckverband und der Landkreis Nordsachsen gemeinsam inne. Die Sparkassenträgerschaft, die Ausübung der Trägerbefugnisse und sonstige trägerschaftliche Beziehungen bestimmen sich nach dem ÖRKSF-G und/oder gesondert zwischen den Trägern getroffenen Vereinbarungen.

(3) Die Zweckverbandsmitglieder dürfen keine weitere Sparkasse oder ähnliche Unternehmen errichten oder sich an solchen beteiligen. Bestehende Trägerschaften gemäß § 1 Abs. 1 ÖRKSF-G bleiben unberührt."

Zweckverband Kommunale Informationsverarbeitung Sachsen (KISA)

Beteiligungsübersicht

Eilenburger Straße 1 a
04317 Leipzig

Tel. 0341 52010120
Fax 0341 52010122
Email post@kisa.it
Internet http://www.kisa.it

Gründungsdatum 01.01.2004
Rechtsform Zweckverband

Verbandsmitglieder / Stammkapital

Gesamtstimmen		2.197,00
Verbandsmitglieder	Anteil	Anteil
verschiedene	98,674 %	2.167,00
Landkreis Leipzig	1,326 %	30,00

Unternehmensgegenstand / Unternehmenszweck

Die KISA stellt ihren Mitgliedern Datenverarbeitungsverfahren, Datenübertragungsnetze, Datenverarbeitungsleistungen und zugehörigen Service zur Erledigung und Vereinfachung von Verwaltungsaufgaben mit technikunterstützter Informationsverarbeitung zur Verfügung, welche die Mitglieder ganz oder teilweise in freier Entscheidung nutzen können. Diese Leistungen kann die KISA auch für Nichtmitglieder erbringen.

Insbesondere sorgt die KISA für Wartung, Pflege und Weiterentwicklung beziehungsweise für Ersatz/Ablösung der bereitgestellten Verfahren sowie für einen möglichst integrierten Einsatz durch Bereitstellung entsprechender Schnittstellen. Sie unterstützt in allen Anwendungsverfahren und in allen Fragen, die mit ihrer Leistung im Zusammenhang stehen und führt Schulungen durch, wobei rechtliche Beratungen jedoch ausgeschlossen sind. Die KISA berät und unterstützt bei der Auswahl, Beschaffung und der Nutzung von Hard- und Software. Sie erwirbt Gebietslizenzen und schließt Rahmenverträge mit Dritten für Lieferungen und Leistungen. Auf dem Gebiet der technikunterstützten Informationsverarbeitung vertritt sie die Interessen der Verbandsmitglieder und achtet auf die Einhaltung der Datenschutz- und Datensicherheitsbestimmungen.

Finanzbeziehungen

Leistungen des Zweckverbandes an den Landkreis	in €
Keine	

Leistungen des Landkreises an den Zweckverband	in €
Verlustabdeckung	

Bürgschaften	in €
Zweckverband an den Landkreis	
Landkreis an den Zweckverband	

Darlehen	in €
Zweckverband an den Landkreis	
Landkreis an den Zweckverband	

Lagebericht

des Zweckverbandes „Kommunale Informationsverarbeitung Sachsen“ KISA,

Leipzig,

für das Wirtschaftsjahr 2017

I. Darstellung des Geschäftsverlaufs einschl. des Geschäftsergebnisses

Allgemeines

Der Zweckverband Kommunale Informationsverarbeitung Sachsen (KISA) ist der kommunale IT-Dienstleister in Sachsen und stellt seinen Mitgliedern und Kunden Softwareanwendungen, Datenübertragungsnetze, Datenverarbeitungsleistungen und zugehörige Serviceleistungen zur Erledigung oder Vereinfachung von Verwaltungsaufgaben mit technikunterstützter Informationsverarbeitung zur Verfügung, welche sie ganz oder teilweise in freier Entscheidung nutzen können. Darüber hinaus unterstützt KISA sowohl im kommunalen als auch im privaten Bereich die Auftragsverarbeitung und ist für integrierte IT-Lösungen im öffentlichen Sektor zuständig.

Die KISA ist ein Zweckverband mit 269 Mitgliedern und arbeitet auf der Grundlage des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit. Zum 31.12.2017 waren bei KISA 92 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigt, im Jahresdurchschnitt 91. Neben den 269 Verbandsmitgliedern betreut KISA ca. 600 weitere Kunden, insbesondere Kreis-, Stadt- und Gemeindeverwaltungen, kommunale Einrichtungen und sonstige Körperschaften des öffentlichen und privaten Rechts in Sachsen.

Zur Vereinfachung und Erledigung von Verwaltungsaufgaben der öffentlichen Hand bietet KISA Softwareanwendungen, IT-Dienstleistungen und IT-Komplettlösungen an. Zentrale Datenhaltung und -sicherung sowie IT-Outsourcing ergänzen den Leistungsumfang. Ein weiteres großes Aufgabengebiet besteht in der umfassenden IT-technischen und fachlichen Betreuung der Kunden. Dazu gehören unter anderem die Unterstützung beim Anwenden der Softwareanwendungen sowie ein Hotline-Service. KISA führt dabei insbesondere die Wartung, Pflege und Weiterentwicklung der Software durch. Die Softwareanwendungen werden installiert und administriert. Die Entwicklung von Softwareanwendungen erfolgte vor allem im Bereich des Finanzwesens gemeinsam mit der SASKIA GmbH und für Schnittstellen zum Dokumentmanagementsystem durch die Mitarbeiter der KISA.

Die Kunden der KISA nutzen zu einem großen Anteil die Vorteile eines Rechenzentrums, was eine effiziente, sichere und schnelle Bearbeitung der Daten bietet. Dazu bedienen wir uns der Lecos GmbH sowie der GISA GmbH.

Darüber hinaus bietet KISA umfangreiche Beratungsleistungen zu Hard- und Software sowie Informationssicherheit, Lizenzmanagement und Datensicherheit an. Durch Workshops und Schulungen unterstützt KISA seine Kunden und Mitglieder in ihrem Bestreben, stets auf dem neuesten Stand der EDV-Anwendung zu bleiben.

Die o.g. Dienstleistungen erbrachte KISA im Berichtsjahr im Wesentlichen in folgenden Geschäftsstellen:

<u>Ort</u>	<u>Mitarbeiter</u>
Leipzig, Eilenburger Straße 1 a	33
Dresden, Semperstraße 2	29
Limbach-Oberfrohna, Markt 11-13	30

Zusätzliche Anmietungen von Räumen waren nur im Rahmen von Lagermöglichkeiten für Outsourcing erforderlich.

Grundlagen der Wirtschaftsführung

Gemäß § 58 Abs. 2 SächsKommZG i. V. m. § 17 Abs. 1 der Verbandssatzung finden die für Eigenbetriebe geltenden Vorschriften für die Wirtschaftsführung und das Rechnungswesen des Zweckverbands unmittelbare Anwendung. Gemäß SächsEigBVO gelten darüber hinaus auch die Vorschriften der Gemeindeordnung sowie die sonstigen für Gemeinden maßgebenden Vorschriften.

Gemäß Abschnitt 4 der SächsEigBVO vom 16.12.2013 sind für den Schluss eines jeden Wirtschaftsjahres ein aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung und Anhang bestehender Jahresabschluss sowie ein Lagebericht aufzustellen. Dabei sind die Vorschriften des HGB sowie der SächsEigBVO zu beachten.

Der Wirtschaftsplan und die dazugehörige Haushaltssatzung der KISA für das Wirtschaftsjahr 2017 wurden am 28.09.2016 durch die Verbandsversammlung beschlossen. Die Genehmigung durch die Landesdirektion Sachsen (Rechtsaufsichtsbehörde) wurde am 19.12.2016 erteilt. Die Haushaltssatzung zum Wirtschaftsplan 2017 wurde am 19.01.2017 im Sächsischen Amtsblatt Nr. 3/2017 veröffentlicht.

Entwicklung von Branche und Gesamtwirtschaft

Die gesamtwirtschaftliche Entwicklung und das Umfeld der Informations- und Kommunikationstechnik sind weiterhin von einem kräftigen Wachstum gekennzeichnet. Informationstechnik durchdringt immer mehr Bereiche von Wirtschaft und Verwaltung. Die Digitalisierung von Prozessen und ganzer Wertschöpfungsketten stellt Anbieter und Anwender vor steigende Herausforderungen. Bisher erfolgreiche Unternehmen und deren Produkte werden aus dem Markt gedrängt, neue innovative Lösungen entstehen.

Dieser Entwicklung muss sich auch KISA stellen. Mit Einführung eines eigenen Verantwortungsbereiches für das Innovations- und Veränderungsmanagements im Jahr 2017 wurde dem Rechnung getragen. Erste Sensibilisierungsveranstaltungen haben für die Mitarbeiter stattgefunden. Derzeitige und künftige Wachstumsfelder wurden ermittelt und werden inhaltlich und organisatorisch vorbereitet.

Informationssicherheit und Datenschutz sind in dem vernetzten und digitalisierten Umfeld weiter zunehmend von enormer Bedeutung. Dies betrifft den Zweckverband intern als vor allem auch als externes Angebot besonders für die kleinen und mittleren Kommunen. Die Dienstleistung des Informationssicherheitsbeauftragten wird von unseren Kunden bereits erfolgreich genutzt. Mit Blick auf das Inkrafttreten der Datenschutzgrundverordnung im Mai 2018 entwickelt KISA auch hierfür ein Angebot.

Ausgehend von den im Online Zugangs Gesetz definierten Vorgaben des IT Planungsrates zur Ermöglichung der elektronischen Abarbeitung aller Verwaltungsleistungen über vernetzte Portale stellt sich der Zweckverband in einem Partnernetzwerk dieser Herausforderung.

Der gesellschaftliche, technologische und demografische Wandel, die teilweise schwierige Haushaltslage und die Europäisierung stellen die Verwaltungen weiterhin vor große Herausforderungen. Staatliche Aufgaben sollen effizient, bürgerfreundlich und in hoher Qualität erfüllt werden und sollen in den nächsten Jahren durch die Bereitstellung eines Bürger-Service-Kontos für jeden Bürger weiter optimiert werden. Die Abläufe (Prozesse) müssen optimiert werden, die elektronische Verwaltungsarbeit (E-Akte, Langzeitspeicherung) muss eingeführt werden. KISA wird hier eine entscheidende Rolle im Freistaat Sachsen wie auch in Mitteldeutschland einnehmen.

Mit der Einführung des Gesetzes zur Förderung der elektronischen Verwaltung im Freistaat Sachsen (SächsEGovG) vom 09.07.2014 wurde die elektronisch öffentlich-rechtliche Verwaltungstätigkeit der Behörden des Freistaates Sachsen sowie der seiner Aufsicht unterliegenden Körperschaften geregelt. Diesen Anforderungen haben sich IT Unternehmen wie die KISA zu stellen. Auf dem IT Gipfel des Bundes 2016 wurden dazu weitere Eckpunkte und Aufgaben für die Zukunft festgelegt. Im Vordergrund steht hierbei vor allem das nationale Bürgerkonto (s.o.) und somit der barrierefreie elektronische Zugang für die Bürgerinnen und Bürger zum ihrem jeweiligen Rathaus, Amt etc. Aufgrund der gesetzlichen Regelung werden seitens KISA Beratungspakete bzw. Produkte mit folgenden Inhalten bereit gestellt:

- Internetauftritt, Barrierefreiheit und Formulare
- IT-Sicherheit
- Technische Infrastruktur
- Elektronischer Zahlungsverkehr,
- Dokumentenmanagementsystem (DMS) sowie zukünftig ein Zentrales DMS (in Vorbereitung!)

Neben den umfangreichen Beratungen empfiehlt KISA die Umsetzung der Module mit Hilfe der vom Zweckverband angebotenen Anwendungen: CMS.KISA, Sitzungsdienst, Ratsinformationssysteme, Dokumentenmanagementsysteme VISKompakt und den Formularservices, E-Poststelle, Datenverschlüsselung und Datenübermittlung.

Geschäftsverlauf

Das Geschäftsjahr 2017 war geprägt von der Weiterführung der Stabilisierung der im Jahr 2015 vorgenommenen strukturellen Änderungen, der konsequenten Umsetzung des Haushaltstrukturkonzeptes sowie in der weiteren Optimierung der internen Prozesse und der Servicekultur gegenüber den Kunden. Parallel dazu wurde begonnen, neue Wachstumsfelder zu definieren und deren Einführung vorzubereiten.

Die Fortschreibung des Haushaltstrukturkonzeptes und die Aufstellung des Personalkonzeptes erfolgten zum 30.06.2017.

Die strategischen Partnerschaften mit Dienstleistern im öffentlichen Bereich wurden weiter ausgebaut, u. a. mit der PDV GmbH.

Am 29. März 2017 fand das erste Kundenforum statt, in welchem strategische Themen aber auch Fachthemen in Foren und Ständen vorgestellt und diskutiert wurden. Weiterhin fanden im Jahr 2017 der Anwendertag für das CMS und der Bauhofstag statt. In diesen beiden Veranstaltungen wurden jeweils Fachfragen diskutiert und jeweiligen Weiterentwicklungen vorgestellt. Der Anwendertag für das CMS lief insbesondere unter dem Thema des Umstellungsprozesses vom bisherigen Virtuellen Rathaus (VRH) auf ein neues System. Das neue CMS wurde im Laufe des ersten Halbjahres 2017 ausgeschrieben und bezuschlagt und soll das bisher vorhandene VRH ablösen. Der Umstellungsprozess wird KISA die nächsten Jahre begleiten.

Zum Ende des Jahres wurde die grundlegende Überarbeitung des Webauftrittes der KISA abgeschlossen. Es entstand ein komplett neues Layout. Die bisherigen Inhalte wurden grundlegend überarbeitet und stehen im neuen Design zur Verfügung. In diesem Zusammenhang erfolgte auch die Umsetzung eines neuen Corporate Design für KISA, dessen Umsetzung im Jahr 2018 weiter fortgeführt werden wird.

Der Warenkorb wurde zum 1. April 2017 produktiv gesetzt. Verbandsmitglieder können nach Identifizierung unkompliziert Waren aus dem Angebot auswählen und bestellen. Aktuell ist das Angebot auf Hardware begrenzt. Die Erweiterung des Angebotes, u.a. auch auf Dienstleistungen, soll im Jahr 2018 erfolgen.

Die Vervollständigung der Dokumentation von Softwarelizenzen wurde im Laufe des Jahres 2017 abgeschlossen. Ein einheitliches Lizenzmanagement wurde eingerichtet und etabliert.

Die Ausschreibung für ein internes CRM und ERP System wurde ebenfalls bezuschlagt. Die Umsetzung wird 2018 erfolgen, sodass die vollständige produktive Nutzung ab dem 1. Januar 2019 erfolgen kann. Ursprünglich war der Beginn zum 1. Januar 2018 geplant, aber aufgrund von Verzögerungen in der Ausschreibung konnte dieser Termin nicht mehr gehalten werden.

Im Bereich Finanzwesen wurden aufgrund des bestehenden Kooperationsvertrages mit der Kommunalberatung B&P verstärkt Schulungen zur Eröffnungsbilanz mit hoher Resonanz angeboten werden. Weiterhin konnte ein Neukunde gewonnen werden. Dessen Migration wurde erfolgreich abgeschlossen, sodass die geplante Produktivsetzung zum 1. Januar 2018 erfolgen konnte. Erfolgreich wurde auch die Folgezertifizierung für das doppelte Finanzverfahren IFRSachsen.Ki-Sa inkl. der Anlagenbuchhaltung durch die SAKD abgeschlossen.

Die Arbeit im Fachbereich Veranlagung war neben der gewohnten Betreuung und Beratung im KM-V von den Umstellungsarbeiten auf die Veranlagung in das IFRSachsen.Ki-Sa geprägt. Insgesamt konnten zum Jahreswechsel 2017/2018 fünf Pilot-Kommunen erfolgreich auf die IFR-Veranlagung umgestellt werden. Dabei wurde auch die Anbindung der IFR-Veranlagung an VIS pilotiert (elektronische Steuerakte). Im Rahmen der ersten regionalen Informationsveranstaltung zum Umstieg von KM-V auf die IFR-Veranlagung, die im Mai in allen drei Geschäftsstellen statt fand, wurden alle Fragen rund um das Umstellungsprojekt beantwortet. Weiterhin wurden der weitere Projektverlauf und die damit zusammenhängenden Aufgaben vorgestellt und erläutert.

Anfang des Jahres wurde der WebClient für das Verfahren Personalwesen LOGA voll funktionsfähig zur Verfügung gestellt. Der Abschluss der Umstellung auf das HCM2 erfolgte im vierten Quartal.

Die Nutzung von Zusatzmodulen für das Einwohnermeldewesen MESO konnte weiter ausgebaut werden. Die Absicherung der Bundestagswahl erfolgte durch die gute Vorbereitung im Vorfeld unproblematisch.

Durch den Technischen Services erfolgte Anfang des Jahres die Überprüfung aller KISA-Arbeitsplätze und damit verbunden, je nach Bedarf, auch deren Neuausstattung. Seit Oktober 2017 wird durch den Bereich der Online-Datenspeicher LDrive.KISA produktiv angeboten. Weiterhin erfolgte für die Sicherung von Daten die Einführung des Produktes Backup.KISA, dessen Resonanz allerdings bisher sehr gering ausfiel. Im Jahr wurden zwei Neukunden für IT-Outsourcing gewonnen und produktiv umgesetzt. Parallel hierzu erfolgten die Betreuung der bestehenden IT-Outsourcing-Kunden und deren Erweiterung. Die umfangreichen Rollouts wurden jeweils rechtzeitig abgeschlossen.

2017 hat KISA den Prozess bestehende Leasingverträge nicht zu verlängern bzw. zu kündigen weiter fortgesetzt. Neue Technik wurde mittels Investitionskredit beschafft und wird über die vorgeschriebene Nutzungsdauer abgeschrieben.

Durch die Verbandsversammlung wurde am 31. Mai 2017 der Beschluss zur Zusammenlegung der Geschäftsstellen von KISA vom 7. April 2014 aufgehoben. Die Beschlussfassung erfolgte auf Grundlage der erstellten Neubewertung der wirtschaftlichen und finanziellen Auswirkungen einer evtl. Zusammenlegung auf einen Standort. In der gleichen Verbandsversammlung erfolgte ebenfalls der Beschluss, dass mögliche Schadenersatzansprüche gegenüber dem vormaligen Verbandsvorsitzenden nicht weiter verfolgt werden und die eingelegte Berufung gegen das Urteil des Landgerichts Leipzig zur Geltendmachung von Schadenersatzansprüchen gegen den vormaligen Geschäftsführer zurück zu nehmen ist.

Durch den Bereich Finanzen und Verwaltung erfolgte im Jahr 2017 die Erhebung der Umlage. Im Jahr 2017 wurden 1.000 T€ beschieden. Zum Jahresende betrug die Gesamtsumme der offenen Forderungen aus Umlagen (inkl. 2015 und 2016) insgesamt 386 T€. Insgesamt liegen 16 Zulassungsverfahren vor den Verwaltungsgerichten und 7 ruhende Verfahren vor. Eine endgültige Entscheidung in der Hauptsache wird im Jahr 2018 erwartet. Durch das OVG Bautzen wurde im November 2016 in einem Musterverfahren entschieden, dass dem Antrag auf einstweiligen Rechtsschutz nicht stattgegeben wird und die Anfechtungsklage keine aufschiebende Wirkung hat.

Investitionen 2017

	Plan 2017 T€	Ist 2017 T€
Outsourcing LK Leipzig	251,00	271,90
Outsourcing Dahlen	3,00	2,90
Outsourcing Groitzsch	10,20	8,60
Outsourcing Niesky	47,50	43,40
Outsourcing Reichenbach	18,40	16,70
Outsourcing Oelsnitz	-	41,00
Outsourcing Limbach-Oberfrohna	42,40	34,90
Outsourcing Zwenkau	35,40	11,50
Outsourcing Leisnig	1,50	-
Outsourcing Borsdorf	6,00	5,80
Outsourcing Radeburg	-	3,20
Outsourcing Großpösna	55,00	39,50
Outsourcing Böhlen	15,00	10,00
Outsourcing Kabelketal	30,50	10,70
Outsourcing Bannewitz	60,00	108,30
Outsourcing Crammitchau	-	19,50
Zwischensumme Outsourcing	575,90	627,90
Marketing u. Vertrieb	15,00	13,20
Entwicklung	5,00	-
Report Portal / Server Housing	3,30	-
Geschäftsführung	28,50	13,50
Geschäftstellen	25,00	16,10
E-Poststelle	10,00	-
Lizenzen OWI / VRH	-	35,00
Systemtechnik intern	67,80	155,40
KIN-S	9,50	19,30
Zwischensumme Sonstiges	164,10	252,50
Gesamt	740,00	880,40

Im Vergleich der geplanten und durchgeführten Investitionen 2017 wird festgestellt, dass neben den geplanten Investitionen auch Investitionen, welche aus zeitlichen und organisatorischen Gründen im Jahr 2016 nicht komplett umgesetzt werden konnten, getätigt wurden. Die Finanzierung der Investitionen erfolgte aus Mitteln des Rest Investitionskredites 2016 (339T€) und dem 2017 aufgenommenen Kredit (740 T€). Zum Ende des Jahres waren noch 195 T€ Investitionsmittel übrig, welche in das Jahr 2017 übertragen wurden. Erhöhter Investitionsbedarf im Jahr 2017 ergab sich ausschließlich aus der Nachholung der Investitionen aus dem Jahr 2016 und notwendige außerplanmäßigen Investitionen in Höhe von 254 T€, welche durch den Verwaltungsrat genehmigt wurden. Deren Finanzierung erfolgte aus den Restmitteln aus dem Jahr 2016.

Umsätze der einzelnen Betriebszweige

Bereiche	Erlöse 2017 T€	Erlöse 2016 T€	Abweichungen T€	
Finanzwesen	6.175	6.209	34	-1%
Bürgerservice und Personahwesen	7.852	7.329	523	7%
IT-Service	2.166	1.701	465	27%
Organisationsberatung	153	226	73	-32%
Kurier / Verwaltung	222	214	8	4%
Summe	16.568	15.679	889	5,7%

Im Vergleich zum Vorjahr erhöhte sich der laufende Umsatz um 889 T€. Der Mehrumsatz ist hauptsächlich begründet in den einmaligen Erträgen durch Wahlen und Technikverkäufen. In geringem Umfang konnten höhere Umsätze für Beratungsleistungen im Zusammenhang mit der Entwicklung und Einführung von Schnittstellen zwischen dem Dokumentenmanagement-system und den betreffenden Fachanwendungen erzielt werden.

Im Wirtschaftsplan 2017 wurde ein Umsatz von 16.650 T€ geplant, das Ziel wurde nicht komplett erreicht. Hauptursache dafür sind fehlende Beratungsleistungen in der Organisationsberatung, obwohl die Planung bereits sehr vorsichtig erfolgte. Im Laufe des Jahres 2017 wurden daraufhin weitere personelle Umstrukturierungen geprüft, welche Anfang des Jahres 2018 umgesetzt wurden.

Personalentwicklung

	Stand 31.12.2016	Zugang 2017	Abgang 2017	Stand 31.12.2017
Vollzeit-Mitarbeiter	76	9	7	78
Teilzeit-Mitarbeiter	12	1	2	11
Geringfügig Beschäftigte	0	1	1	0
Altersteilzeit Freizeitphase	1	0	1	0
Auszubildende	2	1	0	3
Gesamt	91	12	11	92

Im Vergleich zum Vorjahr war der Personalbestand im Jahr 2017 stabil. Personalabgänge sind hauptsächlich im Erreichen der Altersgrenze begründet. Die Nachbesetzung der Stellen wurde im Vorfeld jeweils geprüft. Den Vorgaben des Haushaltsstrukturkonzeptes wurde jederzeit Rechnung getragen.

Personalaufwendungen

	2017 T€	2016 T€	Abweichung T€	
Gehälter / Brutto	4.276	4.163	113	3%
Aufstockungszulage ATZ	4	2	2	100%
Beitrag Unfallversicherung (BG)	20	20	-	0%
Gesetzlicher Sozialaufwand	823	751	72	10%
Zusatzversorgung	141	138	3	2%
Aufwendungen Altersvorsorge	5	21	-16	-76%
Summe	5.269	5.095	174	3%

Die Personalaufwandsquote lag im Berichtsjahr bei 32 % der Umsatzerlöse (Vorjahr 33 %). Aufgrund der teilweisen Schwierigkeiten bei der Besetzung offener Planstellen mit adäquaten Fachpersonal blieben die Personalaufwendungen unter dem Planwert.

Geschäftsergebnis

Aufgrund der wirtschaftlichen Entwicklung entstand zum Jahresende ein positives Ergebnis von 2.498 T€ (Vorjahr 2.784 T€). Im Wirtschaftsjahr wurden 1.000 T€ durch Erträge aus Umlagen erzielt (Vorjahr 2.000 T€). Damit wurde wieder ein operativer Gewinn vor Umlagen in Höhe von 1.498 T€ (Vorjahr 784 T€) erzielt.

Ursachen für das positive Ergebnis waren insbesondere:

- Fortführung der Umsetzung kostendeckender Preise
- Auflösung der Rückstellung für Prozesskosten aufgrund Rücknahme Berufung zur Geltendmachung von Schadensersatzansprüchen und damit Beendigung des Verfahrens
- Geringere Personalaufwendungen aufgrund nichtbesetzter Stellen
- Ausnutzung aller vertretbaren Einsparmöglichkeiten
- Einhaltung Vorgaben Haushaltsstrukturkonzept
- Erhebung Umlage in Höhe von 1 Mio.€

Ursachen für das Nichterreichen der gesetzten Umsatzziele waren insbesondere:

- Fehlende Schulungs- und Beratungsleistungen
- Neugenerierung von Aufträgen, die sich mit Blick auf die Haushaltssituation in den Kommunen erst in 2018 abbilden werden
- Verzögerungen im Projekt zur Umstellung der Veranlagung ins IFR Sachsen-Ki-Sa

Zur Verbesserung der Ertragssituation hat KISA beginnend im Jahr 2014, die Produkt- und Dienstleistungspreise kontinuierlich und orientiert an der Kostenentwicklung der kommunalen IT-Branche auf ein kostendeckendes Niveau angehoben und künftige Steigerungen bei den Material- und Personalaufwendungen bei der Kalkulation berücksichtigt. Weiterhin wurde im Jahr 2017 der Kontakt zu unseren Kunden durch unsere regionalen Kundenbetreuer verstärkt aufgenommen und ausgebaut.

II. Darstellung der Lage

Ertrags-, Kapital- und Vermögenslage

Ertragslage

	2017	2016	Veränderung		Plan 2017	
	T€	T€	T€		T€	Abweichg. T€
Umsatzerlöse	16.567	15.679	888	6%	16.650	- 83
Sonst. betriebl. Erträge	1.352	3.051	- 1.699	-56%	1.084	268
Gesamterlöse	17.919	18.730	- 811	-4%	17.734	185
Materialaufwand	8.298	8.203	95	1%	8.411	- 113
Personalaufwand	5.269	5.095	174	3%	5.686	- 417
Abschreibungen	978	1.196	- 218	-18%	954	24
Sonst. betriebl. Aufwand	811	1.373	- 562	-41%	1.311	- 500
Betriebsergebnis	2.563	2.862	- 299	-10%	1.372	1.191
Zinserträge	-	2	- 2	-100%	5	- 5
Zinsaufwand	61	73	- 12	-16%	20	41
Finanzergebnis	- 61	- 71	10	-14%	15	- 46
Steuern	4	8	- 4	-50%	7	- 3
Jahresergebnis	2.498	2.784	- 286	-10%	1.350	1.148

Bezüglich der Erläuterung der Veränderung in den Umsatzerlösen wird auf die Ausführungen unter dem Punkt „Geschäftsverlauf“ verwiesen.

Der Rückgang in den Sonstigen betrieblichen Erträge ist hauptsächlich in der verringerten Umlageerhebung 2017 von 1.000 T€ (Vorjahr 2.000 T€) und in den geringeren Erträgen aus Auflösungen von Rückstellungen begründet.

Der Materialaufwand ist im Vergleich zum Jahr 2017 leicht gestiegen. Hauptgrund ist der erhöhte Materialeinkauf, begründet im erhöhten Technikeinkauf für Verkäufe und in der Wahl 2017. Die Materialaufwandsquote beträgt 50 % (Vorjahr 52 %).

Im Vergleich zum Plan ist der Materialaufwand etwas geringer. Dies ist darin begründet, dass die geplanten Preiserhöhungen unserer Lieferanten nicht vollständig eingetreten sind und die angestrebten Fallzahlen nicht vollumfänglich erreicht wurden. Der erhöhte Materialaufwand für den Technikeinkauf für Verkäufe und für Leasingaufwendungen konnte dadurch komplett aufgefangen werden. Der erhöhte Leasingaufwand gegenüber dem Plan entstand durch die nicht statt gefundene rechtzeitige Rückgabe von Leasinggeräten. Aufgrund der Struktur des Abrufes, kann dies durch KISA nicht immer allein beeinflusst werden.

Der Personalaufwand fiel im Vergleich zum Vorjahr um 174 T€ (+3 %) höher aus. Neben einem leichten Anstieg der durchschnittlich beschäftigten Mitarbeiter wirkten Tarifsteigerungen und die Umsetzung der neuen Entgeltordnung aufwandssteigernd. Die Personalaufwandsquote beträgt 32 % (Vorjahr 33 %).

Gegenüber dem Plan fiel der Personalaufwand geringer aus. Grund ist, dass nicht alle geplanten Stellen zu 100% besetzt waren. Weiterhin fielen aufgrund Erziehungszeit und Langzeiterkrankungen die Personalaufwendungen geringer aus.

Die Abschreibungen verringerten sich im Vergleich zum Vorjahr um 218 T€. Grund ist der Ablauf der Nutzungsdauer von Altanlagegütern und die zeitliche Verzögerung von Investitionen im Jahr 2016 bis auf das Jahr 2017. Im Vergleich zum Plan fielen die Abschreibungen etwas höher aus. Grund hierfür waren die erhöhten Sofortabschreibung von GWG's, deren Anschaffung ursprünglich nicht geplant war und über den Beschluss durch den Verwaltungsrat legitimiert wurde.

Der sonstige betriebliche Aufwand nahm deutlich um 562 T€ gegenüber dem Vorjahr ab. Dies ist hauptsächlich auf stark rückläufigen Leasingaufwendungen in 2017 sowie erhöhten Rechts- und Beratungsaufwendungen und erhöhten Aufwendungen aus Zuführung zur Rückstellung für Rückbauverpflichtungen in 2016 zurückzuführen.

Insgesamt liegen die sonstigen betrieblichen Aufwendungen auch unter der Planung 2017. Dies ist mit nicht erfolgten Preisanpassungen der Lieferanten und weiterhin strikten Einsparungen zu erklären. Weiterhin konnte das Projekt der Einführung und Umstellung der internen CRM und ERP Software aufgrund von zeitlichen Verzögerungen bei der Ausschreibung nicht umgesetzt werden und wurde auf das Jahr 2018 verschoben.

Auf Grund der guten finanziellen Situation 2017 brauchte der Kassenkreditrahmen nicht in Anspruch genommen werden, so dass der Zinsaufwand im Vergleich zum Jahr 2016 geringer ausfiel.

Insgesamt ist das Ergebnis besser, als bei der Erstellung des Wirtschaftsplanes erwartet. Dennoch ist die Geschäftsentwicklung nicht zufriedenstellend. Das Ergebnis wurde vorwiegend durch Einsparungen und nicht durch die Generierung neuer Aufträge erwirtschaftet. Vor dem Hintergrund bleibt es weiterhin die Hauptaufgabe des Zweckverbands, die IT-Strategie unter kostendeckenden Preisen fortzuentwickeln und den technischen Fortschritt, die Weiterentwicklung der IT in den Kommunen mit zu gestalten sowie die Kunden von den Einsparungsmöglichkeiten durch die konsequente Nutzung moderner IT-Systeme zu überzeugen. Die Erkennung des Bedarfs in den Kommunen und dessen vollständige Deckung müssen im Fokus der nächsten Jahre liegen. In diesem Zusammenhang fanden bereits im Jahr 2017 Beratungen zur Festlegung von Wachstumsfeldern statt, welche im Jahr 2018 fortgeführt und deren Ausbau und Einführung begonnen werden.

Vermögensstruktur

	2017 T€	2016 T€	Veränderungen T€	
Immaterielle Vermögensgegenstände	124	341	- 217	-64%
Sachanlagen	991	875	116	13%
Finanzanlagen	227	227	-	0%
Anlagevermögen	1.342	1.443	- 101	-7%
Vorräte	73	72	1	1%
Forderungen	1.025	789	236	30%
liquide Mittel	3.716	1.365	2.351	172%
Umlaufvermögen	4.814	2.226	2.588	116%
Rechnungsabgrenzungsposten	22	68	- 46	-68%
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	-	1.589	- 1.589	-100%
Bilanzsumme	6.178	5.326	852	16%

Die planmäßigen Abschreibungen lagen über den Anlagenzugängen von 880 T€. Somit ergab sich insgesamt ein Rückgang der Restbuchwerte des Anlagevermögens. Der Anlagenintensität beträgt 22 % (Vorjahr 27 %).

Das Umlaufvermögen hat sich gegenüber dem Vorjahr vor allem durch die Erhöhung der liquiden Mittel durch die Erzielung positiver Cashflows aus der laufenden Geschäftstätigkeit erhöht.

Die Bilanzsumme ist im Vergleich zum Vorjahr wesentlich erhöht. Hauptursache hierfür ist der vollständige Ausgleich des nicht durch Eigenkapital gedeckten Fehlbetrages im Wirtschaftsjahr.

Kapitalstruktur

	2017 T€	2016 T€	Veränderungen T€	
Eigenkapital	909	-	909	100%
Rückstellungen	2.166	2.491	- 325	-13%
Darlehensverbindlichkeiten	1.855	1.725	130	8%
kurzfristige Verbindlichkeiten	1.248	1.110	138	12%
Verbindlichkeiten	3.103	2.835	268	9%
Bilanzsumme	6.178	5.326	852	16%

Das Eigenkapital ist erstmalig seit Jahren wieder positiv. Durch die in den Jahren 2012, 2013 und 2014 entstandenen Verluste belief sich zum Jahresende 2014 der nicht durch Eigenkapital gedeckte Fehlbetrag auf rund 6,9 Mio. €. Dieser Fehlbetrag konnte durch die positiven Jahresergebnisse 2015, 2016 und 2017 komplett ausgeglichen werden. Die Eigenkapitalquote beträgt zum 31. Dezember 2017 15 % und die Fremdkapitalquote 85 %.

Der Rückgang der Rückstellungen resultiert hauptsächlich aus verminderten Rückstellungen für Prozesskosten sowie für ausstehende Rechnungen.

Der im Jahr 2013 aufgenommene Investitionskredit wurde 2016 mit 348 T€, der Investitionskredit von 2015 mit 160 T€ und der Investitionskredit von 2016 mit 101 T€ jeweils planmäßig getilgt. 2017 wurde ein neuer Investitionskredit in Höhe von 740 T€ aufgenommen. Die Beschlussfassung zur Aufnahme erfolgte durch die Verbandsversammlung im September 2017.

Die kurzfristigen Verbindlichkeiten begründen sich hauptsächlich aus erhaltenen Lieferungen und Leistungen, welche 2017 entstanden sind, aber aufgrund des Zeitpunktes der Rechnungsstellung durch die Lieferanten im Jahr 2017 noch nicht bezahlt werden konnten.

Cash-Flow-Rechnung

	Kapitalflussrechnung	2017 T€	2016 T€	Veränderung
+ / -	Periodenergebnis vor außerordentlichen Posten	2.498	2.784	- 286
+	Abschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens	978	1.196	- 218
+ / -	Zunahme/Abnahme Rückstellungen	325	639	314
- / +	Zunahme / Abnahme der Vorräte, Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva	191	337	- 528
+ / -	Zunahme / Abnahme Verbindl. aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva	138	110	248
=	Mittelzu-/Mittelabfluss aus der laufenden Geschäftstätigkeit	3.098	3.568	- 470
-	Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagenvermögen	851	413	- 438
+	Einzahlungen aus Abgängen des immateriellen Anlagevermögens	3	-	3
-	Auszahlungen für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen	29	39	10
=	Mittelzu-/Mittelabfluss aus der Investitionstätigkeit	- 877	- 452	- 425
+	Einzahlungen aus der Aufnahme von Investitionskrediten	740	440	300
-	Auszahlungen aus der Tilgung von Investitionskrediten	610	555	- 55
=	Mittelzu-/Mittelabfluss aus der Finanzierungstätigkeit	130	115	245
=	Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelbestandes	2.351	3.001	- 650
+	Finanzmittelbestand am Anfang der Periode	1.365	1.636	3.001
=	Finanzmittelbestand am Ende der Periode	3.716	1.365	2.351

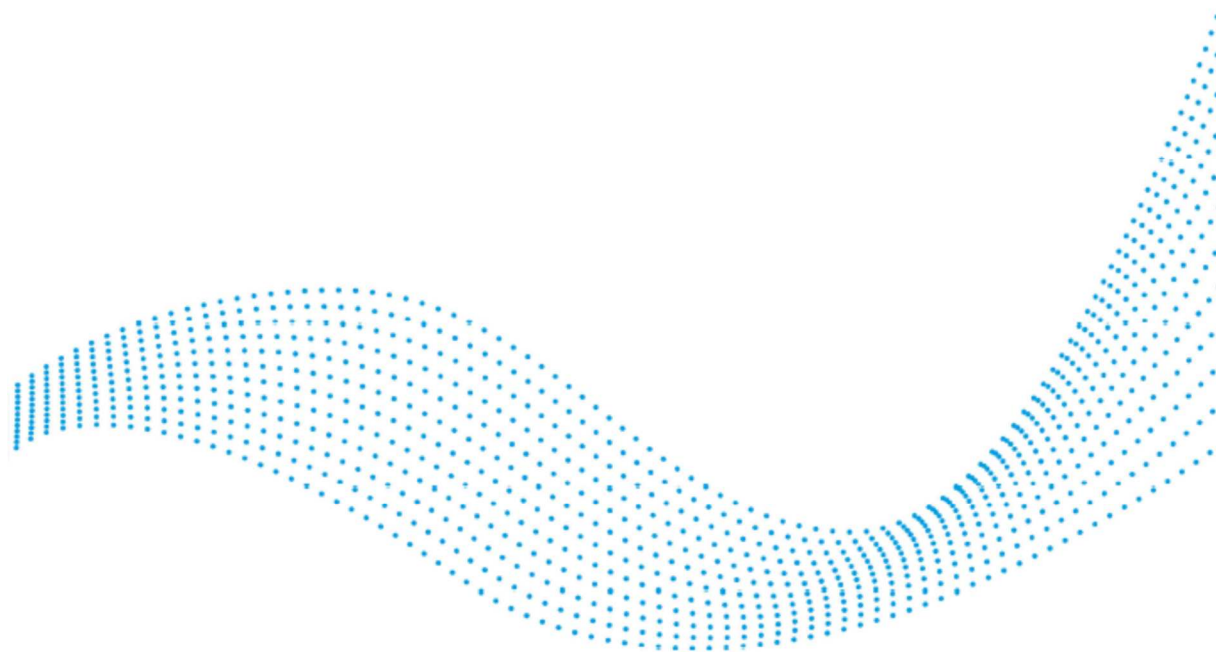
Die Liquidität konnte im Geschäftsjahr im Vergleich zum Vorjahr deutlich verbessert werden. Die Zahlungsfähigkeit war zu jedem Zeitpunkt gewährleistet. Der Kassenkredit wurde zu keinem Zeitpunkt in Anspruch genommen.

Beteiligungen

KISA hält zwei Beteiligungen, 100 % an der KDN GmbH und 10 % an der Lecos GmbH. Das Stammkapital der KDN GmbH beträgt 60 T€, das Stammkapital der Lecos GmbH 200 T€. Weiterhin bestehen Genossenschaftsanteile in Höhe von 5 T€ an der Firma ProVitako e. V. Es erfolgten in 2017 keine Ausschüttungen. Die Beteiligungen entwickelten sich im Rahmen der Erwartungen. Die Lecos GmbH schloss das Jahr 2016 mit einem Jahresüberschuss in Höhe von 30 T€, die KDN GmbH mit 0 T€ und die ProVitako e. G. mit einem Jahresüberschuss von 144 T€ ab.

BETEILIGUNGSBERICHT

für das Berichtsjahr 2017



Dokument: Beteiligungsbereicht 2017
Version: 1.0
Letzte Änderung: 2018-06-18
Bearbeiter: Christin Pekarek

Abkürzungsverzeichnis

EK	Eigenkapital
FB	Fehlbetrag
HRB	Handelsregisterblatt
RAP	Rechnungsabgrenzungsposten

Inhaltsverzeichnis

1	Vorwort.....	4
2	Gesamtüberblick über die Beteiligungen der KISA	5
3	Die Unternehmen im Einzelnen	6
3.1	KDN GmbH (Kommunale Datennetz GmbH).....	6
3.1.1	Beteiligungsübersicht	6
3.1.2	Finanzbeziehungen	6
3.1.3	Organe.....	7
3.1.4	Sonstige Angaben	7
3.1.5	Bilanz- und Leistungskennzahlen.....	7
3.1.6	Lagebericht für das Geschäftsjahr 2017	9
3.2	Lecos GmbH	14
3.2.1	Beteiligungsübersicht	14
3.2.2	Finanzbeziehungen	14
3.2.3	Lagebericht für das Geschäftsjahr 2017	14
3.3	ProVitako eG.....	23
3.3.1	Beteiligungsübersicht	23
3.3.2	Finanzbeziehungen	23
3.3.3	Lagebericht für das Geschäftsjahr 2017	23
4	Anteile der mittelbaren Beteiligung der Verbandsmitglieder	25

1 Vorwort

Der Beteiligungsbericht ist am Ende eines Geschäftsjahres entsprechend den Anforderungen aus § 99 der Sächsischen Gemeindeordnung aufzustellen.

Dabei werden im Wesentlichen folgende Inhalte dargestellt:

- die Beteiligungsübersicht zum 31. Dezember 2017 unter Angabe der Rechtsform, des Unternehmensgegenstandes, des Unternehmenszwecks und des Stamm- oder Grundkapitals, sowie des prozentualen Anteils,
- die Finanzbeziehungen, insbesondere die Summe der Gewinnabführungen und der Verlustabdeckungen, die Summe sonstiger Zuschüsse, gewährten Vergünstigungen sowie die Summe der übernommenen Bürgschaften und sonstigen Gewährleistungen und
- den Lagebericht der Beteiligungen.

Für Beteiligungen mit mindestens 25 Prozent werden darüber hinaus folgende Informationen bereitgestellt:

- die Organe der Beteiligungen,
- die wichtigsten Bilanz- und Leistungskennzahlen für das Berichtsjahr und der beiden vorangegangenen Jahre und
- die Bewertung der Kennzahlen.

Der Beteiligungsbericht wird der Rechtsaufsichtsbehörde zugeleitet. Den Mitgliedern des Zweckverbandes Kommunale Informationsverarbeitung Sachsen (KISA) wird der Beteiligungsbericht im Zusammenhang mit der Einladung zur Verbandsversammlung zur Verfügung gestellt. In der Verbandsversammlung wird über den Bericht mündlich informiert.

Ziel des Beteiligungsberichtes ist die Darstellung der Finanzbeziehungen des Zweckverbandes zu beteiligten Unternehmen sowie der Ausweis der Anteile der Mitglieder am Zweckverband. Zusammenfassend soll der Bericht ein Bild über die Lage im Unternehmensverbund ergeben.

Leipzig, den 26. Juli 2018


Andreas Bitter
Geschäftsführer

2 Gesamtüberblick über die Beteiligungen der KISA

Die Struktur der Beteiligungen inkl. der prozentualen Anteile stellt sich wie folgt dar:

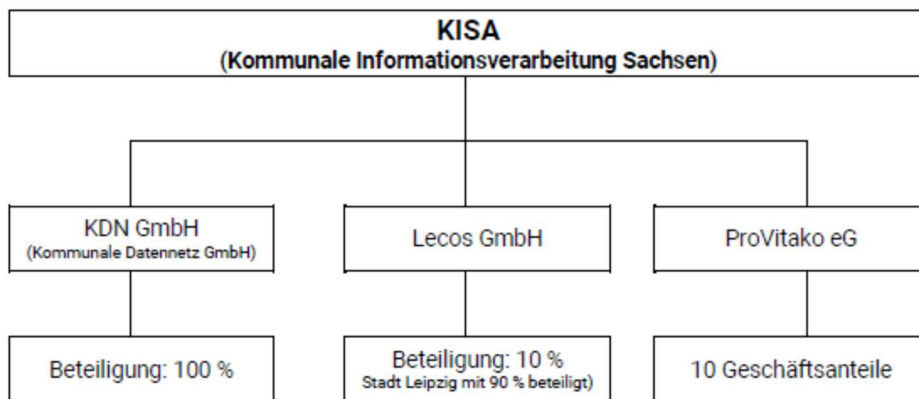


Tabelle 1: Struktur Beteiligungen

Eine Veränderung der Beteiligungen zum Vorjahr 2016 liegt nicht vor.

3 Die Unternehmen im Einzelnen

3.1 KDN GmbH (Kommunale Datennetz GmbH)

Eine unmittelbare Beteiligung von KISA besteht an der Kommunalen Datennetz GmbH (KDN GmbH) mit Sitz in Dresden (HRB 20074). KISA ist an der KDN GmbH mit 100 % beteiligt.

3.1.1 Beteiligungsübersicht

Name:	KDN - Kommunale DatenNetz GmbH
Anschrift:	Wiener Straße 128 01219 Dresden
Telefon:	0351 3156952
Telefax:	0351 3156966
Internet	www.kdn-gmbh.de
Rechtsform:	Gesellschaft mit beschränkter Haftung (Kapitalgesellschaft im Sinne des § 267 Abs. 1 HGB)
Gesellschafter:	Kommunale Informationsverarbeitung Sachsen (KISA)
Stammkapital:	60.000,00 Euro
Anteil KISA:	60.000,00 Euro (100%)

Unternehmensgegenstand:

Die Geschäftstätigkeit der Gesellschaft umfasst die Bereitstellung und den Betrieb eines Datennetzes für den kommunalen Bedarf sowie die Entwicklung, die Bereitstellung und den Vertrieb von über dieses Datennetz abzurufenden Netzdiensten und den Betrieb der diesen Zwecken dienenden Anlagen.

3.1.2 Finanzbeziehungen

Zwischen KISA und der KDN GmbH liegen folgende Finanzbeziehungen vor:

- Gewinnabführungen: 0 €
- Verlustabdeckungen: 0 €
- sonstige Zuschüsse: 0 €
- übernommene Bürgschaften: 0 €
- sonstige Vergünstigungen: 0 €.

Zwischen KISA und der KDN GmbH bestehen mehrere Verträge über die Erbringung von Dienstleistungen. Die KDN GmbH nutzt zum Beispiel das Verfahren zur Personalabrechnung, während KISA über die KDN GmbH an das Kommunale Datennetz angebunden wird. Die Abrechnung erfolgt dabei jeweils auf der Grundlage der Preislisten, welche in beiden Häusern vorliegen.

Seite 6 von 32

3.1.3 Organe

Die KDN GmbH setzt sich auf folgenden Organen zusammen:

Geschäftsführer der Gesellschaft ist Herr Frank Schlosser. Herr Frank Schlosser ist Angestellter des Zweckverbandes und als Geschäftsführer an die Gesellschaft abgeordnet.

Der Aufsichtsrat setzt sich wie folgt zusammen:

Herr Franz-Heinrich Kohl, Oberbürgermeister der Stadt Aue	Vorsitzender
Herr André Jacob, Geschäftsführendes Präsidialmitglied des Sächsischen Landkreistag e. V. (SLKT) in Dresden	1. Stellvertreter
Herr Ralf Rother, Bürgermeister der Stadt Wilsdruff	2. Stellvertreter
Herr Thomas Weber, Direktor der Sächsischen Anstalt für kommunale Datenverarbeitung, Bischofswerda	
Herr Dr. Christian Aegerter, Amtsleiter Hauptamt der Stadt Leipzig	
Herr Prof. Dr. Lothar Ungerer, Bürgermeister der Stadt Meerane	

3.1.4 Sonstige Angaben

Zur KDN GmbH liegen folgende sonstige Angaben vor:

Abschlussprüfer im Berichtsjahr: WSR Cintinus Audit GmbH

Anzahl Mitarbeiter: 3 Mitarbeiter

Beteiligungen: keine Beteiligungen

3.1.5 Bilanz- und Leistungskennzahlen

Folgende Werte der Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung für das Berichtsjahr und der beiden Vorjahre liegen vor:

KDN GmbH	Ist 2015 in T€	Ist 2016 in T€	Ist 2017 in T€	Plan 2017 in T€
Bilanz:				
Anlagevermögen	3	2	1	keine Planbilanz vorhanden
Umlaufvermögen	606	616	776	
aktiver RAP	-	-	-	
<u>Summe Aktiva</u>	<u>609</u>	<u>618</u>	<u>777</u>	
Eigenkapital+ Sonderposten	63	62	61	
Rückstellungen	16	19	20	
Verbindlichkeiten	530	537	696	
passiver RAP	-	-	-	

Seite 7 von 32

Summe Passiva	609	618	777	
Gewinn-und Verlustrechnung:				
Umsatz	667	657	552	495
sonstige Erträge	2.667	2.674	3.276	5.725
Materialaufwand	2.619	2.597	3.003	4.756
Personalaufwand	161	165	181	189
Abschreibungen	1	1	1	46
sonst. Aufwand	553	567	642	1.229
Zinsen / Steuern	0	1	1	0
Ergebnis	0	0	0	0
Sonstige:				
Zugang Investitionen	0	0	0	0
Mitarbeiter	3	3	3	4

Aufgrund der vorliegenden Zahlen ergeben sich folgende Kennzahlen:

KDN GmbH	Ist 2015	Ist 2016	Ist 2017	Plan 2017
Vermögenssituation				Berechnung aufgrund fehlender Planbilanz nicht möglich
Vermögensstruktur	0%	0%	0%	
Kapitalstruktur				
Eigenkapitalquote	10%	10%	8%	
Fremdkapitalquote	90%	90%	92%	
Liquidität				
Liquidität	114%	114%	111%	
Effektivverschuldung	keine	keine	keine	
Geschäftserfolg				
Pro-Kopf-Umsatz	222	219	184	124
Arbeitsproduktivität	4	4	3	3

3.1.6 Lagebericht für das Geschäftsjahr 2017

Aus dem vorliegenden Jahresabschluss 2017 werden nachfolgend die wesentlichen Bestandteile des Lageberichtes vorgestellt:

Die KDN Kommunale DatenNetz GmbH (KDN GmbH) im Rahmen der allgemeinen Konjunkturlage

Das Statistische Bundesamt teilt in seiner Pressemitteilung vom 3. April 2018 mit, dass bei den Kern- und Extrahaushalten der Gemeinden und Gemeindeverbände (ohne Stadtstaaten) im Jahr 2017 die Einnahmen die Ausgaben um 10,7 Milliarden Euro überstiegen. Wie das Statistische Bundesamt auf Grundlage der vierteljährlichen Kassenstatistik weiter mitteilt, setzte sich damit die Verbesserung der kommunalen Finanzlage fort. Seit 2012 war der Saldo aus Einnahmen und Ausgaben stets positiv und erreichte 2017 einen neuen Rekordwert. Vom gesamten Überschuss im Jahr 2017 entfielen 9,7 Milliarden auf die Kernhaushalte.

Die Prognose der Kommunalfinanzen der Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände weist für die ostdeutschen Flächenländer einen positiven Finanzierungssaldo bis 2020 aus. Der Geschäftsführer des Sächsischen Städte- und Gemeindetags (SSG), Mischa Woitscheck, weist in der Pressemitteilung 09/2017 darauf hin, dass trotz des positiven Finanzierungssaldos 2017 davon auszugehen ist, dass 30 bis 40 Prozent aller kreisangehörigen Städte und Gemeinden ihren Finanzhaushalt mit einem Minus abgeschlossen haben. In vielen Städten und Gemeinden können die Erträge nicht mehr mit den Aufwendungen Schritt halten. Kostentreiber seien dabei die Kreisumlagen sowie steigende Betriebs- und Personalkosten.

Zur Aufgabenerfüllung für die Kommunen sind sichere und leistungsfähige IT-Infrastrukturen und Vernetzungen unverzichtbar. Im Rahmen des Projektes SVN 2.0/KDN III wurden entsprechende Anforderungen berücksichtigt. Auf Grund der spezifischen Ausrichtung der KDN GmbH als IT-Dienstleister, ganz speziell für sächsische Kommunen, wird die KDN GmbH die Kommunen hierbei maßgeblich unterstützen und den Verbreitungsgrad ihrer Lösungen weiter erhöhen. Erklärtes Ziel ist ein Umbau des KDN zu einem reinen Glasfasernetz mit hoher Skalierbarkeit.

Insbesondere die Informationssicherheit gewinnt auf Grund immer vielfältigerer Angriffsversuche eine entscheidende Bedeutung. Daher wurden die Sicherheitsvorkehrungen zur Absicherung des neuen KDN III deutlich erhöht. Mit dem Schritt zum KDN III sind die sächsischen Kommunen für die in den nächsten Jahren anstehenden Herausforderungen im IT-Netzbereich gerüstet.

Wichtig ist dafür die weitere Absicherung der Leistungen der KDN GmbH aus den Mitteln des Finanzausgleichsgesetzes (FAG), um Unterschiede zwischen großen und kleinen Kommunen im Steueraufkommen nicht auf die IT-technische und IT-sicherheitstechnische Leistungsfähigkeit der Kommunen durchschlagen zu lassen.

Finanzierung KDN II im Verlängerungszeitraum bis März 2017

Die Finanzierung des Verlängerungszeitraums des KDN II bis März 2017 wurde im FAG-Beirat am 7. Dezember 2012 beschlossen.

Finanzierung im Zeitraum des KDN III

Die KDN GmbH kann ohne Zuwendungen aus dem FAG ihre wirtschaftliche Tätigkeit nicht entfalten. Im Wirtschaftsplan 2017 und in den Finanzplänen der Folgejahre sind geschätzte Größenordnungen angegeben. Im Ergebnis wurden die Zuwendungen nicht in der geplanten Höhe benötigt bzw. abgerufen. Die Einnahmen von den Kommunen betrugen 551.631,89 EUR. Die notwendigen abgerufenen Zuwendungen zum kostendeckenden Betrieb im Geschäftsjahr 2017 beliefen sich auf 3.264.884,26 EUR. Das Geschäftsergebnis 2017 war aufgrund der Ausgestaltung als Fehlbedarfsfinanzierung ausgeglichen. Es wurde weder ein Jahresfehlbetrag noch ein Jahresüberschuss erzielt.

Mit Schreiben vom 12. Oktober 2017 wurde der KDN GmbH vom Sächsischen Staatsministerium der Finanzen mitgeteilt, dass für die reguläre Vertragslaufzeit des KDN III von April 2017 bis März 2022 ein Betrag von 30,5 Mio. EUR als außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigungen eingestellt wurden und damit die haushaltstechnischen Voraussetzungen für das KDN III vorliegen.

Diese Finanzierungszusage deckt eine flächendeckende Versorgung der kreisangehörigen Städte und Gemeinden mit eigenen Verwaltungsaufgaben mit Breitband 50 Mbit/s synchron und für kreisfreie Städte und Landkreise mit 100 Mbit/s ab. Kreisangehörige Städte und Gemeinden haben einen Eigenanteil in Höhe von 10% zu tragen.

Im Zuge der Finanzierung konnten wesentliche Risiken wie mangelnde xDSL-Versorgung minimiert werden.

Nach wie vor besteht das Risiko des sehr geringen Budgets für die GmbH-Kosten selbst, welches der Gesellschaft nur bedingt Spielräume hinsichtlich Investitionen und Qualifizierungsmaßnahmen für die Mitarbeiter sowie der Ausgestaltung des Geschäftsbetriebes lässt.

Die für das Jahr 2017 geplanten Kosten für die Beratungsleistungen von 84 TEUR wurden auf Grund des späten Projektstarts beim Freistaat nicht ganz ausgeschöpft. Deshalb wurden die restlichen Mittel in der mittelfristigen Finanzplanung in das Jahr 2018 vorgetragen.

Die für das Geschäftsjahr 2017 geplanten Umsätze konnten um ca. 76 TEUR gesteigert werden. Dies liegt darin begründet, dass die Migration ins KDN III ab dem zweiten Quartal zeitlich verzögert und in geringerem Umfang begonnen hat. Somit wurden die alten Anschlüsse länger genutzt und Umsätze in Höhe von 551.631,89 EUR erzielt.

Geschäftstätigkeit für den Netzbetrieb im KDN II

Seit Oktober 2009 befindet sich das KDN II im Regelbetrieb. Der Betrieb des KDN II wird als sicher und stabil eingeschätzt. Der Anschlussgrad bei den sächsischen Städten und Gemeinden wurde ausgebaut.

Der Beratungsbedarf der sächsischen Kommunen hinsichtlich IT-Sicherheit ist weiterhin sehr hoch. Die Gesellschaft berät ihre Kunden aktiv dazu. Die KDN GmbH wird das Thema IT-Sicherheit in Zukunft noch weiter intensivieren, die Teilnehmer am KDN II sensibilisieren und, wo notwendig und gewünscht, Unterstützung anbieten.

Auf Grund dieser Fakten wird eingeschätzt, dass mit dem KDN II ein leistungsfähiges Netz mit attraktiven Diensten für sächsische Kommunen aufgebaut wurde. Mit der Verlängerung der

Laufzeit bis 2017 und den bei den Verlängerungsverhandlungen erzielten Ergebnissen konnte mit dem neuen Basismengengerüst auf den erhöhten Vernetzungsbedarf reagiert werden.

Geschäftstätigkeit für die Migration zum KDN III

Wesentlicher Teil der Geschäftstätigkeit war im Jahr 2017 die Migration des Netzes ins KDN III ab April 2017. Die Tätigkeiten für die Migration beanspruchen die personellen Ressourcen der Gesellschaft in höchstem Maße, auch wenn seit Mitte August 2017 die Stellenanzahl der Netzwerkmanager von 1,6 auf 2,0 erhöht wurde.

Das neue SVN 2.0/KDN III besteht aus folgenden Teilen:

1. SINI – SVN integrierte Netzinfrastruktur
2. SIDI – SVN integrierte Dienstinfrastruktur
3. SIMA – SVN integrierte Mobilfunkanbindung
4. SITA – SVN integrierte Telefonanbindung
5. SIRIA – SVN integrierte redundante Internetanbindung

Die KDN GmbH ist mit dem KDN III an den Losen 1, 2 und 4 als eigenständiger Vertragspartner beteiligt.

Die SIDI-Migration verlief im Wesentlichen reibungslos und fristgerecht. Die Migration des Netzes (SINI) startete verspätet und verlief schleppend. Die Probleme resultieren in der Regel aus Abstimmungsproblemen im T-Systems-Konzern. Zum heutigen Zeitpunkt sind 38% der kommunalen Standorte migriert, was die Einhaltung des Meilensteins „Migrationsabschluss“ SINI zum 31. Mai 2018 zumindest zweifelhaft erscheinen lässt.

Erstmalig werden im KDN III auch Sprachdienstleistungen (Voice over IP – VoIP) für die Kommunen angeboten. Es findet also keine Migration im Los SITA statt, die Kommunen starten mit diesem Dienst im ersten Halbjahr 2018.

Dienstleistungen für KISA

Für KISA wurden im Rahmen des bestehenden Dienstleistungsvertrags Leistungen in vereinbartem Umfang und vereinbarter Qualität erbracht.

Ausblick auf die Geschäftsentwicklung im Geschäftsjahr 2018 und Folgejahre

Das Jahr 2018 wird neben dem Netzbetrieb im Wesentlichen von der Migration vom KDN II ins KDN III und durch die Einführung neuer Dienste wie VoIP geprägt sein.

Auf Grund des in den Verhandlungen zum KDN III erzielten Ergebnisses und der damit deutlich erhöhten Attraktivität des KDN III (schneller, sicherer, leistungsfähiger) wird es in der zukünftigen Entwicklung gelingen, auch die meisten der bisherigen Zweifler von den Nutzungsmöglichkeiten des Netzes zu überzeugen und das Netz nahezu flächendeckend auszurollen. Entsprechende Reaktionen potentieller Kunden auf die vorgestellten Leistungen des KDN III lassen dies erwarten.

Die gemäß SächsEGovG vorgeschriebene Nutzung des KDN zur Übermittlung von Daten zwischen Behörden wird ein Übriges tun, um Flächendeckung zu erreichen. Dies setzt aber voraus, dass die Kommunalaufsichtsbehörden auf gesetzeskonformes Handeln der Kommunen einwirken.

Die Beratungsleistungen der KDN GmbH für ihre Kunden hinsichtlich möglicher Anschlusslösungen und zur IT-Sicherheit werden fortgeführt.

Die Finanzierung der KDN GmbH wird für die Folgejahre auch weiterhin eine Mischfinanzierung sein. Der überwiegende Teil der Finanzmittel kommt aus der Förderung durch das Finanzausgleichsgesetz über den Zuwendungsgeber SAKD für den Basisanschluss der Kommunen. Darauf aufbauend werden Zusatzleistungen durch eigene Einnahmen von den Kommunen und kommunalen Einrichtungen finanziert. Hier ist jedoch zu beachten, dass die bereitgestellten, FAG-finanzierten Basisbandbreiten im Rahmen des KDN III zusätzliche Leitungsanbindungen obsolet machen und sich dies auf die eigenen Einnahmen der Gesellschaft auswirken wird.

Mit Schreiben vom 27. Dezember 2017 wurde der KDN GmbH vom Sächsischen Staatsministerium der Finanzen mitgeteilt, dass für die Verlängerungszeit des KDN III von April 2022 bis März 2025 16.904 TEUR als Verpflichtungsermächtigungen eingestellt wurden und damit die haushalts-technischen Voraussetzungen für das KDN III bis 2025 vorliegen. Daraufhin wurde von der Gesellschaft gegenüber der T-Systems die Vertragsverlängerung bis März 2025 erklärt. Mit der vorzeitigen Erklärung der Vertragsverlängerung ergibt sich ein finanzieller Vorteil in Höhe von 1,5 Mio EUR für die KDN GmbH.

Risiken und Chancen der künftigen Entwicklung

Die Risiken im Geschäftsjahr 2017 sind auf Grund der FAG-Finanzierung der Basisanschlüsse im Vergleich zum Vorjahr auf niedrigem Niveau gleich geblieben.

Als Risiko wird das sehr geringe Budget für die GmbH-Kosten selbst eingeschätzt, welches der Gesellschaft nur bedingt Spielräume hinsichtlich Investitionen und Qualifizierungsmaßnahmen für die Mitarbeiter sowie der Ausgestaltung des Geschäftsbetriebes lässt.

Ein weiteres Risiko ist die relativ geringe personelle Ausstattung der GmbH, welche eine Kompensation längerer Ausfälle, sowohl im Tagesgeschäft als auch bei den unter Ziffer 2.4 genannten Projekten sehr erschwert bzw. bei letztgenanntem nahezu unmöglich macht. Im Tagesgeschäft kann teilweise durch den Einsatz von Mitarbeitern der KISA gegen erhöhten finanziellen Aufwand Abhilfe geschaffen werden, im Projektgeschäft ist dies jedoch nicht möglich. Auf Grund der hohen personellen Belastung durch die Migration und neu angebotener Leistungen (z. B. VoIP) wurde die Stellenzahl im Netzwerkmanagement zwar um 0,4 VZÄ erhöht, was aber nicht ausreichend ist.

Die erhöhten Basisbandbreiten bergen das Risiko, dass die geplante Dimensionierung der zentralen Netzwerkkomponenten und des zentralen Internetübergangs in der Laufzeit des KDN III nicht mehr ausreicht und angepasst werden muss. Dieses Risiko wurde bei der Beantragung der FAG-Finanzierung betrachtet und in die beantragte und wie o. a. zugesagte Summe aus dem FAG eingepreist.

Chancen werden in der Erbringung von weiteren Leistungen, insbesondere im Bereich IT-Sicherheit, der VoIP-Bereitstellung und der weiteren Flächendeckung sowie der Bereitstellung

von zusätzlichen KDN-Anbindungen für Außenstellen und an kommunale Institutionen, die nicht von der FAG-Finanzierung umfasst sind, z. B. Zweckverbände gesehen.

Bund und Freistaat setzten mit ihren E-Government-Vorhaben sowie den E-Government-Gesetzen Impulse, für die eine gesicherte Vernetzung Voraussetzung ist und daher ein Anschluss an das KDN III eine notwendige Basis darstellt.

Letztlich werden alle Risiken als beherrschbar und die künftige Geschäftstätigkeit der Kommunalen DatenNetz GmbH entsprechend dem Gesellschaftszweck als geordnet eingeschätzt.

Wesentliche Entwicklungen seit dem 31. Dezember 2017

Die Migration wurde fortgesetzt, im Bereich SIDI wird der Migrationsabschluss am 30.04.2018 erwartet und im Bereich SINI wird nach wie vor der Termin 31.05.2018 angestrebt. Die Migration bindet in hohem Maße Ressourcen.

Mit der Pilotierung der Telefonie wird im April 2018 begonnen.

Es erfolgt weiterhin eine enge Abstimmung mit den kommunalen Spitzenverbänden und der SAKD zum neuen Netz.

3.2 Lecos GmbH

Eine unmittelbare Beteiligung von KISA besteht an der Lecos GmbH mit Sitz in Leipzig (HRB 17608). KISA hält zum Stichtag 31. Dezember 2017 einen Anteil von 10%.

3.2.1 Beteiligungsübersicht

Name: Lecos GmbH

Anschrift: Prager Str. 8
04103 Leipzig

Telefon: 0341 2538 0

Internet www.lecos-gmbh.de

Rechtsform: Gesellschaft mit beschränkter Haftung

Gesellschafter: Stadt Leipzig
Kommunale Informationsverarbeitung Sachsen

Stammkapital: 200.000 EUR

Anteil KISA: 20.000 EUR (10,00 %)

Unternehmensgegenstand:

Gegenstand der Gesellschaft ist die Unterstützung der Gesellschafter im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnik sowie Bürodienstleistungen.

3.2.2 Finanzbeziehungen

Zwischen KISA und der Lecos GmbH liegen folgende Finanzbeziehungen vor:

- Gewinnabführungen: 0 €
- Verlustabdeckungen: 0 €
- sonstige Zuschüsse: 0 €
- übernommene Bürgschaften: 0 €
- sonstige Vergünstigungen: 0 €.

Zwischen KISA und der Lecos GmbH bestehen mehrere Verträge über die Erbringung von Dienstleistungen. Die Lecos GmbH stellt den Betrieb der Rechenzentrumsverfahren der KISA sicher. Die Abrechnung erfolgt dabei jeweils auf der Grundlage der abgeschlossenen Verträge.

3.2.3 Lagebericht für das Geschäftsjahr 2017

Aus dem vorliegenden Jahresabschluss 2017 werden nachfolgend die wesentlichen Bestandteile des Lageberichtes vorgestellt:

Gesamtwirtschaftliche Entwicklung der IT-Branche

Die IT-Branche im öffentlichen Umfeld hat sich, ebenso wie die gesamtwirtschaftliche Konjunktur (Anstieg des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts um 2,2 %) positiv entwickelt. Daher bestimmten auch in 2017 weiterhin vorwiegend Software und Service- und Beratungsleistungen bezüglich der Vernetzung von Informationen den gesamtwirtschaftlichen Verlauf der IT-Branche. Vor dem Hintergrund des steigenden IT-Bedarfes in der Verwaltungsarbeit ist eine effektive und effiziente IT im Zusammenhang mit der Digitalisierung der Verwaltung ein Kernbestandteil zukünftigen Verwaltungshandelns. Sie muss im Kontext mit der weiteren schwierigen Haushaltsituation in den Kommunen (durch neue Herausforderungen wie Asyl/Migration) insbesondere durch intensive Beratungsleistungen unterstützt werden. Ziel bleibt dabei die Digitalisierung der Verwaltungen sowohl aus Sicht der Kunden der Verwaltungen als auch der Verwaltung selber kontinuierlich voranzutreiben.

Geschäftsverlauf 2017

Für die für das Geschäftsjahr 2017 festgelegten Ziele zum Ausbau sowie zur Stabilisierung der bisherigen Geschäftsaktivitäten der Lecos GmbH bleibt festzuhalten, dass diese im Wesentlichen umgesetzt werden konnten. Im Einzelnen verweisen wir hierbei auf die nachfolgenden Ausführungen.

In den Jahren als Gesellschaft der Stadt Leipzig hat sich die Lecos GmbH gegenüber ihrem 90%-Gesellschafter und Kunden als IT-Volldienstleister erwiesen, der die besonderen Kundenwünsche der Kommune Leipzig berücksichtigt. Hinsichtlich der Weiterentwicklung der IT-Strategie der Stadt Leipzig beobachtet die Lecos GmbH zukunftsweisend den Markt für den Auftraggeber und berücksichtigt die hieraus gewonnenen Erkenntnisse in der Weiterentwicklung der angebotenen IT. Dabei spielen insbesondere die wachsenden Herausforderungen des Cloud-Computing aus Sicht der Kunden als auch aus Sicht der Lecos GmbH im Sinne des steigenden Wettbewerbes eine wesentliche Rolle.

Durch die konsequente Umsetzung der Rollout-Vorgaben für die Verwaltung und die Schulen konnte beim größten Kunden der Lecos GmbH der sehr hohe Standardisierungsgrad in Hardware und Standardsoftware weiter ausgebaut werden. Diesen gilt es weiter fortzuschreiben und 2018 ff auf die Schulkabinette auszuweiten. Des Weiteren ist es mit dem Gewandhaus zu Leipzig gelungen, im Bereich der Eigenbetriebe der Stadt Leipzig den IT-Vollservice konsequent weiterzuverfolgen und auszubauen. Dieses Modell sowie die weiteren Erfahrungen mit den Kulturhäusern der Stadt Leipzig stellen auch die Grundlage für konzeptionelle Leistungen zur Bereitstellung einer einheitlichen IT für die Kulturhäuser der Stadt Leipzig in den folgenden Jahren dar. Das Geschäft mit dem zweiten Gesellschafter (10 %) des Unternehmens, der KISA, konnte auch im Wirtschaftsjahr 2017 konstant weiter betrieben werden. Ein weiterer Ausbau der Geschäftsfelder war in 2017 nicht möglich, wird aber in 2018 ff wieder in Angriff genommen. Dabei steht auch hier die Digitalisierung der Verwaltungen im Vordergrund. Die wesentlichen finanziellen Leistungsindikatoren für die Steuerung der Lecos GmbH sind Umsatz, Liquidität und Jahresergebnis.

Wesentliche Ereignisse im Geschäftsjahr 2017

Bis 2015 bestand für die Lecos GmbH Vertragssicherheit mit ihrem größten Gesellschafter und Kunden. Die Option für weitere fünf Jahre ab 01.01.2016 wurde bereits in dem Betriebsleistungsvertrag inkludiert und vereinbart. Diese Option wurde umgesetzt, wodurch eine weitere Vertragssicherheit bis 31.12.2020 besteht.

Die Strategie aus 2010, durch eine Beteiligung des Zweckverbandes KISA an der Lecos GmbH eine Umsatzstabilisierung zu erreichen und die Inhousefähigkeit zu festigen, hat sich auch im Geschäftsjahr 2017 bestätigt. Somit konnte der Umsatz mit dem Zweckverband KISA auch für das abgelaufene Wirtschaftsjahr wesentlich zum geschäftlichen Erfolg des Unternehmens beitragen.

Schwerpunkt der Geschäftstätigkeit im abgelaufenen Geschäftsjahr 2017 war die Weiterführung der IT-Leistungen für die Stadt Leipzig, vornehmlich bei der Anwendungs- und Verfahrensentwicklung und Anwendungs-/Verfahrensbetreuung, bei der Beratung der Kunden zur Optimierung ihrer Organisation durch weitere IT-Nutzung, bei den Rechenzentrumsservices, Endgeräteservice und Daten- und Sprachnetzleistungen sowie der Benutzerunterstützung.

Besonders hervorzuheben sind die Migration der SAP-Infrastruktur, die Fortführung der Einführung der Personalmanagementsoftware Loga sowie die Beratungsleistungen zur Digitalisierung der Verwaltung. Letztere stellen die Grundlage für die nächsten Projektschritte sowie die mittelfristige Haushaltsplanung der Stadt Leipzig dar.

Das Geschäft mit den Eigenbetrieben der Stadt Leipzig wurde konsequent weiterverfolgt. Hier ist insbesondere auf die Kontinuität mit dem Gewandhaus zu Leipzig zu verweisen, welches eine erhebliche Ausstrahlung auf die weiteren Kulturhäuser der Stadt Leipzig ausübt.

Für die KISA lag der Schwerpunkt im Geschäftsjahr 2017 in der Bereitstellung des Rechenzentrumsservice im Rahmen der vereinbarten Leistungsscheine für den Anwendungsbetrieb der zentralen Fachverfahren. Neue Themenfelder wie z. B. die Einführung des Personalwesens bzw. die Bereitstellung eines zentralen Dokumentenmanagementsystems konnten auf Grund der finanziellen Probleme der KISA nicht wie geplant in 2017 begonnen werden.

Darüber hinaus konnte die Lecos GmbH die Produktivsetzung des neuen Sächsischen Melderegisters (SMR) zum 01.11.2015 gewährleisten und somit dauerhaft einen erheblichen Anteil am Umsatz mit Drittkunden sicherstellen. Im Rahmen des Projektes konnten auch 2017 Erweiterungen umgesetzt und damit auch der Umsatz gesteigert werden.

Darüber hinaus konnte mit der SAKD das Projekt des zentralen Integrationsdienstes weiter vorangetrieben und ausgebaut werden.

Intern stand das Geschäftsjahr 2017 im Zeichen der konsequenten Fortführung der stärkeren Ausrichtung an die steigenden Anforderungen der Kunden. Im Ergebnis hat die Lecos GmbH ein strategisches Unternehmenskonzept erarbeitet, durch den Aufsichtsrat bestätigt und durch die Gesellschafter zur Kenntnis genommen. Ziel dieses Konzeptes ist die dauerhafte Sicherstellung des wirtschaftlichen Erfolges sowie eine Stärkung der Zukunftssicherheit der Lecos GmbH. Diese Neuausrichtung wird in 2018 ff in einem kontinuierlichen Entwicklungsprozess weiter vorangetrieben.

Weitere Aktivitäten des Geschäftsjahres 2017:

- Der Betrieb des SAP-Systems für die Stadt Leipzig wurde weitergeführt und dessen Weiterentwicklung mit der Gesellschaft für Organisation und Informationsverarbeitung Sachsen-Anhalt mbH (GISA) vorangetrieben. Die im Jahr 2016 mit der Stadt Leipzig erarbeitete SAP-Strategie wurde mit der Migration weiter umgesetzt.
- Das Ämterframework konnte als Anwendungsplattform in der Stadt Leipzig gefestigt und durch zusätzliche Module erweitert werden.
- Die Dienstleistung für die Leipziger Schulen im Umfeld der Informationstechnik wurde mit dem zweiten Rollout Zyklus begonnen.
- Im Geschäftsfeld der Output-Leistungen wird das Leistungsportfolio 2018 ff. weiter vorangetrieben.
- Im Jahr 2017 wurden neun Ausschreibungen durchgeführt und die Zuschläge für zehn Ausschreibungen erteilt. Wobei der Zuschlag zu einer Ausschreibung aus 2016 auf ein Offenes Verfahren am 31.01.2017 erteilt wurde. Die insgesamt neun Ausschreibungen des Jahres 2017 gliedern sich in ein Offenes Verfahren (EU-weit) und acht Öffentliche Ausschreibungen (national).
- Die Fachanwendung des Kindertagesstätten-, Verwaltungs- und Reservierungssystems Kivan konnte auch in 2017 erfolgreich weiterentwickelt und vertrieben werden. Parallel zu den aktuellen Kundenprojekten wird die Produktweiterentwicklung der Fachanwendung intensiv vorangetrieben.
- Die Facility-Management-Anwendung FAMOS-LE ist im Rahmen des Ausbaus des zentralen Gebäudemanagements in der Stadt Leipzig als strategisches Produkt positioniert und wird in mehreren Ämtern der Stadt Leipzig betrieben. Es erfolgt eine zentrale Steuerung der Weiterentwicklung in enger Abstimmung zwischen der Lecos GmbH und der Stadt Leipzig.
- Das vierte Rollout der PC-Technik in der Verwaltung der Stadt Leipzig auf Win10 konnte erfolgreich 2017 begonnen werden.
- Es erfolgte auch 2017 eine kontinuierliche Erneuerung der Telekommunikationsanlagen in den Schulen der Stadt Leipzig, welche im Wesentlichen mit den durch die Stadt Leipzig durchgeführten Sanierungs- und Baumaßnahmen verbunden wurden.
- Unter dem Dach der ProVitako Marketing- und Dienstleistungsgesellschaft der Kommunalen IT-Dienstleister e.G. wurde die Beteiligung an einer kommunalen Cloud fortgeführt und darin verschiedene Produkte bzw. Dienstleistungen eingestellt.
- Der Geschäftsführer Peter Kühne ist weiterhin Vorstandsvorsitzender der Vitako. Die Aufgabe wird ehrenamtlich wahrgenommen.
- Im Jahr 2017 konnte das Audit im Rahmen der Re-Zertifizierung nach ISO27001 auf Basis BSI-Grundschutz erfolgreich durchgeführt werden. Der Audit-Bericht liegt aktuell zur Bestätigung bei dem BSI.

Das Geschäftsjahr 2017 stand bei der Lecos GmbH intern im Zeichen der konsequenten Fortführung der stärkeren Ausrichtung an den steigenden Anforderungen der Kunden. Im Ergebnis wurde die Neuausrichtung der Lecos GmbH 2017 abgeschlossen und wird 2018 ff. in einen kontinuierlichen Entwicklungsprozess weiter vorangetrieben. Dabei wird weiterhin der Fokus auf neue agile Methoden gesetzt. Ziel dabei ist es, die Zukunftssicherheit der Lecos GmbH zu stärken und die Arbeit der Lecos GmbH auf die kommenden Herausforderungen hin auszurichten.

- In 2013 hatte die Lecos GmbH die Finanzierungsstrategie langfristiger Investitionen umgestellt. Ziel ist eine nachhaltige Steigerung der Eigenkapitalquote sowie eine Verteilung der Kostenbelastung durch hohe Erstinvestitionen. Damit wird einem Investitionsstau entgegengewirkt.
- Im Jahr 2017 wurde ein strategisches Unternehmenskonzept erarbeitet und durch den Aufsichtsrat bestätigt und die Gesellschafter zur Kenntnis genommen. Ziel ist dabei die dauerhafte Sicherstellung des wirtschaftlichen Erfolges.

Lage der Gesellschaft

Ertragslage

Der Gesamtumsatz der Lecos GmbH betrug im Geschäftsjahr 2017 TEUR 22.086 und lag damit um TEUR 1.183 über dem Niveau des Geschäftsjahres 2016 (TEUR 20.903). In den sonstigen betrieblichen Erträgen wirken periodenfremde Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen in Höhe von TEUR 454 positiv auf die Gesamtleistung. Diese Entwicklung führte neben der Steigerung der Personal- und Abschreibungsaufwendungen sowie dem Anstieg der sonstigen betrieblichen Aufwendungen zu einem Jahresüberschuss von TEUR 38 (VJ: TEUR 30).

Die Zusammensetzung der Umsatzerlöse nach Bereichen stellt sich im Wesentlichen wie folgt dar:

- Basisinfrastruktur (36,7 % vom Jahresumsatz)
- Endbenutzerbetreuung (24,3 % vom Jahresumsatz)
- Anwendungsentwicklungs-/Betreuungsleistungen und Beratungsleistungen (22,3 % vom Jahresumsatz)
- Telekommunikation (8,8 % vom Jahresumsatz)
- Rechenzentrumsdienstleistungen (4,8 % vom Jahresumsatz)
- Speicherkapazität, Applikationsserver (1,6 % vom Jahresumsatz)
- Lotus Notes/Mailuser (1,5 % vom Jahresumsatz).

Aktuell beträgt der Anteil des Umsatzes mit der Stadt Leipzig am Gesamtumsatz ca. 83,6 % und 10,4 % mit der KISA. Die verbleibenden 5,9 % Umsatzanteile entfallen auf sonstige Kunden.

Im Materialaufwand werden vor allem Hardware und Telekommunikationsanlagen ausgewiesen, die sich aus Zusatzaufträgen ergeben und zum Weiterverkauf bestimmt sind. Den Hauptanteil hierbei haben TK-Anlagen und PC-Hardware für diverse Schulen und die Ausstattung der Städtischen Altenpflegeheime Leipzig gGmbH sowie die Versorgung mit Datenverarbeitungsmaterialien. Darüber hinaus sind vor allem auch die umsatzrelevanten Fremdleistungen zu benennen.

Die Steigerung der Personalaufwendungen ergibt sich im Wesentlichen aus der Tarifierhöhung des TVöD und Erhöhungen im Lecos Vergütungssystem, sowie zusätzlichem Personal für die Entwicklung des KIVAN.

Die Zunahme der Abschreibungen ist investitionsbedingt.

Das Betriebsergebnis beträgt TEUR 176 (VJ: TEUR 112) und liegt über dem Plan für 2017.

Der sonstige betriebliche Aufwand enthält Aufwendungen für Leasing und Wartung für Hard- und Software, Leasingmieten, Ausbildungs- und Reisekosten, Personaldienstleistungen und Raummieten.

Das Ergebnis des Geschäftsjahres 2017 wurde von folgenden einmaligen Vorgängen geprägt

- Erträge aus KIVAN Leasing TEUR 144, denen Aufwendungen in gleicher Höhe gegenüberstehen;
- Erträge aus der Produktfinanzierung über Leasing TEUR 260;
- Auflösung von Rückstellungen TEUR 454.

Investitionen

Die Bilanz zum 31. Dezember 2017 weist einen Anstieg des Anlagevermögens aus. Hauptsächlich Ursache dafür ist die Beschaffung von Wirtschaftsgütern für die Erfüllung von Kundenaufträgen. Die Gesamtinvestitionen betrugen im Geschäftsjahr 2017 TEUR 4.344.

Die Überschreitung des geplanten Investitionsvolumens von 3.200 TEUR resultiert im Wesentlichen durch die Umsetzung des Auftrages für das Roll Out in den Schulkabinetten. Dieser wurde erst in 2017 erteilt.

Schwerpunkte waren auch 2017 Investitionen für neue Aufträge und Hardware für das Roll Out in der Stadt Leipzig.

Vermögens- und Finanzlage

Die Vermögensstruktur ist beeinflusst durch den investitionsbedingten Anstieg des immateriellen und Sachanlagevermögens. Gegenläufig wirkt die stichtagsbedingte Verminderung der Forderungen.

Liquide Mittel in Höhe von TEUR 127 sind auf Festgeldkonten mit einer Laufzeit bis 28. August 2019 als Sicherheiten hinterlegt.

Die Kapitalstruktur ist durch die verbrauchs- und auflösungsbedingte Abnahme der Rückstellungen, u. a. für Personalaufwendungen, Garantie- und Gewährleistungsverpflichtungen, geprägt.

Gegenläufig wirkt die stichtagsbedingte Erhöhung der langfristigen Verbindlichkeiten, die durch Darlehensneuaufnahmen (TEUR 3.200) im Geschäftsjahr verursacht wird.

Aufgrund einer konsequenten Liquiditätsüberwachung, einem regelmäßigen Forderungsmanagement und der planmäßigen Kreditaufnahmen konnte die Zahlungsfähigkeit im Jahr 2017 gesichert werden.

Die Gesellschaft verfügt insgesamt über eine geordnete Vermögens-, Finanz- und Ertragslage.

Risiko- und Chancenbericht

Das Risikomanagement der Gesellschaft stützt sich vor allem auf die Managementstruktur, das Planungssystem sowie die eingesetzten Berichts- und Informationssysteme. Die Ergebnisse

und Maßnahmen des Risiko- und Schwachstellenmanagements aus den Berichts- und Informationssystemen liegen vor und fanden Berücksichtigung in den Management-Meetings.

Das Berichtswesen wird ergänzt durch eine ständige Überwachung aller Finanzströme. Mit Hilfe dieses Risikomanagementsystems werden die Risikobetrachtungen durchgeführt und Strategien zur Risikominimierung entwickelt. Besondere Aufmerksamkeit wird dabei durch eine tägliche Liquiditätsüberwachung gewährleistet. Dieses geschieht vor dem Hintergrund der unter der Vermögens- und Finanzlage genannten teilweise hohen Forderungen gegenüber den Kunden sowie die hohe Liquiditätsauswirkung durch die Zahlung der monatlichen Personalkosten und der erforderlichen Investitionen für die Umsetzung der Aufträge.

In 2014 wurde gemeinsam mit der Beratungsgesellschaft für Beteiligungsverwaltung Leipzig mbH (bbv) eine Regelung zur internen Revision erarbeitet und durch den Geschäftsführer in Kraft gesetzt. Auf dieser Grundlage erfolgen seit 2015 jährliche Prüfungen.

Der Aufsichtsrat wird über die Ergebnisse dieser Untersuchungen bei Bedarf zeitnah unterrichtet. Als Ergebnis dieser Risikoanalysen ergibt sich, dass wesentliche oder den Bestand des Unternehmens gefährdende Risiken derzeit nicht bestehen.

Angemessene, überschaubar- und beherrschbare Risiken werden bewusst getragen. Dies gilt auch für Preis- und Ausfallrisiken, gegen die sich die Lecos GmbH – aufgrund ihrer Kundenstruktur – nicht zusätzlich absichert. Geschäftsüblichen Liquiditätsschwankungen begegnet die Gesellschaft mit der Inanspruchnahme von Kreditlinien. Unabhängig davon gewährleisten die Erlöse aus dem Betriebsleistungsvertrag mit der Stadt Leipzig und den Leistungsverträgen mit der KISA sowie dem Gewandhaus zu Leipzig eine kontinuierliche Liquiditätszufuhr.

Aus der Ende 2013 entstandenen wirtschaftlichen Krise beim Gesellschafter KISA können der Lecos GmbH in 2018 Risiken entstehen:

- Eine Zahlungsunfähigkeit der KISA würde zu Liquiditätsproblemen der Lecos GmbH führen. Das Risiko ist aber aus heutiger Sicht aufgrund eines dem KISA bewilligten zusätzlichen Kassenkredits nicht wahrscheinlich. Allerdings liegen aktuelle Klagen bzgl. der Zwangsumlage vor, welche noch nicht abschließend entschieden sind.
- Die langfristige geplante Partnerschaft mit KISA ist möglicherweise nur eingeschränkt umsetzbar, wodurch sich damit verbundene Synergien für die Lecos GmbH verspäten können.
- Aus der Unklarheit bei der Platzierung gemeinsamer strategischer Produkte (Output, Kuvertierung und Personalmanagement-Software) können keine Umsatzsteigerungen in 2018 ff erwirtschaftet werden.

Darüber hinaus gehende bestandsgefährdende Risiken werden nicht gesehen.

Chancen für die Lecos GmbH bestehen in der Nutzung von kommunalen Umsätzen im Gesellschafterumfeld zur Gewinnung zusätzlicher Deckungsbeiträge, der Absicherung der Zukunftsfähigkeit der Stadt Leipzig durch Weiterentwicklung der IT als Grundlage für Rationalisierungen, Prozessoptimierungen und e-Government sowie der Entwicklung zu einem Kompetenzzentrum für die Entwicklung, Einführung und Betreuung kommunaler Anwendungen.

Umweltschutz und Nachhaltigkeit

Um sich den Anforderungen der Berücksichtigung der Gesetze zum Umweltschutz zu stellen, hat die Lecos GmbH sich an dem Wettbewerb "Bundeshauptstadt im Klimaschutz 2010" der deutschen Umwelthilfe (DUH) beteiligt. Die Lecos GmbH hat 2010 einen Sonderpreis für ihr neues Primärrechenzentrum erhalten. Gewürdigt wurden damit die durch Modernisierung und Konsolidierung der Rechenzentrumstechnik erzielten Energieeinsparungen. Das systematische Vorgehen im Bereich der Klimatisierung wurde auch auf alle weiteren Bereiche der energierelevanten Wirkungskette übertragen. Von den Applikationen und dem Daten-Management über die IT-Hardware und Stromversorgung bis hin zur Kühlung und Gebäudeplanung sind Möglichkeiten zur Optimierung der Energieeffizienz gesucht und Einsparpotenziale konsequent umgesetzt worden.

Im Rahmen von Ausschreibungen, wie auch bei sonstigen Investitionen für die IT sowie bei der Erneuerung des Fuhrparks, berücksichtigt die Lecos GmbH die gesetzlich vorgesehenen und aktuellen Umweltschutzrichtlinien.

Voraussichtliche Entwicklung der Gesellschaft (Prognosebericht)

Die IT-Branche rechnet vor dem Hintergrund der anstehenden Digitalisierung mit einer analogen bzw. steigenden Nachfrage für das Jahr 2018 ff. An diesen Marktentwicklungen will die Lecos GmbH auch im Jahr 2018 angemessen partizipieren.

Konkretisiert ergeben sich für die Lecos GmbH nachstehende Ziele, deren sukzessive Umsetzung in der Wirtschaftsplanung 2018 ff abgebildet ist:

- Absicherung der Grundversorgung der Stadt Leipzig mit IT-Technik und -Services,
- Konsequente Ausnutzung von Einkaufsvorteilen und deren Weitergabe an die Stadt Leipzig,
- Nutzung von kommunalen Umsätzen im Gesellschafterumfeld zur Gewinnung zusätzlicher Deckungsbeiträge,
- Absicherung der Zukunftsfähigkeit der Stadt Leipzig durch Weiterentwicklung der IT als Grundlage für Rationalisierungen, Prozessoptimierungen e-Government und der Digitalisierung der Verwaltung,
- Entwicklung zu einem Kompetenzzentrum für die Entwicklung, Einführung und Betreuung kommunaler Anwendungen,
- Entwicklung zu einem Kompetenzzentrum für die Digitalisierung von Dokumenten und Akten im kommunalen Umfeld,
- Ausbau des Druckoutput-Volumens und Entwicklung der Lecos GmbH zu einem kompetenten und wirtschaftlichen Anbieter in diesem Bereich,
- Entwicklung zu einem Kompetenzzentrum für Betriebsleistungen, Consulting für IT-Dienstleistungen und Servicemanagement im kommunalen Umfeld,
- Vermarktung von Know-how im Bereich Anwendungsentwicklung,
- Schaffung und Erhaltung von Arbeitsplätzen in der Region.

Darüber hinaus werden Anstrengungen unternommen, auch im Jahr 2018 innerhalb des Gesellschafterumfeldes (Eigenbetriebe der Stadt Leipzig) die Zahl der Kunden zu erhöhen und das Portfolio für die Stadt Leipzig zu erweitern.

Im Jahr 2017 wurden die Überlegungen zur weiteren Prozessunterstützung durch den Einsatz von IT in der Stadt Leipzig weiter vorangetrieben. Diese Entwicklungen haben positive Auswirkungen auf die Entwicklung der Lecos GmbH in Bezug auf die Leistungserbringung gegenüber der Stadt Leipzig.

Für das Geschäftsjahr 2018 sind Neuinvestitionen in Höhe von TEUR 4.800 geplant.

Eine abschließende Verteilung der Investitionen auf Darlehen, Leasing oder Eigenmittel wird unterjährig unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Entwicklung der Lecos GmbH gesteuert und entschieden. Die aktuellen Werte sichern den Gestaltungsspielraum ab.

Der Wirtschaftsplan der Lecos GmbH geht für 2018 von einem Umsatzvolumen von TEUR 22.627, einem Jahresüberschuss von TEUR 45 und liquiden Mittel von TEUR 1.436.

3.3 ProVitako eG

Im Jahr 2012 erwarb KISA 10 Geschäftsanteile an der ProVitako eG.

3.3.1 Beteiligungsübersicht

Name:	ProVitako Marketing- und Dienstleistungsgesellschaft der kommunalen IT-Dienstleister eG
Anschrift:	Markgrafenstraße 22 10117 Berlin
Telefon:	030 2063156-0
Homepage:	www.provitako.de
Rechtsform:	Eingetragene Genossenschaft
Stammkapital:	190.500 EUR
Anteil KISA:	5.000 EUR

Unternehmensgegenstand

Gegenstand der Gesellschaft ist die Unterstützung beim Einkauf von Investitionsgütern einschließlich Hard- und Software, Waren sowie Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe durch kooperatives Einkaufsmarketing für die Mitglieder sowie weiterer Servicedienstleistungen. KISA und somit auch die Kunden von KISA profitieren an den von der ProVitako eG ausgeschriebenen Rahmenverträgen, insbesondere bei der Beschaffung von Hardware.

3.3.2 Finanzbeziehungen

Zwischen KISA und der ProVitako eG liegen folgende Finanzbeziehungen vor:

- Gewinnabführungen: 0 €
- Verlustabdeckungen: 0 €
- Sonstige Zuschüsse: 0 €
- Übernommene Bürgschaften: 0 €
- Sonstige Vergünstigungen: 0 €.

KISA ist Genossenschaftsmitglied in der ProVitako eG. Die ProVitako eG erhält bei Einkäufen von Technik eine Provision von 0,9 %.

3.3.3 Lagebericht für das Geschäftsjahr 2017

Aus dem vorliegenden Jahresabschluss 2017 werden nachfolgend die wesentlichen Bestandteile des Lageberichtes vorgestellt:

Unternehmensgegenstand/öffentlicher Zweck

Der Zweck der Genossenschaft ist die wirtschaftliche Förderung und Betreuung der Mitglieder. Dies geschieht durch den gemeinsamen Einkauf von Investitionsgütern einschließlich Hard- und Software, Waren sowie Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen für die Genossenschaftsmitglieder. ProVitako unterstützt darüber hinaus die Mitglieder durch kooperatives Einkaufsmarketing sowie weitere Serviceleistungen – wie z. B. Schulung, Beratung und Betreuung in Unternehmensfragen.

Geschäftsverlauf 2017

Die Gesellschaft finanziert sich aus einer Marge, die auf den Bezug von Leistungen der geschlossenen Rahmenverträge fakturiert wird. Die IT-Branche hat sich auch im vergangenen Jahr der gesamtwirtschaftlichen Konjunktur entsprechend entwickelt. Im Bereich der kommunalen IT führte die weiterhin schlechte Haushaltssituation der Kommunen zu einer eher zurückhaltenden Nachfrage nach IT-Leistungen (Hard- und Software) und zu einem wachsenden Interesse an Kooperationen und gemeinsamen Ausschreibungen mit dem Ziel, wirtschaftliche Synergieeffekte zu erzielen. Dies ließ sich auch in der Genossenschaft durch eine größere Beteiligung an den gemeinsamen Ausschreibungen erkennen. Im Laufe des Geschäftsjahres konnten vier neue Mitglieder gewonnen werden, die zukünftig durch ihre Beteiligung an gemeinsamen Vergabeaktivitäten die Vertragsvolumina positiv beeinflussen werden.

Im Verlauf des Geschäftsjahres 2017 wurde die Bündelung von Beschaffungsbedarfen in den Bereichen Multifunktionsgeräte, Netzwerkkomponenten HP, RZ x86 Server der Hersteller HP und Fujitsu, RZ SAN/Storage/Backup, Endgeräte sowie ThinClients der Hersteller IGEL und DELL Wyse in insgesamt acht gemeinsamen Ausschreibungen veröffentlicht.

Auch im vergangenen Geschäftsjahr 2017 zeigte sich ein weiter steigendes Interesse am Leistungsaustausch innerhalb der Genossenschaft. Nachdem die vergaberechtlichen Rahmenbedingungen im Jahre 2015 durch ein von der Genossenschaft beauftragtes Gutachten abschließend geklärt wurden, wurden für den Bereich des Finanzwesens zwei weitere Leistungsbeziehungen aufgebaut.

Insgesamt ist erneut festzustellen, dass ProVitako weiter an Aufmerksamkeit bei den Vitako-Mitgliedern, die exklusiv Mitglieder der Genossenschaft werden können, gewonnen hat und durch das hohe Vergabevolumen immer stärker von den potentiellen Anbietern am Markt wahrgenommen wird. Die Mitglieder kommen mit eigenen Vorschlägen für weitere Bündelungen auf die Genossenschaft zu und unterstützen zunehmend die angelaufenen Aktivitäten.

Zur Unterstützung der laufenden Geschäftstätigkeiten wurde die Geschäftsstelle am Standort Siegburg ausgebaut und personell aufgestockt. Aufgrund des erkennbaren Zusatzbedarfs wurde Anfang des Jahres 2018 eine personelle Erweiterung vollzogen.

4 Anteile der mittelbaren Beteiligung der Verbandsmitglieder zum Stichtag 31.12.2017

	Mitglieder	Stimmen	Anteil KISA %	Anteil KDN GmbH in EUR	Anteil Lecos GmbH in EUR
1	Landkreis Dahme-Spreewald	12	0,531	318,30 €	106,10 €
2	LRA Erzgebirgskreis	12	0,531	318,30 €	106,10 €
3	LRA Görlitz	30	1,326	795,76 €	265,25 €
4	LRA Leipzig	30	1,326	795,76 €	265,25 €
5	LRA Meißen	20	0,884	530,50 €	176,83 €
6	LRA Nordsachsen	8	0,354	212,20 €	70,73 €
7	LRA Sächsische Schweiz- Osterzgebirge	20	0,884	530,50 €	176,83 €
8	LRA Vogtlandkreis	30	1,326	795,76 €	265,25 €
9	LRA Zwickau	20	0,884	530,50 €	176,83 €
10	SV Altenberg	12	0,531	318,30 €	106,10 €
11	SV Annaberg-Buchholz	12	0,531	318,30 €	106,10 €
12	SV Aue	20	0,884	530,50 €	176,83 €
13	SV Augustusburg	12	0,531	318,30 €	106,10 €
14	SV Bad Dübén	3	0,133	79,58 €	26,53 €
15	SV Bad Lausick	8	0,354	212,20 €	70,73 €
16	SV Bad Muskau	8	0,354	212,20 €	70,73 €
17	SV Bad Schandau	12	0,531	318,30 €	106,10 €
18	SV Bautzen	20	0,884	530,50 €	176,83 €
19	SV Belgern-Schildau	12	0,531	318,30 €	106,10 €
20	SV Bernstadt a. d. Eigen	5	0,221	132,63 €	44,21 €
21	SV Böhlen	20	0,884	530,50 €	176,83 €
22	SV Borna	5	0,221	132,63 €	44,21 €
23	SV Brandis	12	0,531	318,30 €	106,10 €
24	SV Burgstädt	20	0,884	530,50 €	176,83 €
25	SV Chemnitz	20	0,884	530,50 €	176,83 €
26	SV Coswig	5	0,221	132,63 €	44,21 €
27	SV Crimmitschau	30	1,326	795,76 €	265,25 €
28	SV Dahlen	12	0,531	318,30 €	106,10 €
29	SV Delitzsch	20	0,884	530,50 €	176,83 €
30	SV Dippoldiswalde	8	0,354	212,20 €	70,73 €
31	SV Döbeln	3	0,133	79,58 €	26,53 €
32	SV Dohna	12	0,531	318,30 €	106,10 €
33	SV Dommitzsch VG	12	0,531	318,30 €	106,10 €

Seite 25 von 32

	Mitglieder	Stimmen	Anteil KISA %	Anteil KDN GmbH in EUR	Anteil Lecos GmbH in EUR
34	SV Elterlein	1	0,044	26,53 €	8,84 €
35	SV Frankenberg/Sa.	20	0,884	530,50 €	176,83 €
36	SV Frauenstein	3	0,133	79,58 €	26,53 €
37	SV Freiberg	8	0,354	212,20 €	70,73 €
38	SV Freital	8	0,354	212,20 €	70,73 €
39	SV Geyer	12	0,531	318,30 €	106,10 €
40	SV Glashütte	12	0,531	318,30 €	106,10 €
41	SV Glauchau	20	0,884	530,50 €	176,83 €
42	SV Görlitz	8	0,354	212,20 €	70,73 €
43	SV Grimma	20	0,884	530,50 €	176,83 €
44	SV Gröditz	5	0,221	132,63 €	44,21 €
45	SV Groitzsch	20	0,884	530,50 €	176,83 €
46	SV Großenhain	1	0,044	26,53 €	8,84 €
47	SV Großröhrsdorf	8	0,354	212,20 €	70,73 €
48	SV Großschirma	8	0,354	212,20 €	70,73 €
49	SV Hainichen	12	0,531	318,30 €	106,10 €
50	SV Hartenstein	8	0,354	212,20 €	70,73 €
51	SV Hartha	12	0,531	318,30 €	106,10 €
52	SV Harzgerode	3	0,133	79,58 €	26,53 €
53	SV Heidenau	12	0,531	318,30 €	106,10 €
54	SV Hohenstein-Ernstthal	20	0,884	530,50 €	176,83 €
55	SV Hohnstein	8	0,354	212,20 €	70,73 €
56	SV Hoyerswerda	8	0,354	212,20 €	70,73 €
57	SV Kirchberg	12	0,531	318,30 €	106,10 €
58	SV Kitzscher	8	0,354	212,20 €	70,73 €
59	SV Klingenthal	3	0,133	79,58 €	26,53 €
60	SV Königstein	12	0,531	318,30 €	106,10 €
61	SV Landsberg	20	0,884	530,50 €	176,83 €
62	SV Lauter/Bernsbach	12	0,531	318,30 €	106,10 €
63	SV Leipzig	30	1,326	795,76 €	265,25 €
64	SV Leisnig	20	0,884	530,50 €	176,83 €
65	SV Limbach-Oberfrohna	30	1,326	795,76 €	265,25 €
66	SV Lommatzsch	12	0,531	318,30 €	106,10 €
67	SV Lößnitz	12	0,531	318,30 €	106,10 €
68	SV Markneukirchen	3	0,133	79,58 €	26,53 €
69	SV Markranstädt	20	0,884	530,50 €	176,83 €
70	SV Meerane	5	0,221	132,63 €	44,21 €

Seite 26 von 32

	Mitglieder	Stimmen	Anteil KISA %	Anteil KDN GmbH in EUR	Anteil Lecos GmbH in EUR
71	SV Meißen	12	0,531	318,30 €	106,10 €
72	SV Mittweida	1	0,044	26,53 €	8,84 €
73	SV Mügeln	12	0,531	318,30 €	106,10 €
74	SV Naumburg	20	0,884	530,50 €	176,83 €
75	SV Naunhof	12	0,531	318,30 €	106,10 €
76	SV Niesky	20	0,884	530,50 €	176,83 €
77	SV Nossen	12	0,531	318,30 €	106,10 €
78	SV Oberlungwitz	8	0,354	212,20 €	70,73 €
79	SV Oelsnitz/Erzgeb.	8	0,354	212,20 €	70,73 €
80	SV Ostritz	8	0,354	212,20 €	70,73 €
81	SV Pegau	8	0,354	212,20 €	70,73 €
82	SV Pirna	20	0,884	530,50 €	176,83 €
83	SV Plauen	8	0,354	212,20 €	70,73 €
84	SV Pulsnitz	12	0,531	318,30 €	106,10 €
85	SV Rabenau	8	0,354	212,20 €	70,73 €
86	SV Radeberg (Große Kreis- stadt)	5	0,221	132,63 €	44,21 €
87	SV Radebeul (Große Kreis- stadt)	8	0,354	212,20 €	70,73 €
88	SV Radeburg	8	0,354	212,20 €	70,73 €
89	SV Regis-Breitingen	3	0,133	79,58 €	26,53 €
90	SV Reichenbach/ Vogtland	8	0,354	212,20 €	70,73 €
91	SV Reichenbach/O.L.	12	0,531	318,30 €	106,10 €
92	SV Riesa (Große Kreisstadt)	8	0,354	212,20 €	70,73 €
93	SV Roßwein	12	0,531	318,30 €	106,10 €
94	SV Rötha	12	0,531	318,30 €	106,10 €
95	SV Rothenburg/O.L.	8	0,354	212,20 €	70,73 €
96	SV Sayda	5	0,221	132,63 €	44,21 €
97	SV Schkeuditz	20	0,884	530,50 €	176,83 €
98	SV Schöneck/Vogtl.	8	0,354	212,20 €	70,73 €
99	SV Schwarzenberg/ Erzgeb. (f. GV Pöhla)	5	0,221	132,63 €	44,21 €
100	SV Stollberg/Erzgeb.	5	0,221	132,63 €	44,21 €
101	SV Stolpen	12	0,531	318,30 €	106,10 €
102	SV Strehla	8	0,354	212,20 €	70,73 €
103	SV Taucha	20	0,884	530,50 €	176,83 €
104	SV Thalheim (Erzgeb.)	3	0,133	79,58 €	26,53 €
105	SV Tharandt	12	0,531	318,30 €	106,10 €

	Mitglieder	Stimmen	Anteil KISA %	Anteil KDN GmbH in EUR	Anteil Lecos GmbH in EUR
106	SV Torgau (f. Pflückuff)	1	0,044	26,53 €	8,84 €
107	SV Trebsen/Mulde	8	0,354	212,20 €	70,73 €
108	SV Treuen	12	0,531	318,30 €	106,10 €
109	SV Waldheim	12	0,531	318,30 €	106,10 €
110	SV Weißenberg	8	0,354	212,20 €	70,73 €
111	SV Weißwasser/O.L.	8	0,354	212,20 €	70,73 €
112	SV Werdau	20	0,884	530,50 €	176,83 €
113	SV Wildenfels	8	0,354	212,20 €	70,73 €
114	SV Wilkau-Haßlau	12	0,531	318,30 €	106,10 €
115	SV Wilsdruff	20	0,884	530,50 €	176,83 €
116	SV Wolkenstein	3	0,133	79,58 €	26,53 €
117	SV Wurzen	8	0,354	212,20 €	70,73 €
118	SV Zittau (f. GV Hirschfelde)	8	0,354	212,20 €	70,73 €
119	SV Zschopau	8	0,354	212,20 €	70,73 €
120	SV Zwenkau	20	0,884	530,50 €	176,83 €
121	SV Zwönitz	1	0,044	26,53 €	8,84 €
122	GV Amtsberg	1	0,044	26,53 €	8,84 €
123	GV Arnsdorf	8	0,354	212,20 €	70,73 €
124	GV Auerbach/Erzgebirge	1	0,044	26,53 €	8,84 €
125	GV Bannewitz	8	0,354	212,20 €	70,73 €
126	GV Belgershain	1	0,044	26,53 €	8,84 €
127	GV Borsdorf	20	0,884	530,50 €	176,83 €
128	GV Boxberg/O.L.	8	0,354	212,20 €	70,73 €
129	GV Breitenbrunn/Erzgeb.	12	0,531	318,30 €	106,10 €
130	GV Burkau	5	0,221	132,63 €	44,21 €
131	GV Burkhardtsdorf	8	0,354	212,20 €	70,73 €
132	GV Callenberg	3	0,133	79,58 €	26,53 €
133	GV Claußnitz	1	0,044	26,53 €	8,84 €
134	GV Crottendorf	3	0,133	79,58 €	26,53 €
135	GV Diera-Zehren	8	0,354	212,20 €	70,73 €
136	GV Doberschau-Gaußig	8	0,354	212,20 €	70,73 €
137	GV Dorfhain	3	0,133	79,58 €	26,53 €
138	GV Dürrröhrsdorf-Dittersbach	8	0,354	212,20 €	70,73 €
139	GV Ebersbach (01561)	12	0,531	318,30 €	106,10 €
140	GV Elstertrebnitz	3	0,133	79,58 €	26,53 €
141	GV Eppendorf	8	0,354	212,20 €	70,73 €
142	GV Erlau	3	0,133	79,58 €	26,53 €

Seite 28 von 32

	Mitglieder	Stimmen	Anteil KISA %	Anteil KDN GmbH in EUR	Anteil Lecos GmbH in EUR
143	GV Frankenthal	3	0,133	79,58 €	26,53 €
144	GV Gablenz	1	0,044	26,53 €	8,84 €
145	GV Glaubitz	3	0,133	79,58 €	26,53 €
146	GV Göda	8	0,354	212,20 €	70,73 €
147	GV Gohrisch	5	0,221	132,63 €	44,21 €
148	GV Großdubrau	1	0,044	26,53 €	8,84 €
149	GV Großharthau	8	0,354	212,20 €	70,73 €
150	GV Großpösna	12	0,531	318,30 €	106,10 €
151	GV Großpostwitz/O.L.	12	0,531	318,30 €	106,10 €
152	GV Großschönau	3	0,133	79,58 €	26,53 €
153	GV Grünhainichen (f. GV Borstendorf)	1	0,044	26,53 €	8,84 €
154	GV Hähnichen	1	0,044	26,53 €	8,84 €
155	GV Hainewalde	1	0,044	26,53 €	8,84 €
156	GV Hartmannsdorf	3	0,133	79,58 €	26,53 €
157	GV Hartmannsdorf- Reichenau	1	0,044	26,53 €	8,84 €
158	GV Hirschstein	1	0,044	26,53 €	8,84 €
159	GV Hochkirch	8	0,354	212,20 €	70,73 €
160	GV Hohendubrau	5	0,221	132,63 €	44,21 €
161	GV Kabelsketal	20	0,884	530,50 €	176,83 €
162	GV Käbschütztal	8	0,354	212,20 €	70,73 €
163	GV Klingenberg	5	0,221	132,63 €	44,21 €
164	GV Klipphausen	20	0,884	530,50 €	176,83 €
165	GV Königswartha	8	0,354	212,20 €	70,73 €
166	GV Kottmar	5	0,221	132,63 €	44,21 €
167	GV Krauschwitz	8	0,354	212,20 €	70,73 €
168	GV Kreba-Neudorf	3	0,133	79,58 €	26,53 €
169	GV Kreischa	8	0,354	212,20 €	70,73 €
170	GV Krostitz	8	0,354	212,20 €	70,73 €
171	GV Kubschütz	8	0,354	212,20 €	70,73 €
172	GV Laußig	3	0,133	79,58 €	26,53 €
173	GV Leubsdorf	5	0,221	132,63 €	44,21 €
174	GV Leutersdorf	8	0,354	212,20 €	70,73 €
175	GV Lichtenau	8	0,354	212,20 €	70,73 €
176	GV Lichtentanne	3	0,133	79,58 €	26,53 €
177	GV Liebschützberg	8	0,354	212,20 €	70,73 €

	Mitglieder	Stimmen	Anteil KISA %	Anteil KDN GmbH in EUR	Anteil Lecos GmbH in EUR
178	GV Löbnitz	5	0,221	132,63 €	44,21 €
179	GV Lohsa	3	0,133	79,58 €	26,53 €
180	GV Lossatal	12	0,531	318,30 €	106,10 €
181	GV Machern	3	0,133	79,58 €	26,53 €
182	GV Malschwitz	8	0,354	212,20 €	70,73 €
183	GV Markersdorf	8	0,354	212,20 €	70,73 €
184	GV Mildenau	8	0,354	212,20 €	70,73 €
185	GV Mockrehna	12	0,531	318,30 €	106,10 €
186	GV Moritzburg	8	0,354	212,20 €	70,73 €
187	GV Mücka	3	0,133	79,58 €	26,53 €
188	GV Müglitztal	5	0,221	132,63 €	44,21 €
189	GV Muldenhammer	3	0,133	79,58 €	26,53 €
190	GV Neschwitz	8	0,354	212,20 €	70,73 €
191	GV Neuensalz	5	0,221	132,63 €	44,21 €
192	GV Neuhausen/Erzgeb.	8	0,354	212,20 €	70,73 €
193	GV Neukieritzsch	12	0,531	318,30 €	106,10 €
194	GV Neukirchen	3	0,133	79,58 €	26,53 €
195	GV Neustadt/Vogtl.	1	0,044	26,53 €	8,84 €
196	GV Niederau	12	0,531	318,30 €	106,10 €
197	GV Nünchritz	12	0,531	318,30 €	106,10 €
198	GV Obergurig	3	0,133	79,58 €	26,53 €
199	GV Oderwitz	3	0,133	79,58 €	26,53 €
200	GV Ottendorf-Okrilla	5	0,221	132,63 €	44,21 €
201	GV Otterwisch	3	0,133	79,58 €	26,53 €
202	GV Petersberg (f. VG Göt- schetal-Petersb.)	8	0,354	212,20 €	70,73 €
203	GV Pöhl	8	0,354	212,20 €	70,73 €
204	GV Priestewitz	8	0,354	212,20 €	70,73 €
205	GV Puschwitz	1	0,044	26,53 €	8,84 €
206	GV Quitzdorf am See	3	0,133	79,58 €	26,53 €
207	GV Rackwitz	12	0,531	318,30 €	106,10 €
208	GV Rammenau	1	0,044	26,53 €	8,84 €
209	GV Rathen, Kurort	3	0,133	79,58 €	26,53 €
210	GV Reinhardtsdorf-Schöna	1	0,044	26,53 €	8,84 €
211	GV Reinsberg	3	0,133	79,58 €	26,53 €
212	GV Reinsdorf	12	0,531	318,30 €	106,10 €
213	GV Rietschen	8	0,354	212,20 €	70,73 €

	Mitglieder	Stimmen	Anteil KISA %	Anteil KDN GmbH in EUR	Anteil Lecos GmbH in EUR
214	GV Rosenbach (f. VV Rosenbach)	3	0,133	79,58 €	26,53 €
215	GV Schleife	5	0,221	132,63 €	44,21 €
216	GV Schmölln-Putzkau	5	0,221	132,63 €	44,21 €
217	GV Schönau-Berzdorf a. d. Eigen	3	0,133	79,58 €	26,53 €
218	GV Schönhof	1	0,044	26,53 €	8,84 €
219	GV Schwepnitz	5	0,221	132,63 €	44,21 €
220	GV Sehmatal	5	0,221	132,63 €	44,21 €
221	GV Steinberg	3	0,133	79,58 €	26,53 €
222	GV Steinigtwolmsdorf	5	0,221	132,63 €	44,21 €
223	GV Striegistal	8	0,354	212,20 €	70,73 €
224	GV Tannenberg	3	0,133	79,58 €	26,53 €
225	GV Taura	5	0,221	132,63 €	44,21 €
226	GV Teutschenthal (f. VG Würde/Salza)	12	0,531	318,30 €	106,10 €
227	GV Thiendorf	1	0,044	26,53 €	8,84 €
228	GV Trossin	5	0,221	132,63 €	44,21 €
229	GV Wachau	8	0,354	212,20 €	70,73 €
230	GV Waldhufen	5	0,221	132,63 €	44,21 €
231	GV Weinböhla	12	0,531	318,30 €	106,10 €
232	GV Weischlitz / Burgstein	12	0,531	318,30 €	106,10 €
233	GV Weißkeißel	1	0,044	26,53 €	8,84 €
234	GV Wernsdorf	12	0,531	318,30 €	106,10 €
235	GV Zeithain	1	0,044	26,53 €	8,84 €
236	VV Diehlsa	8	0,354	212,20 €	70,73 €
237	VV Eilenburg-West	12	0,531	318,30 €	106,10 €
238	VV Jägerswald	3	0,133	79,58 €	26,53 €
239	GV Wiedemar	8	0,354	212,20 €	70,73 €
240	Verkehrsverbund Oberlausitz-Niederschlesien GmbH	3	0,133	79,58 €	26,53 €
241	ZV Verkehrsverbund Oberlausitz-Niederschlesien	1	0,044	26,53 €	8,84 €
242	Verband für ländliche Neuordnung in Sachsen	3	0,133	79,58 €	26,53 €
243	Schulverband Treuener Land	3	0,133	79,58 €	26,53 €
244	AZV Elbe-Flößkanal	8	0,354	212,20 €	70,73 €
245	AZV „Leisnig“	5	0,221	132,63 €	44,21 €
246	AZV „Oberer Lober“	1	0,044	26,53 €	8,84 €

	Mitglieder	Stimmen	Anteil KISA %	Anteil KDN GmbH in EUR	Anteil Lecos GmbH in EUR
247	AZV „Schöpsau“ Rietschen	3	0,133	79,58 €	26,53 €
248	AZV "Gemeinschafts- kläranlage Kalkreuth"	3	0,133	79,58 €	26,53 €
249	AZV „Untere Zschopau“	3	0,133	79,58 €	26,53 €
250	AZV "Unteres Pließnitztal- Gaule"	3	0,133	79,58 €	26,53 €
251	AZV „Weiße Elster“	3	0,133	79,58 €	26,53 €
252	AZV „Wilde Sau“ Wilsdruff	3	0,133	79,58 €	26,53 €
253	AZV Kleine Spree (f. AZV Löbauer Wasser)	1	0,044	26,53 €	8,84 €
254	ZV RAVON	5	0,221	132,63 €	44,21 €
255	ZV Regionaler Planungsver- band Oberlausitz- Niederschlesien	3	0,133	79,58 €	26,53 €
256	Trink-WZV Mildena- Streckenwalde	3	0,133	79,58 €	26,53 €
257	ZV WAZV „Mittlere Wesenitz“ Stolpen	1	0,044	26,53 €	8,84 €
258	ZV Abfallwirtschaft Oberes Elbtal Dresden	3	0,133	79,58 €	26,53 €
259	ZV „Parthenaue“	3	0,133	79,58 €	26,53 €
260	ZV WALL	3	0,133	79,58 €	26,53 €
261	JuCo-Soziale Arbeit gGmbH	3	0,133	79,58 €	26,53 €
262	Kommunaler Versorgungs- verband Sachsen	20	0,884	530,50 €	176,83 €
263	Kommunaler Sozialverband Sachsen	12	0,531	318,30 €	106,10 €
264	Kulturbetriebsgesellschaft Meißner Land mbH	3	0,133	79,58 €	26,53 €
265	Lecos GmbH	8	0,354	212,20 €	70,73 €
266	Stadtwerke Schkeuditz	3	0,133	79,58 €	26,53 €
267	Wasser Abwasser Betriebs- gesellschaft Coswig mbH	1	0,044	26,53 €	8,84 €
268	Stiftung lebendige Gemeinde Neukieritzsch	1	0,044	26,53 €	8,84 €
269	Gesellsch. für soziale Be- treuung - Bona Vita	1	0,044	26,53 €	8,84 €
	Gesamt 2017	2262	100,00	60.000,00 €	20.000,00 €

Anlage 1: Kennzahldefinition

Bezeichnung	Berechnung	Wertangabe
Anlagendeckung (goldene Bilanzregel)	$\frac{\text{Eigenkapital} + \text{EK Sopo} + \text{langfristige Verbindlichkeiten} * 100}{\text{Anlagevermögen}}$	%
Arbeitsproduktivität	$\frac{\text{Umsatz} * 100}{\text{Personalaufwand}}$	Umsatz je Aufwand
Effektivverschuldung	Verbindlichkeiten - monetäres Umlaufvermögen	absolut
Eigenkapitalquote	$\frac{\text{Eigenkapital} * 100}{\text{Gesamtkapital}}$	%
Eigenkapitalreichweite	$\frac{\text{Eigenkapital}}{\text{Jahresfehlbetrag}}$	Jahre
Eigenkapitalrendite	$\frac{\text{Jahresüberschuss} * 100}{\text{Eigenkapital}}$	%
Fremdkapitalquote	$\frac{\text{Fremdkapital} * 100 (\text{Gesamt-EK-EK Sopo})}{\text{Gesamtkapital}}$	%
Gesamtkapitalrendite	$\frac{(\text{Überschuss} + \text{Zinsaufwand}) * 100}{\text{Gesamtkapital}}$	%
Investitionsdeckung	$\frac{\text{Abschreibung} * 100}{\text{AfA} + (\text{Anlagevermögen neu} - \text{Anlagevermögen alt})}$	% (=Neuinvestition)
kurzfristige Liquidität	$\frac{\text{monetäres Umlaufvermögen} * 100}{\text{kurzfristige Verbindlichkeiten}}$	%
Pro-Kopf-Umsatz	$\frac{\text{Umsatz}}{\text{Personalbestand}}$	Umsatz je Mitarbeiter
Vermögensstruktur	$\frac{\text{Anlagevermögen} * 100}{\text{Gesamtvermögen}}$	%